Lars Berger (Hrsg.)

Das Soziale im Naturschutz

Theorie – Praxis – Handlungserfordernisse

Bundesamt für Naturschutz

BfN-Skripten 605

2021

Das Soziale im Naturschutz

Theorie – Praxis – Handlungserfordernisse

Herausgegeben von
Lars Berger

BfN
Bundesamt für Naturschutz

Titelbild: Soziale Kontakte suchen Jugendliche im innerstädtischen Grün (Jens Schiller)

Adresse des Herausgebers:

Dr. Lars Berger
Bundesamt für Naturschutz
Fachgebiet I 2.2. „Naturschutz, Gesellschaft und Soziale Fragen“
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
E-Mail: lars.berger@bfn.de

Diese Veröffentlichung wird aufgenommen in die Literaturdatenbank „DNL-online“ (www.dnl-online.de).

BfN-Skripten sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine pdf-Version dieser Ausgabe kann unter http://www.bfn.de/skripten.html heruntergeladen werden.

Institutioneller Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz
Konstantinstr. 110
53179 Bonn
URL: www.bfn.de

Der institutionelle Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des institutionellen Herausgebers übereinstimmen.

Diese Schriftenreihe wird unter den Bedingungen der Creative Commons Lizenz Namensnennung – keine Bearbeitung 4.0 International (CC BY - ND 4.0) zur Verfügung gestellt (https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de).

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).
Gedruckt auf 100% Altpapier

ISBN 978-3-89624-366-9

DOI 10.19217/skr605

Bonn - Bad Godesberg 2021

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis **3**

Editorial **6**

A. Einführung **7**

Naturschutz und Soziale Fragen: Theoretische Grundlagen
Lars Berger und Uta Eser 7

1 Begriffsklärung 7

2 Systemischer Ansatz 8

3 Konzepte 10

3.1 Soziale Ökologie 10

3.2 Nachhaltige Entwicklung 10

3.3 Umweltgerechtigkeit 11

3.4 Planetare Grenzen 12

3.5 Agenda 2030 13

4 Verhältnisbestimmung 14

4.1 Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit 15

4.2 Das Zieldreieck der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 15

4.3 Ökologische Nachhaltigkeit 16

4.4 Soziale Nachhaltigkeit 18

4.5 Sozialer Naturschutz 19

5 Literatur 21

B. Strategische Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs **24**

Dialogforum „Naturschutz und Soziale Fragen“
Uta Eser 24

1 Das Anliegen: Vom Projekt zur Strategie 24

2 Die Konzeption: SWOT-Analyse 25

3 Die Mitwirkenden: Aktive aus Umwelt- und Sozialverbänden 26

4 Ziele der Zusammenarbeit 27

5 Chancen und Risiken der Zusammenarbeit 29

6 Die Ergebnisse: Ansatzpunkte einer strategischen Zusammenarbeit 41

7 Literatur 44

Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik
Klaus Jacob 45

1 Soziale Auswirkungen der Umweltpolitik 45

2 Umweltwirkungen der Sozialpolitik 45

3 Gemeinsame Herausforderungen für Umwelt- und Sozialpolitik 46

4 Die Rolle der Zivilgesellschaft: Befunde eines UFOPLAN-Vorhabens 47

5 Perspektiven 47

6 Literatur 50

Natur als Kompensationsort für alltägliche soziale Ausgrenzungen Potenziale für den Naturschutz und die Soziale Arbeit
Hans-Werner Frohn und Hans Peter Ziemek ... 51

1 Motivationen für das Projekt „Perspektivwechsel“ ... 51

2 Methodik ... 52

3 Erhebungsorte und Gewinnung der Teilnehmer*innen ... 53

4 Datenanalyse ... 54

5 Ergebnisse ... 54

6 Typen des alltäglichen Naturerlebens ... 55

7 Potenziale Konfliktpotenzial ... 58

8 Kooperationen im beiderseitigen Interesse ... 59

9 Literatur ... 62

„Soziale Natur – Natur für alle“ – Analysen und Ergebnisse des fachübergreifenden Ansatzes im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2011-2020
Arno Todt ... 63

1 Hintergrund und Ansatz ... 63

2 Aktivitäten und Methoden ... 64

3 Resultate ... 66

„Mensch und Natur“ – Beispielprojekte im Bundesprogramm Biologische Vielfalt
Annette Doerpinghaus und Katja Beisheim ... 70

1 Einführung ... 70

2 Projekte mit dem Fokus “Naturschutz und soziale Fragen“ ... 71

3 Ausblick ... 86

4 Literatur ... 88

Kritische Analyse der bestehenden Voraussetzungen und Potenziale für die Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs
Hans-Werner Frohn ... 91

1 Politische Diskurse ... 92

2 Erfahrungen im Kontext der Erstellung der UBA-Studie „Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik“ und der DACH-Studie ... 93

3 Intragenerationelle versus intergenerationelle Gerechtigkeit ... 94

4 Naturschutz: Potenzial statt Konflikt? ... 95

5 Sonderwettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“ ... 96

6 Habituelle Hürden zwischen Naturschutz und Sozialer Arbeit ... 97

7 Zuordnung ausgezeichneter Projekte nach sozialer Homogenität bzw. Heterogenität ... 99

8 Auswertungen von individuellen oder im Kontext von themenspezifischen Tagungen, Workshops etc. geführte Expert*innengespräche ... 100

9 Literatur ... 107

C. Handlungserfordernisse.....109

Perspektiven einer gelingenden Zusammenarbeit für die Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs
Hans-Werner Frohn 109

1 Das Narrativ von der Naturferne bildungsferner und/ oder sozialökonomisch benachteiligter Menschen 110

1.1 Narrative, Frames, Metaphern – Definitionsannäherungen.....110

1.2 Die ‚große Meistererzählung' der Naturentfremdung sowie assoziative Netzwerke (Frames) zu den Narrativbestandteilen „bildungsfern" und „naturfern" 112

2 Ein neues Narrativ.....115

2.1 Auf dem Weg zur Etablierung eines neuen Narrativs.....117

2.2 Beharrungsvermögen und Gleichzeitigkeit des ‚alten' und ‚neuen' Narrativs.....118

2.3 Corona-Pandemie als ein Gelegenheitsfenster zur Etablierung eines neuen Narrativs nutzen 121

3 Anbahnung und Entwicklung von Best Practice-Tandemprojekten.....122

4 Änderungen in der Organisationsstruktur 123

5 Vorschläge für konkrete Projekte bzw. Maßnahmen 123

5.1 Zeitproblematik zwischen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit 123

5.2 Forschungsvorhaben zur näheren Bestimmung der mentalen und habituellen Hürden in beiden Bereichen 124

5.3 Bottom up statt Top down: Anbahnungs- und Erprobungsprojekte 125

6 Literatur.....127

Das Soziale im Naturschutz: Kooperation und Kommunikation
Uta Eser und Lars Berger.....129

Autorinnen und Autoren 133

Editorial

Der Schutz der sozial Schwachen und der Schutz der Natur erfordern Regeln, die nur dann politisch erreicht und umgesetzt werden können, wenn in der Gesellschaft Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen sowie Empathie und Bereitschaft zur gegenseitigen Rücksichtnahme existieren und gepflegt werden. Die Sorge für Natur und Menschen erfordert gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Naturschutz beinhaltet soziale Fragen wie soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zum einen haben alle Menschen das Recht, Natur erleben und sich durch Naturerfahrung persönlich weiterentwickeln zu können. Zum anderen darf der Schutz der Natur nicht zu sozialem Sprengstoff werden, indem er ohnehin benachteiligte Gruppen besonders belastet.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind damit Voraussetzungen nicht nur für das Wohlergehen von Menschen, sondern auch für einen wirksamen Schutz der Natur. Seit mehreren Jahren widmet sich das Bundesamt für Naturschutz (BfN) der Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen in seinem gleichnamigen Arbeitsschwerpunkt. Die vorliegende Publikation ist ein Produkt der zahlreichen Aktivitäten im Rahmen dieses Arbeitsschwerpunktes.

Das **Ziel** des vorliegenden Autor*innenbandes ist es, das Soziale im Naturschutz in Theorie und Praxis darzustellen und aus der Analyse des Zusammenwirkens Erkenntnisse für die zukünftige Ausrichtung und Bearbeitung des Themas zu präsentieren. Der **Inhalt** setzt sich aus drei Teilen zusammen: einer theoretischen Fundierung des Themas (Teil A), einer Darstellung und Analyse bestehender Kooperationen (Teil B) und den Perspektiven einer gelingenden Zusammenarbeit mit einem abschließenden Fazit (Teil C).

Die **Autor*innen** weisen eine hohe disziplinäre Vielfalt auf und leisten mit ihren sehr unterschiedlichen theoretischen und praktischen Erfahrungen einen wesentlichen Beitrag zu der stets eingeforderten Transdisziplinarität bei der Verbindung der Handlungsfelder Naturschutz und soziale Fragen[1].

[1] Transdisziplinarität wird als die Integration von Praxiswissen wissenschaftsexterner Akteur*innen in den Forschungsprozess verstanden. Ziel ist eine Erweiterung und Synthese wissenschaftsbasierter Wissensbestände, um praxisrelevante Lösungen mit den Akteur*innen zu entwickeln (vgl. Bergmann et al. 2010).

A. Einführung

Naturschutz und Soziale Fragen: Theoretische Grundlagen

Lars Berger und Uta Eser

Das Fachgebiet ‚Naturschutz und Gesellschaft' des Bundesamts für Naturschutz hat seit 2015 einen Arbeitsschwerpunkt ‚Soziale Fragen'. Dessen Aufgabe ist es, den Zusammenhang von Naturschutz und sozialen Fragen theoretisch angemessen zu fassen und in konkreten Projekten praktisch und politisch zu verbinden. Beide Anliegen können sich auf eine lange Tradition stützen. Im Folgenden erläutern wir unser Verständnis der beiden zentralen Begriffe und stellen wissenschaftliche und politische Ansätze vor, die geeignet sind, die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen theoretisch zu fundieren.[2]

1 Begriffsklärung

Die Begriffe ‚Naturschutz' und ‚Soziale Fragen' sind normativ und kontextabhängig. Das heißt: Es geht in beiden Konzepten nicht nur darum zu beschreiben, was der Fall ist, sondern vor allem darum zu begründen, was getan werden soll (Natur soll geschützt und soziale Fragen sollen bearbeitet werden). Welche Inhalte mit beiden Konzepten konkret verbunden werden, hängt von den historischen Umständen ab und hat sich im Laufe der Zeit verändert.

Der Begriff „Soziale Frage" (im Singular!) bezeichnete ursprünglich die sozialen Missstände, die mit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts einhergingen. Im Zentrum stand damals die Klassenfrage, d. h. die Rechte des Proletariats und die Verhinderung der Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Im 21. Jahrhundert stellen sich Soziale Fragen im Plural. Neben ‚Klasse' werden heute auch analytische Kategorien wie ‚Race', ‚Gender' oder ‚Normalität' herangezogen, um unterschiedliche ökonomische und soziale Benachteiligungen zu verstehen und zu beseitigen. Im Fokus stehen dabei zwei Aspekte: soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt. Fragen der sozialen Gerechtigkeit beziehen sich sowohl auf den Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen, wie zum Beispiel Einkommen, Gesundheitsversorgung oder Bildung, als auch auf die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe (Partizipation). Sozialer Zusammenhalt (Kohäsion) lässt sich anhand von Merkmalen wie Integration in soziale Beziehungsgefüge, ehrenamtlichem Engagement und Verbreitung solidarischer und toleranter Einstellungen bestimmen (Griessler, Littig 2005). Die beiden zentralen Ziele, Gerechtigkeit und Zusammenhalt, bedingen einander. Sie strukturell zu ermöglichen und individuell zu fördern, ist Ziel der Sozialpolitik und der sozialen Arbeit.

Auch der Naturschutz ist in seinen Ursprüngen eine Antwort auf die Industrialisierung. Seine Sorge galt im späten 19. Jahrhundert den der Modernisierung geschuldeten Veränderungen von Natur und Landschaft. Die Bewahrung von Heimat, Kultur und Tradition und der mit ihnen verbundenen Lebensräume und Lebewesen war damals sein wesentliches Anliegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war man bestrebt, dieses kulturelle Fundament wegen seiner Ideologieanfälligkeit durch ein wissenschaftliches zu ersetzen. Die ‚biologische Vielfalt' und ‚die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts' ergänzen heute ‚Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft' als Schutzgüter. Naturschutz ist damit ein Sammelbegriff für sehr unterschiedliche Praxisformen, die Natur entweder in einem schutzwürdigen Zustand bewahren oder sie aktiv gestalten oder auch sich selbst überlassen. Seine

[2] Die folgenden Ausführungen sind größtenteils mit einem Impulspapier identisch, das zur Vorbereitung der Teilnehmenden auf das Dialogforum ‚Naturschutz und soziale Fragen' diente (s. Eser in diesem Band).

Ausgestaltung und Akzeptanz beruhen auf gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die geprägt sind durch eine Vielfalt von Perspektiven und Partikularinteressen. Naturschutz ist damit eine kulturell und wissenschaftlich fundierte gesellschaftliche Vereinbarung.

Begrifflich geht es im Naturschutz um die Bewahrung der Natur, während im Sozialbereich das Wohlergehen der Menschen im Mittelpunkt steht. Insofern sind die Gegenstandsbereiche der beiden Anliegen zunächst einmal klar unterschieden. Vor dem Hintergrund der Wechselwirkungen zwischen ökologischen und sozialen Systemen sind sie jedoch auch miteinander verbunden (vgl. Berger 2019). Zum einen sind Menschen Teil der Natur – was der Natur schadet, schadet langfristig auch den Menschen. Menschen mit allem zu versorgen, was sie für ein gutes Leben brauchen, beinhaltet daher auch, sich für den Schutz der Natur einzusetzen. Zum anderen ist Naturschutz eine gesellschaftliche Praxis – was dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schadet, schadet mittelbar auch dem Naturschutz. Um auf einem soliden rechtlichen, finanziellen und personellen Fundament stehen zu können, ist der Naturschutz auf breite gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung angewiesen. Die Natur zu bewahren und zu pflegen beinhaltet daher auch, sich für ein funktionierendes Gemeinwesen und für eine Gemeinwohlorientierung des Handelns einzusetzen.

2 Systemischer Ansatz

Der Arbeitsschwerpunkt verfolgt einen systemischen Ansatz. Dieser ist im Naturschutz in Gestalt des Ökosystemkonzepts schon lange etabliert. Ein systemisches Verständnis veranschaulicht aber auch die gegenseitige Bedingtheit von ökologischen und sozialen Systemen. Soziale Systeme, seien es Familien, Staaten oder die Weltgemeinschaft, sind geprägt und gekennzeichnet durch soziale Strukturen und Dynamiken. Sie sind eingebettet in ökologische Systeme, deren Bestandteil sie sind. In dieser Sicht stellt Natur (Ökosysteme[3]) nicht nur die Lebensgrundlage aller Menschen dar, sondern zugleich auch den Rahmen bzw. die Grenze aller menschlichen und gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Basierend auf dem Grundverständnis des Naturschutzes als gesellschaftliche Vereinbarung, stehen die **Interaktionen zwischen sozialen und ökologischen Systemen** (Gesellschaften und Ökosystemen) im Fokus der Betrachtung. Veränderungen in der Struktur, Funktion und Nutzung von Ökosystemen führen zu neuartigen Beziehungen sowohl zwischen den sozialen Individuen, den Menschen, als auch zwischen Menschen und Natur. Diese Beziehungen wiederum sind geprägt durch Veränderungen der Erwartungen, Werte und Naturverständnisse der Menschen. (vgl. Abb. 1).

[3] Aus Gründen der analytischen Vereinfachung wird Natur an dieser Stelle auf Ökosysteme reduziert.

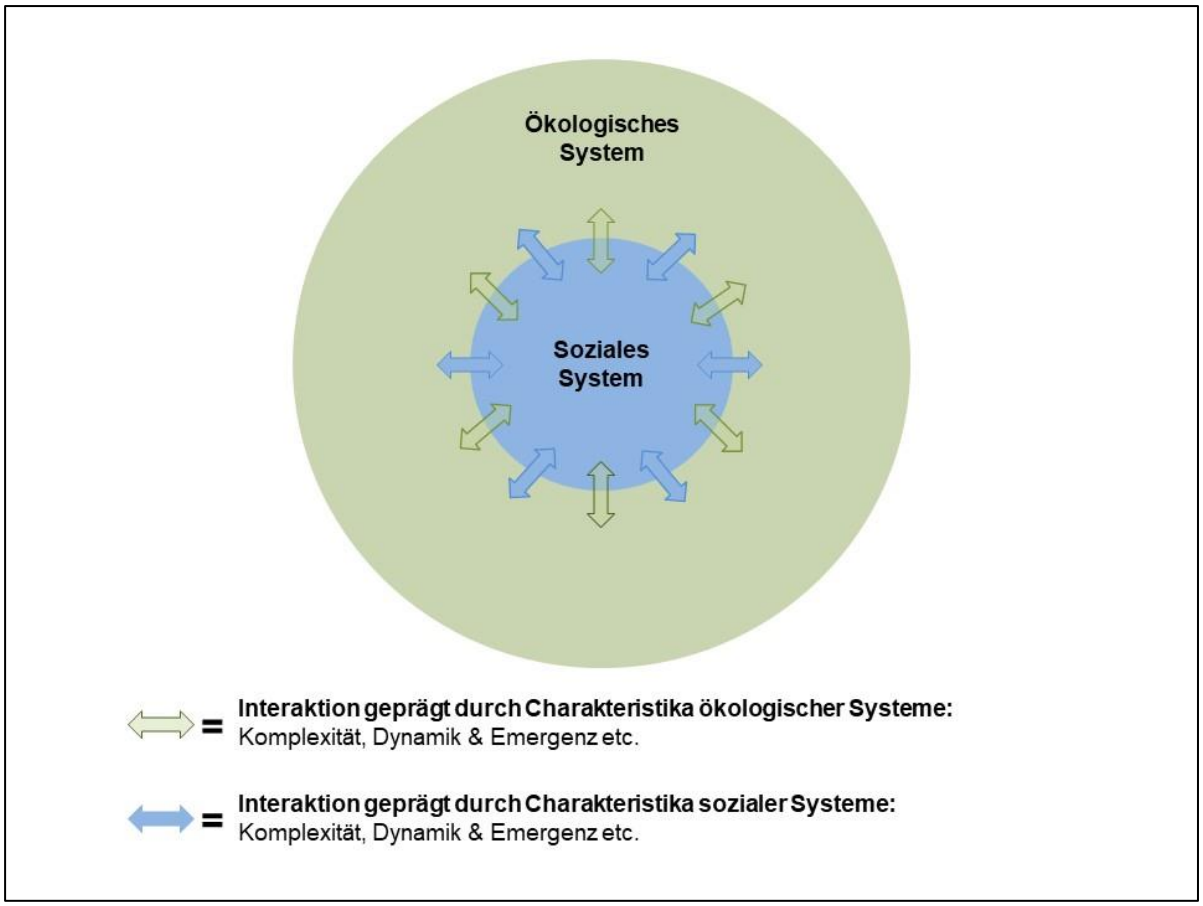

Abb.1: Systemisches Verständnis von Naturschutz und sozialen Fragen (Quelle: Berger 2020)

Soziale und ökologische Systeme sind komplex und unterliegen aufgrund ihrer Dynamiken kontinuierlichen Veränderungen. Sowohl innerhalb der jeweiligen Systeme als auch zwischen ihnen bilden sich ständig neue Eigenschaften und Strukturen aus (Emergenz). Aufgrund dieser Komplexität und Dynamik unterliegen Prognosen einer gewissen Unsicherheit. So ist es zum Beispiel nicht möglich, Entwicklungen innerhalb eines Ökosystems mit absoluter Sicherheit vorherzusagen oder nicht intendierte Folgen sozialpolitischer Maßnahmen im Vorhinein vollständig abzusehen. Veränderungen in beiden Systemen sind daher nur begrenzt planbar und steuerbar. Gleichwohl kann in beiden Systemen ein erheblicher Entscheidungsdruck bestehen. Beispiele hierfür sind mit Bezug auf ökologische Systeme das unumkehrbare Auslöschen einzelner Arten, in sozialen Systemen aktuell die Corona-Pandemie und ihre Bewältigung. Angesichts der Normativität der beiden Konzepte ‚Naturschutz' und ‚soziale Fragen' (vgl. 1.1) kann und darf fehlende prognostische Sicherheit kein Grund für Nicht-Handeln sein (Natur soll geschützt und soziale Fragen sollen behandelt werden). Gefragt sind also Entscheidungen unter Unsicherheit.

Die genannten Charakteristika − Komplexität, Unsicherheit wissenschaftlicher Erkenntnisse, Risiko von Entscheidungen und Normativität − haben zur Folge, dass sich sowohl die wissenschaftliche Analyse der Problemlagen als auch die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen auf eine Vielzahl von Perspektiven stützen müssen. Das überkommende Ideal vermeintlich wertfreien Verfügungswissens reicht hierfür nicht aus (vgl. Cilliers 2005, Griessler und Littig 2005). Es bedarf vielmehr eines Orientierungswissens, für das sowohl unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen (Interdisziplinarität) als auch nicht-wissenschaftliche Wissensformen (Transdisziplinarität) eingebunden werden müssen. Dieses Zusammenspiel von Theorie und Praxis ist unabdingbar, um die Potentiale einer Verbindung von

Naturschutz und sozialen Fragen in vollem Umfang zu nutzen.

3 Konzepte

Interaktionen ökologischer und sozialer Systeme werden in zahlreichen wissenschaftlichen oder politischen Konzepten reflektiert. Wir stellen im Folgenden einige Ansätze dar, an die die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen anknüpfen kann. Dabei präsentieren wir nicht nur begrifflich gefasste Konzepte, sondern auch bildliche Darstellungen (‚visual framing', Raworth 2012).

3.1 Soziale Ökologie

„Keine Gesellschaft ist zu verstehen ohne ihre natürliche Umwelt, und umgekehrt ist die unberührte Natur ein Mythos, denn sie ist stets mitgeprägt vom menschlichen Handeln. Soziale Ökologie hat die Natur und die Gesellschaft immer gleichzeitig im Blick und untersucht deren wechselseitige Beziehungen. Im Begriff der ‚gesellschaftlichen Naturverhältnisse' kommt diese unaufhebbare Verflechtung zum Ausdruck."
(Becker und Jahn 2006: *Klappentext*)

Diese bündige Zusammenfassung charakterisiert das in den 1980er Jahren am ***Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung*** (ISOE) entwickelte Programm einer Sozialen Ökologie. Während die Ökologie Menschen als biologische Organismen betrachtet und die Sozialwissenschaft sie als vergesellschaftete Kulturwesen versteht, begreift die Soziale Ökologie Menschen in ihrer Doppelgestalt als Natur- und Kulturwesen.

Etliche andere Forschungsprogramme verfolgen ebenfalls das Ziel, ökologische und soziale Fragen zu verbinden: das aus der Geographie stammende Konzept der Humanökologie (Glaeser 1989), das aus der Stadtsoziologie stammende Konzept der Sozialökologie (Park 1952), die politische Ökologie, die ökologische Anliegen mit der Perspektive politischer Ökonomie verbindet (Bookchin 1985), oder die von der Ethnologie kommende Kulturökologie (Steward 2008). Das „Frankfurter" Konzept der Sozialen Ökologie erscheint als besonders hilfreich. Zum einen, weil es am konsequentesten eine relationale Perspektive einnimmt, zum anderen, weil es auch für die sozial-ökologische Forschung im Rahmen von FONA[1] das theoretische Fundament bildet (BMBF 2015).

Was die Soziale Ökologie für die wissenschaftliche Untersuchung gesellschaftlicher Naturverhältnisse postuliert, lässt sich auch auf den praktischen Umgang mit ihnen übertragen: Man kann sich nicht um die Natur kümmern, ohne zugleich zu fragen, in welcher Beziehung unterschiedliche menschliche Entitäten (Individuen, Gruppen, Organisationen, Gesellschaften) zu ihr stehen. Und man kann sich nicht um Menschen kümmern, ohne zu fragen, in welcher Beziehung sie zu unterschiedlichen natürlichen Entitäten (Individuen, Arten, Landschaften, Ökosystemen) stehen.

3.2 Nachhaltige Entwicklung

Dass der Schutz der natürlichen Umwelt und die Sorge für das menschliche Wohlergehen zusammengehören, ist spätestens seit dem Erdgipfel 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro Konsens der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Nachhaltig, so die Brundtland-Definition, ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse heute lebender Menschen so befriedigt, dass

[1] FONA = Forschung für nachhaltige Entwicklung. In diesem Rahmen fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit der Einrichtung des Förderschwerpunkts ‚Sozial-ökologische Forschung' (SÖF) im Jahr 2000 die gesellschaftsbezogene Nachhaltigkeitsforschung.

auch zukünftige Menschen ihre Bedürfnisse noch befriedigen können. Umwelt und Entwicklung sind dabei nicht entgegengesetzt, sondern bedingen einander:

“Aber die ‚Umwelt' ist der Ort, an dem wir leben; und 'Entwicklung' ist das, was wir alle tun, wenn wir versuchen, unser Schicksal in diesem Lebensraum zu verbessern. Die beiden sind untrennbar miteinander verbunden.”
(UN 1987:7, eigene Übersetzung).

So lautet denn auch der erste Grundsatz der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung:

„Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur.“
(United Nations 1992).

Die in diesem Nachhaltigkeitskonzept implizierte Verbindung ökologischer und sozialer Fragen hat auch in dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention On Biological Diversity, CBD) ihren Niederschlag gefunden, die neben der Agenda 21 und der Klimarahmenkonvention zu den bekanntesten Ergebnissen des Erdgipfels 1992 gehört. Ausdrücklich geht es darin nicht nur um den Schutz der biologischen Vielfalt, sondern auch um das Ziel, sie nachhaltig zu nutzen, und die Gewinne aus ihrer Nutzung gerecht zu teilen. Der traditionelle Naturschutzgedanke hat mit dieser dreifachen Zielstellung eine Modernisierung im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung erfahren (Eser 2003).

3.3 Umweltgerechtigkeit

Das Konzept ‚Environmental Justice‘ hat seinen Ursprung in den USA, wo die Bürgerrechtsbewegung den Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Lage und der Betroffenheit von Umweltthemen problematisiert hatte (Schlossberg 2007). In Deutschland wurde das Konzept zunächst im Hinblick auf Fragen der öffentlichen Gesundheit diskutiert (Hornberg, Pauli 2009). Seit 2005 fördert das Umweltbundesamt (UBA) die Forschung über Umweltgerechtigkeit. Ein Anlass für dieses Engagement waren die Umweltbewusstseinsstudien, die gezeigt hatten, dass Umweltbewusstsein und umweltbelastendes Verhalten in der Gesellschaft nicht gleich verteilt sind. Gerade Angehörige der Milieus mit dem höchsten Umweltbewusstsein pflegen häufig einen Lebensstil, der mit den höchsten Umweltbelastungen einhergeht, während umgekehrt Angehörige der Milieus mit einem kleineren ökologischen Fußabdruck besonders unter Umweltbelastungen zu leiden haben. Die ungleiche Verantwortung für Umweltschäden, die ungleiche Betroffenheit durch Umweltschäden und die Verteilungswirkungen von Umweltpolitik sind Themen, die seither als Ansatzpunkte für eine stärkere Verbindung von Umwelt- und Sozialpolitik diskutiert werden (Wehrspaun 2009, Wehrspaun und Schack 2013, Diefenbacher et al. 2014, Schäfer et al. 2015, Petschow et al. 2019).

Ähnliche Befunde wie die Umweltbewusstseinsstudien ergaben auch die Naturbewusstseinsstudien. Angehörige prekärer Milieus sind nicht nur schlechter über die Bedeutung der biologischen Vielfalt informiert, sie haben auch weniger häufig positive Naturerfahrungen. Das BfN setzt sich daher ebenfalls intensiv mit Gerechtigkeitsfragen auseinander (Münsberg 2012, Eser et al. 2013, Münsberg, Damsar-Ard 2013). Die Verbindung von Fragen sozialer Gerechtigkeit mit Anliegen der globalen Gerechtigkeit und der Zukunftsgerechtigkeit wurde in einem Expertenworkshop thematisiert (Eser 2017). Eine gerechte(re) Teilhabe an naturbezogenen Bildungs- und Erholungsangeboten wird bereits in zahlreichen Kooperation von Akteur*innen aus dem Naturschutz und dem Sozialbereich praktiziert (Frohn, Wichert 2018). Eine sozial gerechte(re) Verteilung der Kosten oder Einschränkungen, die mit Naturschutz verbunden sind, ist in dieser Zusammenarbeit noch unzureichend berücksichtigt.

3.4 Planetare Grenzen

In der Politikberatung haben in den letzten Jahren etliche Begriffe Karriere gemacht, die den Schutz des Erdsystems mit der Sicherung eines lebenswerten menschlichen Lebens verbinden (Resilienz, Planetare Grenzen, Anthropozän). Allerdings ist im internationalen Sprachgebrauch das Konzept “social-ecological system“ weniger konsistent definiert als in der Sozialen Ökologie. Nicht selten findet man dort eine Dominanz der biologischen Perspektive, die der Doppelrolle des Menschen nicht immer gerecht wird. So blendete etwa das Modell der planetaren Belastungsgrenzen (Rockström et al. 2009) soziale Faktoren ursprünglich völlig aus (Abb. 2).

Abb. 2: Planetare Grenzen nach Rockström et al. 2009 (Quelle: Felix Müller, Wikimedia Commons)

Das Modell beschreibt einen „safe operating space“, innerhalb dessen die Menschheit gedeihen kann und der durch bestimmte ökologische Grenzen definiert ist. Soziale Unterschiede innerhalb der Menschheit und humanitäre Anliegen spielen hier keine Rolle. Kate Raworth (2012) vom Entwicklungshilfeverband Oxfam erweiterte daher das Modell zum sog.

„Donut-Modell“, das den „safe and just space for humanity“ nicht nur nach oben durch ökologische Probleme, sondern auch nach unten durch soziale Fragen begrenzt sieht (Abb. 3). Ziel der Verbindung von Umwelt- und Sozialpolitik ist es, bildlich gesprochen, zu gewährleisten, dass sich menschliches Handeln innerhalb dieses süßen Teigrings bewegt und weder ökologische Grenzen über- noch soziale Mindeststandards unterschreitet.

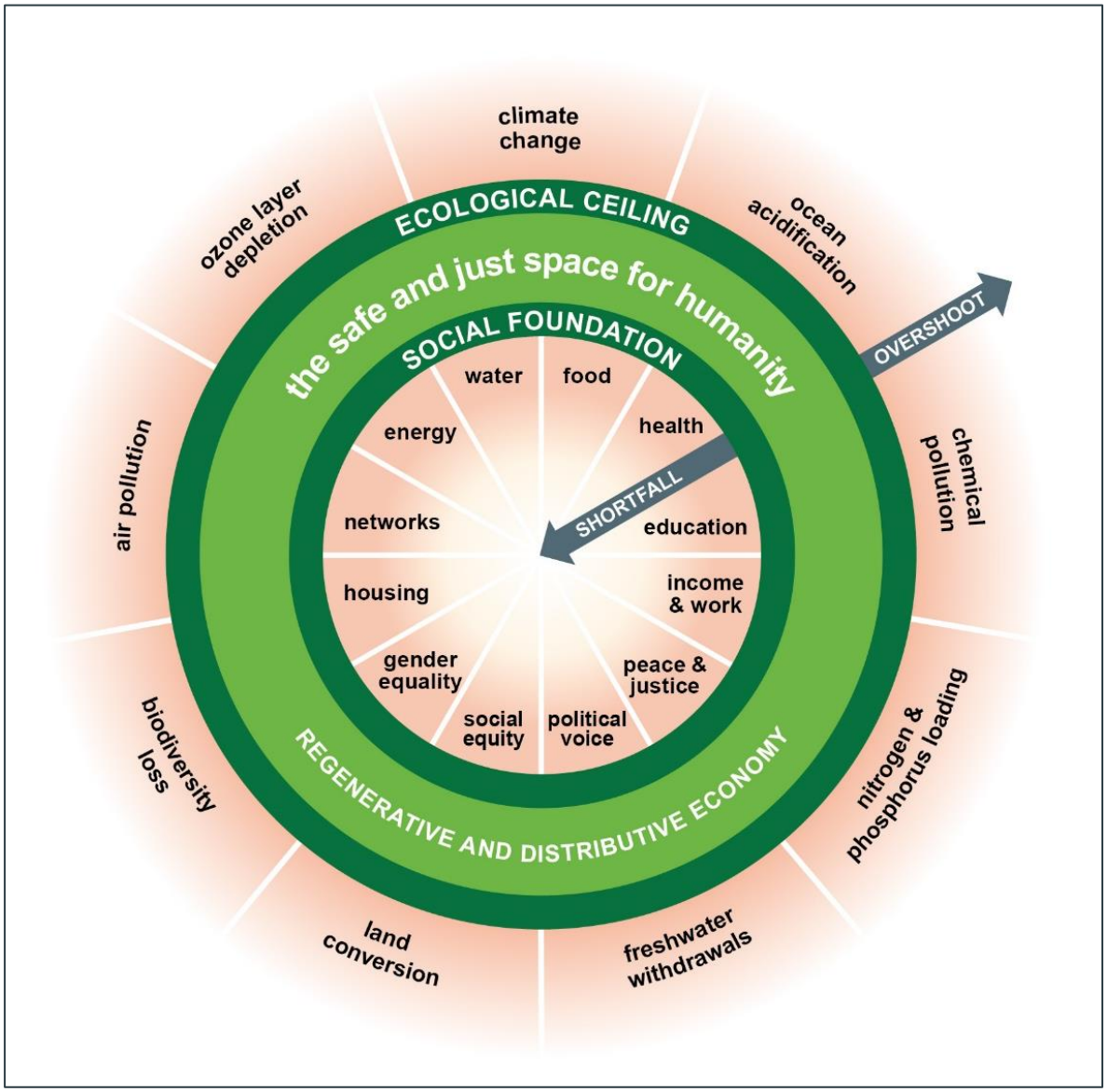

Abb. 3: Kate Raworth’ Donut-Modell (Quelle: Doughnut Economics, Wikimedia Commons)

3.5 Agenda 2030

Nach dem hoffnungsvollen Auftakt der Ära einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung in Rio 1992 geriet das Anliegen der Verbindung sozialer und ökologischer Belange mit der Veröffentlichung der acht Millennium Development Goals (MDGs) zur Jahrtausendwende zunächst ins Hintertreffen. Darin kam Nachhaltigkeit nur in ihrer Umweltdimension vor (MDG 7, Ensure Environmental Sustainability), während die übrigen sieben Ziele ohne Umweltbezug schienen (United Nations o.D.). Dieses Defizit wurde mit dem Post-2015-Prozess behoben. Im September 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 einen „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“ (Vereinte Nationen 2015). Mit dem üblichen Pathos von UN-Dokumenten verkündet die

Präambel:

„Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.“ (ebd.)

Zum Wohle der Menschheit und des Planeten definiert die Agenda 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) (s. Abb. 3). Diese 17 Ziele, so die Präambel, „sind integriert und unteilbar und tragen in ausgewogener Weise den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension.“ (ebd.)

Abb. 4: Agenda 2030: 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Quelle: Vereinte Nationen 2015)

Die Nummerierung der Ziele soll ausdrücklich keine Rangfolge repräsentieren. Vielmehr soll jedes einzelne der Ziele integrativ in seiner Wechselwirkung mit den anderen verstanden werden. Wasser (6), Klima (13), Leben im Wasser (14) und Leben an Land (15) sind also nicht (nur) ökologische Ziele, sondern haben auch ökonomische und soziale Funktionen. Ebenso ist die Bekämpfung von Armut (1) und Hunger (2) nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen und ökologischen Gründen geboten. Und schließlich sind Wirtschaftswachstum (8) sowie Industrie und Innovationen (9) nicht rein wirtschaftlich gefasst, sondern sozial und ökologisch „eingehegt“.

Für die Verbindung des Naturschutzes mit Sozialen Fragen bieten die 17 Ziele einen hilfreichen Rahmen. Insbesondere das Versprechen, niemanden zurückzulassen, stellt einen aussichtsreichen Anknüpfungspunkt für Akteure aus dem Sozialbereich dar. In der praktischen Umsetzung allerdings bleibt zu klären, wie die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsdimensionen „ausgewogen“ zu adressieren sind. Im folgenden Kapitel wollen wir uns daher noch etwas genauer mit der Frage befassen, in welchem Verhältnis soziale und ökologische Aspekte zueinanderstehen.

4 Verhältnisbestimmung

Wie genau ökologische, ökonomische und soziale Ziele zusammenhängen, ist seit jeher eine

strittige Frage. Sind ökologische Ziele prioritär und soziale und ökonomische nur Mittel zum Zweck ihrer Erreichung? Oder verhält es sich genau umgekehrt? Oder sind alle drei Ziele gleichberechtigt? Die folgenden Abschnitte skizzieren unterschiedliche Modelle und Interpretationen des Leitbilds ‚Nachhaltigkeit'.

4.1 Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit

Das sogenannte Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit hatte zunächst der Verband der Chemischen Industrie im Anschluss an den Erdgipfel in Rio propagiert. Es gewann danach rasch an Einfluss und ist auch heute noch in vielen Köpfen präsent. Das Modell ergänzt die in der Brundtland-Definition angesprochenen ökologischen und sozialen Belange um wirtschaftliche Interessen. Es repräsentiert Ökologie, Ökonomie und Soziales als drei Säulen, die das Dach der Nachhaltigkeit tragen. Diese Darstellung legt nahe, dass ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit gleichrangige Anliegen seien (die Säulen sind gleich hoch), die unabhängig voneinander verfolgt werden könnten (die Säulen stehen unverbunden nebeneinander).

Ein solches Verständnis ist aus einer sozial-ökologische Perspektive wenig plausibel. Denn ökologische, ökonomische und soziale Prozesse sind ja nicht unabhängig voneinander zu verstehen, geschweige denn zu verändern. Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt" präzisierte daher:

„Dabei geht es – bildhaft gesprochen – nicht um die Zusammenführung dreier nebeneinanderstehender Säulen, sondern um die Entwicklung einer dreidimensionalen Perspektive aus der Erfahrungswirklichkeit. Die Diskussion tendiert dahin, Nachhaltigkeitspolitik als Gesellschaftspolitik zu interpretieren, die im Prinzip und auf lange Sicht alle genannten Dimensionen gleichberechtigt und gleichwertig behandelt."
(Enquete-Kommission 1998:18).

Eben diese Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit ist aber strittig. So bezeichnet der Umweltethiker Konrad Ott das Drei-Säulen-Modell als „den großen Weichspüler der Nachhaltigkeitsidee" (Ott 2009:26), weil es die besondere Schutzbedürftigkeit der ökologischen Säule vernachlässige. Umgekehrt kann man im Anschluss an die Brundtland-Definition argumentieren, dass sowohl ökonomische als auch ökologische Ziele eine Sozialbindung haben. Sie sind keine Selbstzwecke, sondern dienen der dauerhaften und umfassenden Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (Eser 2011).

4.2 Das Zieldreieck der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie verwendet das Modell eines Zieldreiecks der Nachhaltigkeit. Die Darstellung wurde in der Neuauflage 2016 gemäß der Agenda 2030 überarbeitet und nimmt nun die im Donut-Modell enthaltene Idee ökologischer Ober- und humanitärer Untergrenzen auf (s. Abb. 5, Bundesregierung 2016).

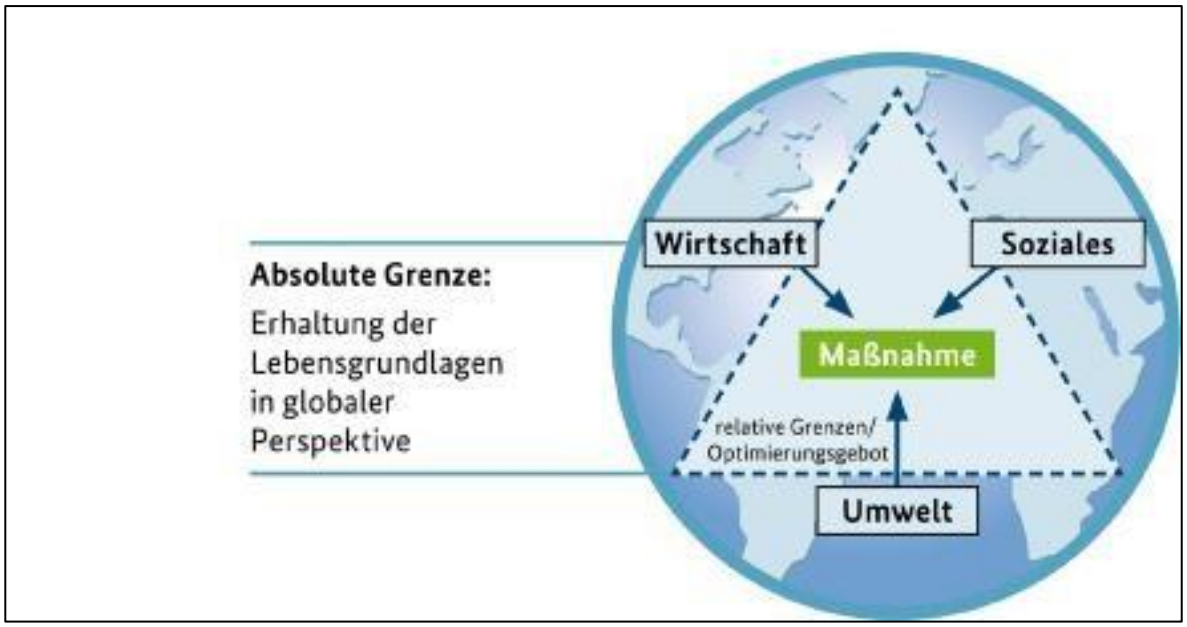

Abb. 5: Das Nachhaltigkeitsverständnis der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Quelle: Bundesregierung 2016)

In diesem Modell repräsentieren die ‚Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen' und ‚ein Leben in Würde für alle' absolute Grenzen, während Wirtschaft, Soziales und Umwelt relative Grenzen darstellen, die auf der Maßnahmenebene ausbalanciert werden müssen. Zielkonflikte „können und müssen […] durch ein Ausbalancieren dieser drei Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales und in Wahrnehmung der internationalen Verantwortung Deutschlands gelöst werden" (Bundesregierung 2016:25).

Im Geiste der Agenda 2030 nehmen Gerechtigkeit und Zusammenhalt auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine prominente Stellung ein. Im Kapitel „Nationale Herausforderungen" der jüngsten Aktualisierung rangiert die Stärkung des sozialen Zusammenhalts an erster Stelle, gefolgt von Klimapolitik und Innovation/ Digitalisierung (Bundesregierung 2018: 16f).

Die Verbindung von Naturschutz und Sozialen Fragen kann an diese Zielstellung anknüpfen und ist somit auch als Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu verstehen.

4.3 Ökologische Nachhaltigkeit

Die Gleichrangigkeit ökologischer und humanitärer Anliegen stößt immer wieder auf Kritik. In vielen Entwicklungsländern haben Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum politische Priorität. Umgekehrt findet sich im ökologischen Diskurs, zum Beispiel über Planetare Grenzen, ein Primat der Umweltdimension, die als fundamental für die übrigen Nachhaltigkeitsdimensionen erachtet wird. So spricht beispielsweise der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem kürzlich erschienenen Sondergutachten zur Legitimation von Umweltpolitik (SRU 2019) durchgehend von ökologischer Nachhaltigkeit. Deren Bedeutung illustriert er mit einer Graphik von Folke et al. (2016), die die Biosphäre als Fundament der globalen Entwicklungsziele darstellt (Abb. 6).

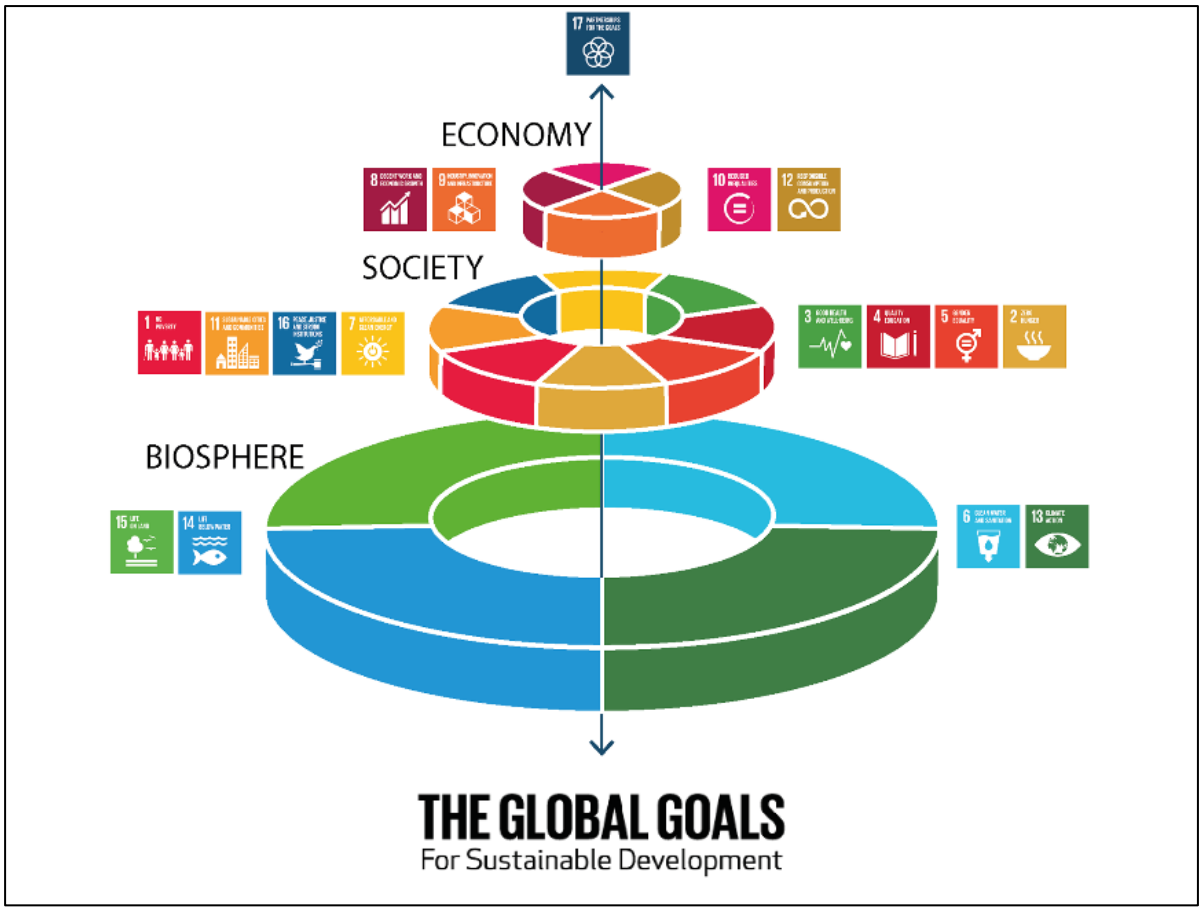

Abb. 6: Die Biosphäre als Fundament globaler Entwicklungsziele (Quelle: Folke et al. 2016)

In ähnlicher Weise illustrieren Reid et al. (2017) die Gesundheit der Ökosysteme als „Wurzel“, aus der sich der Baum Nachhaltigkeit entwickeln kann (Abb. 7).

Obwohl die 17 Nachhaltigkeitsziele ausdrücklich nicht hierarchisch nummeriert sind, repräsentiert diese Darstellung die beiden Ziele für biologische Vielfalt (SDGs 14 und 15) als fundamentaler, wenn nicht gar radikaler (radix = Wurzel) als alle übrigen. Aus einer gesellschaftlichen Perspektive hingegen könnte man den Baum auch umkehren, und „Hochwertige Bildung“ (SDG 4) oder „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (SDG 16) als Wurzeln aller anderen Ziele darstellen. Für die strategische Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Naturschutz und dem Sozialbereich kann die Frage der Priorisierung eine erhebliche Rolle spielen. Im Interesse einer Kooperation „auf Augenhöhe“ ist es wichtig, dass soziale und ökologische Ziele als gleichrangig erachtet werden. Akteur*innen im Naturschutz können und sollen mithin genauso soziale Verantwortung übernehmen, wie Akteur*innen aus dem Sozialbereich Verantwortung für die Natur.

Abb. 7: Die ökologischen Wurzeln zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Quelle: Reid et al. 2017)

4.4 Soziale Nachhaltigkeit

Im Unterschied zur ökologischen Dimension ist die soziale Dimension der Nachhaltigkeit vielfach nur vage verstanden. Murphy (2012) kommt in seiner Analyse wissenschaftlicher Publikationen und politischer Grundsatzpapiere zu dem Schluss, dass Gerechtigkeit, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt die Basis der sozialen Aspekte nachhaltiger Entwicklung sind. Im Rahmen des UBA-Projekts „Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik“ wurde eine hilfreiche Systematisierung der sozialen Dimensionen von Umweltpolitik erarbeitet (Petschow et al. 2019; siehe auch 2.2). Darin wird eine Unterscheidung zwischen substantiellen und prozeduralen Zugängen zu sozialer Nachhaltigkeit vorgeschlagen (Boström 2012, Lorenz 2017):

- Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit formuliert ein eigenständiges soziales Ziel nachhaltiger Entwicklung. In diesem Fall sind Soziale Fragen von substantieller Bedeutung: Sie bestimmen, was Ziele einer nachhaltigen Entwicklung sind.
- Betrachtet man hingegen gesellschaftliche Faktoren, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen oder hemmen können, so geht es um den Prozess nachhaltiger Entwicklung. In diesem Fall sind Soziale Fragen von prozeduraler Bedeutung: Sie bestimmen, wie Ziele einer nachhaltigen Entwicklung erreicht werden können.

Soziale Fragen können also prozedural als umfassende Grundlage jeder Nachhaltigkeit und substantiell als eine spezifische Dimension umfassender Nachhaltigkeit verstanden werden (s. Abb. 8).

Abb. 8: Substantielles und prozedurales Verständnis der Bedeutung sozialer Fragen (eigene Darstellung)

4.5 Sozialer Naturschutz

Die Unterscheidung prozeduraler und substantieller Zugänge lässt sich auch auf das Thema ‚Naturschutz und Soziale Fragen' anwenden. Unstrittig dürfte sein, dass die Berücksichtigung sozialer Fragen prozedural wichtig ist: Ob Naturschutz Erfolg hat, hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, soziale Routinen so zu verändern, dass sie im Einklang mit den Zielen des Naturschutzes sind. Diese Ziele liegen aber weiterhin nicht im sozialen Bereich, sondern in der Bewahrung der Natur. Strittiger dürfte dagegen die Frage sein, ob soziale Fragen auch substantiell von Bedeutung sind, ob also die Naturschutzziele selbst durch die Berücksichtigung sozialer Anliegen neu definiert werden (dürfen oder gar müssen) – wovon man bei sozialer Nachhaltigkeit ganz klar auszugehen hat.

Auch in der umgekehrten Blickrichtung ist die Unterscheidung prozeduraler und substantieller Aspekte hilfreich: Naturschutz kann prozedural in den Dienst sozialer Anliegen gestellt werden, z. B. indem Pflegeeinsätze für die Integration von Geflüchteten oder die Resozialisierung von Straffälligen genutzt werden. Naturschutz liefert dann die Mittel zur Erfüllung sozial bestimmter Zwecke. Strittiger ist möglicherweise auch hier, ob und in wieweit Natur und biologische Vielfalt eine Rolle für die Bestimmung der Ziele der sozialen Arbeit spielen, beispielsweise indem die Verwirklichung der Fähigkeit zur Naturverbundenheit als Option eines guten Lebens stärker Berücksichtigung in der pädagogischen oder therapeutischen

Arbeit findet (zur Fähigkeit zur Naturverbundenheit vgl. Nussbaum 1999).

Das Bestreben, Naturschutz und Soziale Fragen zusammen zu bringen, kann man auf beiden Ebenen ansiedeln.

- Prozedural, in dem man sich gegenseitig Mittel zur Erreichung der jeweiligen Ziele bereitstellt, wie dies in zahlreichen Projekten schon erfolgreich praktiziert wird.
- Substantiell, indem durch die Kooperation die eigenen Ziele selbst hinterfragt und ggf. verändert werden (also soziale Anliegen in die Naturschutzzielsetzung und Naturschutzanliegen in Zielsetzungen des Sozialbereichs integriert werden).

Welche Möglichkeiten die strategische und praktische Kooperation von Akteur*innen der Handlungsfelder Naturschutz und Soziale Fragen bietet, welche Hindernisse zu überwinden sind und wie erfolgreiche Beispiele aussehen, stellt das folgende Kapitel dar.

5 Literatur

Becker, E.; Jahn T. (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main.

Berger, L. (2020): Neue Gentechniken und Naturschutz – ein dynamisches Verhältnis. Ein Resümee. In: Schell, C.; Engelhard, M.;Frohn, H.-W. und L. Berger (Hrsg.): Neue Gentechniken und Naturschutz – eine Verhältnisbestimmung, BfN-Skripten 546, Bonn, 122 S.

Bergmann, M.; Jahn, T.; Knobloch, T.; Krohn, W.; Pohl, C. und E. Schramm (2010): Methoden transdisziplinärer Forschung. Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Bookchin, M. (1985): Die Ökologie der Freiheit. Wir brauchen keine Hierarchien. Weinheim, Basel: Beltz.

Boström, M. (2012): A missing pillar? Challenges in theorizing and practicing social sustainability: introduction to the special issue. Sustainability: Science, Practice, & Policy 8 (1): 3-14.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2015): Sozial-ökologische Forschung. Förderkonzept für eine gesellschaftsbezogene Nachhaltigkeitsforschung 2015-2020. Unter Mitarbeit von Thomas Schulz und Ralph Wilhelm. DLR Projektträger. Bonn.

Cilliers, P. (2005): Complexity, Deconstruction and Relativism. Theory, Culture & Society 22 (5), 255-267.

Diefenbacher, H.; Duewell, M.; Leggewie K.; Petschow, U.; Phillips J.; Pissarskoi E. et al. (2014): Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. Hg. V. Umwelbundesamt. Dessau Roßlau (UBA Texte, 45/2014).

Enquete-Kommission (1998): Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt-Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“. Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. Hg. v. Deutscher Bundestag (Drucksache, 13/11200).

Eser, U. (2003): Der Wert der Vielfalt: ‚Biodiversität‘ zwischen Wissenschaft, Politik und Ethik. In: Umwelt, Ethik und Recht/ hg. v. M. Bobbert, M. Düwell und K. Jax. Francke (Tübingen) 160-181.

Eser, U. (2011): Bewahrung und Entwicklung: Nachhaltige Entwicklung als dialektische Figur. In: Studierendeninitiative Greening the University e.V. (Hrsg.): Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung. Multiperspektivische Beiträge zu einer verantwortungsbewussten Wissenschaft. Marburg: 27-44.

Eser, U. (Hrsg.) (2017): Naturschutz und soziale Gerechtigkeit. Dokumentation des Expertengesprächs am 1. und 2. Februar 2017 in Bonn. BfN-Skripten 469: 61 S.

Folke, C.; Biggs, R.; Norström A.V.; Reyers B. und J. Röckström (2016): Social-ecological resilience and biosphere-based sustainability science. Ecology & Society 21 (3). DOI: 10.5751./ES-08748-210341.

Frohn, H.-W. und F. Wichert (2018): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludie rend. BfN-Skripten 514, Bonn, 144 S.

Glaeser, B. (1989). Entwurf einer Humanökologie. In Humanökologie (pp. 27-45). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Griessler, E. und Beate Littig (2005): Social sustainability. A catchword between political pragmatism and social theory. In: IJSD 8 (1/2), S. 65. DOI: 10.1504/IJSD.2005.007375.

Hornberg und Pauli (2009): Umweltgerechtigkeit — die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Dokumentation der Fachtagung im Auftrag von BMU/UBA, 27./28.10.2008

Lorenz, S. (2017): Kritische Reflexion Sozialer Nachhaltigkeit. In: Symposium: Soziale Nachhaltigkeit. IASS, Potsdam, S. 125-137

Murphy, Kevin (2012): The social pillar of sustainable development: a literature review and framework for policy analysis. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 8 (1), S. 15–29. DOI: 10.1080/15487733.2012.11908081.

Münsberg, V. (2012): Gerechtigkeitsargumente – Chancen und Herausforderungen für die Naturschutzkommunikation. Dokumentation eines interdisziplinären Workshops am 29. März 2012 im BfN, Bonn. Hg. vom Bundesamt für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg.

Münsberg, V. R. Damsa-Ard (2013): Naturschutz heute – eine Frage der Gerechtigkeit? Dokumentation. Bonn-Bad Godesberg (BfN-Skripten, 355), zuletzt geprüft am 26.06.2020.

Nussbaum, M. C. (1999): Gerechtigkeit oder das gute Leben. — Frankfurt/ M. (Suhrkamp): 314 S.

Ott, K. (2009): Leitlinien einer starken Nachhaltigkeit. Ein Vorschlag zur Einbettung des Drei-Säulen-Modells. GAIA 18 (1): 25-28.

Petschow, U.; Riousset, P.; Sharp, H.; Jacob, K.; Guske, A.-L.; Schipperges, M. und H.-J. Arlt (2019): Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik - Systematisierung der sozialen Dimensionen von Umweltpolitik. Studie im Auftrag des UBA

Raworth, K. (2012): A Safe and Just Space for Humanity: Can we live within the Doughnut. Oxfam Discussion Papers.

Steward, Julian H. (2008): Theory of culture change. The methodology of multilinear evolution. [Orig. 1955] Digitally reprinted from the 7. paperback pr. Urbana: Univ. of Illinois Press.

Schäfer, Ma.; Mann, C.; Rückert-John, J.; Petschow, U.; Pissarskoi, E.; Vogelpohl, T. und M. Jaeger-Erben (2015): Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen. Umweltbundesamt (UBA Texte, 94), zuletzt geprüft am 19.06.2020.

Reid A.J.; Brooks, J.L.; Dolgova, L.; Laurich, B.; Sullivan, B.G.; Szekeres P. et al. (2017): Post-2015 Sustainable Development Goals still neglecting their environmental roots in the Anthropocene. Environmental Science & Policy77: 179-184. DOI 10.10.16/j.envsci.2017.07.006.

Rockström, J. et al. (2009): Planetary Boundaries. Ecology and Society 14 (2), 32. Online verfügbar unter http://www.jstor.com/stable/26268316, zuletzt geprüft am 25.06.2020.

Schlossberg, D. (2007): Defining environmental justice. Theories, movements, and nature. – Oxford, New York (Oxford University Press): 252 S.

United Nations (UN) (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Online verfügbar unter: http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm, zuletzt geprüft am 25.03.2021

United Nations (UN) (1992): Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. United Nations

Conference on Environment and Development, UNCED. Rio de Janeiro. Online verfügbar unter https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf, zuletzt geprüft am 25.06.2020.

Vereinte Nationen (VN) (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. A/RES/70/1. Online verfügbar unter https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf, zuletzt geprüft am 25.06.2020.

Wehrspaun, M. (2009): Umweltgerechtigkeit und ökologische Gerechtigkeit. – In: Hornberg, C. & Pauli, A. (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Dokumentation der Fachtagung vom 27. bis 28. Oktober 2008 in Berlin. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz. – Universität Bielefeld: S. 59-71

Wehrspaun, Michael; Schack, Korinna (2013): Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik. In: Jana Rückert-John (Hg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS (Research), S. 19–31.

B. Strategische Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs

Dialogforum „Naturschutz und Soziale Fragen“

Uta Eser

Zur Ausweitung und Vertiefung bestehender Kooperationen veranstaltete das Bundesamt für Naturschutz im Oktober 2020 ein Dialogforum zum Thema „Naturschutz und Soziale Fragen“. Ziel der Veranstaltung war es, Personen, Initiativen und Institutionen, die bereits an einer Verbindung von Naturschutzanliegen mit sozialen Fragen arbeiten, miteinander zu vernetzen und strategische Kooperationen im politischen Raum anzubahnen. Das ursprünglich für Juni als Präsenzveranstaltung geplante Treffen musste pandemiebedingt verschoben und in den virtuellen Raum verlegt werden. Die folgenden Absätze stellen das Anliegen, die Konzeption, den Ablauf und die Ergebnisse des Dialogforums vor.

1 Das Anliegen: Vom Projekt zur Strategie

Zur theoretischen Fundierung des Arbeitsschwerpunkts „Naturschutz und soziale Fragen“ hatte das BfN im Februar 2017 ein Expertengespräch „Naturschutz und soziale Gerechtigkeit“ veranstaltet (Eser 2017). Bei dieser Veranstaltung war deutlich geworden, dass die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen auf zwei Ebenen angesiedelt werden kann: Zum einen auf der **lokalen Ebene**, auf der es in Projekten um die Arbeit mit konkreten Menschen aus marginalisierten Gruppen geht (z. B. Menschen, die von Transferleistungen leben, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund), und zum anderen auf der **politisch-strategischen Ebene**, auf der es darum geht, Naturschutzpolitik sozial einzubetten. Konkrete Projekte auf der lokalen Ebene sind für die Beteiligten beider Seiten (Naturschutz und Sozialbereich) richtig und sinnvoll. Die Politikintegration auf der übergeordneten Ebene können sie jedoch nur ergänzen, nicht aber ersetzen. Damit Bündnisse zwischen Naturschutz- und Sozialverbänden nicht als „grüne Sozialarbeit“ missverstanden werden, lautete damals eine Empfehlung in der Schlussrunde, den Fokus des Arbeitsschwerpunkts noch stärker auf die konzeptionelle Ebene zu richten und sich gemeinsam um Strategien, Instrumente und Prozesse einer gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Modernisierung zu bemühen. Auf dieser übergeordneten Ebene war das Dialogforum ‚Naturschutz und soziale Fragen‘ angesiedelt. Sein Ziel war es, bestehende Formen punktueller, projektbezogener Zusammenarbeit zu einer strategischen Kooperation in der politischen Arena weiterzuentwickeln.

Einen Anreiz für den Aufbau strategischer Bündnisse stellt die Auffassung dar, eine Zusammenarbeit liege im beiderseitigen Interesse. Aus einem konsequent sozial-ökologischen Politikansatz folgen nämlich zwei komplementäre Einsichten:

1. Sich für den Schutz der Natur einzusetzen, ermöglicht es Menschen, ihre Fähigkeit zur Naturverbundenheit zu verwirklichen. Eine gelingende Naturbeziehung kann als immaterielles Grundbedürfnis und als begründete Option des guten Lebens gelten. Ein Engagement im Naturschutz kann so gegen soziale Ungerechtigkeiten wirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Diese Einsicht kann soziale Akteure motivieren.
2. Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind Bedingungen dafür, dass Naturschutzmaßnahmen politisch durchgesetzt und gesellschaftlich akzeptiert werden können. Sich erfolgreich für den Schutz der Natur einzusetzen, kann nur gelingen, wenn Soziale Fragen angemessen berücksichtigt werden. Diese Einsicht kann Naturschutzakteure motivieren.

Im Widerspruch zu diesen Einsichten werden im politischen Tagesgeschäft soziale Fragen und Naturschutzanliegen häufig gegeneinander ausgespielt, etwa wenn es heißt „Wald vs. Arbeitsplätze“, „Feuchtbiotop vs. Umgehungsstraße“ oder „Brache vs. Wohnraum“. Um **Chancen für eine bessere Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen** zu identifizieren, sollte das Dialogforum daher gesellschaftliche Entwicklungen identifizieren, die ein kooperatives strategisches Handeln von Naturschutzakteur*innen und Akteur*innen aus dem Sozialbereich erfordern oder zumindest ermöglichen könnten.

2 Die Konzeption: SWOT-Analyse

Methodisch war das Dialogforum aufgrund dieser Aufgabenstellung ursprünglich als klassische SWOT-Analyse angelegt. Es sollte zum einen die **Stärken und Schwächen** bestehender Zusammenarbeit und zum anderen **Chancen und Risiken**, die sich aus aktuellen gesellschaftlichen und politischen Prozessen ergeben, systematisch analysieren. Zunächst war daher eine kritische Bestandsaufnahme vorgesehen: Wo stehen wir heute? Wo, wie, mit wem, in welcher Hinsicht arbeiten Naturschutz- und soziale Akteure bereits gut zusammen (= Stärken)? Wo und inwiefern klappt die Zusammenarbeit noch nicht so gut wie gewünscht (= Schwächen)? Darauf aufbauend - und die Stärken-Schwächen-Analyse ergänzend - sollten auch die Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, die eine Zusammenarbeit begünstigen (Chancen) oder erschweren (Risiken) können (s. Abb. 9). Welche gesellschaftlichen Konstellationen stellen im Hinblick auf das geplante Bündnis ein Risiko dar, und worin liegen Chancen für eine strategische Zusammenarbeit?

Stärken/Schwächen Chancen/Risiken		I: Wo stehen wir?	
		Stärken *Wo arbeiten wir gut zusammen?*	**Schwächen** *Wo hakt es in unserer Zusammenarbeit?*
II. Gesellschaftliches und politisches Umfeld	**Chancen** *Wer/was begünstigt unsere Zusammenarbeit?*	Welche Stärken können wir nutzen, um Chancen noch besser verwirklichen zu können?	Welche Schwächen müssen wir abbauen, um Chancen besser verwirklichen zu können?
	Risiken *Wer/was erschwert unsere Zusammenarbeit?*	Welche Stärken können wir nutzen, um Risiken abzuwehren?	Welche Schwächen müssen wir abbauen, um Risiken besser begegnen zu können?

Abb. 9: Konzeption des Dialogforums: SWOT-Analyse (eigene Darstellung)

Diese umfassende Analyse musste aufgrund des digitalen Formats erheblich gekürzt werden. Zur Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen dienten vorbereitete Statements der Teilnehmer*innen, die im Vorfeld die Frage zu beantworten hatten, zu welchem konkreten Anliegen oder Thema sie sich eine engere Zusammenarbeit von Naturschutz und sozialen Akteur*innen wünschen. Diese Stellungnahmen bieten Einblicke in bestehende und funktionierende Kooperationen, vor allem aber Hinweise darauf, wo engagierte Akteur*innen Entwicklungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten sehen (s. 1.4).

Über die Binnensicht der in Kooperationen Engagierten hinaus galt es sodann, das

gesellschaftliche und politische Umfeld in den Blick zu nehmen: Welche aktuellen Ereignisse oder Prozesse eröffnen Möglichkeiten für eine Verknüpfung des Naturschutzes mit Sozialen Fragen? Welche Strukturen oder Entwicklungen stehen einer Zusammenarbeit im Wege? Wie können Chancen genutzt und Risiken umgangen werden? Um diese Fragen im begrenzten Zeitrahmen des Online-Formats zur Sprache bringen zu können, musste vorher eine Auswahl relevanter Themen getroffen werden. Mit der Corona-Krise und ihren Folgen, dem Erfolg der Fridays-for-future-Bewegung und dem integrativen Ansatz der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen wurden drei Themen ausgewählt, von denen Impulse für strategische Kooperationen zu erwarten sein könnten (s. 2.1.5).

3 Die Mitwirkenden: Aktive aus Umwelt- und Sozialverbänden

Bei dem Expertengespräch 2017 war ausdrücklich empfohlen worden, bewährte Kooperationen mit dem Fokus auf prekäre Milieus oder benachteiligte Gruppen fortzusetzen, zusätzlich aber auch Kooperationen mit größerer Breitenwirkung zu suchen, etwa über die Einbindung von Sportverbänden, Gewerkschaften oder Bildungsakteuren. Insofern trafen sich bei der Veranstaltung Teilnehmer*innen, die sich bereits aus dem Netzwerk „Soziale Natur“ kannten, mit solchen, die am Aufbau von Kooperationen erst interessiert waren (vgl. Todt in diesem Band). Tab. 1 listet die Institutionen auf, die in der Runde vertreten waren:

Tab. 1: Verzeichnis der teilnehmenden Institutionen und Arbeitsgebiete

ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Draußenkinder
Anstiftung, Gemeinschaftsgärten
Bergwaldprojekt e.V., Vorstand
Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Naturschutzpolitik
Bundesakademien Natur- und Umweltschutz (BANU)
Bundesamt für Naturschutz (BfN), Grundsatzangelegenheiten, Naturschutz und soziale Fragen
Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB), Geschäftsstellenleitung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Soziale Angelegenheiten der Umweltpolitik, Soziale Gerechtigkeit
Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen, Referat Migration und Integration
Deutscher Naturschutzring (DNR), Koordination Politik & Gesellschaft
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB), Handlungsfeld Naturschutz, Biodiversität
Deutscher Wanderverband, Geschäftsführung
Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Abteilung Kinder- und Jugendbeteiligung
Diakonie Deutschland, Zentrum Migration und Soziales, Sozialpolitik gegen Armut und soziale Ausgrenzung
FU Berlin, Forschungszentrum für Umweltpolitik
Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL), Vorstand
Klimaallianz Deutschland, Referat Klimapolitik und Soziale Gerechtigkeit
Kommunen für biologische Vielfalt (KommBio), Geschäftsführung
Nationalpark Schwarzwald, Sozialwissenschaftliche Forschung
Stiftung Naturschutz Berlin, Naturerfahrungsräume
Stiftung Naturschutzgeschichte, Leitung
Umweltbundesamt (UBA), Präsidialbereich
Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Referat Umwelt & Digitale Welt

Viele der teilnehmenden Personen verbinden in ihrer Tätigkeit bereits Naturschutz- und soziale Anliegen. Eine Kurzumfrage, bei der sich die Anwesenden unterschiedlichen Bereichen zuordnen konnten, zeigte, dass sich jeweils 11 von 26 Teilnehmenden in den Bereichen Naturschutz oder Politik verorteten. Bildung, Forschung, Naturerleben, Umweltschutz oder Soziale Arbeit stellten Tätigkeitsfelder für jeweils 6-8 Personen dar. Drei Personen ordneten sich auch dem Bereich Gesundheit zu (s. Abb. 10).

Abb. 10: Tätigkeitsschwerpunkte der Teilnehmer*innen (von links nach rechts: Naturschutz, Soziale Arbeit, Naturerleben, Gesundheit, Umweltschutz, Bildung, Forschung, Politik; N=26, Mehrfachnennungen möglich)

4 Ziele der Zusammenarbeit

Zunächst einmal ging es darum herauszufinden, welche konkreten Wünsche oder Hoffnungen die Teilnehmer*innen mit einer engeren Kooperation verbinden. Alle Teilnehmenden stellten zu Beginn der Veranstaltung ihre diesbezüglichen Erwartungen in einem kurzen Statement vor. Die folgende Aufstellung gruppiert diese Statements nach dem Grad ihrer Konkretion und Kurz- bzw. Langfristigkeit in übergeordnete, strategische und operative Ziele.

Übergeordnete Ziele

- Ein gutes Leben auf einem intakten Planeten ermöglichen
- Menschenrechtsbasierte Politik machen
- Jede Form der Ausbeutung beenden

Strategische Ziele

- Handlungsfelder ‚Naturschutz' und Soziale Fragen' strategisch verzahnen
- Gemeinsamkeiten bei der politischen Interessenvertretung besser nutzen
- Gemeinsame Narrative und politische Kampagnen entwickeln
- Zusammenarbeit aller föderalen Elemente stärken
- Jugend besser beteiligen
- Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutz verbinden (One Health)

- Zielkonflikte vermeiden oder überwinden
- Soziale Folgen von Umweltveränderungen bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen stärker berücksichtigen
- Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise durch eine sozial-ökologische Transformation möglich machen
- Einem coronabedingten Backlash gemeinsam entgegentreten

Operative Ziele

Naturschutz und soziale Arbeit

- Bestehende Kooperationen institutionell verankern und sichtbar machen
- Schnittstellen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Naturschutz schaffen
- Freiräume in der Stadt für Kinder und Natur schaffen
- Naturschutz und interkulturelle/ interreligiöse Arbeit verbinden
- Zugang zu Naturschutz für sozial und kulturell benachteiligte Milieus schaffen
- Im Sport soziale Integration und (Schaffung von) Naturbewusstsein verbinden
- Stadtteile zusammen mit Vor-Ort Lebenden neu entdecken, Wege zu unentdeckter Natur verbinden

Politik

- Gemeinsam mobilisieren (z. B. Klimastreik)
- Selbstvertretungen statt Stellvertretungen ermöglichen
- Hartz IV Regelsätze und Kosten für Unterkunft an Mehrkosten durch ökologische Standards anpassen
- Soziale und ökologische Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen

Bildung und Kommunikation

- Bedeutung der SDGs bekannt machen
- Gemeinsam Bildungs- und Kommunikationskonzepte für sozioökonomisch benachteiligte Menschen entwickeln
- Die gesellschaftliche Transformation durch Dialogformate pädagogisch begleiten
- Lebenslange Menschenrechtsbildung realisieren

Stadt-Land

- Stadt-Land-Konflikte im Naturschutz ehrlich thematisieren und bearbeiten

Nach dieser inhaltlichen „Vorstellungsrunde“ präsentierten Hans-Werner Frohn und Klaus Jacobs in ihren Impulsvorträgen Befunde aus Forschungsprojekten, die Potentiale der Verbindung des Natur- bzw. Umweltschutzes mit sozialen Fragen erforscht haben (s. Kap. 2.2 und 2.3).

Im Anschluss an diese Präsentationen wurden die Teilnehmenden um ihre persönliche Einschätzung gebeten, was Kooperationen zur Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen erreichen können. Abbildung 11 zeigt, dass die Mitwirkenden große Hoffnungen in eine

solche Zusammenarbeit setzen. Auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu) erreichten alle zur Frage stehenden Ziele im Durchschnitt einen Wert zwischen 4 und 4,4.

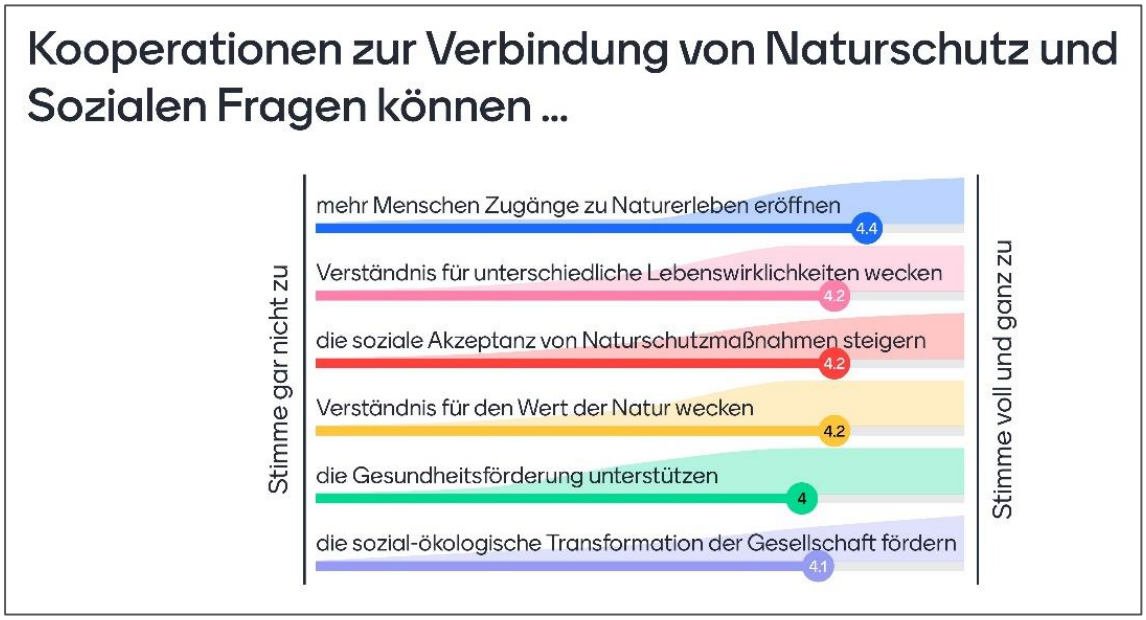

Abb. 11: Meinungsbild: Potentiale der Kooperation (4 = stimme eher zu, 5 = stimme voll und ganz zu, N = 25)

5 Chancen und Risiken der Zusammenarbeit

Nachdem die gemeinsamen Ziele identifiziert waren, galt es, aktuelle politische und gesellschaftliche Konstellationen zu diskutieren, die für die Erreichung dieser Ziele förderlich oder hinderlich sein könnten. Die Bewältigung der Corona-Krise, die Fridays for Future-Bewegung und die Sustainable Development Goals hatten die Veranstalter*innen im Vorfeld als aussichtsreiche Themen für diese Diskussion identifiziert.

Corona-Krise gemeinsam bewältigen

„Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst“. Mit diesen Worten stimmte die Bundeskanzlerin am 18. März 2020 die Bevölkerung auf den ersten Lockdown ein. Wie selten zuvor hat die politische Kommunikation in der Corona-Krise deutlich gemacht, dass die Abwehr einer kollektiven Gefahr den Einzelnen einiges abverlangen muss und darf. Der Schutz der Gemeinschaft kann es erfordern, allen Einzelnen Einschränkungen zuzumuten. Für das Thema ‚Naturschutz und Soziale Fragen‘ ist diese „unbequeme Wahrheit“ insofern relevant, als sie nicht nur im Hinblick auf den Schutz vulnerabler Gruppen vor Covid-19, sondern eben auch für den Schutz von Biodiversität und Klima gilt. Im Hinblick auf die zu deren Schutz erforderlichen weitgehenden und tiefgreifenden Maßnahmen kann es als ermutigend gelten, dass die große Mehrheit der Menschen in der Corona-Krise bereit war und ist, drastische Eingriffe in ihre individuelle Lebensführung zugunsten der Allgemeinheit zu akzeptieren. Diese Bereitschaft hing und hängt freilich stark davon ab, ob die verordneten Beschränkungen nachvollziehbar und zielführend sind und ob ihre Folgen innerhalb der Gesellschaft einigermaßen gerecht verteilt sind. Andernfalls, auch das hat die Krise gezeigt, erodiert die Bereitschaft zur Kooperation. Insofern bietet die Corona-Pandemie ein anschauliches Beispiel dafür, dass sektorale politische Ziele (sei es Naturschutz oder Gesundheitsschutz) soziale Fragen nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Dass gesundheitliche, soziale, ökonomische und ökologische Fragen untrennbar

miteinander verknüpft sind, ist in der Corona-Krise offen zutage getreten. So hat etwa der Weltbiodiversitätsrat die Krise bereits genutzt, um auf Zusammenhänge zwischen dem Verlust an biologischer Vielfalt und der Zunahme von Epidemien hinzuweisen (Deutsche ipbes-Koordinierungsstelle 2020). Durch den Lockdown ist außerdem Vielen bewusst geworden, wie abhängig wir von der ungehinderten Mobilität der Waren, Dienstleistungen und Menschen sind. Im Ernährungssektor hat sich eindrücklich gezeigt, dass eine rein betriebswirtschaftliche Gewinnmaximierung nicht nur die Natur belastet und tierliches Leid verursacht, sondern auch die Rechte von Menschen missachtet.

Beide Einsichten – dass der Schutz des Gemeinwohls die Beschränkung individueller Interessen legitimiert und dass ökologische, ökonomische und soziale Fragen untrennbar zusammen hängen – wurden als **Chance** für die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen interpretiert. Wie diese Chance durch Kooperationen (besser) genutzt werden kann, war eine Frage, zu der die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen erste Ideen sammeln sollten.

Gleichzeitig hat die Corona-Krise jedoch auch sehr deutlich gemacht, wie bedrohlich die in der Folge der Pandemie zu erwartende ökonomische Rezession für viele Menschen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Auch und gerade der Sozialbereich und der Naturschutz müssen fürchten, in einer geschwächten Volkswirtschaft künftig noch mehr um die nötigen Ressourcen kämpfen zu müssen. Dies könnte ein **Risiko** für die Zusammenarbeit von Naturschutz- und sozialen Organisationen darstellen. Um diesem Risiko zu begegnen, könnte ein Schulterschluss zwischen sozialen und ökologischen Anliegen verhindern, dass beide angesichts der Knappheit gegeneinander ausgespielt werden. Die gemeinsame Erklärung von BUND und Paritätischem Gesamtverband (1.6.2020) etwa weist in diese Richtung. Wie Kooperationen zwischen Naturschutz und Sozialbereich corona-bedingte gesellschaftliche und ökologische Risiken senken könnte, war die zweite Frage, zu der die Arbeitsgruppen Ideen sammelten.

Bevor die Anwesenden des Dialogforums in Arbeitsgruppen aufgeteilt wurden, gaben sie ein subjektives Votum zur Bedeutung der Corona-Krise für die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen ab (s. Abb. 12). Die höchsten Zustimmungsraten fanden die Aussagen, die Pandemie habe die Bedeutung staatlichen Handelns für die Bewältigung von Krisen demonstriert (4,6) und globale sozial-ökologische Zusammenhänge deutlich gemacht (4,3). Wie wichtig ein ungehinderter Zugang zu Natur und Draußen-Sein für Menschen ist, hat Corona ebenso deutlich gemacht wie die Bedrohung, die von einer Rezession für den sozialen Zusammenhalt ausgehen kann (3,8). Unentschieden waren die Teilnehmenden, ob das Krisenmanagement deutlich gemacht hat, dass Gesundheitsschutz Vorrang vor ökonomischen Interessen hat (3,0). Die Chancen, die Corona für eine Verbindung der beiden Anliegen eröffnet, werden mit einer Zustimmungsrate von 3,7 zurückhaltend bewertet, jedoch eher bejaht als verneint.

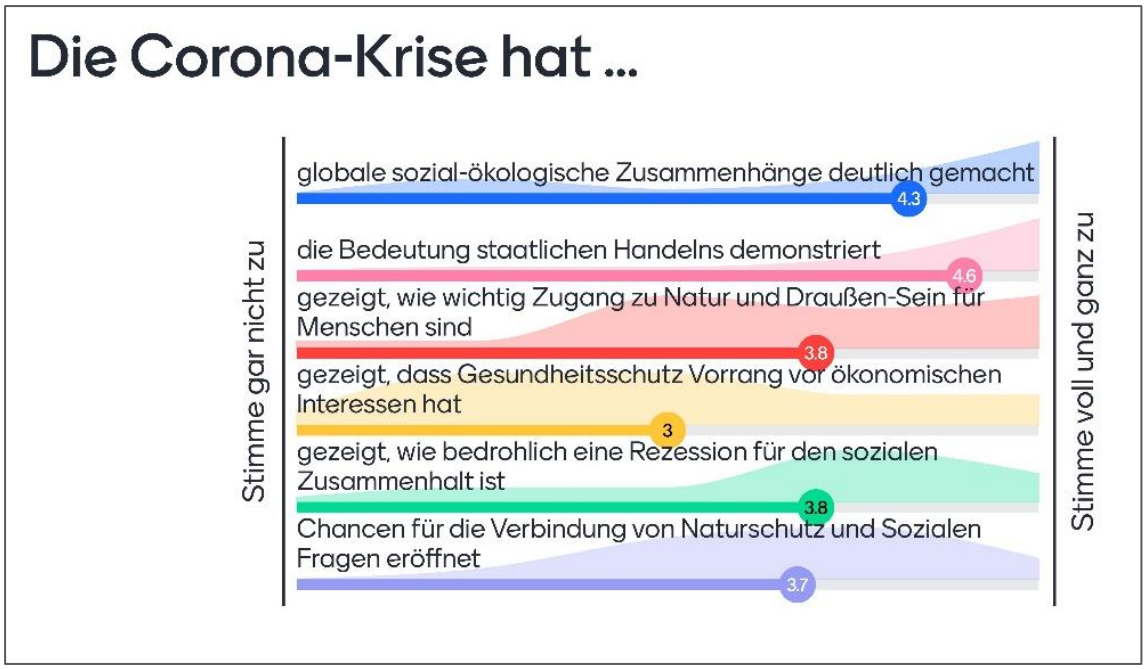

Abb. 12: Meinungsbild: Bedeutung der Corona-Krise für die geplante Zusammenarbeit (Skala: 3 bin unentschieden, 4 stimme eher zu, 5 stimme voll und ganz zu, N=24)

Nach diesem Meinungsbild wurden die Teilnehmenden gebeten, in Kleingruppen Ideen zu sammeln, wie man durch praktische und strategische Kooperationen der Verknappung finanzieller Ressourcen und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit wirksam begegnen und den Vorrang des Gemeinwohls vor kurzfristigen Partialinteressen verdeutlichen könne.

In Tabelle 2 sind die Notizen der Arbeitsgruppen dokumentiert. Im Vordergrund stand bei fast allen Gruppen das Bemühen, Schnittmengen und beiderseitige Interessen zu identifizieren und in den Mittelpunkt der Kommunikation zu stellen, um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Eine Möglichkeit, Verbindungen zwischen sozialen und ökologischen Themen bekannter zu machen, wurde in der Kooperation mit dem Bildungssektor gesehen. Die Menschenrechte unmissverständlich als Basis der jeweiligen Aktivität auszuweisen, haben zwei Gruppen als wichtige gemeinsame Maßnahme erachtet. Dagegen wurde in einer anderen Gruppe diskutiert, ob Biodiversitätsschutz und Klimaschutz nicht als „absolute Eckpunkte“ zu betrachten seien, die gesellschaftlichen Gestaltungsspielräumen „objektive Grenzen“ setzen. Im Unterschied dazu schlug eine andere Gruppe vor, die noch ungenügende Berücksichtigung der sozialen Dimension in Konzepten wie „Green Recovery“ stärker zu thematisieren. Offen blieb dabei die Frage, wie diese eher abstrakten Themen noch besser an die konkreten politischen Realitäten anknüpfen können.

Im Hinblick auf die Frage nach dem Gemeinwohl wurde der Vorschlag gemacht, zunächst einmal in Kooperationen über die Frage, wie wir leben wollen, zu diskutieren und konkrete Zielbilder zu entwickeln. Daran sollten insbesondere auch Kinder und Jugendliche stärker beteiligt werden. Ein weiterer Vorschlag war ein Atlas der Allmenden, der das Thema Gemeinwohl veranschaulichen könnte. Auch die aktuelle Diskussion über Flächengerechtigkeit im urbanen Raum können genutzt werden, um das Thema Gemeinwohl zu verdeutlichen. In Politik und Wissenschaft müsse die Versäulung bzw. Disziplinierung zugunsten einer Gemeinwohlperspektive überwunden werden. Und schließlich sei es wichtig, Soziale Fragen auch in ihrer internationalen Dimension in den Diskurs einzubringen.

Tab. 2. Ergebnisse der Kleingruppen zu Corona

Gemeinsam der Verknappung von Ressourcen begegnen
Gemeinsame Positionen finden und sensibilisieren für andere Perspektiven
Die Position der anderen sehen und kennen
Sich nicht in Konkurrenz sehen
Nachhaltigkeit und Menschenrechte als Bezugspunkte, die beide soziale wie auch ökologische Fragen berühren
SDGs bekannter machen --> verpflichtendes Fach in der Kita/ Schule/ Universität und im Arbeitsleben
Lehrer*innenverbände/ Bildungspolitik mit einbeziehen
Expert*innen für Menschenrechte mit einbeziehen
Was meint Ressourcen? (Mediale Aufmerksamkeit? Finanzen?)
Kooperationen bei medialer Aufmerksamkeit: Unterschiedliche Blickwinkel bündeln. Beiderseitige Interessen identifizieren und nach außen gemeinsam kommunizieren.
Kooperationen bei Finanzen: Fokus auf spezifische politische Mechanismen mit sozialer und ökologischer Wirkung
Verknappung als Konkurrenzverstärker
Kopplung der Themen nötig, gerade auch vor dem Hintergrund von Konjunkturpaketen
Wie geht mensch mit den objektiven Grenzen um? Klimaschutz und Biodiversitätsschutz haben absolute Eckpunkte
Grundlegende Fragen, die Schnittmengen darstellen
Wie bleibt das anknüpfbar an die realen politischen Akteure?
"Green recovery" findet sich schon breit im aktuellen Narrativ, wenn auch nicht in kompletter Breite - hier müssen Synergien, etwa mit dem Gesundheitsbereich, identifiziert werden
Es muss auch klar gemacht werden, dass der Staat seine Rolle der Steuerung für die Gesellschaft wahrnehmen muss - Kooperationen spielen dabei eine zusätzliche Rolle -> Verhältnis- und Verhaltensänderungen sind erforderlich
Vorrang des Gemeinwohls verdeutlichen
Was ist Gemeinwohl? Wie wollen wir leben? → Konkrete Zielbilder entwickeln mithilfe von Naturschutz- und sozialpolitischen Akteur*innen
Soziale Aspekte auch international bearbeiten
Kinder und Jugendliche sich persönlich einbringen lassen und nicht über Stellvertreter
Versäulung und Disziplinenabgrenzung in Politik und Wissenschaft überwinden
Gibt es einen Atlas der Allmenden in Dörfern und Städten → könnte positive Auswirkungen auf die Frage nach dem Gemeinwohl haben
Aktuelle Diskussion um Flächengerechtigkeit (vor allem in den Städten) nutzen

Wie die Corona-Krise für eine umfassende gesellschaftliche Erneuerung genutzt werden kann, wurde zwischenzeitlich auch in zahlreichen politischen oder wissenschaftlichen Publikationen diskutiert, von denen zum Abschluss dieses Themas einige hier exemplarisch genannt werden sollen:

- Die Zeitschrift ‚**Politische Ökologie**' widmete im Dezember 2020 eine Ausgabe der Frage „Die Coronakrise: Stimulanz für die Große Transformation?"
- Ein Sonderband der Zeitschrift Soziologie und Nachhaltigkeit, SuN, untersucht „Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise" (SuN 2020)
- Das **Umweltbundesamt** hat anlässlich der Pandemie eine „Corona-Taskforce" eingerichtet, die fragt, was die Corona-Krise für die Umweltpolitik bedeutet. Sie hat

mittlerweile vier Positionspapiere vorgelegt, die verschiedene Aspekte beleuchten[2]:

- Nachhaltige Wege aus der Wirtschaftskrise (Mai 2020)
- Gesellschaftliche Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland und mögliche Konsequenzen für die Umweltpolitik (September 2020)
- Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik während und nach der Covid-19-Pandemie (September 2020)
- Lehren aus der Corona-Krise: Neue Leitmotive für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich? Ein Diskussionsbeitrag (September 2020)

- Auf Initiative von Pascal Canfin, Vorsitzender des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, wurde am 14. April 2020 die „Europäische Allianz für einen grünen Aufschwung" („**Green Recovery**") gegründet.[3] Diese Allianz will Ministerien, Abgeordnete, CEOs, NGOs und Gewerkschaften zusammenbringen, um mit der Bewältigung der Gesundheitskrise auch den langfristigen Übergang zu Klimaneutralität und gesunden Ökosystemen zu beschleunigen. In dem Aufruf heißt es, damit Initiativen wie der europäische „Green New Deal" weithin Anerkennung finden könnten, müssten sie „mehr denn je auf die sozialen Bedürfnisse unserer Gesellschaft reagieren". Das Label „green" dürfte dabei allerdings einer integrierten Betrachtung sozialer und ökologischer Belange tendenziell im Weg stehen.

Fridays for Future: Klima, Biologische Vielfalt und soziale Anliegen verbinden

Bevor die Corona-Pandemie die Nachrichten beherrschte, hat kaum eine soziale Bewegung so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen wie Fridays for Future. Die Empörung und Kompromisslosigkeit der die Schule bestreikenden Kinder und Jugendlichen haben ungeahnten politischen Druck entfaltet. Nicht zuletzt durch die starke Präsenz des Themas in den sozialen Medien, deren prominentestes Beispiel das Rezo-Video (2019) war[4], sahen sich alle Parteien gezwungen, sich zum Thema Klimaschutz zu positionieren. Im Windschatten dieser Bewegung haben auch Naturschutzanliegen (Hambacher Forst, Extinction Rebellion) und Ökonomiekritik (nachhaltiger Konsum, Postwachstum) ein breiteres Publikum gefunden. Ein zentrales Motiv der Bewegung sind Gerechtigkeitsfragen: Zukunftsgerechtigkeit („Ihr nehmt uns die Zukunft weg") und globale Gerechtigkeit (Klimagerechtigkeit). Die mediale Präsenz der Themen Klima und Gerechtigkeit könnte Anknüpfungsmöglichkeiten für eine öffentlichkeitswirksame Verknüpfung von Naturschutz und sozialen Fragen bieten und stellt damit eine **Chance** für das Anliegen des Dialogforums dar.

Erschwert wird ein Anknüpfen an den Erfolg von Fridays for Future allerdings durch die Tatsache, dass potentielle Spannungen zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit bislang eher wenig Beachtung finden. Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten in energieintensiven Großindustrien vertreten, reagieren bisher eher zurückhaltend auf die Bewegung. Auf Kritik stößt auch der Umstand, dass die Bewegung nicht die gesamte Breite der Gesellschaft widerspiegelt (Sommer et al. 2019). Wenn Klima- oder auch Naturschutz als Interesse privilegierter Gruppen wahrgenommen wird, ist das für die angestrebte umfassende Teilhabe unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ein **Risiko**.

---

[2] Alle Papiere sind zum Download verfügbar unter URL: https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/was-bedeutet-die-corona-krise-fuer-die

[3] https://caneurope.org/green-recovery-call-for-action/

[4] https://www.youtube.com/watch?v=4Y1lZQsyuSQ

Als Einstieg in die Arbeitsgruppen wurden die Teilnehmenden um eine Einschätzung der Fridays for Future Bewegung im Hinblick auf die mit ihr verbundenen Chancen und Risiken für die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen gebeten. Die Ergebnisse dieses Meinungsbilds zeigen die Abbildungen 13 und 14.

Zunächst ging es um die Frage, welche Themen durch Fridays for Future stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt sind. Nach dem Klimawandel selbst sind dies die Themen Verkehr (Stichwort „Flugscham“) und Ungleichheit („Klimagerechtigkeit“). Auch das Artensterben und die Kritik an der industriellen Landwirtschaft sind im Schlepptau der Auseinandersetzung mit Klimafragen stärker ins Bewusstsein geraten. Menschenrechte und Tierwohl sind im gesellschaftlichen Klimadiskurs nach Wahrnehmung der Teilnehmenden eher weniger prominent (Abb. 13).

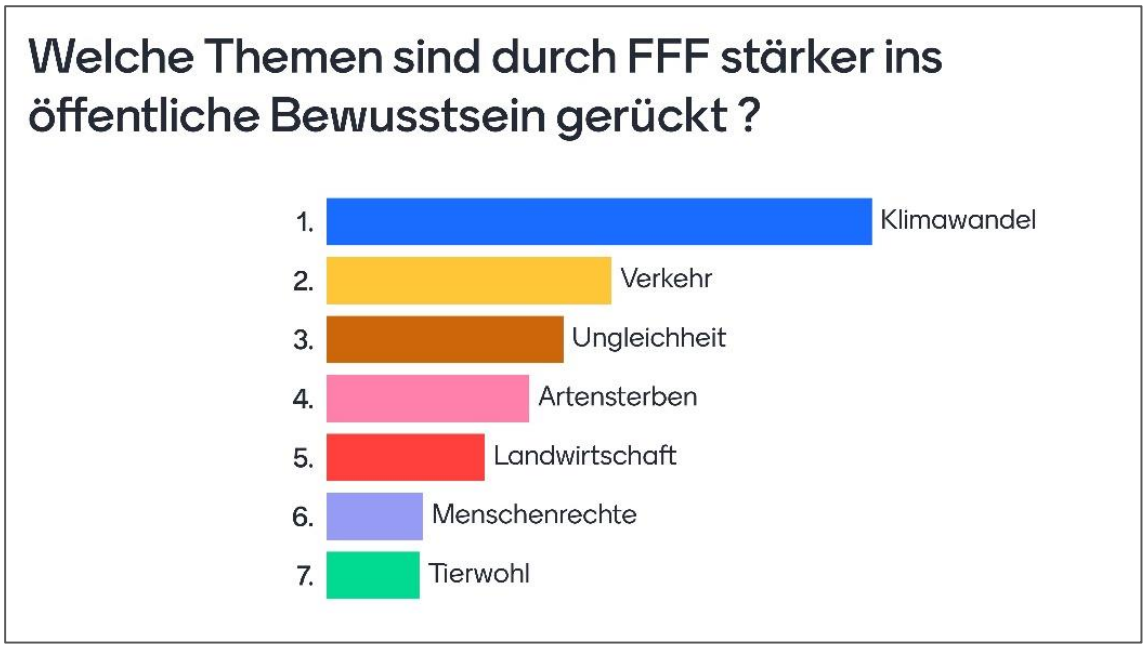

Abb. 13: Meinungsbild: Welche Themen sind durch FFF stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt (N = 23, Mehrfachnennungen möglich)

Anschließend fragten wir nach den übergeordneten normativen Zielen, die dem Klimadiskurs nach Meinung der Teilnehmenden zugrunde liegen. Hier rangiert das Thema Zukunftsgerechtigkeit, also die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen an erster Stelle – sie gibt schließlich auch der Bewegung ihren Namen. An zweiter Stelle wurde das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung genannt, gefolgt von ökologischer Gerechtigkeit (also der Verantwortung gegenüber der Natur selbst) und globaler Gerechtigkeit (Verantwortung gegenüber den Menschen im Globalen Süden). Die sozial bestimmten Ziele ‚ein gutes Leben für alle‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ rangieren hingegen nach der Einschätzung der Teilnehmenden eher am unteren Ende der Aufmerksamkeitsskala (Abb. 14).

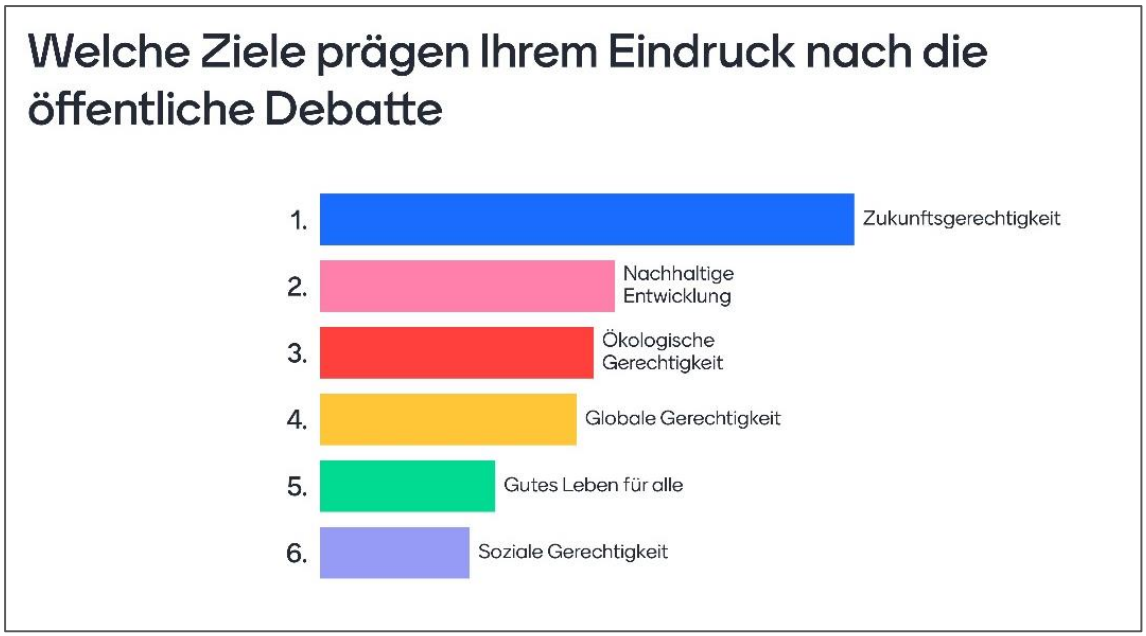

Abb. 14: Meinungsbild: Welche Ziele prägen die öffentliche Debatte (N=23, Mehrfachnennungen möglich)

Am Beispiel Klimaschutz lassen sich zwei Spannungsverhältnisse verdeutlichen, die auch für die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen von Bedeutung sind: die **Spannung zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit** und die **Spannung zwischen individuellen und kollektiven Bedürfnissen**.

- Maßnahmen, die im Sinne der zukünftigen Generationen geboten sind, können zu sozialen Härten führen aus (z. B. Arbeitslosigkeit sowie steigende Preise für Strom, Lebensmittel und Mobilität). Aus Gründen sozialer Gerechtigkeit wie gesellschaftlicher Akzeptanz ist es wichtig, beim Design der Maßnahmen diese sozialen Fragen zu berücksichtigen. Dies kann **Chancen** für strategische Kooperationen zwischen Naturschutz und Sozialbereich eröffnen.
- Auf der anderen Seite können Maßnahmen, die zum Wohle aller erforderlich sind, Bedürfnisse oder Interessen Einzelner frustrieren. So können Wandern, Radfahren, Klettern und Skifahren im Widerspruch zu Anforderungen des Arten- und Ökosystemschutzes stehen (vgl. Forst et al. 2019[5]). Im Hinblick auf Kooperationen mit der Sozialen Arbeit oder dem Sport können solche Zielkonflikte ein **Risiko** darstellen.

Die Teilnehmer*innen wurden gebeten, in Arbeitsgruppen Ideen zu sammeln, wie Chancen genutzt und Risiken reduziert werden können. Die Notizen der Arbeitsgruppen sind in den nachfolgenden Tabellen im Wortlaut dokumentiert und thematisch sortiert.

[5] https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript520.pdf

Tab. 2: Aussagen zu Spannungen zwischen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit

Leitfrage: Wie lassen sich Spannungen zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit durch die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen entschärfen?
Mehr Kommunizieren
Man muss den Konflikt diskutieren; FFF als gutes Beispiel, dass die Forderungen in der Politik bzw. Öffentlichkeit nicht ausreichend diskutiert werden
Kooperieren (…) um zu streiten; Akteure? FFF wäre schön, aber auch politische Akteure von anderem Ende des Spektrums (AFD?)
FFF politisch nicht ernst genommen?
Nur Irritation bei Konfrontation mit FFF? Wer ist da überhaupt zu adressieren?
Generationsübergreifende Begegnung/ Begegnung in Projekten/
Generationen zusammenbringen - Erreichtes diskutieren, kritisch analysieren, in die Zukunft schauen → Dialoge notwendig
Gegenseitiges Zugehen von Sozialakteuren und Umweltakteuren
Informationsaustausch/ Partizipationsmodelle
Kein Mangel an Austauschangeboten, die Formate gibt es.
Wie kann man dabei möglichst viele gesellschaftliche Gruppen abholen?
Hier sehr breit denken: Wie kann das "große positive Narrativ" für ein gutes Leben in 2050 aussehen? (Randbemerkung: Es gab 2016 ein Integriertes Umweltprogramm des BMU, das vieles davon aufgreift, aber politisch gleich wieder verloren ging)
Wie kommt man auf gemeinsame Ziele? Thematische Fokussierung
Konflikt akzeptieren
Gegenposition: Die beiden Dinge sind ein großer Konflikt - Sozialverbände sind durch intragenerationelle Gerechtigkeit auf das Hier und Jetzt ausgerichtet - Klimaverbände sind eher auf intergenerationelle Gerechtigkeit ausgerichtet
Spannungen bleiben bestehen - das akzeptieren und trotzdem zusammenarbeiten
Man muss die Konflikte aushalten bzw. führen; ist der Konflikt evtl. verschärft/ überspitzt? Bewusstsein in der älteren Generation durch FFF bewusst gemacht
Aktivismus außerhalb institutioneller Strukturen
Den Konflikt gibt es (so) nicht
Konflikt befindet sich nicht zwingend zwischen Generationen sondern eher zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft (z.B. Mitarbeiter in Kohleindustrie vs. FFF)
Ich lese Zukunftsgerechtigkeit als eine Frage, für die Antworten schon jetzt in der Gegenwart gefunden werden müssen. Damit wäre die Gestaltung gegenwärtiger sozialer Gerechtigkeit das Medium, Zukunftsgerechtigkeit herzustellen.
Zukunftsgerechtigkeit ist nicht gleich intergenerationelle Gerechtigkeit, Soziale Gerechtigkeit ist nicht gleich intragenerationelle Gerechtigkeit
Man kann die beiden Probleme nicht gegeneinander ausspielen --> es muss miteinander einher gehen
Diskursräume haben sich verschoben, Streit geht eher um mangelnde Geschwindigkeit und Schwergängigkeit der Politik
Primat des Klimaschutzes
Primat der Klimapolitik ist besonders wichtig, weil nur so die Rahmenbedingungen für soziale Politik geschaffen sind
Wenn wir keine Klimapolitik machen, können wir auch keine soziale Politik machen → das Leben wird weniger lebenswert und dann helfen Diskussionen über Hartz IV-Sätze nicht mehr
Keine Kompromisse durch FFF angestrebt, wissenschaftlich gestützte Zeitgrenze durch planetare Grenzen gibt Dringlichkeit vor

Soziale Fragen ernst nehmen
Hartz IV-Satz im Anbetracht nachhaltigen Konsums berechnen (Umverteilung)
Kann man das allerdings wirklich durch die Ressourcenfrage klären? Selbst Angestellte haben oft nicht die finanziellen Mittel für nachhaltigen Konsum
Alternativ: allgemein verfügbare Ressourcen vergrößern, wie z.B. Freiräume
Zugang auch für Menschen mit Armutserfahrung verbessern (oder mit anderen sozialen Problemen)
Vielleicht beide Ansätze zusammen denken?
Subventionen, Härtefallregelungen etc. --> die beiden Probleme müssen nicht im Widerspruch stehen
Perspektive erweitern
Zusätzlich Spannung globaler Gerechtigkeit und nationaler sozialer Gerechtigkeit
Auch die soziale Frage sollte intergenerationell betrachtet werden --> Kinder von Hartz IV-Empfänger werden mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Hartz IV-Empfänger
Zukunft: Futur oder Advent? Planen wir die Zukunft (Future) oder lassen wir uns von der Zukunft überraschen (Avenir)?
Spezifische Chancen des Naturschutzes nutzen
Chance des Naturschutzes als Zugangsinstrument nutzen (besser als beim Klimaschutz, der abstrakter ist)
Erfahrung der Selbstwirksamkeit im Naturschutz kann helfen
Wichtig: Auch Menschen mit Armutserfahrung sind nicht naturfern, wollen auch Naturerfahrungen sammeln

In der Darstellung wird deutlich, wie kontrovers die Einschätzungen zum Konflikt zwischen inter- und intragenerationeller Perspektive sind. Einige fanden, den Konflikt gäbe es so gar nicht oder anderweitige Konfliktlinien seien wichtiger. Manche vertraten die Ansicht, diesen Konflikt müsse man einfach zur Kenntnis nehmen, aushalten und dennoch zusammenarbeiten. Und wieder andere plädierten dafür, den Konflikt durch Kommunikation und Austausch, das Finden gemeinsamer Themen und eines gemeinsamen „Narrativs“ aufzulösen. Konträr waren auch die Ansichten darüber, ob ökologische und soziale Fragen gleichrangig seien. Während einige klar für ein Primat der ökologischen Frage votierten („Planetare Grenzen erlauben keine Kompromisse“), forderten andere, die soziale Frage ernst(er) zu nehmen und sozialpolitische Maßnahmen wie Hartz IV umweltbewusster auszugestalten. Ein Proprium des Naturschutzes – die große Bedeutung der Naturverbundenheit für ein gutes Leben – wurde von einigen als möglicher Ansatz zur Milderung des Konflikts zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit erachtet.

Der nächste Block befasste sich mit potentiellen Konflikten zwischen individuellen und kollektiven Interessen. Auch hier zeigte sich eine Heterogenität der Einschätzungen. Während manche zur Bewältigung von Konflikten auf Kommunikation und Bildung setzten, plädierten andere für Restriktionen und Verbote, weil „bestimmte soziale Gruppen“ unverantwortlich mit der Natur umgingen. Aus pragmatischer Sicht wurde es als hilfreich erachtet, sich nicht an Konflikten abzuarbeiten, sondern sich auf solche Orte und Prozesse zu konzentrieren, bei denen der Schutz von Natur und individuelle Interessen Hand in Hand gehen. Hierzu gehören die zahlreichen Beispiele von Natur(erfahrung) in der Stadt, die sowohl den beteiligten Menschen als auch dem Naturschutz nutzen können. Es wurde angeregt, solche Räume und die Menschen, die sie schaffen und pflegen, politisch und finanziell besser zu unterstützen. Eine wissenschaftliche Erforschung bestehender Zielkonflikte sowie ihrer Ursachen und ethischen Grundlagen wurde ebenfalls empfohlen.

Tab. 3: Aussagen zu Spannungen zwischen individuellen und kollektiven Interessen

Leitfrage: Wie lassen sich Spannungen zwischen individuellen Zielen (Naturerleben, Wandern, Sport) und kollektiven Zielen (Naturschutz, Klimaschutz) abbauen?
Konflikt gibt es so nicht (pro und contra)
Naturschutz und Klimaschutz sind auch individuelle Ziele, die Unterscheidung ist meiner Meinung nach nicht stimmig.
Ressourcen werden immer knapper und so werden die Konflikte immer realer - vor einigen Jahren wäre es bestimmter einfacher gewesen, entsprechende Programme zu implementieren
Information und Bildung → Aufklärung über bestimmte Spannungsfelder
Wie schafft man es, Individuen von der Sinnhaftigkeit persönlicher Einschränkungen (z.B. Elterntaxi stehen-lassen) zum Wohle der Allgemeinheit und der Umwelt zu überzeugen? → ggf. direkte persönliche Vorteile aufzeigen (Sicherheit des Kindes), um kollektives Ziel (Umweltschutz) zu erreichen
Partizipationsmodelle
Leitlinien/ gemeinsame Positionen besser, damit die allgemeine Akzeptanz steigt
Restriktionen/ Verbote, denn bestimmte soziale Gruppen gehen unverantwortlich mit der Natur um
Orte und Aktivitäten, die beides verbinden, politisch unterstützen
Kleingärten und Gemeinschaftsgärten
Durchlässigkeit, Erreichbarkeit, Begegnungsräume ermöglichen
Friedhöfe als Orte der Naturerfahrung
Emotionale Zugänge zur Natur (z.B. Kinder spielen in der Natur)
Kümmerer für prozentuale Verteilung von Grünflächen
Politischer Rückhalt, nicht es soll schön aussehen, sondern Ressourcen für Kümmerer mit Auftrag
Forschung
Sozialwissenschaftliche Grundlagen von Naturschutz weiter verbessern, z.B. zu Werten etc.
Gemeinsam Akteurskonstellation und deren Interessen betrachten und Ursachen für Konflikte erforschen
Kann man die diversen Zielkonflikte (mehr auf lokaler Ebene) ggf. einmal kategorisieren und "sortieren" (vielleicht gibt es dies schon?)

Niemanden zurücklassen: Agenda 2030 gemeinsam umsetzen

Als aktuelle politische „große Erzählung“ wurde abschließend die Agenda 2030 mit ihrem Motto ‚Niemanden zurücklassen‘ daraufhin befragt, welche Chancen sie für die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen birgt. Die darin formulierten 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (vgl. Abb. 4 in Kap. 1.2) verbinden nicht nur umwelt- und sozialpolitische Ziele, sondern betonen auch deren Interdependenz. Nicht nacheinander oder nebeneinander, so die Botschaft der Agenda 2030, sondern nur miteinander seien diese Ziele zu erreichen.

In der Außenwahrnehmung des Naturschutzes dominierte lange der Eindruck, es ginge ihm vor allem um Frösche, Libellen oder Hamster, nicht aber um Menschen. Ein solches Verständnis erschwert die Verbindung mit sozialen Fragen. Dagegen stellen Konzepte wie ‚Ökosystemleistungen‘ und ‚Natures Contributions to People‘ (NCPs) den Versuch dar, diesem vermeintlichen Desinteresse des Naturschutzes an Menschen entgegenzuwirken und deutlich zu machen, in wie vielen Weisen Natur gut für Menschen ist. An diese Argumentation anknüpfend, stellen die 17 Nachhaltigkeitsziele das Wohlergehen aller Menschen ins Zentrum der Betrachtung. Für dieses sind die Bekämpfung von Armut und Hunger, Gesundheitsversorgung und Bildung ebenso wichtig wie der Schutz von Wasser, Klima und Lebewesen. Das Motto „Leave no one behind“ könnte sich für Bündnisse des Naturschutzes mit dem Sozialbereich als Türöffner erweisen. Denn anders als das ökonomische Konzept der Ökosystemdienstleistung ist das Anliegen, niemanden zurück zu lassen, für Menschen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe engagieren, unmittelbar evident. Dieses Motto im

Hinblick auf Naturschutzanliegen mit Leben zu füllen, könnte damit eine **Chance** für die angestrebten strategischen Bündnisse darstellen.

Auf der anderen Seite besteht das **Risiko**, dass die in den SDGs angesprochene Themenvielfalt praktische Kooperationen überfordert. Der hohe Anspruch und das Komplexitätsniveau der UN-Ziele stehen in einem erkennbaren Widerspruch zu den Mühen der Ebene, der ein gewisses Frustrationspotential birgt. Zudem droht eine Subsumierung der Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen unter die Agenda 2030, Naturschutzanliegen vollends in Nachhaltige Entwicklung aufzulösen und somit spezifische Charakteristika des Naturschutzes aus dem Blick zu verlieren.

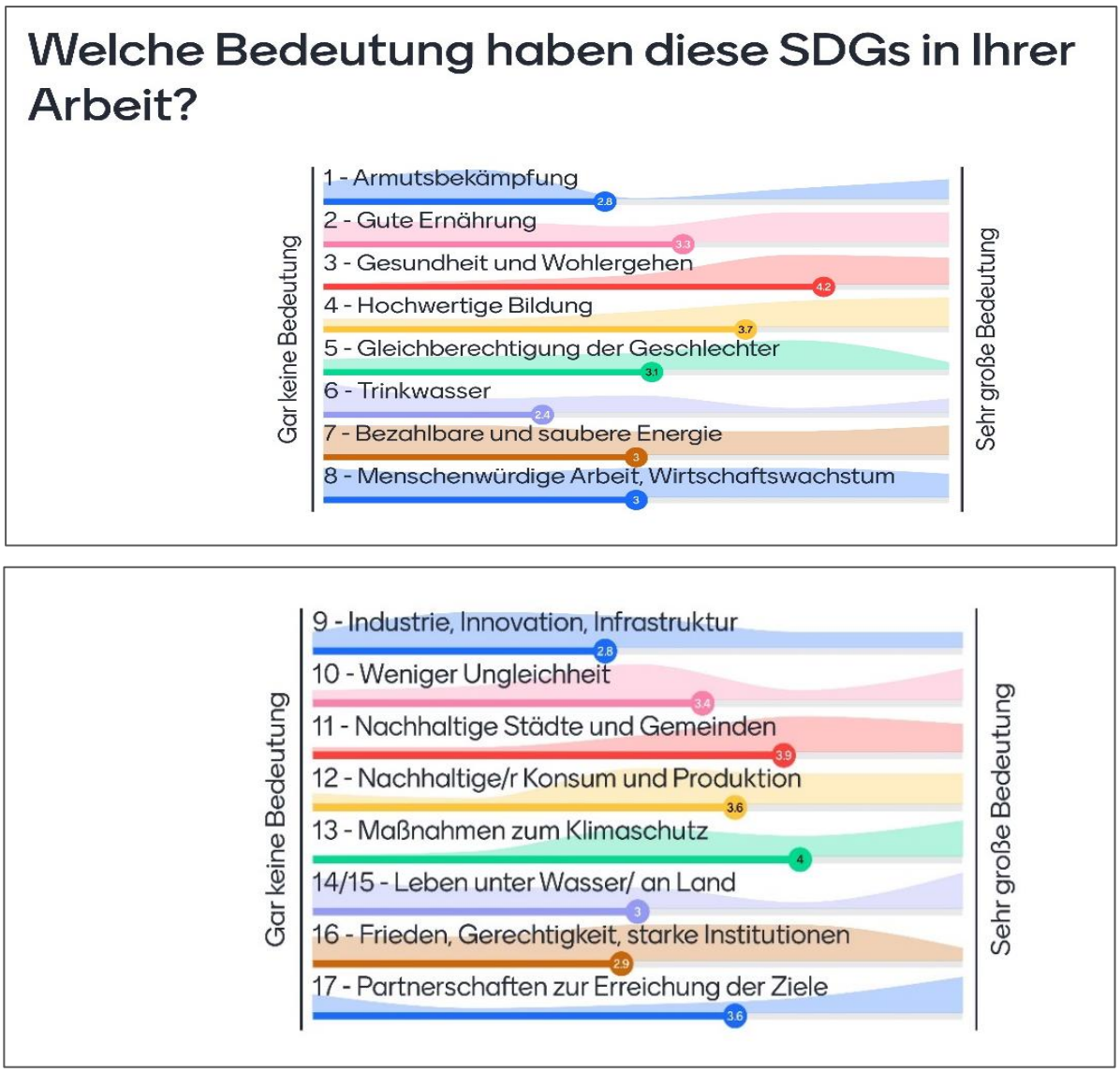

Abb. 15: Relevanz unterschiedlicher SDGs für die Arbeit der Mitwirkenden (Skala 0 gar keine bis 5 = sehr große Bedeutung, N = 23)

Als Einstieg in die Thematik haben wir die Teilnehmenden zunächst gefragt, welche Rolle die unterschiedlichen Ziele in ihrer täglichen Arbeit spielen. Wie Abbildung 15 zeigt, spielen Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3) im beruflichen Alltag der Mitwirkenden die bedeutendste Rolle, gefolgt von Klimaschutz (SDG 13) und Nachhaltigkeit in Stadt und Gemeinden (SDG 11). Von mittlerer bis großer Bedeutung sind Bildung (SDG 4), Nachhaltiger Konsum (SDG 12) und Partnerschaften zu Erreichung der Ziele (SDG 17). Eher mittlere Bedeutung

hat der Einsatz gegen Ungleichheit (SDG 10), für gute Ernährung (SDG 2), und für Gleichberechtigung der Geschlechter (SDG 5). Die klassischen Naturschutzziele, Schutz des Lebens im Wasser und an Land (SDGs 14 und 15) haben hingegen nur eine mittlere Bedeutung. Sie teilen sich diesen Rang mit den Zielen saubere Energie (SDG 7) und Menschenwürdige Arbeitsbedingungen (SDG 8). Auch der Armutsbekämpfung (SDG 1) wurde von den Mitwirkenden lediglich geringe bis mittlere Bedeutung zugeschrieben. Sie erscheint hier als gleichrangig mit Industrie, Innovation, Infrastruktur (SDG 9). Die geringste Bedeutung kommt in der Arbeit der Mitwirkenden dem Schutz des Trinkwassers (SDG 6) zu.

Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend, lautete der Arbeitsauftrag an die Kleingruppen nun: Die Themen ‚Naturschutz' und ‚Soziale Fragen' umfassen eine Vielfalt an Perspektiven und Methoden. Wie (und mit wem) können wir diese Vielfalt für die Umsetzung der SDGs nutzen? Die erarbeiteten Vorschläge sind in Tabelle 4 thematisch geordnet und im Wortlaut wiedergegeben.

Leitfrage: Wie können wir die Perspektiven und Methodenvielfalt von Naturschutz und sozialen Fragen noch besser für die Umsetzung der SDGs nutzen?
Bildung zu SDGs
SDGs müssten breiter bekannt gemacht werden
Verpflichtende Menschenrechtsbildung in der Kita/ Schule/ Uni und am Arbeitsplatz → SDGs überall kommunizieren
- Stichwort: lebenslanges Lernen
- in Lehrpläne auch für bestimmte Ausbildungsberufe mit rein nehmen
Die SDGs bieten aufgrund des hohen Abstraktionsniveaus wenig Ansatz für die reale Zusammenarbeit vor Ort
SDGs sind vielleicht etwas zu komplex für die Gesamtheit der Bevölkerung: 17 Ziele und 169 Unterziele → Wir können nicht immer nur an das Bildungsbürgertum denken
- Einfache Sprache!! → leave no one behind
Runterbrechen der Ziele auf die konkreten Projekte/ Praxismaßnahmen um ein Arbeiten damit zu erleichtern
Warum wurden sie noch nicht bekannt? Wie kommuniziert man so etwas?
- einzelne SDGs kommunizieren, anstatt direkt alle 17 aufzuführen
- Sprachhürde: SDGs sind in Englisch formuliert[6]
- Landeskirche (Hubert Meisinger): Dort werden die SDGs in alle Arbeitsbereiche einbezogen und heraus gefunden, welche überhaupt relevant sind → es ist allerdings ziemlich schwierig, diese mit einzubeziehen (Überforderung)
Strukturen
Es braucht Plattformen, die die Barriere zum Einstieg niedrig halten - keine Mitgliedsbeiträge, keine Kosten ... (Beispiel Bergwaldprojekt) - Menschen als Dienstleister ansprechen, um Wertschätzung und Selbstwirksamkeit zu erleben
Warum ist der Naturschutz der einzige Bereich, in dem es keine verpflichtenden Fortbildungen gibt?
- Punktesystem?
Strategie
Was sind gerade die aktuellen Debatten, wo kann man sich ggf. dranhängen (aktuell: Verkehr; Flächenumverteilung) [„mit in den fahrenden Zug setzen"] und bereits existierende Instrumente (z.B. Präventionsketten) nutzen, um Ziele zu erreichen
Gesundheit und Prävention als Hebel für eine Kooperation
Soziale bzw. ökologische Teilhabe als Hebel (Umweltgerechtigkeit)

[6] Anm. UE.: Auf dieser Seite finden sich Materialien zu den SDGs auf Deutsch: https://17ziele.de/

Politik
Kooperationen nutzen, um dann auch die entsprechenden politischen Ebenen (zum Beispiel verschiedene Ministerien) zusammenzubringen - auch dort fehlt vielfach der Austausch
Kooperation zur Zusammenarbeit durch politischen Druck

Offenkundig divergieren die Einschätzungen der Mitwirkenden auch im Hinblick auf die SDGs stark. Von der Forderung nach verpflichtenden Fortbildungen zum Thema bis zur Auffassung, die 17 Ziele seien wegen ihrer Komplexität nur für ein bildungsbürgerliches Klientel geeignet, reicht das Spektrum der Meinungen. Wenn überhaupt, wird ein Potential der SDGs weniger in der praktischen Bildungs- und Projektarbeit gesehen als in der strategischen und politischen Arbeit. Die Themen Gesundheit/ Prävention und Teilhabe werden dabei als mögliche Hebel für eine sozial-ökologische Transformation erachtet. Auf der politischen Ebene wird vorgeschlagen, dass Akteure aus dem Naturschutz und dem Sozialbereich sich gemeinsam darum bemühen, auch in den übergeordneten Strukturen (Verbände, Ministerien) einen Austausch herbeizuführen. Durch die konsequente Verbindung des Naturschutzes mit sozialen Fragen könnte es gelingen, den politischen Druck für eine bessere Politikintegration zu erhöhen.

6 Die Ergebnisse: Ansatzpunkte einer strategischen Zusammenarbeit

Aus den Eingangsstatements der Mitwirkenden, den Impulsvorträgen und den drei Diskussionsrunden zur Bewältigung der Coronakrise, Fridays for Future und den SDGs lassen sich folgende Ansatzpunkte für die strategische Zusammenarbeit destillieren:

- **Naturerleben und soziale Arbeit**: Hier liegen die beiderseitigen Interessen klar auf der Hand
- **Gegensätze zwischen Stadt und Land**: Hier sind einseitige Interessen Ursache von Konflikten, deren gemeinsame Überwindung im beiderseitigen Interesse wäre
- **Politik**: Hier geht es um eine gemeinsame politische Lobbyarbeit, für die die Identifikation geteilter Interessen wesentlich ist
- **Ethik**: Jenseits von Interessen stellt die Überwindung eines rücksichtslosen Eigennutzes eine Bedingung für das Wohlergehen von Menschen und Natur dar

Win-Win-Potentiale realisieren

Im Bereich ‚Naturerleben und soziale Arbeit' sind Kooperationen am leichtesten zu etablieren und daher auch schon am weitesten fortgeschritten. Insbesondere im urbanen Raum sind Freiräume gleichermaßen Lebensraum für Pflanzen und Tiere wie Erfahrungs- und Entwicklungsraum für Kinder und Jugendliche. In Gemeinschaftsgärten können Menschen nicht nur biologische, sondern auch soziale und kulturelle Vielfalt erleben und ein nachbarschaftliches Miteinander erfahren. In der praktischen Naturschutzarbeit können marginalisierte Menschen Gemeinschaftsgefühl entwickeln und Selbstwirksamkeit erfahren. Gesundheit und Wohlbefinden der Mitwirkenden und der Schutz der Natur gehen hier Hand in Hand. Viele Beteiligte wünschten sich eine noch bessere Zusammenarbeit in diesem Bereich, wie einige Zitate aus der Vorstellungsrunde belegen.

- *Stadtgrün ist (auch) eine wichtige Ressource für Gesundheit, Wohlergehen und sozialen Zusammenhalt*
- *Gezielte Förderung von Naturerfahrungsmöglichkeiten in hochverdichteten innerstädtischen Quartieren insbesondere für sozial benachteiligte Personen*

- *Zugang zu Naturschutz für sozial und kulturell benachteiligte Milieus*
- *Zugang zur Naturerfahrung für bildungsferne und bildungsbenachteiligte Kinder- und Jugendliche*
- *Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche im Naturschutz mit besonderem pädagogischen Bedarf*

Trotz dieser erkennbaren Win-win-Situationen ist die Anbahnung von Kooperationen offenbar kein Selbstläufer. Institutionelle und finanzielle Hürden sind für ihren Aufbau und ihre Pflege zu überwinden. Gezielte Förderprogramme und die öffentliche Anerkennung durch Auszeichnungen können dabei hilfreich sein.

Gegensätze überwinden

Weniger offenkundig ist das beiderseitige Interesse in den Fällen, wo Konflikte zwischen Naturschutz und sozialen Anliegen die Wahrnehmung dominieren. Wo sich Menschen in strukturschwachen Gebieten eine bessere verkehrliche Anbindung und Arbeitsplätze wünschen, kann Naturschutz leicht als Verhinderer ökonomischer und/ oder sozialer Besserstellung wahrgenommen werden. Fragen der gerechten Verteilung von Naturschutzkosten und Naturschutzvorteilen spielen bei der Lösung solcher Konflikte eine herausragende Rolle. So wünschten sich einige Mitwirkende (O-Töne Teilnehmer*in):

- *dass in Fragen des Naturschutzes viel öfter die Komponenten ‚Stadt' und ‚Land' bedacht werden, weil in der strategischen Bearbeitung Schlüsselthemen wie nachhaltige Landwirtschaft, Energiewende, Artenschutz (Wolf!) oder Klimawandel viel zu oft der ländliche Raum auf der Strecke bleibt und für Wünsche aus dem urbanen Milieu herhalten muss, ohne dass es einen entsprechenden Ausgleich gibt.*
- *dass nicht nur sozio-ökonomische Aspekte, sondern auch Teilhabe und Zusammenhalt bei der Bewertung von Umweltveränderung und Umweltpolitik Gewicht hat*

Hier gilt es zunächst, die jeweiligen Interessen als gegensätzliche anzuerkennen, um sich überhaupt auf die Suche nach einem geteilten Interesse machen zu können. Das „beiderseitige" Interesse kann hier also nicht einfach vorausgesetzt, sondern muss erst mühsam entdeckt werden. Die Hürden für die Anbahnung solcher Kooperationen sind folglich ungleich höher, das Frustrationspotential ebenfalls. Vielversprechende zivilgesellschaftliche Projekte wie z.B. die Plattform Wikiwolves[7], die (städtische) Naturschutzakteure mit (ländlichen) Schafhaltungsbetrieben in Verbindung bringt, um gemeinsam den Konflikt über Wölfe zu entschärfen, können jedoch als beispielhafte Ansätze einer solchen Zusammenarbeit gelten. Voraussetzung für das Gelingen solcher Kooperationen ist eine Kommunikation, die Verständnis füreinander ermöglicht, gegenseitige Vorurteile abbaut und unterschiedliche Binnenlogiken der jeweiligen Subsysteme anerkennt.

Politik

Über die konkrete Projektebene hinaus, ist auch eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Politik erstrebenswert. Entsprechende Stichworte der Teilnehmenden lauteten

- *Mehr echte Partizipation/ keine Stellvertreterdiskurse*
- *Schnittmengenthemen suchen: z. B. Gesundheit/ Prävention/ Menschenrechte*
- *Gemeinsam politische Lobbyarbeit organisieren/ interministerielle Zusammenarbeit*

[7] URL: http://wikiwolves.org/

suchen/ fördern

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die ökologisch-soziale Bewältigung der Corona-Krise bieten exemplarische Anknüpfungspunkte für gemeinsame politische Impulse und Interventionen. Strittig blieb, ob die 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für die Kommunikation und Kooperation zwischen Naturschutz und sozialen Akteuren hilfreich sind oder eher nicht. Hier haben unterschiedliche Personen unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Ethik

Auf einer ganz grundlegenden Ebene können Kooperationen zwischen Naturschutz und sozialen Akteuren auch auf die Gleichursprünglichkeit ökologischer und sozialer Missstände hinweisen. Die Überdominanz ökonomischer Nutzenkalküle, die zu wenig Rücksicht auf den nutzenunabhängigen Wert aller Menschen und der Natur nimmt, kann aus ethischer Sicht sowohl als Grund für soziale Ungerechtigkeiten als auch als Ursache der Übernutzung natürlicher Systeme geltend gemacht werden. Auch diese fundamentale Ebene wurde von einigen Mitwirkenden angesprochen (O-Ton Teilnehmer*in):

- *Die Natur ist mehr als eine bloße Ressource: Sie ist ein positiver Bezugspunkt in allen Bereichen des Lebens und Sinnbild für Vielfalt und Schönheit.*
- *Seit Jahren wird die drängende ökologische Transformation von konservativen Kräften gegen soziale Ungerechtigkeit hier und in der Welt ausgespielt. Ich wäre froh, wenn wir eine gemeinsame Strategie auf die Beine stellen können, diesen Unsinn aufzuklären und allen Menschen klar zu machen, dass wir alle in einem Boot sitzen. Die große Transformation muss das Ziel haben, jede Form der Ausbeutung zu beenden.*
- *Interreligiöses Zusammenwirken im Bereich Naturschutz dient darüber hinaus dem besseren Kennenlernen untereinander und dem Frieden miteinander und mit der Natur.*

Die Betonung des beiderseitigen Interesses in der Kommunikation über die Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen steht einer Wahrnehmung dieser grundsätzlichen Ebene möglicherweise im Weg. Statt von ‚Interessen' zu sprechen, die begrifflich tendenziell eher partial sind, könnte es ratsam sein, von einer „Verbindung zum beiderseitigen Wohl" zu sprechen.

7 Literatur

Forst R., Porzelt M., Scherfose, V. (Hrsg.) (2019): Konflikte durch Erholungsnutzung in Großschutzgebieten und deren Entschärfung durch innovatives Besuchermanagement. BfN-Skripten 520. Bonn-Bad Godesberg.

SuN (2020): Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung, Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise, ISSN 2364-1282

Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik

Klaus Jacob

1 Soziale Auswirkungen der Umweltpolitik

Umweltpolitik ist mit vielfältigen sozialen Wirkungen verbunden: So fürchten viele, dass durch umweltpolitische Standards Güter teurer werden. Davon wären Bezieher niedriger Einkommen ganz besonders stark betroffen, besonders wenn es sich um Güter des täglichen Bedarfs handelt wie Energie, Lebensmittel, Mobilität usw. Durch Auflagen für die Industrie entstehen Mehrkosten, die zu einem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Herstellern führen würden und dies wiederum zum Verlust von Beschäftigung. In der politischen Debatte werden Jobverluste als Argument angeführt, wenn es um den Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Technologien geht – sei es aus der Kernenergie, der Kohleverstromung, dem Verbrennungsmotor oder industrieller Landwirtschaft. Gelegentlich wird neben Arbeitsplatz- und Einkommenswirkungen auch das Argument vorgebracht, dass umweltfreundlicher Konsum als Statussymbol für bestimmte Personengruppen gesehen wird und wenn Umweltpolitik solche Produkte bevorzuge, bzw. andere stigmatisiert (Fleischessen, SUV-fahren), sozialer Zusammenhalt in Frage gestellt wird.

Andere betonen aber auch umgekehrt die Erwartung positiver sozialer Wirkungen von Umweltpolitik: Umweltpolitische Standards lösen Innovationen aus, die wiederum zu zusätzlicher Wertschöpfung und Arbeitsplätzen beitragen. Weiterhin seien Umweltbelastungen vielfach ungleich verteilt: Ältere und Kinder sind von Schadstoffen stärker betroffen; Ärmere leben häufiger an vielbefahrenen Straßen und sind Lärm ausgesetzt, usw. Durch die Minderung von Umweltbelastungen, wie auch durch einen verbesserten Zugang zu natürlichen Ressourcen wie z.B. Naturschutzgebiete können Ungleichheiten reduziert werden. Umweltpolitik könne weiterhin durch die Verbesserung von Infrastrukturen wie etwa im ÖPNV gesellschaftliche Teilhabe für Gruppen ermöglichen, denen das bisher verwehrt oder erschwert war. Nicht zuletzt kann gesellschaftliche Teilhabe auch durch Partizipation an Entscheidungen verbessert werden – Beteiligungsverfahren sind gerade für die Entwicklung und Rechtfertigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik von zentraler Bedeutung.

2 Umweltwirkungen der Sozialpolitik

Umgekehrt haben Sozialpolitiken auch Umweltwirkungen. Sozialpolitik ist im engeren Sinne die Bekämpfung oder Vorbeugung von Armut. Allgemeiner definiert kann sie als Politik zur Verringerung sozialer Ungleichheiten und zur Schaffung vergleichbarer Ausgangsbedingungen für Menschen unterschiedlicher Herkunft verstanden werden. Dieses weitere Verständnis beinhaltet auch Bildungs-, Steuer-, Regional-, Gesundheits- oder Familienpolitik – ohne dass diese Liste abschließend wäre. Vielfach zielen diese Politiken darauf Einkommen zu sichern. Gelegentlich wird dies mit dem Verdacht verbunden, dass Geringverdiener bei ihrem Konsum in geringerem Maße auf Umweltaspekte achten, eine Steigerung ihrer Einkommen daher mit höherer Umweltbelastung einhergehe. Unter Beziehern niedriger Einkommen finden sich häufiger materialistische und hedonistische Werte – Umweltbewusstsein scheint hier von geringer Bedeutung (Wippermann et al. 2009). Tatsächlich sind Umweltbelastungen aber überproportional durch Bezieher höherer Einkommen verursacht (Kleinhückelkotten et al. 2016). Einige Autorinnen und Autoren leiten daraus die Schlussfolgerung ab, dass eine Begrenzung von Einkommen und Vermögen notwendig sei um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen (Buch-Hansen und Koch 2019 mit weiteren Nachweisen). Eine weitere These sagt, dass Einkommen überhaupt erst die Möglichkeit für einen umweltfreundlicheren Konsum schafft (Hoffmann 2006 mit weiteren Nachweisen). Auch hier ist die Evidenz nicht eindeutig (ebd.).

In einem weiten Verständnis könnte man auch Regional- und Strukturpolitik als Sozialpolitik fassen – auch hier geht es darum vergleichbare Lebensbedingungen zu sichern. Wenn diese darauf abzielen, althergebrachte und oft auch ökologisch problematische Branchen zu erhalten wie die Braunkohleverstromung oder die Automobilindustrie, dann ist das aus Umweltsicht erheblich problematischer. Deutlich wird dies etwa an den Umweltwirkungen von (häufig strukturerhaltenden) Subventionen – rund 50 Mrd. EUR kommen umweltschädlichen Industrien (z.B. Flugverkehr, Landwirtschaft, Energiewirtschaft) und Praktiken (z.B. Fleischkonsum, motorisierter Individualverkehr) zu Gute (Umweltbundesamt 2016).

3 Gemeinsame Herausforderungen für Umwelt- und Sozialpolitik

Zwischen Umwelt- und Sozialpolitik gibt es also eine Reihe von Zielkonflikten wie auch potentiellen Synergien, die von beiden Seiten ausgehen. Diese Konflikte sind Bestandteil moderner Umweltpolitik seit ihrer Genese in den 1970er Jahren. Schon in dieser Zeit waren Einkommens-, Arbeitsplatz- und Struktureffekte Themen der Umweltpolitik. Grundsätzlich ist das politische System darauf ausgerichtet Zielkonflikte auszuhandeln und Synergien zu erschließen, sei es im Rahmen von Ressortkoordination oder im Rahmen der parlamentarischen Verfahren. Es ist zwar fraglich, ob Umweltinteressen systematisch benachteiligt sind, sei es, weil die damit verbundenen Anliegen weniger gut repräsentiert sind (z.B. weil Umweltanliegen maßgeblich zukünftige Generationen betrifft) oder die Institutionen (noch) nicht vergleichbare Kapazitäten haben und Umweltministerien schwächer sind als andere Ressorts. Analog dazu sind aber auch sozialpolitische Interessen unzureichend repräsentiert und durchsetzungsschwach zumindest gegenüber ökonomischen Interessen.

Darüber hinaus sehen sich sowohl Umwelt- wie auch Sozialpolitik gleichermaßen neuen Herausforderungen gegenüber. Zentrale gesellschaftliche Systeme wie die für Mobilität, Wohnen, Ernährung, Energie sind in einer tiefen Krise oder können diese absehbar erwarten. Weder in ökologischer Sicht, noch in sozialer Perspektive sind diese Systeme noch funktional. Dies ist sowohl das Ergebnis veränderter Rahmenbedingungen – sei es durch globalisierten Handel oder auch durch Innovationen, die demonstrieren, dass Systemfunktionen auf völlig andere Weise erfüllt werden können. Wenn diese Dynamiken mit einer Erschöpfung der Verbesserungspotentiale zusammenkommen wird die Legitimität bisher dominierender Technologien (z. B. Atom- oder Kohlekraftwerke, Verbrennungsmotor) und sozialer Praktiken (Fleischessen, Flugreisen, SUV Fahren) in Frage gestellt. Was bisher als normal und unveränderbar erschien, gerät ins Wanken. Für die Bewältigung der Klima- und Umweltkrise, für die Sicherung guter Arbeit und Einkommen gleichermaßen scheinen im Ergebnis tiefgreifende Wandlungsprozesse erforderlich – Transformationen dieser zentralen gesellschaftlichen Systeme.

Wenn Politik dies wirksam gestalten will und nicht einem ungesteuerten Prozess überlässt, dann reicht es offenkundig nicht, die Umgestaltung zentraler Systeme als eine sektorale Aufgabe zu verstehen. Die damit verbundenen Aufgaben lassen sich weder in Ressortzuständigkeiten noch im Hinblick auf verantwortliche Politikebenen fassen. Wenn es nicht um punktuelle Verbesserungen geht, dann sind integrierte, ressort- und ebenenübergreifende transformationsorientierte Politikansätze geboten. Dies beinhaltet insbesondere, dass es nicht alleine um politische Aushandlungsprozesse geht, sondern dass vielmehr gesellschaftliche Aushandlungsprozesse vonnöten sind. Eine transformationsorientierte Politik, die zentrale gesellschaftliche Systeme umgestaltet, basiert auf anderen Prozessen, als eine Umwelt-, Nachhaltigkeits- oder Sozialpolitik, die einzelne Missstände innerhalb der vorherrschenden Strukturen adressiert.

4 Die Rolle der Zivilgesellschaft: Befunde eines UFOPLAN-Vorhabens

Was bedeutet das für die Zivilgesellschaft? Welche Rollen und Strategien entwickeln Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften in diesem Kontext? Im Rahmen eines UFOPLAN Vorhabens, das von IÖW, FFU, sociodimensions und kommunikation@arbeit von Juli 2017 bis Dezember 2020 durchgeführt wurde, stand diese Frage im Zentrum. Insbesondere wurde danach gefragt, ob sich vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeits- und Klimakrisen neue Bündnisse zwischen den verschiedenen Organisationstypen bilden und deren sektorale Zugänge durch Kooperationen aufgebrochen werden, indem soziale, Arbeitnehmer*innen- und Umweltanliegen gemeinsam betrachtet werden.

Für solche Kooperationen und sektorübergreifende Betrachtungen lassen sich in der Tat immer mehr Beispiele finden. Sei es, dass die sozialen (überwiegend sozio-ökonomischen) Wirkungen (unterlassener) Umweltpolitik durch Umweltakteure zunehmend betrachtet werden, oder dass sozialpolitische Akteure zunehmend Aktivitäten mit Umweltbezug entwickeln. So werden die Umweltperformanz der eigenen Organisationen betrachtet sowie Stellungnahmen zur Umweltpolitik erarbeitet, insbesondere im Hinblick auf Verteilungsfragen, und aus dieser Perspektive Umweltpolitik eingefordert. Ein Beispiel ist die Forderung nach einer effektiven Klimapolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen wie dies u.a. von der Diakonie, Brot für die Welt, Welthungerhilfe u.a. geäußert wurde. Gleichermaßen aus umwelt- wie sozialpolitischer Sicht kommen wirtschaftspolitische Vorhaben auf den Prüfstand, wenn damit ein Abbau von Schutzstandards verbunden ist. Handlungs- und Kooperationsfelder, die besonders häufig gemeinsam adressiert werden, sind Klima- und Energiepolitik, Mobilität, Bauen und Wohnen, Landwirtschaft aber auch Konsum, Nachhaltigkeit und Handel.

Der Austausch zwischen den Verbandstypen findet überwiegend in Diskursplattformen statt oder in konkreten Projekten, die aus Drittmitteln finanziert werden, und vielfach auf der lokalen Ebene. Nur ausnahmsweise sind Kooperationen zu beobachten, bei denen Ressourcen gepoolt werden, etwa indem eine neue Organisation geschaffen wird oder Personal rekrutiert oder auch nur abgestellt wird. Sind damit die Potentiale ausgeschöpft?

5 Perspektiven

Zu den Befunden gehört auch, dass sich unter dem Eindruck der verändernden politischen und institutionellen sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Handlungslogiken der Verbände verändern. So sind die Gewerkschaften von einem wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen, der zu Lasten der Sektoren geht, in denen es besonders hohen Organisationsgrad gibt. Die Sozialverbände stehen unter dem Druck einer Ökonomisierung von Sozialleistungen, alle Verbandstypen kämpfen damit, junge Menschen für ihre ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen. Es entstehen neue Formen gesellschaftlicher Bewegung wie Fridays for Future, die sich nicht über Verbände organisieren, sondern ihre eigenen Netzwerke und Protestformen entwickeln. Solche veränderten Rahmenbedingungen tragen dazu bei, dass sich die Verbände vielfach auf ein selbstdefiniertes Kerngeschäft besinnen, also gerade nicht eine integrierte, holistische, auf die gesamte Gesellschaft bezogene Perspektive einnehmen. Das ist zwar innerhalb der Organisationen durchaus umstritten, aber die Integration neuer Themen in den Verbänden bleibt vor diesem Hintergrund mühselig.

Die Differenzen zwischen den Verbänden werden auch im Hinblick auf die geringen Überschneidungen hinsichtlich der Zukunftsbilder deutlich (s. Abb. 1).

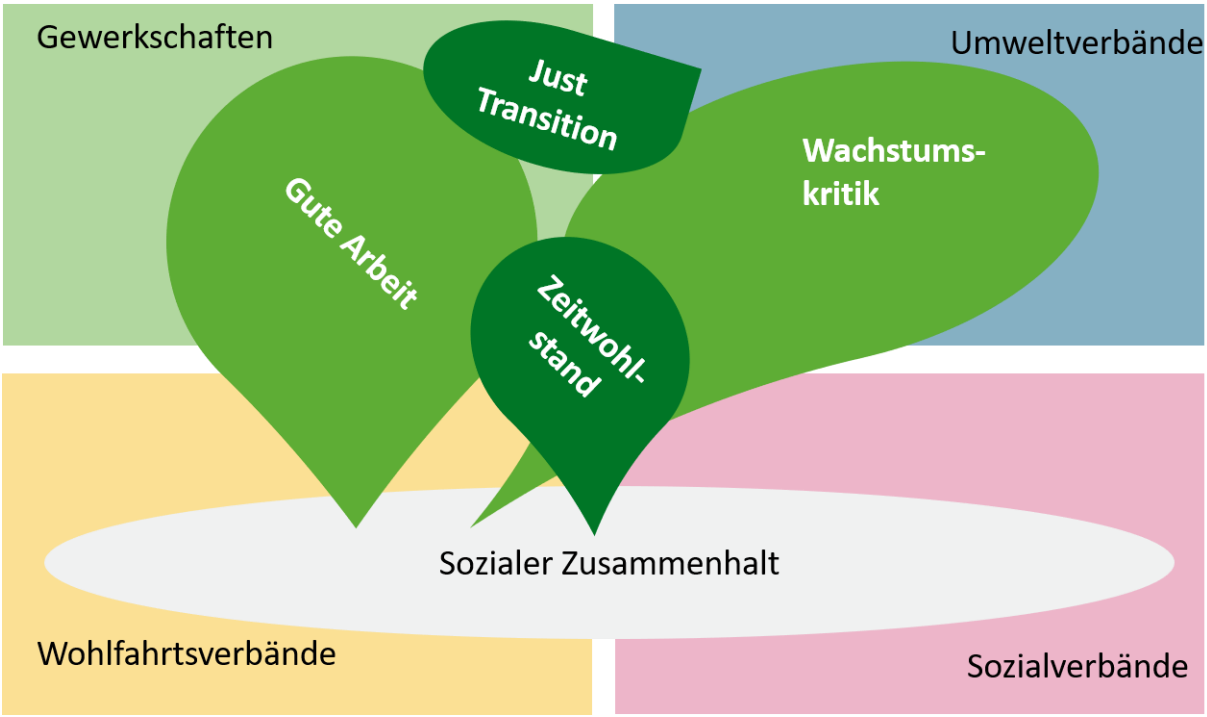

Abb. 1: Schnittmengen der Zukunftsbilder zivilgesellschaftlicher Akteure (Quelle: Petschow et al. 2019)

Für Gewerkschaften steht die Auseinandersetzung mit und für „Gute Arbeit“ zentral, bei Wohlfahrts- und Sozialverbänden geht es um die Sicherung sozialen Zusammenhalts. In Umweltverbänden ist mittlerweile ein wachstumskritischer Diskurs dominierend. Alle Verbände beziehen sich in der einen oder anderen Form auf Gerechtigkeit – im Detail unterscheiden sich die damit verbundenen konkreten Vorstellungen aber erheblich. Die Schnittmengen zwischen den zentralen Konzepten sind eher klein. Nur wenige Zukunftskonzepte der Verbände weisen stärkere Schnittpunkte auf und können als Brückenkonzepte dienen, die aus den Perspektiven unterschiedlicher Organisationstypen gefüllt werden können. Dazu gehört das Streben nach Zeitwohlstand – hier beziehen sich sowohl wachstumskritische Perspektiven wie auch Perspektiven der guten Arbeit drauf. Eine wesentliche verbindende Facette ist, dass durch die Schaffung zeitlicher Freiräume Raum für gemeinwohlorientierte Tätigkeit geschaffen werden könne. Das gewerkschaftlich vorangetriebene Leitbild einer just transition erscheint auch anschlussfähig an transformationsorientierte Positionen von Umweltverbänden. Konflikthaft bleibt aber die Frage der Bewertung von wirtschaftlichem Wachstum.

Unterschiede werden auch in den Leitbildern Nachhaltiger Entwicklung erkennbar, wie sie in den verschiedenen Verbandstypen diskutiert werden. In den **Umweltorganisationen** wird in der Sozialen Dimension eine nicht zuletzt für die Gewinnung von Akzeptanz erforderliche Bedingung gesehen – die Ökologie gilt hingegen als eigentliche und allein hinreichende Bedingung einer nachhaltigen Entwicklung. Ökonomische Zielsetzungen werden dagegen als nachhaltigkeitsfremd bewertet. Bei **Gewerkschaften** ist das Ökonomische ein Mittel für die Erreichung sozialer Ziele, das Ökologische eine des Weiteren zu berücksichtigende Notwendigkeit. Bei **Sozial- und Wohlfahrtsverbänden** ist das Soziale dagegen Pflicht, das Ökologische Kür und das Ökonomische der unvermeidliche Sachzwang. Einigkeit besteht dagegen in der Einschätzung, dass das politische Umfeld von neoliberalen, marktorientierten Prinzipien dominiert wird. Zudem besteht Einigkeit in der Einschätzung, dass der Klimawandel einen enormen und weiterwachsenden Handlungsdruck erzeugt, und dass es notwendig ist,

ihn zu bekämpfen bzw. sich ihm anzupassen.

In diesen Perspektiven überwiegt die Konzeption des Sozialen als eine von drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung – dies lässt sich als ein materielles Verständnis sozialer Nachhaltigkeit deuten. Dazu gehören soziale Ziele wie die Sicherung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse, die im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung gewährleistet werden müsse, soziale Gerechtigkeit oder sozialer Zusammenhalt. Für solche Ziele lassen sich jeweils auch Indikatoren identifizieren. Demgegenüber kann die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung auch prozedural gedeutet werden. Hier wird nach der Art und Weise gefragt und mit welchen Mitteln eine nachhaltige Entwicklung realisiert wird. Dies betrifft den Zugang zu Informationen, Teilhabemöglichkeiten und -kapazitäten an Entscheidungen oder Kommunikation mit Interessenträgern. Die Gestaltung sozialer Prozesse ist Schlüssel für die materielle Aushandlung einer Nachhaltigen Entwicklung.

Die Kritik an der Dysfunktionalität zentraler gesellschaftlicher Systeme, die Kritik an der Übermacht von Ökonomisierung, der geteilte Befund einer Klimakrise und die Notwendigkeit eines weitreichenden gesellschaftlichen Umbaus eint die sozial- und umweltpolitischen Akteure. Es bleiben Unterschiede und Konfliktpotential – schon aus den jeweiligen sektoralen Perspektiven, den unterschiedlichen Zukunftsbildern und Gewichtungen einer Nachhaltigen Entwicklung. Es gilt also Institutionen zu schaffen und Bündnisse zu schmieden, die zugleich Kooperation und Austausch ermöglichen wie auch Konflikt aushalten.

6 Literatur

Buch-Hansen, H., & Koch, M. (2019). Degrowth through income and wealth caps? Ecological Economics, 160, 264–271. https://doi.org/https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.03.001

Hoffmann, R. (2006). Nachhaltiger Konsum nur für Reiche? Der Zusammenhang von Wohlstandsniveau und Konsumverhalten. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2 (S. 2787-2801). Frankfurt am Main: Campus Verl.

Kleinhückelkotten, Silke; H.-Peter Neitzke; Stephanie Moser (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Petschow et al. 2019: Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme UBA Texte 143/2019

Petschow, Ulrich; Sharp, Helen; Riousset, Pauline; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena; Kalt, Giulia; Schipperges, Michael; Arlt, Hans-Jürgen (im Erscheinen). Kontexte, Logiken, Zukünfte: Kooperationsperspektiven zwischen umwelt-, gewerkschafts- und sozialpolitischen Akteuren. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Petschow, Ulrich; Riousset, Pauline; Sharp, Helen; Holzberg, Nick; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena (im Erscheinen). Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik - Systematisierung der sozialen Dimensionen von Umweltpolitik. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Sharp, Helen; Ulrich Petschow; Hans-Jürgen Arlt; Klaus Jacob, Giulia Kalt, Michael Schipperges et al. 2020: Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Umweltbundesamt 2016: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2016. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Wippermann, Carsten; Flaig, Berthold Bodo; Calmbach, Marc; Kleinhückelkotten, Silke (2009): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der sozialen Milieus in Deutschland. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Natur als Kompensationsort für alltägliche soziale Ausgrenzungen Potenziale für den Naturschutz und die Soziale Arbeit

Hans-Werner Frohn und Hans Peter Ziemek

Im Naturschutz, aber auch in weiten Teilen der Sozialen Arbeit, ist das Narrativ, d. h. die identitätsstiftende Erzählung, weit verbreitet, wonach die Formel gilt: ‚sozialökonomisch benachteiligt und bildungsfern = naturfern'. Zweifel an der Evidenz dieses Narratives gaben 2016 den Impuls für die von der Stiftung Naturschutzgeschichte und dem Institut für Biologiedidaktik der Justus-Liebig-Universität Gießen verantwortete und vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums geförderte qualitative Studie „Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen". Der Beitrag stellt die zentralen Ergebnisse der Studie vor (Frohn et al. 2020) und erörtert, welches Potenzial sich aus den Ergebnissen der Studie für die Arbeit im Naturschutz und in der Sozialen Arbeit mit der Zielgruppe liegen könnte.

1 Motivationen für das Projekt „Perspektivwechsel"

Die Zweifel an der Evidenz des Narratives von der Naturferne speisten sich aus zwei Quellen – aus der Geschichte des Naturschutzes und aus einer Grobanalyse damals aktueller Angebote des Naturschutzes für die Zielgruppe der sozialökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Menschen.

Das Narrativ von der Naturferne stand bereits an der Wiege des im ausgehenden 19. Jahrhundert sich als soziale Bewegung formierenden Naturschutzes (Berger & Frohn 2021) und hält sich bis heute hartnäckig. Die Daten der seit 2009 durchgeführten Naturbewusstseinsstudien zu den (Sinus-)Milieus (‚Hedonisten', ‚Prekäre', ‚Traditionalisten') im unteren Drittel der Gesellschaft, insbesondere die zum Indikator „Bewusstsein für biologische Vielfalt", scheinen dieses Narrativ alle zwei Jahre erneut zu bestätigen (u. a. BMU & BfN 2020). Allerdings äußerten bereits in der Entstehungsphase Repräsentanten des bürgerlichen Naturschutzes begründete Zweifel am Narrativ. Auch die Tatsache, dass neben der bürgerlichen sozialen Bewegung eine eigenständige proletarische in Gestalt des ‚Touristenvereins ‚Die Naturfreunde', bestand, die aktiv auch für den Schutz der Natur seit 1905 in Deutschland eintrat (Frohn 2009), gaben und geben Anlass zur Skepsis von der Evidenz der Erzählung.

Gegen dieses weit verbreitete Narrativ spricht aber auch, dass einzelne Naturschutzakteur*innen seit einigen Jahren Angebote unterbreiten, die sie speziell an die Zielgruppe adressieren. Diese erfreuen sich allerdings nur einer geringen Nachfrage. Daraus zog man in den Kreisen der Umweltbildner*innen den Schluss, dass es sich um „schwierige Kunden" (Kappauf 2012: 32) handele. Diese Einschätzung überzeugte uns aber nach einer ersten Grobanalyse der Angebote kaum. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Inhalte und der Form kaum von denjenigen, die im Naturschutz bisher in der Regel angeboten werden. So lautete die auf den Zweifeln am Narrativ fußende erkenntnisleitende Frage der Studie: Entsprechen die Angebote überhaupt den Bedürfnissen der Zielgruppe? Gehen sie an deren Bedürfnissen vorbei?

Bevor man Angebote unterbreitet, wäre es doch sinnvoll, zunächst erst einmal die potenzielle Nachfrage zu eruieren. Notwendig war also ein Wechsel der Perspektive. Der Perspektivwechsel der Studie bestand folglich darin, sich nicht mehr der Analyse der Angebots- sondern der – potenziellen – Nachfrageseite zuzuwenden: Lassen sich innerhalb der Zielgruppe bereits konkrete Praktiken des alltäglichen Naturerlebens nachweisen, an die spätere Angebote andocken könnten? Welche Bedürfnisse nach Naturerleben äußern Menschen aus der Zielgruppe? Welche Vorstellungen von Natur, welche von Naturschutz bzw. welche von Akteur*innen aus dem Naturschutz bestehen in der Zielgruppe?

2 Methodik

Wie eruiert man aber die Nachfrageseite? Es galt, eine der Zielgruppe angemessene Methodik zu entwickeln und zudem unbedingt auszuschließen, sozial erwünschte Antworten zu generieren. Große repräsentative Befragungen wie auch die Naturbewusstseinsstudien nutzen für ihre Fragen, nicht zuletzt aus innerwissenschaftlichen Gründen, einen elaborierten Code. Man wird nicht davon ausgehen können, dass der Kerngehalt der Fragen in allen Milieus gleich gut verstanden wird. Mit Anke Blöbaum (2020: 132) ist zu fragen, ob nicht andere, den Zielgruppen angemessenere Wege zielführender sind, um Naturpraktiken und Bedürfnisse nach Naturerleben zu eruieren. Sprache bzw. Sprachkompetenz spielt bei der Suche nach den für die Zielgruppe passenden Methoden eine zentrale Rolle.

Nach Pretests verständigte sich das transdisziplinäre Team bestehend aus einer Sozialarbeiterin, zwei Biologiedidaktiker*innen, einer Soziologin, einer Geisteswissenschaftlerin sowie einem Politologen auf ein Methodenset aus Problemzentrierten Interviews (PZI), (kurzkommentierten) Fotodokumentationen und Gruppendiskussionen. Dieser Methodenmix sollte im Sinne einer Triangulation „unterschiedliche Perspektiven auf denselben Forschungsgegenstand“ (Hussy et. al. 2010) ermöglichen.

Bei Problemzentrierten Interviews greifen die Interviewenden nur minimal ein. Um einen an der Lebenswelt der Interviewten orientierten Einstieg zu finden, lautete die Einstiegsfrage: „Wie sieht für Sie ein schöner Tag aus?“

Die hier angelegte Offenheit sollte den Perspektiven der Teilnehmer*innen größtmöglichen Raum geben und es ihnen erlauben, Aspekte anzusprechen, die für ihre Lebensqualität Relevanz besitzen. Die Einstiegsfrage ermöglicht es, dass die jeweiligen Interviewenden schnell einen Überblick darüber bekamen, ob Natur für die Interviewpartner*innen eine Rolle spielt, aber auch, ob und wenn ja, welche konkreten Praktiken des alltäglichen Naturerlebens bei ihnen bereits vorliegen.

Fotodokumentationen erlauben es Teilnehmer*innen, ihr alltägliches Erleben ohne große Verbalisierungen zu dokumentieren. Das Projektteam bat, die Aufnahmen mit kurzen schriftlichen bzw. mündlichen Kommentaren zu versehen. Die Eigenkommentierung erschien notwendig, um später nicht aus der Perspektive der Wissenschaftler*innen Analysen und Interpretationen vorzunehmen, die nicht den Intentionen der Fotografierenden entsprechen.

Um wiederum keine sozial erwünschten Antworten zu erhalten, lautete die Bitte an die Teilnehmer*innen, „Dinge in der Umgebung“ zu fotografieren. Dies zielte strategisch darauf, in Erfahrung zu bringen, ob Teilnehmende ihrerseits eigeninitiativ Natur in ihrer Umgebung aufnahmen.

Den Einstieg in die Gruppendiskussionen boten die eingesandten Fotodokumentationen. Die Teilnehmenden stellten ihre Aufnahmen jeweils selbst vor und sortierten diese dann zunächst nach eigenen Kriterien (Abb. 1). Für die Forschenden war von Interesse, ob sie ihrerseits bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Diskussionen bzw. der Sortierungen selbst Natur thematisierten.

Abb. 1: Sortierungen der Fotografien während einer der Gruppendiskussionen in Gelsenkirchen (© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

3 Erhebungsorte und Gewinnung der Teilnehmer*innen

Die qualitative Studie startete im Herbst 2016. Die Erhebungen fanden in Gelsenkirchen, Leipzig und Köln statt. Diese Städte wurden deshalb ausgewählt, weil sie sich durch einen hohen Wohnanteil sozialökonomisch benachteiligter Menschen auszeichnen und in unterschiedlicher Ausprägung seit Jahrzehnten unter den langfristigen Folgen der Deindustrialisierung leiden. Gelsenkirchen stand prototypisch für eine Stadt mit einer (schwer-)industriellen Monostruktur, Köln und Leipzig für Städte, die einerseits boomende, andererseits seit Jahrzehnten prekäre Stadtteile aufweisen, und Leipzig zudem für Städte, in denen DDR-Erfahrungen zumindest für Teile der Bevölkerung noch eine Rolle spielen.

Hinsichtlich der Zielgruppe der sozialökonomisch benachteiligten Menschen erfolgten zwei Eingrenzungen. Zum einen bezog das Forscherteam nur Erwachsene ein, und zum anderen fanden nicht zuletzt aus Gründen des Respekts vor der jeweiligen Privatsphäre keine Besuche bzw. Befragungen in Privatwohnräumen statt. So nutzte das Team Anlaufpunkte, die Angehörige der Zielgruppe eigenmotiviert kontaktieren: Durch den Besuch von Lebensmittelausgabestellen reduzieren Angehörige aus der Zielgruppe die Kosten für die von ihnen benötigten Lebensmittel. Bei den örtlichen Trägern der Sozialen Arbeit (Wohlfahrts- oder Sozialverbände) fragen sie (Beratungs-)Informationen oder Unterstützungen nach. Darüber hinaus wurden Kindergärten, Kindertagesstätten oder Schulen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil sozialökonomisch benachteiligter Familien einbezogen. Über die dort betreuten oder in Ausbildung befindlichen Kinder und Jugendlichen ließen sich deren Eltern erreichen.

Hinsichtlich der Sozialdemografie war festgelegt, dass die Anzusprechenden Leistungen bis zur maximalen Höhe gesetzlicher Transfergeldleistungen beziehen (Hartz IV bzw. ‚Transfergeldbezieher') bzw. dass deren Rentenzahlungen diese Höhe nicht überschreiten.

Die konkrete Gewinnung von Personen, die an den Problemzentrierten Interviews teilnahmen, erfolgte vor allem per direkter persönlicher Ansprache an Lebensmittelausgabestellen und einem Sozialkaufhaus. Die direkte persönliche Ansprache für Fotodokumentationen und Gruppendiskussionen erfolgte bei Einrichtungen kommunaler oder freier Stadtteilarbeit oder

für Suchterkrankte, bei Kindertagesstätten sowie bei Maßnahmenträgern für Langzeitarbeitslose.

Insgesamt beteiligten sich 69 Personen, die unbestreitbar die soziodemografischen Vorgaben erfüllten, an der Studie. Die Altersspannbreite lag zwischen 26 bis 82 Jahren. Das Durchschnittsalter betrug 47 Jahre. 15 Personen wiesen einen Migrationshintergrund auf. Die Datenerhebung erfolgte vom Frühjahr 2017 bis Ende 2018.

4 Datenanalyse

Um dem Konzept des Perspektivwechsels stets gerecht zu werden, unterschied das Team konsequent zwischen der Perspektive der Teilnehmer*innen und derjenigen, die die Forschenden auf die Teilnehmer*innen bzw. deren Aussagen einnahmen. So unterteilte das Team bei der Zuordnung von Aussagen zu Kategorien im entwickelten Codierungssystem jeweils konsequent danach, ob die Teilnehmer*innen ihre Aussagen über Praktiken, Werte und Vorstellungen selbst aktiv eingebracht und unzweifelhaft ihren Vorstellungen von Natur, ihren Praktiken des alltäglichen Naturerlebens und ihren Bedürfnissen nach Naturerleben Ausdruck verliehen hatten. In Absetzung wurden Aussagen erfasst, die seitens des Teams durch den inhaltlichen Kontext oder die Interpretation von Aussagen (z. B. „Grün“) Natur zugeordnet wurden.

5 Ergebnisse

Die Analyse des umfänglichen Datenpools ergibt Folgendes:

- Bei allen Teilnehmer*innen lassen sich konkrete Praktiken des alltäglichen Naturerlebens feststellen.
- Diese stellen für sie eine Form der Lebensqualität dar.
- Alle Teilnehmer*innen haben konkrete Vorstellungen von Natur.
- Teilnehmer*innen sehen ‚Natur‘ entweder explizit oder implizit als ein Gemeingut an, d. h. „Natur ist für alle da!“
- Sie eignen sich Natur selbstbestimmt an.
- Es herrschen konkrete Bedürfnisse nach Naturerleben. Dabei stellt Natur einen Kompensationsort für im Alltag erlebte soziale Ausgrenzungen dar. ‚Natur‘ erleben Teilnehmer*innen explizit oder implizit als ‚Ort der Freiheit‘.
- Das alltägliche Naturerleben findet ganz überwiegend in der Nähe ihrer Wohnungen statt.

Diese Gemeinsamkeiten lassen aber nicht den Schluss zu, es handele sich um eine homogene Gruppe.

- Bei den Teilnehmenden stieß das Projektteam auf ein breites Spektrum von Naturvorstellungen. Diese entsprechen weitgehend der Variationsbreite der gesellschaftlichen Diskurse um Natur.
- Diese Vorstellungen füllen ein breites Spektrum aus. Aus der Sprache der Teilnehmenden gleichsam in die Sprache der gesellschaftlichen Diskurse ‚übersetzt‘, lassen sich zum Beispiel sowohl anthropozentrische als auch physiozentrische, relationale oder religiös-metaphysische Vorstellungen von Natur ausmachen.
- Die Intensität und die Art und Weise des Naturerlebens sind sehr unterschiedlich ausgeprägt.

6 Typen des alltäglichen Naturerlebens

Eine Datenaggregation nach Kluge (2000: 2-6) erlaubt es, fünf Typen des alltäglichen Naturerlebens zu unterscheiden:

Schön und gut, aber anderes ist wichtiger

Der ästhetische Wert von ‚Natur' und ihre wohltuenden Wirkungen werden wahrgenommen, spielen aber eine untergeordnete Rolle im Leben der Befragten. Andere Dinge und Aktivitäten stehen im Zentrum des Alltags. Dies kann in dem Wunsch nach einem geselligen Sozialleben begründet sein oder an der Konzentration auf die Bewältigung des Alltagslebens liegen. Es ist schön, dass Natur da ist, aber sie stellt mehr die Kulisse dar, vor der das eigene Leben stattfindet. Zudem soll Natur pflegeleicht sein (Abb. 2). Die Distanz zur aktiv gestaltenden Aneignung von Natur steht jedoch nicht immer im Widerspruch zu einem umfangreichen Wissen über Natur bzw. zu einem reflektierten Umgang mit ihr.

Abb. 2: Motiv einer Teilnehmerin aus Köln. Sie pflasterte nach und nach einen Teil ihres Schrebergartens und begründete dies damit, dass ihr der Zeitaufwand für die Pflege über den Kopf gewachsen sei. (© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

Pragmatisch-genügsam

Personen dieses Typs arrangieren sich mit dem, was an Natur in ihrem Wohnumfeld vorhanden ist, und sie stellen keine großen Ansprüche an sie. Dort kann man Hunde ausführen, Kinder betreuen, spaziergehen oder man ist an der frischen Luft. Zum Teil betonten die Teilnehmer*innen den gesundheitlichen Nutzen von Natur. Es geht ihnen eher darum, ‚im Freien' als explizit ‚in der Natur' zu sein (Abb. 3). Sie schätzen Natur, eine unstillbare Sehnsucht nach ihr besteht jedoch nicht.

Abb. 3: Eine Kölnerin mit Migrationshintergrund hätte gerne einen kleinen Garten mit Terrasse. Dort würde sie gerne eine Weinpflanze anbauen, die Weintrauben verzehren und die Weinblätter weiterverarbeiten. Sie genügt sich aber damit, dass sie einer Freundin anbietet, deren Weinblätter zu ernten und sie mit einer leckeren Reisfüllung zuzubereiten. (© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

Ordnung muss sein!

Ordnung und Struktur stehen im Vordergrund. Natur hat sich auf eine bestimmte Weise ins Leben einzufügen. Unkraut und Wildnis mag man nicht. Brachen stehen für Verwahrlosung (Abb. 4). Gärten und Parks werden aufgesucht, diese sollen aber so gestaltet sein und sich in einem solchen Zustand befinden, dass sie dem Bedürfnis nach Ordnung entsprechen: Pflanzen sollen in Reih und Glied stehen, Tiere keinen Dreck machen.

Abb. 4: Zu diesem Motiv bemerkte eine Leipzigerin: „Das ist eben das Krasse in Leipzig. Das eine Haus ist wunderschön und direkt daneben haben sie eine Bruchbude, wo die Bäume rauswachsen.“ ((© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

Natur als Projektionsfläche und Sehnsuchtsort

Natur spielt(e) in der Vergangenheit, in der Phantasie oder in einer virtuellen Welt eine bedeutende Rolle. Mit Natur verbindet man positive Erfahrungen oder erfüllte Bedürfnisse, ob man diese real erlebte oder sich nur vorstellt. Die ersehnten Naturräume und Landschaften fehlen nun in ihrem Alltag. Es gibt nur einen mäßigen Ersatz: eine Halde statt Berge (Abb. 5), ein PC-Spiel statt eines ‚wilden' Waldes.

Natur bietet einen emotionalen Zufluchtsort und eine Projektionsfläche für ein erfüllteres Leben: durch Abenteuer oder durch soziale Eingebundenheit. Positiv besetzte Erlebnisse stammen aus der Vergangenheit, sie sind im jetzigen Leben nicht erreichbar. Natur ist der Gegenentwurf zum Hier und Jetzt – und wird vermisst.

Abb. 5: Aufnahme einer Gelsenkirchenerin, versehen mit dem Kommentar: „Natur ist etwas Besonderes für mich. […] Ich sehe etwas Besonderes, weil das sehr schön, ne. Alles. Natur ist super, ist ach, perfekt." ((© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

Natur aktiv aufsuchend, nutzend und bearbeitend

Natur spielt im alltäglichen Leben eine wichtige Rolle. Sie trägt ganz wesentlich zur Lebensqualität bei. Natur wird aufgesucht, um sie bewusst zu genießen, gestalterisch in ihr tätig zu sein oder sich für sie zu engagieren. Die in der Natur ausgeführten Tätigkeiten reichen vom Radeln um den See bis hin zum Gärtnern.

Die Orte, an denen Naturaktivitäten stattfinden, wie einzelne Naturobjekte und -gebiete, begeistern auf die eine oder andere Weise (Abb. 6). Man schätzt Natur. Bei einigen zeigt sich dies auch darin, dass man Naturschutzbelange aktiv unterstützt.

Abb. 6: Eine Leipzigerin erklärt, warum dieses Motiv fotografiert hat: „Bei mir vorm Haus, ich höre gern dem Rauschen der Blätter zu.“ Sie eignet sich Natur also auch über das bewusste Wahrnehmen eines Naturgeräuschs, das Rauschen des Windes in den Blättern eines Baumes an.
(© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

7 Potenziale Konfliktpotenzial

Ein Ergebnis der Studie ist es, dass Menschen aus der Zielgruppe sich Natur selbst aneignen. Da die Selbstaneignungen von Natur individuell erfolgen, liegt hier auch Konfliktpotenzial vor. Dies betrifft zum einen Auseinandersetzungen innerhalb der Zielgruppe selbst, zum anderen aber auch, nach Typen sehr unterschiedlich ausgeprägt, z. B. die Bereitschaft, sich auf notwendige Regeln zum Schutz von Natur und Landschaft einzulassen.

Natur ist positiv konnotiert: Natur als Ort der ‚Freiheit‘

Die gerade genannten Selbstaneignungen stehen in einer engen Beziehung zu einem spezifischen Verständnis von ‚Freiheit‘, das die Teilnehmenden mit dem Aufenthalt in der Natur konnotieren. Natur, das Erleben von Natur, der Aufenthalt in ihr – dies stellt für sie einen Kompensationsort für alltäglich erlebte soziale Ausgrenzungen dar. Dieser Freiheitsbegriff unterscheidet sich aber fundamental von dem, der in bürgerlichen Kreisen und im Naturschutz weit verbreitet ist. ‚Freiheit‘ liegt jeweils ein spezifisches Relationsverhältnis zugrunde.

Der Soziologe Hartmut Rosa zählt Natur „zu einer – oder vielleicht sogar zu der – zentralen Resonanzsphäre der Moderne“ (Rosa 2016: 455f.). Der Aufenthalt in der Natur steht für ‚Freiheit‘ vor allem von Zivilisation, Natur ist ein Kompensationsort von zivilisatorischen Zwängen, vom dominierenden technischen Einfluss auf das Leben. Die nähere Betrachtung der der Aussage Rosas zugrundeliegenden Quellen zeigt allerdings, dass sich seine Analyse auf die bürgerliche Sphäre beschränkt. Auf die Zielgruppe trifft seine Aussage nicht zu. Die Studienteilnehmenden verbinden – implizit, aber auch explizit – Natur auch mit ‚Freiheit‘: Hier sind sie ‚frei‘ von den alltäglichen sozialen Ausgrenzungen.

Nicht ‚schwierige Kunden' sondern ‚andere Kunden'

Nutzen aus dem Potenzial zu ziehen, wird allerdings nur gelingen, wenn man konsequent das Prinzip des Perspektivwechsels, insbesondere auf Seiten des Naturschutzes, beibehält. Hätte das Team im elaborierten bürgerlichen Code mit den Angehörigen der Zielgruppe kommuniziert, hätte es wahrscheinlich eine ähnliche Fehlanzeige hinsichtlich einer Naturaffinität zu Tage gefördert wie die bisherigen großen repräsentativen Umfragen. Auch wenn nicht wenige naturschutzspezifische Begriffe bei den Teilnehmenden bekannt waren, so kommuniziert man in der Zielgruppe anders als in Naturschutzkreisen. Nicht selten reagierten Naturschutzakteur*innen auf vom Team vorgestellte Zwischenergebnisse mit dem Hinweis ‚Das ist ja nur Grün'. Wer sich aber in der Zielgruppe gleichsam gespiegelt sehen will, wer mit dem Anspruch auftritt, dass Menschen aus der Zielgruppe zu Naturschützer*innen mutieren sollen, wird das Potenzial nicht erkennen und auch nicht nutzen können. Dann bleiben Angehörige der Zielgruppe weiterhin „schwierige Kunden" (Kappauf 2012, s.o.). Sie sind aber nur ‚andere Kunden", denen man mit neuen Ansätzen und Didaktiken begegnen muss.

Erfolgversprechend erscheint vor allem der Ansatz einer „aufsuchenden Umweltbildung" (Kappauf 2012: 32). Nun werden Natur- und Umweltschutzbildner*innen sich nicht einfach in soziale Brennpunkte begeben können, um dort neue Angebote ‚anzupreisen'. Besser erreicht man zumindest Teile der Zielgruppe über bestehende Einrichtungen der Sozialen Arbeit vor Ort. Kooperationen liegen hier nahe. Doch man wird beim potenziellen Kooperationspartner keine offenen Türen einlaufen, denn auch in der Sozialen Arbeit ist das Narrativ von der Naturferne sozialökonomisch benachteiligter Menschen, hier mit den Begriffen „Vereinzelung" oder „Verinselung" kommuniziert, verbreitet. Man wird um die Zusammenarbeit werben müssen. Ein zentrales Argument bei Kooperationen ist das des beiderseitigen Interesses.

8 Kooperationen im beiderseitigen Interesse

Gemeinsam entwickelte niedrigschwellige Angebote

Der massive Rückgang an Insektenpopulationen erreichte unsere Gesprächspartner*innen nicht nur über die Medien, sondern auch mittelbar über Kindergärten, Kitas und Schulen. So brachten Kinder und Jugendliche ihren Eltern oder Großeltern das Thema insbesondere über das Bienensterben nahe. Das zeigte Wirkungen. Unsere Gesprächspartner*innen bezogen nicht nur allgemein Position zu dem Problem und leiteten daraus Forderungen ab. Etliche hatten sich bereits über kleinere niedrigschwellige Projekte bei örtlichen Wohlfahrtsorganisationen oder im Kontext von Wiedereingliederungshilfen praktisch für den Schutz der Insekten engagiert. So hatten sie beispielsweise sogenannte Insektenhotels, in denen Wildbienen ihre Eier ablegen können, gebaut, und diese Hilfsmittel für die Insekten auch in ihrem direkten Wohnumfeld platziert (Abb. 7).

Abb. 7: Eine Gruppe in Leipzig baute Nisthilfen für Insekten, die sie dann in ihrer Wohnumgebung aufstellten. (© Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter)

Mögliche weitere Arbeitsfelder, auf denen man miteinander kooperieren könnte, wären kleine niedrigschwellige Projekte zur Anlage und Pflege wohnortnaher Wildblumenstreifen oder Pflanzaktionen im Bereich von Baumscheiben, d. h. nicht zugepflasterten Flächen um Straßenbäume mit Naturboden.

Eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit bestünde darin, sich im Rahmen von Ansätzen zur Sozialen Arbeit an Pflegeaktionen beispielsweise von stadtnahen Streuobstwiesen, die die Naturschutzorganisationen regelmäßig durchführen, zu beteiligten. Solche niedrigschwelligen Angebote fördern die Gesundheit (z. B. körperliche Tätigkeit bzw. Bewegung, ‚frische Luft'), würden aber auch sicherlich bei den Teilnehmenden zu unmittelbaren Erfolgserlebnissen führen.

Alle diese Angebote würden es erlauben, dass die Teilnehmenden aus der Zielgruppe direkt ihre Selbstwirksamkeit erleben könnten. Insofern stünden solche Aktionen auch im Kontext der Empowermentarbeit. Sie trügen aber auch dazu bei, das Bewusstsein um den Schutz der biologischen Vielfalt zu steigern und konkrete Beiträge dazu zu leisten.

Präventionsarbeit und Naturerfahrung kombinieren

Im Bereich der Präventionsarbeit bestehen Möglichkeiten der Förderung für gemeinsam entwickelte und durchgeführte Angebote im Kontext Naturerleben. Hier sind es insbesondere Krankenkassen, die solche Maßnahmen fördern. So hat beispielsweise die AOK Nordwest das Präventionsprogramm „‚natürlich erleben' – Ein gesundes Schulprojekt" aufgelegt. Ziel ist es, dass Schüler*innen der 7. und 8. Klassen über einen viertägigen Outdoor-Unterricht hier einerseits Natur erleben können und gleichzeitig sollen sie Erfahrungen im sozialen Miteinander sammeln können (https://www.aok.de/pk/nordwest/inhalt/schulprojekt-natuerlich-erleben/). Zur Entwicklung und Durchführung der Angebote bilden sich Tandems aus Sozial- und Waldpädagog*innen.

Im Mittelpunkt dieser Präventionsarbeit steht jeweils der Ansatz der Achtsamkeit (Ensinger et al. 2017). Dieses Konzept weist wiederum Schnittmengen zwischen der Sozialen Arbeit und der Naturschutzbildung auf. Auch hier läge eine Zusammenarbeit zwischen Trägern der Sozialen Arbeit und aus dem Naturschutz im beiderseitigen Interesse.

‚Gemeinsam sind wir stärker': gemeinsam Forderungen gegenüber Verwaltung und Politik erheben

Wenn unsere Gesprächspartner*innen einen Garten hinter dem Haus in der Siedlung oder einen gepachteten Schrebergarten nutzen können, dann stellen diese für sie einen wesentlichen Teil ihrer Lebensqualität dar. Hier können ihre Kinder ungestört und sicher spielen oder hier treffen sie sich mit Verwandten und Freunden. Über die Gärten versorgen sie sich zudem zum Teil selbst mit Lebensmitteln.

Das Bedürfnis nach solchen Orten konkreter Aktivitäten oder auch der Begegnung ist ausgeprägt. Nur mangelt es sehr oft an Wohnungen mit Gärten oder an den finanziellen Möglichkeiten, sich in Schrebergartenanlagen einzupachten. Bei diesen fehlenden Möglichkeiten setzt u. a. ‚Urban Gardening', setzen interkulturelle und/ oder intergenerationelle Gärten an.

In vielen Städten sind solche Initiativen entstanden. Einen Eindruck davon, was diese Projekte alles vor Ort leisten, lässt sich leicht über die Homepage der UN-Dekade Biologische Vielfalt verschaffen. Im Rahmen dieser UN-Dekade lobten das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz 2017 den Sonderwettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle" aus (https://www.undekade-biologischevielfalt.de/soziale-natur/sonderwettbewerb-soziale-natur/) (vgl. 2.4). Die hier vorgestellten Erfahrungsberichte bereits bestehender örtlicher Projekte bieten aus unserer Sicht Motivation, es ihnen nachzutun.

Es hat sich allerdings gezeigt, dass es gerade in sozial benachteiligten Quartieren an Zugriffsmöglichkeiten auf Flächen für solche Initiativen fehlt. Naturschutzgruppen, örtliche Wohlfahrtsverbände oder Inklusions- und Interkultur-Akteur*innen erheben immer wieder Forderungen an die Städte, ihnen Flächen für solche Projekte zur Verfügung zu stellen. Unserer Beobachtung nach geschieht dies oft unabhängig voneinander. Gemeinsam erhobene Forderungen von örtlichen Naturschutzorganisationen und örtlichen Wohlfahrtsverbänden lägen nicht nur im beiderseitigen Interesse, sie würden sicherlich auch den politischen Druck erhöhen.

9 Literatur

Berger, L. & Frohn, H.-W. (2021): Historie und Aktualität der Beziehungen zwischen Naturfragen und Sozialen Fragen. Ein Plädoyer für ein stärkeres Engagement des Naturschutzes in sozialpolitischen Debatten. – In: NuL (im Erscheinen)

Blöbaum, A. (2020): Naturbedürfnisse sozioökonomisch benachteiligter Menschen – Per spektivwechsel gelungen? Eine Reflexion aus umweltpsychologischer Perspektive. – In: Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Brennecke, J. S.; Diemer, S.; Koch, E. & Ziemek, H.-P.: Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen Eine qualitative Pionierstudie. BfN-Skripten 559, Bonn: 132-137.

BMU & BfN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit & Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.) (2020): Naturbewusstsein 2019 Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Bonn.

Ensinger, K.; Simminger, E.; Wurster, M.; Mues, A. W. & Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2017): Naturerleben und Achtsamkeit. BfN-Skripten 459. Bonn.

Frohn, H.-W. (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. – In: Frohn, H.-W.; Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. Bonn: 39-124.

Frohn, H.-W & Wichert, F. (Hrsg.) (2018): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?! BfN-Skripten 514. Bonn.

Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Brennecke, J. S.; Diemer, S.; Koch, E. & Ziemek, H.-P.: Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen Eine qualitative Pionierstudie. BfN-Skripten 559, Bonn.

Hein, G.; Hövelmann, T.; Linnemann, B.; Menke, N.; Wichert, F. & Wiersbinski, N. (Hrsg.) (2018): Naturschutz: einladend – sozial – integrativ. Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge. BfN-Skripten 499. Bonn.

Hussy, W.; Schreier, M. & Echterhof, G. (2010): Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin.

Kappauf, T. (2012): Erfolgsbedingungen milieuspezifischer Umweltbildung für bildungsferne Schichten. – In: Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit & biologische Vielfalt. Stadtnatur und ihre soziale Dimension in Umweltbildung und Stadtentwicklung. Radolfzell: 32-33.

Kuckartz, U. (2012): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim.

Kluge, S. (2000): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. – In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research 1 (1): 1 – 11. Online einsehbar unter: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001145

Rosa, H. (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. 3. Aufl. Berlin.

Vollmar, M. (2018): Familienbildung in der Natur. Ein Projekt mit sozial benachteiligten Familien. – In: erleben und lernen 3&4 (Themenheft Natur wahrnehmen – erfahren – erleben): 35-38.

„Soziale Natur – Natur für alle“ - Analysen und Ergebnisse des fachübergreifenden Ansatzes im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2011-2020

Arno Todt

Zusammenfassung

Die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt hat von Anfang 2017 bis Ende 2020 das Sonderthema „Soziale Natur – Natur für alle“ realisiert. Sie leistete damit einen Beitrag zur Umsetzung der „Naturschutz-Offensive 2020“ des Bundesumweltministeriums vom Oktober 2015 im Hinblick auf den Bereich „Naturschutz und soziale Fragen“.

Im ersten der drei Aktivitätsbereiche, dem Sonderwettbewerb „Soziale Natur - Natur für alle“ hat die Geschäftsstelle die Begutachtung von 330 Bewerbungen und die Auszeichnung von rund 250 UN-Dekade Projekten fachlich begleitet und koordiniert. Mit der Analyse dieses Pools an Projekten haben wir ein differenziertes Bild der Aktivitäten und Akteur*innn an den Schnittstellen zwischen dem Schutz der biologischen Vielfalt und sozialen Fragen in Deutschland erhalten, ebenso wie von den gesellschaftlichen Funktionen, die Natur und biologische Vielfalt in diesem Bereich erfüllen. Vier Bereiche ließen sich abgrenzen: a) Gemeinschaftsgrün, b) Naturerfahrungsräume und Naturerlebnisse für junge Menschen, c) Unterstützende Maßnahmen in der Lebenshilfe und Betreuung, d) Inklusion und Teilhabe.

Den zweiten Schritt bildete die Realisierung eines sogenannten „Kompetenzteams Soziale Natur - Natur für alle“ mit rund 30 Multiplikatoren und Fachexpert*innen der Sozial- und Naturschutzverbände sowie aus der Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete. Im Zentrum stand die Bündelung von Kompetenzen sowie die Vernetzung und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel, zusätzliche Ansätze zu entwickeln und das Thema in den Organisationen zu verankern. Das Hauptelement der Aktivitäten bildeten insgesamt vier jährliche Workshops. Die Partnerschaft manifestierte sich insbesondere in zwei themenbezogenen Arbeitspapieren des Kompetenzteams, „Gemeinsames Statement“ und „Gemeinsame Handlungsempfehlungen“, in denen wichtige Beiträge der Natur zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung in sozialen Fragen und Ansätze zu deren Förderung deutlich gemacht wurden, ebenso wie die breite Unterstützung der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen.

Das dritte Element bildete eine Fachkonferenz mit dem Titel „Naturvielfalt - Kitt für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und glückliche Kinder“ im November 2019. Mit der Veranstaltung ist es gelungen, rund 130 Teilnehmer*innen und 12 Unterstützerorganisationen aus Sozial- und Naturschutzverbänden sowie staatlichen Organisationen und Vertreter*innen aus Stadtplanung und Kommunen zu erreichen. Der Fachaustausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis wurde gefördert und die Bedeutung der Naturvielfalt für die gesellschaftliche Entwicklung bekannter gemacht. Einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung hat auch die kontinuierliche Kommunikation der Aktivitäten in den sozialen Medien, Newslettern und Druckwerken der UN-Dekade Geschäftsstelle geleistet.

Mit den fachlichen Erkenntnissen, der Entwicklung partnerschaftlicher Kooperationen und der Verbreitung erfolgreicher Handlungsansätze sind die Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade dem Ziel gefolgt, das gesellschaftliche Fundament und den Rückhalt für den Erhalt der Biodiversität und für den Naturschutz in der Gesellschaft weiter zu stärken.

1 Hintergrund und Ansatz

Um den Umsetzungsprozess der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) voran zu bringen, hatte das Bundesumweltministerium im Oktober 2015 das Handlungsprogramm

„Naturschutz-Offensive 2020“ gestartet. Das Programm weist auf wichtige Themenbereiche hin, in denen in Deutschland besonderer Handlungsbedarf besteht. Das Bundesumweltministerium hat darin unterstrichen, dass das Themenfeld „Naturschutz und soziale Fragen“ gestärkt werden soll. Ausgehend davon hat die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt Anfang des Jahres 2017 drei Aktivitätsbereiche auf den Weg gebracht, mit denen sie einen Beitrag zur Umsetzung der „Naturschutz-Offensive 2020“ im Hinblick auf „Naturschutz und soziale Fragen“ leistete:

a) UN-Dekade Sonderwettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“

b) UN-Dekade Kompetenzteam „Soziale Natur – Natur für alle“

c) Fachkonferenz und begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Bei diesen Schritten hat die UN-Dekade Geschäftsstelle darauf gesetzt, Ansätze und geeignete Modellprojekte zu finden und gegebenenfalls neu zu entwickeln sowie zu verbreiten, bei denen die Natur in sozialen Fragen zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt und die gleichzeitig den Erhalt biologischer Vielfalt berücksichtigen. Darüber hinaus sollten Partnerschaften mit gesellschaftlichen Gruppen in diesem Feld ausgebaut und vertieft werden. Im Ergebnis zielten die Aktivitäten darauf, das gesellschaftliche Fundament und den Rückhalt für den Erhalt der Biodiversität und für den Naturschutz in der Gesellschaft weiter zu stärken.

Im Folgenden werden die drei Aktivitätsbereiche, das damit verbundene methodische Vorgehen und deren Ergebnisse näher beschrieben.

2 Aktivitäten und Methoden

UN-Dekade Wettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“

Mit dem Ziel, zu geeigneten Ansätzen und Modellprojekten an der Schnittstelle von Natur und sozialen Fragen zu kommen und diese bekannter zu machen und zu verbreiten, hat die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt Anfang des Jahres 2017 den Wettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“ konzipiert und in den bis dahin laufenden regulären Biodiversitätswettbewerb integriert. Bewertungskriterien wurden angepasst und die UN-Dekade Fachjury in diesem Bereich um einen Vertreter erweitert: Hans Scholten, damals Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V. (BVkE) sowie Leiter des Jugendhilfezentrums Raphaelshaus Dormagen.

Der Wettbewerb bot als Anreize Wertschätzung, öffentliche Wahrnehmung und bundesweite Bekanntheit durch die öffentlichkeitswirksame Auszeichnung als UN-Dekade Projekt. Mit diesem Vorgehen gelang es, Projekte und Akteure an den Schnittstellen von biologischer Vielfalt und sozialen Fragen zur Beteiligung zu mobilisieren. In den vier Jahren von 2017 bis 2020 bewarben sich insgesamt 330 Projekte. Nach Auswahl durch die UN-Dekade Fachjury wurden in diesem Zeitraum rund 250 UN-Dekade Projekte im Rahmen von „Soziale Natur – Natur für alle“ ausgezeichnet.

Mit dieser umfangreichen Zahl an Projekten ist es uns gelungen, ein differenziertes Bild der Aktivitäten und Akteure an den Schnittstellen von biologischer Vielfalt und sozialen Fragen in Deutschland zu erhalten, ebenso wie von den gesellschaftlichen Funktionen, die Natur und biologische Vielfalt in diesem Bereich erfüllen. Die Verbreitung dieses Pools an Beispielprojekten über die Kommunikationskanäle der Geschäftsstelle einerseits und die Medienkontakte der Projektträger bei ihren Auszeichnungen andererseits trugen zudem dazu bei, mehr Bewusstsein für die Möglichkeiten, die Natur und biologische Vielfalt in Verbindung zu sozialen Fragen bieten, zu schaffen, sowie Organisationen und Akteure zu weiteren Aktivitäten

anzuregen.

Kompetenzteam „Soziale Natur – Natur für alle“

Im zweiten Schritt haben wir zu Beginn des Jahres 2017 ein sogenanntes „Kompetenzteam Soziale Natur – Natur für alle“ konzipiert und aufgebaut. Mitwirkende sind Multiplikatoren und Expert*innen aus den Sozial- und Naturschutzverbänden sowie der Landschafts- und Entwicklungsplanung. Im Zentrum der Aufgaben dieser Gruppe stand die Bündelung von Kompetenzen sowie die Vernetzung der Akteur*innen und die gegenseitige Information mit dem Ziel, zusätzliche Ansätze zu entwickeln, das Thema in den Organisationen zu verankern und Partnerschaften für die Naturvielfalt zu fördern.

Von Beginn an zeichnete sich bei den Organisationen im Bereich der Sozial- und Naturschutzverbände ein großes Interesse an der Beteiligung ab. Zum Abschluss der UN-Dekade umfasst das Kompetenzteam „Soziale Natur – Natur für alle“ 30 Organisationen anstelle der ursprünglich vorgesehenen 10. Das Spektrum reicht bei den Sozialverbänden vom Deutschen Kinderhilfswerk über die Diakonie Deutschland bis hin zum Malteser Hilfsdienst. Bei den Naturschutzverbänden erstreckt es sich vom BUND und den Nationalen Naturlandschaften über den Deutschen Naturschutzring und den Verband der Zoologischen Gärten bis hin zum Deutschen Wanderverband und dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde. Darüber hinaus sind auch Organisationen wie der Landesbetrieb Wald und Holz NRW, der Kneipp-Bund und die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB) aktive Mitglieder des Kompetenzteams.

Das Hauptelement der Aktivitäten dieser Gruppe bildeten die jährlichen Workshops. Die Geschäftsstelle realisierte von 2017 bis 2020 vier Treffen in Berlin, an denen jeweils 20 bis 30 Personen beteiligt waren. Die Veranstaltungen boten einen gut geeigneten Rahmen zur gegenseitigen Information sowie gemeinsamer partnerschaftlicher Arbeit im World Café Format.

Fachkonferenz und begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Ziel, Fachkompetenzen zu bündeln, aktuelle Aspekte zu diskutieren und dieses wichtige Schnittstellenthema bundesweit in den Fachkreisen und relevanten Organisationen weiter zu verankern, hat die UN-Dekade Geschäftsstelle Ende des Jahres 2019 in Berlin eine Fachkonferenz veranstaltet. Sie trug den Titel „Naturvielfalt - Kitt für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und glückliche Kinder“ und richtete sich an Vertreter*innen aus Sozial- und Naturschutzverbänden sowie an staatliche Organisationen und Vertreter*innen aus Stadtplanung und Kommunen.

Rund 130 Teilnehmer*innen diskutierten über die Chancen und Hindernisse, die Naturräume für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft von Kindern bieten. Hochrangige Expert*innen aus Naturschutz, Wissenschaft und Stadtentwicklung erörterten aktuelle Fragen. In drei parallelen Foren sprachen die Teilnehmer*innen über die soziale Bedeutung von Naturräumen in der Stadt und auf dem Land, über grüne Spielräume für junge Menschen sowie das Thema Inklusion und Teilhabe in und mit der Natur.

Darüber hinaus haben wir sämtliche Schritte zum Thema „Soziale Natur – Natur für alle“ kontinuierlich durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um die fachlichen Dimensionen und anschauliche Beispiele zu den Synergien von Naturvielfalt und sozialen Fragen in eine breitere Öffentlichkeit zu transportieren. Das erfolgte über die digitalen Kommunikationskanäle der UN-Dekade in Form von Social Media Projektgeschichten, die jährliche Verleihung des Sonderpreises „Soziale Natur – Natur für alle“, Newsletter und Pressedossiers sowie durch Website-Beiträge und Druckwerke wie Flyer und eine 24-seitige Broschüre.

3 Resultate

UN-Dekade Wettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“

Die Analyse der rund 250 Projekte, die im Rahmen des UN-Dekade Wettbewerbs „Soziale Natur – Natur für alle“ ausgezeichnet worden sind, hat uns ein differenziertes Bild der Aktivitäten und Akteure an der Schnittstelle von biologischer Vielfalt und sozialen Fragen in Deutschland und ihrer gesellschaftlicher Funktionen geliefert. Dieses hat uns zu vier Handlungsfeldern geführt, die im Folgenden beschrieben sind.

Gemeinschaftsgrün

Naturräume in der Stadt und auch in ländlichen Gemeinden bieten Menschen gute Anlässe, zusammenzukommen, soziales Miteinander zu pflegen und wertvolle Beiträge zur Integration über soziale und kulturelle Grenzen hinweg zu leisten. Diese grünen Räume für gemeinschaftliche Aktivitäten wirken in Wohnquartieren Vereinsamungstendenzen zum Beispiel bei älteren Menschen entgegen, schaffen Zugehörigkeit und Identifikation und vermitteln den Beteiligten durch eigene Aktivitäten Selbstwirksamkeit.

Gemeinsame Aktivitäten unterschiedlicher Ausprägungen im Bereich Gartennatur spielen eine zentrale Rolle. Das Engagement kann in Form nachbarschaftlicher Gemeinschafts- oder Quartiersgärten, interkultureller Begegnungsgärten, Generationengärten mit älteren und jüngeren Menschen erfolgen, oder als „Begegnungsgärten für alle“, bei denen insbesondere Menschen mit Handicap einbezogen werden. Einige dieser Projekte und Initiativen tragen dazu bei, Wohnquartiere zu beleben und aufzuwerten, was durch erste kommunale Wohnungsbaugesellschaften erkannt worden ist. Hinzu kommen kommunale Projekte zu neuen partizipativen Nutzungsformen städtischer Grünflächen wie den „Essbaren Städten“.

Neben Kommunen und deren Wohnungsbaugesellschaften gehören hier insbesondere kleine lokale Quartiersvereine oder Stadtteilinitiativen und Kleingartenvereine zu den wichtigen Akteuren. Darüber hinaus engagieren sich für diese Formen des „Gemeinschaftsgrüns“ auch Flüchtlingshilfen, Tafeln, Seniorentagesstätten und Mehrgenerationenhäuser sowie Volkshochschulen.

Naturerfahrungsräume und Naturerlebnisse für junge Menschen

Viele der ausgezeichneten UN-Dekade Projekte beruhen auf der Erkenntnis, dass positive gemeinschaftliche Naturerlebnisse und das Draußenspielen in der Natur wertvolle Beiträge zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leisten: Sie stärken deren Selbstwahrnehmung, Sozialkompetenz und Motorik. Diese positiven Zugänge zur Natur prägen die künftigen Erwachsenen zudem für die Wertschätzung der Naturvielfalt.

Zu den wichtigsten Strukturen im Rahmen der UN-Dekade Projekte gehören Aktivspielplätze sowie Waldkindergärten und Waldschulen ebenso wie Bauernhofkindergärten und Erlebnis- bzw. Abenteuerbauernhöfe. Darüber hinaus bieten Zoos und Wildparke Naturerlebnisareale und pädagogische Angebote, die jungen Menschen positive Erlebnisse mit der Naturvielfalt ermöglichen. Die Vielfalt an Naturerlebnisangeboten für Kinder und Familien ist bei den UN-Dekade Projekten beträchtlich. Das Spektrum reicht von mehrtägigen Naturcamps und Naturerlebnisfreizeiten über Kinder-Wildnisgebiete bis hin zu Naturerlebniswerkstätten und Schulgärten. Neben kommunalen und kirchlichen Jugendeinrichtungen und Jugendbildungsstätten verfügen auch Schulen und Kitas sowie lokale Jugend- oder Naturschutz- und Kleingartenvereine über interessante Angebote. Naturschutzverbände wie der NABU und biologische Stationen sind hier ebenso aktiv wie Naturparke und Biosphärenreservate mit ihren Schulprojekten.

Unterstützende Maßnahmen in der Lebenshilfe und Betreuung

In der Analyse der UN-Dekade Projekte des Wettbewerbs „Soziale Natur – Natur für alle“ ist ein dritter Bereich offensichtlich geworden, in dem Natur und biologische Vielfalt wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen. Aktivsein in der Natur und das Erleben von Natur unterstützt Menschen bei der Bewältigung von sozial oder gesundheitlich schwierigen Situationen. Diese Wirkung wird in ganz unterschiedlichen Bereichen beziehungsweise Lagen zur Verbesserung der Lebenssituation eingesetzt. So arbeiten Sozialverbände sowie kommunale oder kirchliche Einrichtungen mit Naturaktivitäten, wenn es um Suchttherapie und Drogenhilfe sowie Jugendhilfe und Gewaltprävention oder die Unterstützung von Kindern aus sozial belasteten Familien geht.

Bei psychischen Erkrankungen, Demenz oder Depression setzen Fachkrankenhäuser und Sozialverbände unterstützend auf positive Naturerlebnisse beim Gärtnern oder Wandern. Schließlich tragen Blindengärten, Seniorengärten und sogenannte „GreenCare Bauernhöfe“ für Menschen mit Betreuungsbedarf dazu bei, die Lebensqualität spezifischer gesellschaftlicher Gruppen zu verbessern. Hier sind Sozial- und Naturschutzverbände ebenso aktiv wie lokale Vereine und landwirtschaftliche Akteure. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Naturerlebnisangebote und -freizeiten für schwer erkrankte Kinder und ihre Familien, die von Kinderhospizen und Familienhilfen angeboten werden.

Inklusion und Teilhabe

Schließlich ist in der Analyse der UN-Dekade Projekte auch deutlich geworden, dass eine beträchtliche Anzahl von Akteuren und Projekten darauf zielen, die Inklusion von Menschen mit Handicap in das gesellschaftliche Leben durch Aktivitäten in und mit der Natur zu verbessern. Das erfolgt zum Beispiel in Kooperationen von Behindertenwerkstätten mit Wildparks, mit Naturschutzakteuren bei praktischen Naturschutzmaßnahmen oder Inklusionsgärten. Viele der Projekte setzen auch darauf, Menschen mit Handicap die Teilhabe an Naturerlebnissen zu ermöglichen. Im Vordergrund steht dabei die Barrierefreiheit von Naturerlebnisangeboten in Wäldern, Nationalparken und Biosphärenreservaten sowie Zoos, Wildparks oder botanischen Gärten. Hierbei sind staatliche Wald- und Forstorganisationen ebenso engagiert wie der Naturschutz, häufig in Zusammenarbeit mit Sozialverbänden wie der Lebenshilfe. Zu den Angeboten gehören neben spezifischen Naturexkursionen oder Naturerlebnisprogrammen, etwa mit dem Rolli, auch Ausstellungen und Besuchsangebote für Menschen mit spezifischen Handicaps, zum Beispiel in zoologischen und botanischen Gärten.

Kompetenzteam „Soziale Natur – Natur für alle“

Mit der Realisierung des UN-Dekade Kompetenzteams „Soziale Natur – Natur für alle“ haben wir in diesen Themenfeld ein fachübergreifendes Netzwerk von Experten und Multiplikatoren etabliert, das wesentlich zur inhaltlichen Entwicklung des Themenfeldes und zur Vertiefung von Partnerschaften für die biologische Vielfalt in Deutschland beigetragen hat.

Entwicklung des Themenfeldes

Ein wesentliches Resultat der Zusammenarbeit bildeten zwei themenbezogene Arbeitspapiere des Kompetenzteams, „Gemeinsames Statement“ und „Gemeinsame Handlungsempfehlungen“, in denen die wichtigen Beiträge der Natur zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung auch in sozialen Fragen deutlich gemacht werden, ebenso wie die breite Unterstützung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die am Kompetenzteam beteiligt sind.

Mit dem „Gemeinsame Statement“ des Kompetenzteams vom Oktober 2018, das über die Kommunikationskanäle der beteiligten Organisationen verbreitet worden ist, hat der Begriff „Soziale Natur“ eine differenziertere Bedeutung bekommen, die in der Fachöffentlichkeit wahrgenommen wird. Der Ansatz ist hier folgendermaßen formuliert: „Natur bringt Menschen

zusammen und bietet viele Möglichkeiten für mehr soziales Miteinander und Integration, über soziale und kulturelle Grenzen hinweg. Positive gemeinschaftliche Naturerlebnisse leisten entscheidende Beiträge zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und prägen die künftigen Erwachsenen für den Wert und den Erhalt der Naturvielfalt. Darüber hinaus tragen Aufenthalt, Bewegung, Sport und Spiel in der Natur wesentlich zu Gesundheit, Wohlbefinden und Bildung bei“. Darüber hinaus hat das Kompetenzteam in diesem Statement klare Ziele formuliert: „Wir möchten erreichen, dass in den Städten und auf dem Land attraktive multifunktionale Naturflächen und Grünräume für alle barrierefrei verfügbar sind. Der Zugang zu Natur für alle in geringer Entfernung zur Wohnung soll als Standard in Politik und Gesellschaft verankert werden. Ebenso sollen Aktivitäten und Erlebnisse in und mit der Natur stärker als bislang in die Programme von Bildung und Erziehung sowie sozialer Arbeit einbezogen werden.“

Mit den „Gemeinsamen Handlungsempfehlungen“, die im Dezember 2020 über die Kommunikationskanäle verbreitet worden sind, hat das Kompetenzteams in einem zweiten Arbeitsschritt eine Weiterentwicklung der Ziele in Form konkreter Handlungsempfehlungen in vier Zielbereichen vorgenommen:

- Verankerung der Anliegen im Baugesetzbuch,
- Verankerung der Anliegen in relevanten Ausbildungsplänen,
- Entwicklung von Kooperationen für weitere naturnahe Areale,
- Unterstützung und Wertschätzung für lokale Initiativen und ehrenamtlich engagierter Personen vor Ort.

Mit diesen Handlungsempfehlungen bekommt das Themenfeld „Soziale Natur – Natur für alle“ als Bereich, in dem die Naturvielfalt in sozialen Fragen zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung beitragen kann, eine direkte politische und maßnahmenbezogene Anschlussfähigkeit. Die bisherige Anschlussfähigkeit an aktuelle politische Programme und Aktivitäten wird auch im BMU Strategie- und Förderprogramm „Masterplan Stadtnatur“ dokumentiert. Inhalte der gemeinsamen Veröffentlichungen wurden miteinbezogen und Erfahrungen der Vertreter*innen aus den Sozialverbänden des Kompetenzteams im Beteiligungsverfahren berücksichtigt.

Entwicklung und Vertiefung von Partnerschaften

Mit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Wohlfahrts- und Naturschutzverbänden sowie Organisationen der Entwicklung von städtischen und ländlichen Regionen leistete das Kompetenzteam einen wertvollen Beitrag dazu, das gesellschaftliche Fundament für den Erhalt der Biodiversität und den Naturschutz in der Gesellschaft weiter zu stärken. Die Partnerschaft manifestierte sich in der gegenseitigen Information und funktionierenden Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen der jährlichen Treffen, die zu einem tieferen Verständnis und der Entwicklung gemeinsamer Positionspapiere führte. Die Mitwirkung hochrangiger Vertreter*innen aus den Organisationen, wie Ulrich Lilie, Präsident des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung, BMU Abteilungsleiterin Christiane Paulus und Andreas Knieriem, Direktor des Zoologischen Gartens Berlin, demonstrierte die hohe Wertschätzung der Partner für diese Zusammenarbeit.

Die Partnerschaft setzte sich auch auf bilateraler Ebene zwischen den Vertreter*innen der beteiligten Organisationen fort. Als ein weiteres Ergebnis im Hinblick auf die Integration von Natur und biologischer Vielfalt ist die Schwerpunktsetzung des Deutschen Kinderhilfswerks bei der Aktion „Schulhofträume“ hervorzuheben. Im Jahr 2020 hatte die Kinderorganisation mit ihren Sponsoren die naturnahe Umgestaltung von Schulhöfen und die Schaffung grüner

Klassenzimmer in den Mittelpunkt gestellt. Bei dieser jährlichen Aktion geht es um die Vergabe von insgesamt 100.000 Euro für Schulprojekte.

Fachkonferenz und begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Mit der UN-Dekade Fachkonferenz ist es gelungen, wertvolle Kompetenzen an der Schnittstelle von Naturschutz und sozialen Fragen auf der Ebene von Expert*innen aus Politik und Praxis zu bündeln. Wichtige Fachaspekte wurden in diesem Rahmen thematisiert: So wurde etwa das Problem des steigenden Flächendrucks in Kommunen erörtert, dem immer häufiger wohnungsnahe Grünflächen zum Opfer fallen, insbesondere in sozial schlechter gestellten Stadtteilen. Darüber hinaus wurde beispielsweise auch auf die Problematik der sogenannten Helikoptereltern hingewiesen, durch die Naturerfahrungen von Kindern teilweise unmöglich gemacht würden.

Mit der Fachtagung ist es zudem gelungen, die Bedeutung der Naturvielfalt für eine positive gesellschaftliche Entwicklung bekannter zu machen und die verschiedenen Akteure in Wissenschaft, Politik und Praxis enger miteinander zu vernetzen. Auch hier spiegelte sich das Partnerschaftsprinzip des UN-Dekade Ansatzes wieder. Insgesamt 12 Organisationen des Kompetenzteams fungierten als offizielle, ideelle Partner der Veranstaltung und dokumentierten das in der Öffentlichkeit: Diakonie Deutschland, BUND, Nationale Armutskonferenz, Deutsches Kinderhilfswerk, Europarc Deutschland, Kommunen für biologische Vielfalt, Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze, BAGLoB, Verband der Zoologischen Gärten, Interessensvertretung Selbstbestimmtes Leben, ABA Fachverband für offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Kneipp-Bund.

Schließlich bildete die begleitende Öffentlichkeitsarbeit über den gesamten Zeitraum des UN-Dekade Sonderthemas „Soziale Natur – Natur für alle“ von 2017 – 2020 ein wesentliches Element, um die Inhalte und Praxisbeispiele zum Thema „Soziale Natur – Natur für alle“ zu bündeln, zu verbreiten und in ihrer fachlichen Vielfalt einen einheitlichen Rahmen zu bieten. Mit den Maßnahmen wurde, wie gewünscht, insbesondere die Fachöffentlichkeit erreicht. Darüber hinaus ist es mit den Maßnahmen gelungen, lokale Akteur*innen und Projekte anzusprechen, die mit Hilfe der UN-Dekade Projektauszeichnungen ins Licht der Öffentlichkeit gelangt sind.

Weiterführende Informationen unter:

https://www.undekade-biologischevielfalt.de/

„Mensch und Natur“ - Beispielprojekte im Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Annette Doerpinghaus und Katja Beisheim

1 Einführung

Das Förderinstrument „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“

Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt (BPBV) ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Es soll die Umsetzung der Ziele aus der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) (BMU 2007) unterstützen, indem es mit innovativen Projekten Impulse setzt und eine Multiplikatorwirkung entfaltet. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) koordiniert diesen Titel, über den möglichst viele verschiedene Gesellschaftsgruppen angesprochen werden sollen. Von einem Programmbüro, angesiedelt beim DLR Projektträger, werden die Projekte fachlich und administrativ betreut. Verbände, Universitäten, Kommunen und andere Einrichtungen können Projektideen einreichen. Bei positiver Begutachtung zahlt der Bund eine Zuwendung von i.d.R. 75 Prozent der notwendigen Ausgaben (unter bestimmten Voraussetzungen kann die Förderquote höher sein) (https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/antrag-stellen.html). Es konnten bis Januar 2021 bereits über 230 verschiedene Institutionen zur Umsetzung eines Projektes motiviert werden, über Kooperationen sind eine weitere Vielzahl an Verbänden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kommunen, Behörden etc. involviert. Über Informationsveranstaltungen und Dialogforen (https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/veranstaltungen.html) werden die Antragstellenden unterstützt und untereinander sowie mit weiteren Expertinnen und Experten fachlich vernetzt.

Mit der Umsetzung von Projekten im BPBV kann der dramatische Trend beim Verlust der biologischen Vielfalt, der besonders durch die sogenannte Krefelder Studie (Hallmann et al. 2017) in der breiten Öffentlichkeit Resonanz gefunden hat, nicht umgekehrt werden. Es können aber Wege aufgezeigt werden, wie dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegengetreten werden kann. Indem möglichst viele Menschen für diese Ansätze begeistert werden, kann eine breite und nachhaltige Wirkung gelingen.

Soziale Aspekte in den Projekten des BPBV

Die inhaltliche Ausrichtung des BPBV ist weit gefächert. Vier Förderschwerpunkte (Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands, Hotspots der biologischen Vielfalt in Deutschland, Sicherung von Ökosystemleistungen, weitere Maßnahmen von besonderer repräsentativer Bedeutung für die NBS) umreißen die thematische Bandbreite. Im Jahr 2021 wird zur Umsetzung des von der Bundesregierung verabschiedeten „Masterplans Stadtnatur“ (BMU 2019) ein weiterer Förderschwerpunkt hinzukommen. Für alle geförderten Projekte gilt, dass in besonderer Weise über die Einbindung von Betroffenen, zuständigen Ämtern, der interessierten Öffentlichkeit etc. das Bewusstsein der Menschen für die jeweiligen Themen geschärft wird. Gleichzeitig sollen die Bedürfnisse und spezifischen Interessen der Menschen in den Projekten Berücksichtigung finden.

So greifen prinzipiell alle Projekte im BPBV auch soziale Themen auf. Werden beispielsweise biodiversitätsfördernde Maßnahmen in der Landwirtschaft umgesetzt (z.B. Teilflächen in Äckern aus der Nutzung ausgenommen, um bodenbrütenden Vögeln eine Nistmöglichkeit zu bieten), so ist es unumgänglich, neben der Wirkung für die zu schützende Tier- oder Pflanzenart auch die Auswirkungen der Maßnahme auf den Landwirt oder die Landwirtin in Betracht zu ziehen: Werden die finanziellen Einbußen kompensiert, d.h. sind die ökonomischen Rahmenbedingungen tragfähig und ist der Betriebsablauf noch praktikabel? Kann der

Landwirt bzw. die Landwirtin sich mit der Maßnahme identifizieren?

Auch am Beispiel „Verbesserung von Artenkenntnissen“ lässt sich gut darstellen, dass in allen BPBV-Projekten soziale Aspekte Berücksichtigung finden. In einer ganzen Reihe von Initiativen wird dem Verlust von Kenntnissen unserer Flora und Fauna entgegengewirkt. Wesentliche Fragen in diesen Projekten sind beispielsweise: Mit welchen (modernen) Methoden können neue Personengruppen für das Thema gewonnen werden? Was bewegt Menschen, sich zu Artenkennern und Artenkennerinnen ausbilden zu lassen? Im Projekt „FörTax“ z.B. werden Taxonomie-Clubs für Jugendliche ab 14 Jahre eingerichtet und eine Artenkenner-Akademie zur Vermittlung von Artenkenntnis an Studierende sowie interessierte Erwachsene aufgebaut, um möglichst viele Menschen zielgruppenspezifisch für ein Naturschutzengagement zu gewinnen. Über Citizen Science-Projekte können ehrenamtlich erhobene Kenntnisse auch in wissenschaftliche Auswertungen eingebunden werden und kann den Menschen der Sinn ihres Engagements deutlich gemacht werden.

Das BfN erwartet von allen Projektdurchführenden eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, die sich an verschiedene gesellschaftliche Gruppen richtet, um möglichst viele Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zu erreichen. Ziel ist es, in allen Bevölkerungsgruppen das Bewusstsein für den Wert der biologischen Vielfalt zu schärfen und Begeisterung für Natur und Naturerleben zu wecken.

2 Projekte mit dem Fokus “Naturschutz und soziale Fragen“

Schon seit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Jahr 2002 (Bundesregierung 2002) werden die ökologischen, die sozialen und ökonomischen Herausforderungen zusammen gedacht und Ansätze für ganzheitliche Lösungen gesucht. Dies spiegelt sich auch in der im Jahr 2007 verabschiedeten NBS (BMU 2007) wider, in der ehrgeizige Ziele zu einem sehr breiten Spektrum von Themen gesteckt wurden.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung nicht allein von staatlicher Seite bewältigt werden kann. Viele Ideen und neue Ansätze entstehen gerade in der Zivilgesellschaft. Frohn und Wichert (2018) beschreiben beispielsweise die gemeinsame Planung und Realisierung von Aktionen durch zivilgesellschaftliche Gruppierungen aus dem Sozial- und Naturschutzbereich. Dieses Engagement kann über die Projektförderung unterstützt werden. Viele Initiativen bedürfen einer Anschubfinanzierung, um Strukturen aufzubauen, die dann nach Projektende aus eigener Kraft weitergeführt werden. Mit dem BPBV möchte die Bundesregierung Akteure in den verschiedensten Lebensbereichen dazu motivieren, einen Beitrag zum Biodiversitätsschutz und der Bewusstseinsbildung hierzu zu leisten.

„Sozial“ bedeutet laut Duden (Duden online o.J.) die Gemeinschaft, die Gesellschaft betreffend, dazu gehörend und kommt aus dem Lateinischen socius „Genosse“, „Gefährte“, „gemeinsam“. Menschen leben in unterschiedlichen sozialen Kontexten. Dies kann die wirtschaftliche Situation betreffen, die Identifikation mit bestimmten Themen, Haltungen und Vorbildern oder das Eingebunden sein in soziale Gruppen, wie Religionsgemeinschaften, (Groß-)Familien, Migrantengemeinschaften etc. Die wichtigsten Aspekte für einen sozialen Zusammenhalt sind laut Arant et al. (2017) verlässliche soziale Beziehungen und die Identifikation mit dem Gemeinwesen auf der Grundlage von Vertrauen in die Institutionen und Gemeinwohlorientierung, die sich in Hilfsbereitschaft und Anerkennen von sozialen Regeln zeigt.

Der Schutz der Biodiversität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn bei der Konzipierung von Maßnahmen die sozialen Belange berücksichtigt werden. Die Angebote müssen zielgruppenspezifisch und zeitgemäß konzipiert werden. Gleichzeitig kann

der Naturschutz den Menschen dienen, indem er Möglichkeiten anbietet, in der Gemeinschaft zu agieren und ein positives soziales Umfeld zu erleben.

Es ist BfN/ BMU ein besonderes Anliegen, über das BPBV Projekte zu initiieren, die sich mit dem Naturerleben sozialer Gruppen verschiedener Prägungen auseinandersetzen. Zwei Ziele stehen für BfN/ BMU dabei im Vordergrund:

Menschen, die bislang wenig Zugang zur Natur haben, sollen stärker an Naturerlebnismöglichkeiten teilhaben können. Naturerleben trägt nachgewiesenermaßen zur Entspannung und Gesundheitsförderung bei (White et al. 2019) und ist zudem eine in der Regel frei verfügbare Ressource – der Wert dieser Leistungen der Natur hat sich gerade auch während der Corona-Pandemie gezeigt. Es ist zu beachten, dass die Haltung und die Formen des Zuganges zur Natur bei Menschen in prekären Situationen häufig nicht negativer oder weniger ausgeprägt, sondern anders sind, als bei der bildungsnahen, akademischen Schicht, die in der Regel die Angebote zum Naturerleben konzipiert (Frohn et al. 2020).

Ein weiteres Anliegen ist es, über z.B. einen religiösen bzw. emotionalen Zugang oder über ein vermehrtes Wissen über Zusammenhänge auch bei bisher diesem Thema vermeintlich weniger aufgeschlossenen Menschen ein Bewusstsein für die Relevanz von Naturschutz herbeizuführen und ein verändertes Handeln anzustoßen.

Im Folgenden wird anhand eines Überblicks über einige BPBV-Projekte erläutert, wie groß die Bandbreite an Inhalten, Methoden und Zielgruppen sein kann, um soziale Arbeit und Naturschutz zusammen zu denken. Im nächsten Kapitel werden dann anhand von drei Projektbeispielen die Herangehensweisen und Erfahrungen eingehender erläutert.

Zielgruppe Kinder und Jugendliche

Wenn ein Kind die Natur positiv erfährt, wird es die positive Haltung mit einiger Sicherheit für immer bewahren. So stellt z.B. Gebhard (2010) fest: „In der Tendenz zeigt sich, dass Naturerfahrungen in der Kindheit einer der wichtigsten Anregungsfaktoren für späteres Engagement für Umwelt- und Naturschutz sind“. Daher adressieren eine ganze Reihe von Projekten im BPBV ganz gezielt Kinder und Jugendliche.

Ein bundesweites Demonstrations-Netzwerk von 200 engagierten Natur-Erlebnis-Kinder-Gärten mit dem Fokus auf der praktischen Vermittlung und Förderung der biologischen Vielfalt im Kindergartenalltag wurde im Projekt „Kinder-Garten im Kindergarten“ vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau Deutschland aufgebaut. Die Kindergärten haben von den praxisorientierten Workshops für das pädagogische Fachpersonal profitiert und viele Kinder der aktiven Netzwerk-Kindergärten sind in den Genuss gekommen, die Natur im eigenen Kindergarten mitgestalten und hautnah erleben zu können. Die Projektdurchführenden mussten aber auch die Erfahrung machen, dass die hohe zeitliche und personelle Belastung der Erzieherinnen und Erzieher, wenig geeignete Außengelände, eine hohe Personalfluktuation und zusätzliche Aufgaben z.B. im Bereich Inklusion generell große Herausforderungen darstellten. Dies waren vermutlich auch die Gründe, die eine aktive Teilnahme am Projekt für Kitas aus sozial benachteiligten Gebieten erschwerten.

Über die Ausbildung und den Einsatz von Kita-Naturbotschafterinnen und -botschaftern gelingt es den NABU-Landesverbänden Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Saarland in einem anderen Projekt, die Natur als Raum für einen wertvollen sozialen Kontakt zu nutzen: Seniorinnen und Senioren leiten Kindergartenkinder an, die Biodiversität näher kennen zu lernen und zu begreifen (s. unten).

Beim Projekt „Schulwandern“ wiederum, welches vom Deutschen Wanderverband und der Universität Mainz angeboten wurde, erlebten Schülerinnen und Schüler die belebte Umwelt

in aktiven Draußentagen (s. unten).

In der „Waldschule für die biologische Vielfalt“ des Vereins Bergwaldprojekt e.V. fand konkrete Naturschutzarbeit in der Gemeinschaft statt: die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen arbeiteten gemeinsam im Rahmen von Waldschulwochen, kamen in den Austausch und sammelten positive Erfahrungen.

Zahlreiche Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen und Jahrgänge im zentralen Ruhrgebiet sollen durch das Projekt „LELINA – Lern- und Erlebnislabor Industrienatur“ die Möglichkeit erhalten, die Natur auf ehemaligen Industrieflächen durch forschendes und entdeckendes Lernen zu erkunden und zu erleben. Durch diese Initiative werden gezielt heterogen zusammengesetzte Schulklassen angesprochen, die einen hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit körperlichen und/ oder geistigen Einschränkungen aufweisen, aus sozial benachteiligten Haushalten und Wohnquartieren stammen und/ oder einen Migrations- und Flüchtlingshintergrund haben. Insbesondere für diese Zielgruppen werden interdisziplinär ausgerichtete und kompetenzorientierte Lern- und Erlebnismodule entwickelt, auf den ausgewählten Brachflächen erprobt und evaluiert. Neben dem Erwerb kognitiver und methodischer Kompetenzen im Bereich der Biodiversität urbaner Natur steht besonders der Aspekt der Integration durch gezielte Förderung sozialer Kompetenzen im Vordergrund. Darüber hinaus wird eine differenzierte Förderung motorischer und sprachlicher Fähigkeiten angestrebt.

Die Gesellschaft zur Förderung von Solidarität und Partnerschaft e.V. wählt einen modernen Ansatz um junge Menschen zu erreichen: Sie bietet mit ihrem Angebot „GreenCut“ jungen Menschen die Möglichkeit über die Produktion von Filmen einen Zugang zur Natur zur gewinnen und gleichzeitig eine Freizeitgestaltung wahrzunehmen, die allen Jugendlichen offen steht und kostenlos ist.

Ein anderer Weg, um vor allem junge Menschen für ihre belebte Umwelt zu sensibilisieren, ist die Entwicklung von Spielen, auch mit modernen Techniken und Medien. Das Deutsche Jugendherbergswerk zum Beispiel hat gemeinsam mit zwei Hochschulen mit „BioDiv2go – FindeVielfalt“ sehr erfolgreich mit Hilfe neuer Medien Spiele entwickelt, die insbesondere Kindern und Jugendlichen, die nicht von Vorneherein ein Naturinteresse mitbringen, das Thema Biodiversität und deren Wert vermitteln können.

Kirche als Multiplikator

Der Verein Bildungs- und Begegnungsstätte Nell-Breuning-Haus e.V. hat sich im Projekt „Mach’s Möglich“ gemeinsam mit der Katholischen Hochschule NRW zum Ziel gesetzt, Fachkräfte aus der außerschulischen Sozial- und Bildungsarbeit anhand der Planung und Umsetzung modellhafter Maßnahmen zum Thema Naturpädagogik weiter zu bilden bzw. zu qualifizieren. Zielgruppen im Projekt sind somit einerseits die Fachkräfte aus der Sozial- und Bildungsarbeit sowie andererseits die Mitwirkenden an den Modellvorhaben mit einem Fokus auf Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendliche in Förder- und Hauptschulen sowie Jugendliche in Maßnahmen des Jobcenters. Das Projekt soll dazu beitragen, die Umweltgerechtigkeit zu erhöhen und dabei insbesondere das Natur- und Umweltbewusstsein von Menschen aus einkommensschwachen Schichten sowie ihre gleichberechtigte Partizipation an Angeboten der Umweltbildung und Naturpädagogik zu stärken.

Bislang als Skizze liegt die Projektidee mit dem Titel „Alpen.Leben.Menschen (A.L.M.)/ Soziale Natur“ des Malteser Hilfsdienst der Erzdiözese München und Freising und des Deutschen Alpenvereins vor. Die Partner möchten Naturschutz, Bewegung in der Natur und Wohlfahrt miteinander verknüpfen. Es wird ein integrierter Umweltbildungsansatz für Menschen in

prekären Situationen (Menschen mit Behinderung, Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten wie Obdachlose, Einsame, Seniorinnen und Senioren, ehemalige Strafgefangene, sozial schwache Familien) entwickelt.

Das Projekt „BiodiversitätsCheck in Kirchengemeinden“ des Erzbistums Köln, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers hat als Zielgruppen vor allem die Mitglieder der Kirchengemeinden und Akteure im kirchlichen Umfeld, wie Träger von Friedhöfen, der Caritas u.ä. im Blick. Die Zuwendungsempfänger erklären, dass die Mitglieder der Kirchengemeinden eher traditionell-konservativ eingestellt sind und dieses Klientel ein besonders niedriges Naturbewusstsein von 17 Prozent aufweist (Durchschnittswert 25 Prozent; BMU und BfN 2018). Diese Zielgruppe ist über Naturschutz- oder Umweltverbände nur schwer zu erreichen, kann aber durch Verknüpfung mit der kirchlichen Umweltbewegung aktiviert werden. Darüber hinaus sollen die schwer erreichbaren Gruppen des prekären Milieus und der Flüchtlinge einbezogen werden. Es sind partizipative Umweltbildungs- und Naturschutzmaßnahmen auf Kirchengrund und Friedhöfen vorgesehen.

Menschen an der Gestaltung ihres Umfeldes teilhaben lassen:
Naturnahe Gestaltung und Pflege von Freiflächen

Der Wissenschaftsladen Bonn e.V. arbeitet mit Wohnungs(bau)unternehmen zusammen, die Interesse haben, ihre Grün- und Freiflächen naturnah zu gestalten und die Mieterinnen und Mieter in die damit verbundenen Prozesse einzubeziehen. Auf der Homepage des Projektes heißt es: „Neben der Förderung der biologischen Vielfalt steht das Wohlbefinden der Mieterinnen und Mieter im Vordergrund. Sie sind ausdrücklich eingeladen, sich aktiv an der Entstehung des kleinen Parks in ihrem Wohnquartier zu beteiligen.“ (WILA Bonn o.J.). Die PikoParks sind Treffpunkte für die Mieter- und Anwohnerschaft und leisten zudem einen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit. Durch die Partizipation der Mieterinnen und Mieter bei der Gestaltung und Umsetzung der PikoParks wird das soziale Miteinander und die Teilhabe gestärkt. Die positive Wirkung der vielfältigen Natur und der verbesserte Zugang der Menschen waren schon während der Projektdurchführung zu beobachten. Das große Interesse und die Nachfrage an der gemeinschaftlichen Gestaltung und Einrichtung von naturnahen Bereichen auf den Außenanlagen von Wohnquartieren führt dazu, dass in einer weiteren Projektphase zielgruppenspezifische Kommunikationsformate und Schulungsmodule entwickelt und angeboten werden. Damit sollen relevante Multiplikatorengruppen im Sozial- und Quartiersmanagement der Wohnungsunternehmen, Kommunalvertreterinnen und -vertreter sowie zivilgesellschaftliche Akteursgruppen (Kirchengemeinden, Stadtteilinitiativen, lokale Stiftungen) für die Idee gewonnen und befähigt werden, die Entwicklung von PikoParks anzustoßen und umzusetzen.

Den Ansatz, Menschen für Naturschutz zu begeistern, indem man ihnen die Möglichkeit gibt ihr direktes Umfeld naturnah zu gestalten, verfolgt auch das Projekt „Entwicklung und Erprobung didaktischer Modelle zur Aktivierung benachteiligter Gruppen für den Erhalt der biologischen Vielfalt“ der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Bei den regelmäßig stattfindenden Umweltbildungsveranstaltungen mit Kindern und Erwachsenen aus dem sozial benachteiligten Umfeld wird ein besonderer Fokus auf die Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen zum Schutz der biologischen Vielfalt gelegt, um ihnen konkrete Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen und ihr Verantwortungsgefühl zu stärken (s. unten).

Generationenübergreifend für den Naturschutz aktiv:
Ausbildung älterer Menschen zu Kita-Naturbotschafterinnen und -botschaftern

Mit dem Projekt „Kita-NaturbotschafterInnen – mehr Natur in Kitas. Unterstützung der frühkindlichen Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Schwerpunkt Biologische Vielfalt durch

ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren“ möchte der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) die frühkindliche Naturschutzbildung stärken. Das Projekt wird seit Juli 2019 von den drei NABU-Landesverbänden Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Saarland durchgeführt.

Ziel ist es, in der Projektlaufzeit bis zu 350 Seniorinnen und Senioren auszubilden, die eine Kindertagesstätte als ihre „Paten-Kita“ auswählen, um dort gemeinsam mit den Kindern Praxisprojekte für den Schutz der biologischen Vielfalt umsetzen. Dabei entstehen dort im Außengelände zum Beispiel Wildbienen- und Vogelnisthilfen, Blühwiesen, Naschhecken oder Schmetterlingsbeete, die vielseitige Naturerlebnismöglichkeiten bieten. Im Hinblick auf die Auswahl der Kitas werden keine Einschränkungen gemacht, allerdings besteht der Wunsch der Projektdurchführenden, das Thema „Biologische Vielfalt“ besonders in solche Einrichtungen zu transportieren, in denen es noch deutlich an Stellenwert gewinnen könnte und die Außengelände von der Ergänzung um naturnahe Elemente und Naturerlebnismöglichkeiten besonders profitieren können. Das Projekt soll gerade auch Kindern, beispielweise aus sozialökonomisch schwächer gestellten Familien und/ oder Familien, in denen Naturerlebnisse eine eher untergeordnete Rolle spielen, die Möglichkeit für Naturerfahrungen bieten. Auch Kitas, die nicht explizit Wald- oder Naturkindergärten sind, sollen sich zu „Naturerlebnis-Kitas“ entwickeln.

Während der sechsjährigen Projektlaufzeit wird die Ausbildung zur Kita-Naturbotschafterin bzw. zum Kita-Naturbotschafter in fünf aufeinanderfolgenden Jahren angeboten. Die Durchführung der Ausbildung erfolgt parallel an insgesamt sieben NABU-Einrichtungen (Regionalstellen, Geschäftsstellen, Naturschutzzentren etc.) in den drei Bundesländern Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Saarland. Pro Ausbildungsstandort und -jahr sollen ca. zehn Seniorinnen oder Senioren für eine Teilnahme gewonnen werden. Die Ausbildung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren und besteht aus acht Workshops im ersten Jahr, drei Erfahrungsaustausche im zweiten Jahr und einer begleitenden Praxisübung in der jeweiligen Paten-Kita. Das Engagement in einer Paten-Kita startet bereits während der Ausbildung, um erlernte Inhalte direkt anzuwenden und gegebenenfalls Unterstützung von den Ausbildungsleitungen erhalten zu können. Neben ökologischen Grundlagen und der Bedeutung des Schutzes der biologischen Vielfalt werden den Teilnehmenden beispielsweise Informationen über den heutigen Kita-Alltag und einen altersgerechten Umgang mit den Kindern vermittelt. Besonderer Fokus liegt aber auf der Erprobung der Naturschutzprojekte von der Materialbeschaffung bis zur methodischen Aufbereitung innerhalb der Ausbildungsgruppe. Hierbei kommt der kollegialen Beratung unter den Teilnehmenden und dem Lernen voneinander eine besondere Bedeutung zu. Das Erlernen von Methoden zur Vermittlung des Themas biologische Vielfalt steht stärker im Mittelpunkt als die Ausbildung zu perfekten „Naturschutzexpertinnen und -experten“.

Positive Wirkungen bei beiden Zielgruppen

Auf der einen Seite sind Kindertagesstätten und Kindertagespflege heute zentrale Orte der frühkindlichen Bildung, die Anzahl der Kinder, die ganztägig in Kindertagesbetreuungseinrichtungen betreut werden, steigt kontinuierlich (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020). Auf der anderen Seite ist das Kennenlernen der Natur ein wichtiger Aspekt der kindlichen Bildung. Laut Naturbewusstseinsstudie 2015 finden es 92 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wichtig, Kindern die Natur nahe zu bringen (BMUB und BfN 2016). Allerdings haben die Projektdurchführenden in früheren Aktivitäten die Erfahrung gemacht, dass Kita-Personal oft die Zeit für die Vorbereitung, Durchführung und langfristige Betreuung von Naturschutzprojekten fehlt. Erklären sich Eltern oder Großeltern zur Umsetzung von Projekten in den Kitas bereit, geschieht dies oft nur so lange, wie die eigenen Kinder oder Enkel in der

Einrichtung sind.

Mit dem Ansatz, Menschen in der nachberuflichen Phase unabhängig von einer persönlichen Bindung an die Kitas für ein dortiges freiwilliges Naturschutzengagement zu qualifizieren, möchten die NABU-Landesverbände diesem Problem entgegentreten und folgen mit dem Ansatz auch einer Empfehlung in der Naturbewusstseinsstudie 2015 zum generationenübergreifenden Zusammenwirken (BMUB und BfN 2016). Bereits in früheren Projekten zeigte sich gemäß dem Verbundkoordinator Herrn R. Egeling, dass viele Seniorinnen und Senioren die Motivation und Zeit haben, sich im Bereich Kinder und Natur zu engagieren. Wichtige Gründe für ein Engagement als Kita-Naturbotschafterin oder -botschafter sind neben dem Schutz der Natur ein Engagement für den Austausch zwischen Jung und Alt, das Interesse an persönlicher Fortbildung und der Wunsch, der Gesellschaft nach einem erfüllten Berufsleben etwas zurück geben zu wollen. Weiterhin sind das Knüpfen neuer sozialer Kontakte und das Aktivbleiben wichtige Treiber, um an der Ausbildung teilzunehmen. Dabei hat sich im bisherigen Projektverlauf gezeigt, dass die Projektteilnehmenden beispielsweise aus ganz unterschiedlichen Berufsfeldern kommen (von der Handwerkerin/ vom Handwerker bis zur Chefärztin/ zum Chefarzt). Auf diese Weise sorgt das Projekt dafür, dass Menschen mit vielen verschiedenen Kompetenzen, die sich sonst vielleicht eher wenig begegnen würden, zusammen aktiv werden und voneinander lernen.

Die Kinder profitieren von dem Erfahrungsschatz der Älteren, die in ihrer Kindheit häufig durch weniger technische und digitale Spielmöglichkeiten viel selbstverständlicher Naturerfahrungen gemacht haben als spätere Generationen. Durch die praktische Umsetzung der Naturschutz- und Naturerlebnismaßnahmen sowie begleitende Spiele, Experimente und Beobachtungen vermitteln die Kita-Naturbotschafterinnen und -botschafter den Kindern einfaches Wissen zu heimischen Tier- und Pflanzenarten, Lebensräumen und ihrem Schutz und möchten auf diese Weise ihr Interesse für die biologische Vielfalt wecken. Die Seniorinnen und Senioren sind wichtige Vorbilder, die einen positiven, neugierigen und angstfreien Umgang mit der Natur vorleben. Zudem nehmen die Kinder wahr, dass sie mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen selber positiv auf den Zustand von Natur und Umwelt hinwirken können. Gleichzeitig gehen die Projektdurchführenden davon aus, dass bei diesen Aktivitäten, die immer in einer Gruppe umgesetzt werden, neben der sprachlichen und motorischen Entwicklung vor allem auch soziale Fähigkeiten der Kinder im Umgang miteinander und mit Älteren gefördert werden. Indem alle Aktivitäten spielerisch beispielsweise in Form von Rollenspielen und mit vielen Wiederholungen durchgeführt werden, lernen die Kinder mit verschiedenen anderen Kindern und unterschiedlichen Persönlichkeiten zu interagieren.

Auch Kita-Fachkräfte, Eltern und lokale Akteure werden einbezogen

Weitere wichtige Akteure im Projekt stellen die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas dar, die während der Besuche der Seniorinnen und Senioren weiterhin die pädagogische Aufsicht haben und deren inhaltliche wie organisatorische Unterstützung für eine erfolgreiche Umsetzung des jeweiligen Projekts essenziell ist. Viele Kita-Mitarbeitende stehen der Idee von umfangreicheren Naturschutzprojekten grundsätzlich offen gegenüber und sind daher dankbar dafür, wenn die Kita-Naturbotschafterinnen und -botschafter den Vorbereitungsaufwand übernehmen sowie externe Expertise und zusätzliche Impulse einbringen, so der Verbundkoordinator. Wenn den Seniorinnen und Senioren diese Wertschätzung und Dankbarkeit letztendlich auch vermittelt wird, scheint dies ein wesentlicher Faktor für ein nachhaltiges Engagement über mehrere Jahre zu sein.

Darüber hinaus spielen einerseits die Eltern der Kinder und andererseits lokale Akteure wichtige Rollen, damit das Projekt auch eine Multiplikatorwirkung in das Wohnumfeld der Kinder bzw. das Umfeld der Kitas und Kita-Naturbotschafterinnen und -botschafter entfalten kann.

Die Eltern werden bei sogenannten „Eltern-Kind-Aktionen“ oder als regelmäßige Tandempartner eingebunden, damit auch sie ein Bewusstsein für die biologische Vielfalt entwickeln und im besten Fall sogar eigene Biodiversitätsprojekte im privaten Umfeld umsetzen. Gleichzeitig werden die Seniorinnen und Senioren im Projekt dazu angehalten, an lokale oder regionale Akteure wie z.B. Landbewirtschaftende, handwerkliche Fachkräfte oder Gemeindevertretende heranzutreten, die sie über die Bereitstellung von Materialien, Handwerkerleistungen oder finanzieller Mittel in ihrem Engagement unterstützen können und mit denen sie gemeinsam ein lokales Netzwerk für die biologische Vielfalt aufbauen können.

Großes Interesse an der Kombination aus Naturschutz- und sozialem Engagement

Auch wenn das Projekt bislang stark von der Corona-Pandemie beeinflusst wurde und – Stand Februar 2021 – noch kein geregeltes Engagement der Kita-Naturbotschafterinnen und -botschafter in den verschiedenen Paten-Kitas starten konnte, stößt das Projekt gemäß dem Verbundkoordinator auf sehr großes Interesse. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Anzahl der eingereichten Bewerbungen in der Bewerbungsphase für den ersten Durchgang Ende 2019 sowie auch in der Bewerbungsphase für den zweiten Durchgang Ende 2020 beide Male weit über der Anzahl der zu vergebenden Plätze lag. Es scheint, dass es gerade für die Kombination aus einem Engagement für die biologische Vielfalt und einem intensiven gesellschaftlichen Miteinander und Austausch großen Bedarf in der Gesellschaft gibt. Das Projekt bietet die Chance, neben dem Bewusstsein für die biologische Vielfalt auch das Verständnis, die Wertschätzung und letztendlich den Zusammenhalt zwischen den Generationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zu stärken.

Abb. 1: Mit Kinderaugen die Natur entdecken - Seniorinnen und Senioren beim Workshop (© NABU-naturschutzzentrum Rheinauen

Abb. 2: Naturerlebnisse auf dem naturnahen Kita-Gelände
(© NABU-Naturschutzzentrum Rheinauen)

Abb. 3: Natur entdecken auf dem Kita-Gelände (© NABU-Naturschutzzentrum Rheinauen)

Soziale Teilhabe im Naturschutz stärken: Entwicklung von Umweltbildungsprogrammen für sozioökonomisch benachteiligte Menschen

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde hat sich zum Ziel gesetzt, sozioökonomisch benachteiligte Menschen, die bisher kaum Berührung mit den Themen Naturschutz und biologische Vielfalt hatten, zu einem Engagement für die Natur in ihrem Umfeld zu bewegen. Hierfür führt sie von Mai 2019 bis April 2023 das Projekt „Entwicklung und Erprobung didaktischer Modelle zur Aktivierung benachteiligter Gruppen für den Erhalt der biologischen Vielfalt“ durch. Bei der Umsetzung kooperiert sie eng mit der von der Hochschule und der Stadt Eberswalde gemeinsam gegründeten Stiftung WaldWelten. Die Tätigkeitsschwerpunkte der gemeinnützigen Stiftung sind Waldforschung, Naturschutz, Kulturförderung und Umweltbildung, mit der sie sich unter anderem auf benachteiligte Kinder und Jugendliche ausrichtet (Stiftung WaldWelten 2021). Im Projekt werden zielgruppenspezifische pädagogische Konzepte für die Naturschutzbildung entwickelt, modellhaft umgesetzt und am Ende als Lehrmaterialien bereitgestellt. Ziel ist es, das Verantwortungsgefühl der Teilnehmenden für die Natur durch Wissensvermittlung und aktive Beteiligung zu wecken, ihnen Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen und so ihre Teilhabe am Naturschutz zu steigern. Die Zielgruppen sind Kinder aus dem Vorschulbereich bzw. in der Grund- oder Förderschule und Erwachsene, die sich in Arbeitsförderungsmaßnahmen befinden bzw. ohne Arbeit sind.

Es werden auf die drei Zielgruppen zugeschnittene Umweltbildungsprogramme ausgearbeitet, die über ein Schuljahr hinweg mit mehreren Gruppen durchgeführt werden. Die zeitliche Struktur ist dabei je nach Gruppe unterschiedlich und reicht von wöchentlichen Treffen bis zu regelmäßigen Unterrichtseinheiten oder Projektwochen bzw. Blocktagen. In den Umweltbildungsprogrammen erleben die Teilnehmenden die Natur, bekommen Wissen über die biologische Vielfalt vermittelt, werden für Herausforderungen im Naturschutz sensibilisiert und lernen Naturschutzakteure kennen. Zudem entwickeln sie gemeinsam Praxisideen zum Erleben und Schutz der biologischen Vielfalt: So werden beispielsweise Blühwiesen angelegt, Sträucher und Gehölze gepflanzt oder auch Niststrukturen und Trockenmauern gebaut. Aktiv werden sie auf dem eigenen Kita- oder Schulgelände, auf Flächen der Stadt Eberswalde, der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft oder weiterer Partner.

Eberswalde bietet geeignete Voraussetzungen für die Projektumsetzung

Mit der Stadt Eberswalde im Landkreis Barnim nordöstlich von Berlin wurde ein Projektgebiet gewählt, das einen enormen Strukturwandel durchlebt hat und immer noch durchlebt. Zu DDR-Zeiten industriell geprägt, existieren heute nur noch wenige der Betriebe in Eberswalde oder sie haben nicht mehr die wirtschaftliche Bedeutung wie früher. Obwohl sich neue Unternehmen angesiedelt haben, hatte Eberswalde seit 1990 mit einer hohen Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner zu kämpfen. Seit 2014 steigt die Bevölkerungszahl in Eberswalde wieder an, aber auch 2019 lag die Arbeitslosenquote im Bezirk der Arbeitsagentur Eberswalde noch über dem Bundesdurchschnitt und der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in den östlichen Bundesländern. (Stadt Eberswalde 2017, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020, Bundesagentur für Arbeit 2020, Bundesregierung 2020) Gleichzeitig weist Eberswalde eine lange forstwissenschaftliche Geschichte auf und verfügt über einen der ältesten forstbotanischen Gärten Europas (HNEE o.J.). Der Fokus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung unter anderem auf Naturschutz, Forstwirtschaft und nachhaltiges Tourismusmanagement wirkt auch in die Stadt und die Region hinein (HNEE 2019). Zudem bildet die Lage der Stadt inmitten weitläufiger Waldgebiete und mit ihrer Nähe zum Naturpark Barnim und dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin viele Möglichkeiten für Naturerfahrungen (Landesamt für Umwelt Brandenburg 2021).

Erste wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse während der Projektlaufzeit

Zu Beginn des Projekts konnten zwei Kitas, eine Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, eine Grundschule sowie das Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste der Stadt Eberswalde als Partner gewonnen werden, sodass im ersten Projektdurchlauf 2019/ 2020 fünf Gruppen bestehend aus ca. 45 Kitakindern, 30 Schülerinnen und Schülern und zehn jungen Erwachsenen aus dem Bundesfreiwilligendienst teilnahmen. Mit dem zweiten Schuljahr 2020/ 2021 kam eine weitere, kooperativ-integrative Oberschule hinzu. Über die Zusammenarbeit mit regionalen Fördervereinen, die Projekte zur Integration von Langzeitarbeitslosen in Eberswalde umsetzen, konnten weitere erwachsene Teilnehmende gewonnen werden. Allerdings sprang eine Schulgruppe im Verlauf des zweiten Durchgangs wieder ab, da das auffällige Sozialverhalten einiger Schülerinnen und Schüler keine geregelte Durchführung der Umweltbildungsveranstaltungen ermöglichte. Laut der Projektmanagerin Frau C. Schlenther zeigt dieses Beispiel deutlich, dass die Arbeit mit den Zielgruppen neben der Naturschutzbildung in weiten Teilen stark von der Sozialarbeit geprägt ist, dies muss sich daher auch in der Qualifikation der Personen, die die Gruppen leiten, widerspiegeln. Insgesamt wurden alle bisherigen Gruppenaktivitäten stark von den Beschränkungen der Corona-Pandemie beeinflusst, sodass bislang keines der Umweltbildungsprogramme in der geplanten Regelmäßigkeit und Dauer umgesetzt werden konnte.

Nichtsdestotrotz konnten bereits wichtige Erkenntnisse gesammelt werden. So wurde den Projektdurchführenden schon kurz nach Beginn der Projektlaufzeit das Fehlen eines Projektnamens bewusst, mit dem das Projekt vor Ort bei den Zielgruppen kommuniziert werden kann. Gemäß der Projektmanagerin sahen sie mit dem eigentlichen Titel die zu große Gefahr, dass die Zielgruppen vor Ort die Bezeichnung „benachteiligte Gruppen“ als Stigmatisierung empfänden und das Gefühl bekämen, als Erprobungsobjekte zu dienen. Ausschließlich für die lokale Zielgruppenansprache wurde daher zusätzlich der inoffizielle Name „Vielfalt findet Stadt“ ausgewählt. In vielen Materialien und Produkten der Öffentlichkeitsarbeit wird er daher zusätzlich zum offiziellen Projekttitel genannt.

Die Bedeutung des Zusatztitels „Vielfalt findet Stadt“ trägt gleichzeitig auch der weiteren Erkenntnis der Projektdurchführenden Rechnung, dass Praxisprojekte, bei denen zum Beispiel wohnortnahe Brachflächen in naturnahe, erlebbare Plätze mit Aufenthaltsqualität entwickelt werden, ein wichtiges Zugpferd sind, um vor allem die Verantwortlichen in den Schulen und Kitas sowie die Zielgruppe der erwachsenen Teilnehmenden für das Projekt zu gewinnen. Durch eine bislang fehlende Sensibilisierung für die Bedeutung der biologischen Vielfalt weckt die alleinige Aussicht auf Naturerlebnis, Wissensvermittlung und Kennenlernen der Schutzbedürftigkeit der Natur eher kein nachhaltiges Interesse an einer Teilnahme am Projekt. Die Möglichkeit, Flächen im direkten, städtischen Lebensumfeld selber zu entwickeln und damit auch als ansprechende, naturnahe Aufenthaltsorte zu gestalten, steigert die Selbstwirksamkeit, das Verantwortungsgefühl und die Identifikation mit den Maßnahmen. Nichtsdestotrotz haben die Projektdurchführenden die Erfahrung gemacht, dass gerade aufgrund der fehlenden Vorkenntnisse der Teilnehmenden keine überzogenen Erwartungen hinsichtlich der Qualität und des Umfangs der Flächenaufwertungen entstehen dürfen. Damit die Projektteilnehmenden das Projekt und ihre Beteiligung daran dennoch als erfolgreich und positiv wahrnehmen sowie gleichzeitig die eigentlichen Projektziele erreicht werden, muss in den Umweltbildungsprogrammen die Verknüpfung gelingen zwischen a) der grundlegenden und nachhaltigen Sensibilisierung und Wissensvermittlung zur biologischen Vielfalt, zum Naturschutz und zu Möglichkeiten des Engagements, b) der Vermittlung von Prozessabläufen und Fähigkeiten in der praktischen Naturschutzarbeit sowie c) einer selbstbestimmten und den eigenen Bedürfnissen und Wünschen entsprechenden Selbsterfahrung in und mit der Natur, aber auch in der Gruppe.

Den Ansatz, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen als Partner zu gewinnen und damit die Sensibilisierung für die biologische Vielfalt in den Alltag der Menschen einzubinden, beschreiten – wie in der Einleitung erwähnt – viele Projekte im BPBV. Auf diese Weise können möglichst viele „neue“ Personen erreicht werden, zunächst ohne auf ihre Bereitschaft für ein freiwilliges Engagement im Freizeitbereich angewiesen zu sein. Zudem profitieren die Projekte häufig vom Engagement und der Unterstützung der Lehrpersonen der Einrichtungen. Besteht das Ziel jedoch explizit darin, die Zielgruppen langfristig in gesellschaftliche Prozesse im Bereich des Naturschutzes einzubinden und ihre Teilhabe am Naturschutz zu steigern – wie im hier beschriebenen Projekt – ist es essenziell, ihnen konkrete Möglichkeiten eines nachhaltigen Engagements aufzuzeigen und Hemmschwellen vor einem weitergehenden freiwilligen Einsatz abzubauen. Im Projekt soll dies dadurch erreicht werden, dass zivilgesellschaftliche Partner, wie z.B. örtliche Naturschutzverbände, die Projektgruppen regelmäßig besuchen und beispielsweise beim gemeinsamen Bau von Nisthilfen oder Flächenpflegeaktionen den Teilnehmenden anschaulich vermitteln, wie ein weitergehendes Naturschutzengagement aussehen kann. Im bisherigen Projektverlauf haben die Projektdurchführenden laut Aussage der Projektmanagerin erlebt, dass die Begeisterungsfähigkeit und das Engagement der Teilnehmenden stark davon abhängen, dass sie die im Projekt mitarbeitenden Umweltbildner und Umweltbildnerinnen als Vorbild- und Bezugspersonen wahrnehmen. Aus diesem Grund sieht sie es als wichtig an, dass die Teilnehmenden auch in den Naturschutzverbänden und anderen Organisationen, in denen sie sich über das Projekt hinaus engagieren können, solche Personen finden und im Rahmen des Projekts langsam Vertrauen zu ihnen aufbauen können.

Abb. 4: Die Schülerinnen und Schüler einer Förderschule vor ihrem Projektbanner (© HNEE/ Ralf Stelbrink)

Abb. 5: Spurenlesen mit Kita-Kindern (© HNEE/Carolin Schlenther)

Abb. 6: Bienenbeobachtung mit erwachsenen Teilnehmenden (© HNEE/Carolin Schlenther)

Naturerfahrungen an Schulen stärken: Wöchentliche Draußenschultage und jährliche Schulwander-Wettbewerbe

Ein Projekt, in dem die Bedeutung von Schulen für die initiale Gewinnung junger Menschen für die biologische Vielfalt ebenfalls erkannt wurde, war „Schulwandern – Draußen erleben. Vielfalt entdecken. Menschen bewegen“, das von Januar 2014 bis März 2017 vom Deutschen Wanderverband (DWV) gemeinsam mit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) durchgeführt wurde.

Ziel des Vorhabens war es, mit regelmäßigen „Draußentagen“ und schulischen Wanderaktivitäten Schülerinnen und Schülern intensive und positive Naturerfahrungen zu ermöglichen. Auf diese Weise sollte ihr Bezug zur Natur und ihr Bewusstsein für die biologische Vielfalt gestärkt werden, um sie zu einem nachhaltigen Handeln zu motivieren. Die Umsetzung erfolgte auf zwei Wegen, einerseits mit wöchentlichen Draußenschultagen an drei Grundschulen und andererseits mit jährlichen Schulwander-Wettbewerben, an denen bundesweit Schulen aller Schulformen teilnehmen konnten.

Wöchentlicher Unterricht außerhalb des Schulgeländes

In je einer Modellklasse an drei Grundschulen im Bundesgebiet fanden über zwei Schuljahre hinweg wöchentliche Draußentage statt. Die betreuten Modellschulen wurden aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit auf Grundschulen in staatlicher Trägerschaft eingeschränkt, ansonsten sollten sie aber eine größtmögliche Heterogenität aufweisen. Als Kriterien wurden daher unter anderem das soziale und naturräumliche Umfeld, die Klassenstärke und eventuelle Erfahrungen z.B. in Hinblick auf Vorerfahrungen mit Draußenunterricht oder bestehende Kooperationen mit relevanten Partnern vor Ort der Schulen berücksichtigt. Aus den 51 Grundschulen aus zwölf Bundesländern, die sich für eine Teilnahme beworben hatten, wurden schließlich eine baden-württembergische mittelgroße Großstadtschule in einem industriell geprägten Stadtteil mit einem durchschnittlichen Migrationsanteil von 70 Prozent, eine einzügige „Zwergenschule“ mit insgesamt ca. 50 Schülerinnen und Schülern in ländlicher Umgebung in Rheinland-Pfalz sowie eine mittelgroße, einzügige Schule in ländlicher Umgebung in Brandenburg ausgewählt.

Der fachübergreifende und fächerverbindende Unterricht wurde an den Draußentagen beispielsweise in Wäldern, Parkanlagen oder Museen in der nahen Umgebung der Schulen durchgeführt. Dabei wurden die Lehrenden von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren „Schulwandern und BNE“ des DWV sowie von lokalen Expertinnen und Experten aus dem Bereich Umweltpädagogik, Forst oder Sozialpädagogik unterstützt. Auch bei der Konzeption der Draußentage wurden die Schulen von den Verbundpartnern beraten. Daneben übernahm der Verbundpartner JGU auch die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation, um gezielt die Wirkung der Draußentage zu ermitteln sowie Empfehlungen für eine bundesweite Nachahmung entwickeln zu können. Dafür wurden zu Projektbeginn, nach einem Jahr und zu Projektende nach zwei Jahren mit den Lehrpersonen der beteiligten Klassen leitfadengestützte Einzelinterviews geführt und Fragebögen an die Eltern der beteiligten Kinder verteilt. Mit den Schülerinnen und Schülern fanden einerseits leitfadengestützte Gruppengespräche in Gruppen von drei bis fünf Kindern und andererseits Befragungen mittels Fragebögen statt. Weitere Erkenntnisse zogen die Projektmitarbeitenden aus regelmäßig durchgeführten teilnehmenden Beobachtungen der Klassen an den Draußentagen. Auf diese Weise wurde versucht, Antworten auf, unter anderem, folgende Fragen zu finden und diesbezügliche Veränderungen über den Projektzeitraum hinweg festzustellen:

- „Warum entscheiden sich Lehrer/ -innen für die Draußenschule?“
- „Wie erleben Kinder die Draußenschule?“

- „Welche Lernmöglichkeiten bietet die Draußenschule Kindern?“
- „Wie bewerten Kinder das soziale Miteinander in der Draußenschule?“
- „Wie bewerten Eltern das Konzept der Draußenschule?“
- „Welche Bedeutung messen Eltern Naturerfahrungen bei?“

Wandertage unterschiedlichster Schulen wurden zu Naturerlebnistagen

Gleichzeitig wurden in den Jahren 2014 bis 2016 drei Schulwander-Wettbewerbe organisiert. Diese waren an die jährlichen „Wandertage Biologische Vielfalt“ angebunden, die vom BMU und BfN als Beitrag zur von 2010 bis 2020 laufenden UN-Dekade Biologische Vielfalt durchgeführt wurden (vgl. Todt in diesem Band). Teilnehmende Klassen erhielten altersgerechte „Ideensets“ mit beispielsweise Aktionspostern, Giveaways oder Naturerlebnisbroschüren. Anhand der nachträglichen Dokumentation der Schulwanderung wurden besonders innovative und kreative Wanderungen von einer Fachjury ausgewählt und prämiert. Ziel war es, auf diese Weise möglichst viele Schulen zur Durchführung von Wandertagen zur biologischen Vielfalt zu motivieren. Während sich im ersten Jahr der Durchführung nur 43 Schulklassen beteiligten, lagen die Teilnehmendenzahlen nach einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und einer Ausweitung des Wettbewerbszeitraum im zweiten und dritten Jahr bei 128 bzw. 102. Es konnten bundesweit Schulklassen verschiedenster Schulformen und Altersgruppen zur Teilnahme motiviert werden, darunter auch Schulen für Kinder und Jugendliche mit körperlicher und geistiger Behinderung (DWV 2021). Insgesamt nahmen an den Wettbewerben in den drei Jahren 7.561 Schülerinnen und Schüler teil.

Gemeinsame Naturerfahrungen bieten auch Chancen für die soziale Entwicklung

Die enge Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen zeigt sich besonders in der Wirkung der wöchentlichen Draußenschultage auf die sozialen Kompetenzen der teilnehmenden Kinder bzw. das soziale Miteinander. Über die enge wissenschaftliche Begleitung und Befragungen sowohl der Kinder, der Lehrenden als auch der Eltern konnten die Projektverantwortlichen zeigen, dass die Draußentage Zeiten umfassender Gruppeninteraktion waren, bei denen sich sowohl die Kinder als auch die Lehrpersonen anders verhielten, als auf dem Schulgelände. Der Wunsch der Lehrpersonen für ihre Klassen nach einer stärkeren „Vergemeinschaftung“ stellte schon zu Projektbeginn eine der fünf zentralen Motive für eine Teilnahme am Projekt dar. Die Lehrenden sahen die Möglichkeit menschliche Werte und soziale Kompetenzen über gemeinsame Erlebnisse außerhalb des Schulgeländes und eine durch den Außenraum geprägte größere Nähe zueinander zu vermitteln. Aus den Gruppengesprächen mit den Kindern wurde deutlich, dass sich im Draußenraum bei frei gestaltbaren und bewegungs- sowie spielintensiven Aktivitäten beispielsweise geschlechtergetrennte Gruppen mischten und Geschlechterabgrenzungen eher auflösten. Die Ergebnisse der standardisierten Befragungen zeigen zudem, dass die Kinder mit längerer Dauer des Projekts die Draußentage verstärkt als Zeit wahrnahmen, in der sie einerseits mehr mit ihren Freunden und Freundinnen zusammen sein konnten als im Klassenzimmer und andererseits mehr mit Mitschülerinnen und Mitschülern spielten, mit denen sie sonst wenig im Kontakt waren. In diesem besonderen Umfeld fand sowohl die soziale als auch die fachliche Wissensvermittlung eher spielerisch nebenbei statt. Einige der Kinder gaben am Ende des Projekts an, Englisch, Lesen und Schreiben sowie Rechnen und Zählen an den Draußentagen zu lernen. Klarer war allerdings die Erkenntnis der Schülerinnen und Schüler, dass sie etwas über Tiere, Pflanzen und die Natur gelernt haben. Dies sahen auch die Eltern so, die zum Ende der Projektlaufzeit größtenteils ein sehr positives Bild der Draußenschule hatten. Fast 90 Prozent der Eltern nahmen keine Verschlechterung der schulischen Leistungen ihrer Kinder wahr und noch mehr Eltern stimmten der Annahme zu, dass mit der Draußenschule das kindliche

Lernen gefördert werde. Sie erkannten, dass die Zeit außerhalb des Klassenzimmers Möglichkeiten bietet, den Kindern Wissen über die biologische Vielfalt zu vermitteln und sahen sowohl zu Projektbeginn als auch am Projektende grundsätzlich eine hohe Relevanz in Naturerfahrungen. Gleichzeitig stimmten die Eltern auch zu, dass den Kindern an den Draußentagen allgemein wichtige Werte vermittelt werden.

Reges Interesse an der Projektidee

Insgesamt zeigt sich, dass das Potenzial des Projektes auch im Hinblick auf soziale Aspekte genutzt werden konnte, beispielsweise durch die Teilnahme von Kindern verschiedener Lebensrealitäten. Die Schullandschaft in Deutschland mit all ihren Schulformen und Einzugsgebieten bildet in vielerlei Hinsicht einen gesellschaftlichen Querschnitt ab, sodass das Erleben der Zusammenhänge der vielfältigen Lebensräume und -gemeinschaften im Schulsetting die Möglichkeit bietet, die Bedeutung des Naturschutzes zumindest innerhalb der Schülerinnen- und Schülergeneration in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Darüber hinaus zeigte die Evaluation des Projektteils „wöchentliche Draußentage an drei Modellschulen“, dass alle Befragten – Lehrpersonen, Eltern und Kinder – die Draußenschule als Gewinn sehen, um sowohl die emotionale Bindung zur Natur, die Wissensvermittlung über biologische Vielfalt als auch soziale Kompetenzen zu stärken. Die rege Beteiligung bei den Wandertagen, die hohe Anzahl an Bewerbungen für die Teilnahme als Modellschule und die umfangreichen Teilnehmendenzahlen bei der abschließenden Fachtagung „Draußenschule – Öffnung von Schule und Unterricht“ machten deutlich, dass ein grundsätzliches Interesse an der Idee des Lernens außerhalb der Schule in nahe gelegenen Natur- und Kulturräumen bei Schulakteuren besteht.

Die drei Modellschulen haben die Idee der Draußenschule im Nachgang des Projektes verstetigt und anderen Schulen Auskünfte und Hilfestellungen bei der Umsetzung der Idee gegeben. Auch die Schulwander-Wettbewerbe wurden über das Projekt hinaus fortgeführt. Die Geschäftsführerin des DWV und ehemalige Verbundkoordinatorin des Projektes Frau U. Dicks gab an, dass gerade seit dem Beginn der Corona-Pandemie Informationen zum Draußenlernen und zur Draußenschule vermehrt nachgefragt werden.

Abb. 7: Draußenklasse vor dem Banner "Draußenschule" am Schulgelände(© DWV/U. Vortisch)

Abb. 8: Unterwegs mit dem Förster (© DWV/ U. Vortisch)

3 Ausblick

Das Spektrum an Projekten im BPBV und selbstredend viele Initiativen außerhalb dieses Förderprogramms zeigen, dass die Verknüpfung von sozialen Fragen und Naturschutz bereits vielfach stattfindet. Die Akteure sind sehr unterschiedlich aufgestellt: Die Spannbreite reicht von kleinen lokalen Initiativen, die aus eigenem Engagement Projekte auf die Beine stellen bis zu den großen christlichen Kirchen. Auch inhaltlich zeigt sich eine große Diversität. BfN/ BMU möchten die positiven Effekte, welche die Natur auf alle Menschen haben kann, noch stärker in alle Bevölkerungsschichten tragen. Auch Petschow et al. (2019) sehen noch große Potenziale in einer engeren Zusammenarbeit und formalen Kooperation von Akteuren des Naturschutzes mit den Vertreterinnen und Vertretern der sozialen Themen.

Ziel sollte es sein, mit Projekten nicht nur an den Symptomen der Probleme in unserer Gesellschaft (sowohl der sozialen wie auch der ökologischen) anzusetzen, sondern auch neue Wege zu finden, das soziale Miteinander zu gestalten und dabei die Natur mit einzubinden. Durch ein stärkeres und gleichberechtigteres Miteinander von bisher eher getrennt agierenden gesellschaftlichen Gruppen und durch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltigen Handelns könnten in der Zukunft negative Entwicklungen vermieden werden. Im Idealfall können Initiativen, die verschiedene thematische Bereiche einer gesellschaftlichen Transformation zusammendenken, hierfür Kristallisationspunkte bilden.

Die Projekte des BPBV werden evaluiert (Flinkerbusch und Nowak 2017) und eine übergreifende Programmevaluierung ist in Vorbereitung. Bei der kritischen Betrachtung des Fördertitels und seiner Instrumente stehen neben der Zielerreichung in den einzelnen Projekten auch die Abwicklung und Begleitung der Projekte eine wesentliche Rolle. Der Zuwendungsgeber möchte einschätzen, in wie weit öffentliche Gelder sinnvoll eingesetzt werden bzw. wo noch Optimierungsbedarf besteht. Gleichzeitig sollen auch die projektbezogenen Analysen aufzeigen, welche Herangehensweisen erfolgreich sind und welche Maßnahmen nicht den gewünschten Effekt erzielen. Sie sollen der Weiterentwicklung der Projekte dienen und

Ansatzpunkte für neue Projekte darstellen. Voraussetzung ist ein offener Blick und die Erkenntnis, dass auch die Kommunikation wenig erfolgreicher Bausteine der fachlichen Weiterentwicklung dient. Mit dem hier vorlegten Beitrag soll ein erster Überblick über Herangehensweisen und Ansätze in Projekten zum Themenkomplex Naturschutz und Soziales gegeben werden. Mit den in Zukunft zur Verfügung stehenden Ergebnissen der Evaluationen wird eine vertiefte und auf Erhebungen basierte Analyse möglich sein.

BfN/ BMU begrüßen weitere Projektideen im Themenkomplex Soziales und Naturschutz. Eine inhaltliche Lücke besteht zum Beispiel noch in der Verknüpfung von Naturpädagogik und therapeutischen Maßnahmen, wie z.B. Kunsttherapie, die eine heilsame Wirkung auf Menschen haben kann. Durch einen interreligiösen oder spirituellen Zugang zur Natur können Menschen, die im Alltag in verschiedenen Lebensrealitäten agieren, Gemeinsamkeiten entdecken. Unterstützt werden sowohl bottom-up-Ansätze von selbstverwalteten Initiativen wie auch breiter aufgestellte Initiativen der gut etablierten Einrichtungen. Es wäre wünschenswert, noch stärker soziale Träger für das BPBV zu gewinnen. Das BPBV bietet den Akteuren besondere Möglichkeiten, als Multiplikatoren zu agieren und Steine ins Rollen zu bringen.

Dank

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Robert Egeling (Verbundkoordinator „Kita-NaturbotschafterInnen“, NABU Rheinland-Pfalz), Carolin Schlenther (Projektmanagerin „Aktivierung Benachteiligte“, HNEE) und Ute Dicks (ehem. Verbundkoordinatorin „Schulwandern“, DWV) für die Unterstützung, die ausführlichen Erläuterungen zum Projekt(-stand) und die Bereitstellung auch interner Informationen zu den (bisherigen) Projektergebnissen.

Sofern nicht anders angegeben stammen alle Informationen im Textabschnitt zum Projekt

- „Kita-NaturbotschafterInnen“ aus dem Projektsteckbrief (BfN o.J.b), der Projektwebseite (NABU Rheinland-Pfalz o.J.a-d), internen Dokumenten zum Fördervorhaben oder persönlichen Gesprächen mit dem Verbundkoordinator des Projekts.
- „Aktivierung benachteiligter Gruppen“ aus dem Projektsteckbrief (BfN o.J.a), der Projektwebseite (HNEE 2021), internen Dokumenten zum Fördervorhaben oder persönlichen Gesprächen mit der Projektmanagerin des Projekts.
- „Schulwandern“ aus dem Projektsteckbrief (BfN o.J.c), dem Abschlussbericht zum Projekt (Dicks et al. o.J.) und persönlichen Gesprächen mit der ehemaligen Verbundkoordinatorin des Projekts.

4 Literatur

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020): Bevölkerungsstand. Datenstand 2019. https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/langereihen/dateien/Bevoelkerungsstand.xlsx (letzter Zugriff am 11.02.2021)

Arant, R., Dragolov, G., Boehnke, K. (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. Bielefeld. https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2020/pdf-dateien-2020/bildungsbericht-2020-barrierefrei.pdf (letzter Zugriff am 07.01.2021)

BfN (Bundesamt für Naturschutz) (o.J.a): Aktivierung benachteiligter Gruppen für die biologische Vielfalt. https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/projekte/projektbeschreibungen/aktivierung-benachteiligter.html (letzter Zugriff am 27.01.2021)

BfN (Bundesamt für Naturschutz) (o.J.b): Kita-NaturbotschafterInnen – mehr Natur in Kitas. https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/projekte/projektbeschreibungen/kita-naturbotschafterinnen-mehr-natur-in-kitas.html (letzter Zugriff am 27.01.2021)

BfN (Bundesamt für Naturschutz) (o.J.c): Schulwandern – Draußen erleben. Vielfalt entdecken. Menschen bewegen. https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/projekte/projektbeschreibungen/schulwandern.html (letzter Zugriff am 27.01.2021)

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2019): Masterplan Stadtnatur. Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt. Berlin.

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) und BfN (Bundesamt für Naturschutz) (2018): Naturbewusstsein 2017. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin und Bonn.

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2007): Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt. Berlin.

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) und BfN (Bundesamt für Naturschutz) (2016): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin und Bonn.

Bundesagentur für Arbeit (2020): Jahresbilanz 2019 der Agentur für Arbeit Eberswalde. Presseinfo Nr. 2. https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/eberswalde/2020-002 (letzter Zugriff am 26.01.2021)

Bundesregierung (2002): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie “Perspektiven für Deutschland“. Berlin.

Bundesregierung (2020): Arbeitsmarkt 2019. So viele Erwerbstätige wie noch nie. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/arbeitsmarkt-2019-1709952 (letzter Zugriff am 26.01.2021)

Dicks, U., Vortisch, U., Harring, M., Witte, M. D. (o.J.): Schulwandern – Draußen erleben. Vielfalt entdecken. Menschen bewegen. Abschlussbericht zum Vorhaben. https://biologischevielfalt.bfn.de/fileadmin/NBS/documents/Bundesprogramm/Abschlussberichte/Web-SB_FKZ_3513685A-B16_Schulwandern.pdf (letzter Zugriff am 26.01.2021)

Duden online (o.J.): Sozial. https://www.duden.de/rechtschreibung/sozial (letzter Zugriff am 23.03.2021)

DWV (Deutscher Wanderverband) (2021): Wettbewerb Schulwandern. https://www.wanderverband.de/wandern/schulwandern/wettbewerb (letzter Zugriff am 23.03.2021)

Flinkerbusch E., Nowack C. (2017): Leitfaden zur Evaluation von Projekten im Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Bonn: Bundesamt für Naturschutz

Frohn, H.-W., Wichert, F. (2018): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?! BfN-Skripten 514. https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript514.pdf (letzter Zugriff am 23.03.2021)

Frohn, H.-W., Birkenstein, G., Brennecke, J. S., Diemer, S., Koch, E. und H.-P. Ziemeck (2021): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. BfN-Skripten Nr. 559, Bundesamt für Naturschutz, Bonn.

Gebhard, U. (2010): Wie wirken Natur und Landschaft auf Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität? In: BfN (Bundesamt für Naturschutz) (Hrsg.): Naturschutz & Gesundheit. Allianzen für mehr Lebensqualität. Bonn, S. 22-28. https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/ina/vortraege/2011/2011-Naturbewusstsein-Gebhard.pdf (letzter Zugriff am 23.03.2021)

Hallmann, C. A., Sorg, M., Jongejans, E. et al. (2017): More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas. PLOS ONE 12(10) https://doi.org/10.1371/journal.pone.0185809 (letzter Zugriff am 23.03.2021)

HNEE (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde) (o.J.): Die Hochschule. https://www.hnee.de/de/Hochschule/Hochschule-fr-nachhaltige-Entwicklung-Eberswalde-K229.htm (letzter Zugriff am 26.01.2021)

HNEE (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde) (2019): Porträt. https://www.hnee.de/de/Hochschule/Portrt/Portrt-K292.htm (letzter Zugriff am 26.01.2021)

HNEE (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde) (2021): Vielfalt findet Stadt – Über das Projekt. https://vielfalt-findet-stadt.de/das-projekt/fuer-erwachsene/ (letzter Zugriff am 26.01.2021)

Landesamt für Umwelt Brandenburg (2021): Karte mit Übersicht der Biosphärenreservate, Naturparke und Nationalparke in Brandenburg. https://www.natur-brandenburg.de/karte/#&g=2,3,4,16,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,15&k= (letzter Zugriff am 23.03.2021)

NABU Rheinland-Pfalz (o.J.a): Das Projekt und die Projektbausteine. https://www.kita-naturbotschafter.de/projektbausteine/ (letzter Zugriff am 27.01.2021)

NABU Rheinland-Pfalz (o.J.b): Die Rolle der Paten-Kita. https://www.kita-naturbotschafter.de/mitmachen/f%C3%BCr-kitas/ (letzter Zugriff am 27.01.2021)

NABU Rheinland-Pfalz (o.J.c): Welche Rolle spielen die Eltern? https://www.kita-naturbotschafter.de/mitmachen/f%C3%BCr-eltern/ (letzter Zugriff am 27.01.2021)

NABU Rheinland-Pfalz (o.J.d): Workshops: Ausbildung zu Kita-NaturbotschafterInnen. https://www.kita-naturbotschafter.de/projektbausteine/workshops/ (letzter Zugriff am 27.01.2021)

Petschow, U., Riousset, P., Sharp, H. et al. (2019): Identifizierung neuer gesellschaftlicher Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme. UBA Texte 143/2019. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-12-02_texte_143-2019_buendnispartner_kooperationsstrategien_hypothesen.pdf (letzter Zugriff am 23.03.2021)

Stadt Eberswalde (2017): Kreisstadt: Natürlich Eberswalde!

https://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/global/Aktuelles/2017/04/Kreisstadt_Eberswalde_20.03..pdf (letzter Zugriff am 22.01.2021)

Stiftung WaldWelten (2021): Webseite der Stiftung. https://waldwelten.de/pages/startseite.html (letzter Zugriff am 22.01.2021)

White, M. P., Alcock, I., Grellier, J., et al. (2019): Spending at least 120 minutes a week in nature is associated with good health and wellbeing. Sci Rep 9, 7730. https://www.nature.com/articles/s41598-019-44097-3.pdf (letzter Zugriff am 23.03.2021)

WILA Bonn (Wissenschaftsladen Bonn e.V.) (o.J.): Projektinformationen. https://www.pikopark.de/index.php/projektinfo-pikopark (letzter Zugriff am 23.03.2021)

Kritische Analyse der bestehenden Voraussetzungen und Potenziale für die Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs

Hans-Werner Frohn

Vorbemerkung

Die hier vorgelegte Analyse basiert auf eigenen Internetrecherchen, einer Vielzahl von Expert*inneninterviews, (Zwischen-)Ergebnissen des F+E-Vorhabens des UBA „Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme“ (Petschow et al. 2019a, 2019b, 2019c; Sharp et al. 2020) sowie den Ergebnissen der sogenannten DACH-Studie, die das österreichische Bundesumweltamt (UBA Wien) im Kontext eines Gemeinschaftsvorhabens des österreichischen und des bundesdeutschen Umweltamts (UBA Wien und UBA Dessau), des Bundesamtes für Naturschutz und des Bundesamtes für Umwelt der Schweiz in Bern (BAFU) im deutschsprachigen Raum mit den Ziel fertigte, „Soziale Aspekte des Natur- und Umweltschutzes auch inhaltlich um grundsätzliche gesellschaftliche Fragestellungen zu erweitern“ (Berger & Mues 2019: 6).

Zudem gingen diejenigen Projekte, die im Kontext des seit 2017 ausgerichteten Sonderwettbewerbs „Soziale Natur – Natur für alle“ (s.o.) über die Newsletter der UN-Dekade vorgestellt wurden, in die Analyse ein.

Soziale Frage

In den öffentlichen Debatten findet man sowohl den Singular als auch den Plural der Sozialen Frage. Während es der Singular, d. h. die „soziale Frage“, erlaubt, die Problematik fokussiert auf die sozioökonomische Benachteiligung von Gruppen der Gesellschaft anzugehen,[8] verweist der Plural auf ein weites, sehr heterogenes Feld hin. Dieses erfasst über das Kriterium der sozioökonomischen Benachteiligung hinaus auch Problemlagen körperlich oder geistig eingeschränkter Menschen (Inklusion), Migrant*innen (Interkultur) bis hin zu der Gleichsetzung von ‚sozial = gesellschaftlich‘ (im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe). In diesen gerade genannten Gruppen kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass hier auch eine sozioökonomische Benachteiligung vorliegt.[9] Darüber hinaus wird in Diskursen, die unter dem Motto ‚soziale Fragen‘ stattfinden, aber auch auf den demografischen Wandel (insbesondere auf dem Lande) oder die Folgen der Digitalisierung rekurriert (Berger & Frohn 2021). Dieser Beitrag beschäftigt sich explizit mit Singular, d. h. der Sozialen Frage (vgl. Berger und Eser, in diesem Band).

Zum Komplex *der* klassischen ‚Sozialen Frage‘ zählen im Folgenden die geradezu traditionell zu nennenden Problemlagen wie Einkommenssituation und Umweltbedingungen am Wohnort und Arbeitsplatz, bei letzterem auch die Arbeitsbedingungen, un- oder geringqualifizierter Arbeiter*innen, Bezieher*innen von Mindestlöhnen bzw. Transfergeldbezieher*innen. In den Blick genommen sind auch solche Thematiken, die seit den 1980er-Jahren unter dem Schlagwort „neue soziale Frage“ auf die gesellschaftliche und politische Agenda kamen. Hierzu zählen (finanzielle) Schwierigkeiten alter Menschen oder Alleinerziehender. Sowohl für die „alte“ als auch die „neue soziale Frage“ ist die sozioökonomische Benachteiligung das

[8] Der Singular „soziale Frage“ ist ein eindeutig definierter Terminus Technicus der Politik- und Geschichtswissenschaft.

[9] Lediglich hinsichtlich der geistig eingeschränkten Menschen kann tendenziell davon ausgegangen werden, dass diese ganz weitüberwiegend auch zu den sozialökonomisch Benachteiligten zählen.

entscheidende Kriterium.

1 Politische Diskurse

Die Soziale Frage bezog sich seit ihrer ersten breiten gesellschaftlichen Thematisierung im 19. Jahrhundert vor allem auf urbane (Ballungs-)Räume und musste dort einer Lösung zugeführt werden. Naturschützer*innen hatten die Städte aber sehr lange nicht nur nicht im Fokus, vielmehr waren ihnen die Städte, in denen sie zumeist selbst lebten, geradezu ein Graus. ‚Moloch Stadt' oder ‚Massenkultur' waren in ihren Kreisen die Schreckensbilder. Wenn sie, was ganz selten geschah, vorsichtige Ansätze entwickelten, Beiträge zur Lösung *der* (‚alten') Sozialen Frage anzubieten, dann bestanden diese darin, den unter den sozialen und Umweltbedingungen leidenden Städtern Erholung – und damit mittelbar auch Naturerfahrung – im Umfeld der Ballungsräume zu ermöglichen (Naturparke). Mit dem Aufkommen der Stadtökologie in den 1970er-Jahren gerieten zwar die Städte in den Blick, allerdings nahezu ausschließlich deren Naturausstattung und nicht die dort lebenden Menschen sowie die dort anzutreffenden Lebensbedingungen.

Vor diesem historischen Hintergrund stellte der Weltgipfel der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro und das dort konsensual verabschiedete Prinzip der nachhaltigen Entwicklung einen Paradigmenwechsel dar (s.o.). Allerdings assoziieren die allermeisten Naturschützer*innen mit Rio 1992 weniger das Übereinkommen über die nachhaltige Entwicklung als vielmehr die dort ebenfalls verabschiedete Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Ausreichend verinnerlicht scheint das übergeordnete Leitbild der Nachhaltigkeit, das sich aus den drei Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziales (/ Kultur) zusammensetzt, in der Breite immer noch nicht. Nachhaltigkeit ist dezidiert ein integriertes Konzept. Sektorales Denken ist aber, auch fast 30 Jahre nach Rio, immer noch bestimmend – und bei weitem nicht nur bei Naturschützer*innen. Dies gilt insbesondere für die Verbände (hier: auch bezogen auf beide Bereiche, d. h. Naturschutz und Soziale Arbeit).

Dagegen schlägt sich das Nachhaltigkeitsprinzip immer stärker in der Politik der Bundes- und der Landesregierungen in programmatischen Erklärungen nieder. Damit geht einher, dass seit geraumer Zeit auch die Kommunen reagieren.[10] Die Debatten rekurrieren hier nicht mehr nur auf die (materielle) Grünausstattung, sondern auch auf die von Freiflächen ausgehenden Wirkungen (Wohlfahrtswirkungen von Natur und Landschaft). Dies wiederum ist Bestandteil der Nationalen Biodiversitätsstrategie, in der neben den ökologischen und ökonomischen auch soziale Gesichtspunkte immer stärker die ihnen gebührende Rolle einnehmen. So wird dort u. a. darauf verwiesen, dass „die Nähe zur Natur [...] ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität für die Menschen" darstellt, und als ein Ziel ist dort definiert, dass eine deutliche Erhöhung der „Durchgrünung der Siedlungen einschließlich des wohnumfeldnahen Grüns" erfolgen soll. „Öffentlich zugängliches Grün [soll] mit vielfältigen Qualitäten und Funktionen [...] in der Regel fußläufig zur Verfügung" stehen (BMU 2007: 13, 42).

2016 novellierte schließlich das Bundeskabinett die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie" und leitete damit auch einen breiten Dialog- und Konsultationsprozess mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen ein. Stärker noch als bisher versteht sich die Nachhaltigkeitsstrategie als ein ganzheitlicher, integrativer Ansatz, denn: „Nur wenn Wechselwirkungen zwischen den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales beachtet werden, lassen sich langfristig tragfähige Lösungen erreichen" (BMUB 2016: 12).

[10] Kommunen für biologische Vielfalt; https://www.kommbio.de/home/

Was heißt dies nun konkret für die Arbeitsbereiche Soziale Arbeit und Naturschutz? Weiterhin sind es die Städte bzw. die Ballungsräume, wo sich die ‚alte' und die ‚neue' Soziale Frage auch heute immer noch am stärksten stellen. Gleichzeitig sinkt die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft stetig und verlagerte sich stattdessen hierhin. Städte zählen in Deutschland immer mehr zu den Hotspots der Biodiversität. Und so hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren verstärkt der städtischen Grünpolitik verschrieben. Als ein Glücksfall hat sich auf diesem Gebiet der Zusammenarbeit erwiesen, dass Umwelt und Naturschutz einerseits und Städtebau andererseits in der letzten (18.) Legislaturperiode unter einem ministeriellen Dach vereint waren. So hatte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bauen und Reaktorsicherheit in den letzten Jahren gleich mehrere programmatische Schriften und Programme aufgelegt, so das 2017 erschienene „Weißbuch Stadtgrün – Grün in der Stadt – für eine lebenswerte Zukunft" (BMUB 2017). Grüne Freiräume, so heißt es dort, seien u. a. Orte der Begegnung und des sozialen Zusammenhalts. Doch insbesondere sozial benachteiligte Stadtteile verfügten kaum über qualitativ hochwertige, ausreichend große und einladende Grün- und Freiflächen. Wichtig ist es aber, dass solche Flächen möglichst fußläufig erreichbar sind. Und dieses Stadtgrün soll im Sinne der sozialen Gerechtigkeit für alle Nutzergruppen verfügbar sein.

Diese Passagen wirken zunächst sehr planerisch. Aber das Weißbuch enthält auch ein Kapitel „Akteure gewinnen, Gesellschaft einbinden". Hiernach gelte es, private Akteure und die Zivilgesellschaft schon in die Planung dieser Flächen einzubeziehen, damit diese auch bedarfsgerecht gestaltet werden können (BMUB 2017: 33ff.).

Die Teilhabe sozial benachteiligter Gruppen an Natur und am Dialog zur biologischen Vielfalt, so hieß es in der „Naturschutz-Offensive 2020", sei „auch eine Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft" (BMUB 2015: 26). Seit 2019 liegt ein „Masterplan Stadtnatur" vor. Zu den erklärten Zielen dieses Maßnahmenprogramms zählt es, dass „Stadtnatur einen Beitrag zur Umweltgerechtigkeit leisten" solle. Um dieses Ziel der Schaffung von Umweltgerechtigkeit zu erreichen, sei es „dringend erforderlich, die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Grünflächen in sozial benachteiligten Wohngebieten zu erhöhen und deren Bewohnerinnen und Bewohnern eine aktive Teilhabe an ‚ihren' Grün- und Freiräumen zu ermöglichen" (BMU 2019: 7, 13).

2 Erfahrungen im Kontext der Erstellung der UBA-Studie „Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik" und der DACH-Studie

Analysiert man die in Vorbemerkung angesprochenen Studien, so wird eine extreme Diskurslastigkeit überdeutlich.[11] Auch dem Projekt zu den gesellschaftspolitischen Bündnispartnern gelingt es kaum, in die Praxis bzw. in die Umsetzungsebene vorzustoßen.

Im Rahmen des UBA-Projekts, das auch explizit auf „neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik" zielt, fanden mehrere Beiratssitzungen statt, an denen auch Vertreter*innen sowohl der Sozial- und Wohlfahrts- (inkl. der Gewerkschaften) und der Umwelt- und Naturschutzverbände teilnahmen. Hier und in den Voruntersuchungen zeigten sich offene Differenzen zwischen den beiden ‚Lagern', insbesondere im Bereich des Klimaschutzes (EEG, Wärmedämmung von Gebäuden, Kohleausstieg etc.). Diese ließen sich auch nicht überbrücken, so dass man über unterschiedliche Strategien diskutierte, wie trotz fortbestehender Differenzen ein Dialog aufrechterhalten werden könne. Unter der Überschrift „Konflikt oder Konsens?" kamen

[11] Dies betrifft ganz besonders die DACH-Studie – es entsprach allerdings im Kern auch dem Arbeitsauftrag.

die Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Verbänden dabei zu dem Ergebnis, dass Kooperationen nicht per se erstrebenswert seien. Konflikte offen auszutragen, habe sich aus der Sicht der Beteiligten letztlich als die erfolgreichere Strategie erwiesen. Dennoch gelte es, aufgrund der Erfahrungen bei den Blockaden in den entsprechenden Auseinandersetzungen, einen „gemeinsamen Modus der Kooperation [zu] finden, der die Konflikte bearbeitbar mache“ (Petschow et al. 2018: 8).

Als hinderlich – letztlich auch als Ergebnis fehlender ausreichender positiver Konsens- bzw. Kooperationserfahrungen – habe sich erwiesen, dass es bisher nicht gelungen sei, ein „übergreifendes Narrativ“ zur weiteren Konkretisierung von Nachhaltigkeit zu entwickeln, ein Narrativ, das die unterschiedlichen Sektoren gleichermaßen betreffen würde (Petschow et al. 2019a: 9). Auffallend ist, dass die UBA-Projektnehmer den Naturschutz, der auch zum Untersuchungsfeld des Projektes gehört, dezidiert nicht zu den Konfliktfeldern zählen.

Die UBA-Projektnehmer analysierten etliche der oben genannten Konzepte und Programme, aber auch darüber hinausgehende[12] darauf, welche sozialpolitischen Themen in Umweltprogrammen angesprochen werden und welche dieser Themen von sozialpolitischen Akteuren[13] in offiziellen Stellungnahmen, Positions- oder Strategiepapieren adressiert werden. Sie arbeiteten auch widerstreitende und gemeinsame Interessen in diesem Kontext heraus und suchten nach Potenzialen für integrierte Ansätze. Sie analysierten zudem Themenfelder, auf denen bereits kooperiert wird und fragten, welche Themenfelder das größte Potenzial für zukünftige Formen der Zusammenarbeit darstellen könnten (Petschow et al. 2019b). Dabei stellten sie fest, dass in etlichen dieser Programme zwar Ziele benannt würden und dass sich möglicherweise ergebende Synergien vorlägen, sie benennen aber auch potenzielle Zielkonflikte.[14]

3 Intragenerationelle versus intergenerationelle Gerechtigkeit

Das UBA-Projektteam konstatiert, dass die Verbände aus dem Bereich des Sozialen und der Wohlfahrtspflege stark auf eine intragenerationelle Gerechtigkeit fokussieren, die Umwelt- und Naturschutzverbände dagegen auf intergenerationelle Gerechtigkeit. Gegenseitig kritisiere man, dass der jeweils andere Bereich den Schwerpunkt zu sehr auf seinen Gerechtigkeitsaspekt lege (Petschow et al. 2019a: 18, 40ff.).

Der Antagonismus gründet in divergierenden Zeitperspektiven. Intragenerationelle Gerechtigkeit zielt primär auf die Gegenwart, intergenerationelle auf die Zukunft. Aus der Perspektive der heute immer noch von der ‚alten‘ und ‚neuen‘ Sozialen Frage Betroffenen, d. h. den sozialökonomisch Benachteiligten, kann eine ‚Vertröstung‘ auf die Zukunft[15] und damit auf

[12] Einbezogen wurden die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2016, das Integrierte Umweltprogramm des BMU von 2016, das Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum des BMU von 2019, der Klimaschutzplan 2050, und ProgRessII.

[13] Einbezogen wurden die Arbeiterwohlfahrt, der Caritas-Verband, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie, die Zentralstelle der Juden in Deutschland, der Sozialverband VdK Deutschland, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, der Sozialverband Deutschlands, die Volkssolidarität, der DGB und die Einzelgewerkschaften IG Metall, IG Bergbau, Chemie und Energie, die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) sowie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

[14] Als ein Beispiel sei hier die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie genannt. Bezogen auf die angestrebte Energiewende und bezogen auf die Zielvorgabe, bis 2030 einen Marktanteil von 34 Prozent von Produkten mit einem staatlichen Umweltzeichen zu erreichen, bedeute dies, dass sich daraus wahrscheinlich Anstiege der Verbraucher*innenpreise ergeben werden, die im Widerspruch zum SDG 1 (Armutsbekämpfung) stünden, weil sie nämlich beispielsweise zu ‚Energiearmut‘ führen würden; Petschow et al. 2019: 26.

[15] Die ‚Vertröstungs‘-Erklärung bezieht sich auf die Kinder sozialökonomisch benachteiligter Familien. Für die

die intergenerationelle Gerechtigkeit kaum für sich in Anspruch nehmen, gerecht zu sein. Auf die Spitze getrieben impliziert dies (sicherlich nicht gewollt, aber sich faktisch ergebend), bestehende soziale Ungerechtigkeiten nicht in Frage zu stellen, womöglich zu zementieren und zu perpetuieren. Aus der Perspektive der sozialökonomisch Betroffenen bestünde eine Konsequenz aus der Fokussierung auf die intergenerationelle Gerechtigkeit darin, dass beispielsweise ein Hartz-IV-Status kontinuierlich auf die Kinder- und Enkelgeneration übertragen werden würde.

Nun tolerieren moderne Gesellschaften zwar soziale Ungleichheit bis zu einem gewissen Grad, doch muss ein Konsens hinsichtlich legitimer Gründe für Differenzierungen (Ober-, Mittel- und Unterschicht) vorliegen. Damit ist die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit aufgeworfen (Hradil 2015: 27). Als problematisch gilt soziale Ungleichheit aber insbesondere dann, wenn die Kluft zwischen den Schichten unüberwindbar erscheint, d. h. wenn kein sozialer Aufstieg mehr möglich erscheint. Dies gefährdet nach Einschätzung des Soziologen Heinz Bude (2004) den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Umso wichtiger ist daher – nicht nur aus dessen Sicht – Solidarität (Bude 2019).

Wer die Spannung zwischen der inter- und der intragenerationellen Gerechtigkeit, die sich ja beispielsweise auch in der Klimapolitik stellt, reduzieren und im besten Fall auflösen will, wird die Frage der Verteilungsgerechtigkeit sehr viel stärker in den Vordergrund rücken müssen, d. h. es wäre eine Debatte über die Verteilungsgerechtigkeit dahingehend zu führen, die bestehenden Vermögensverhältnisse nicht nur zu diskutieren, sondern zur Disposition zu stellen.

4 Naturschutz: Potenzial statt Konflikt?

Die Arbeitsgruppe des UBA-Projektes kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass das Thema Kooperationen auf dem Verbändefeld Umwelt- und Naturschutz/ Soziales kaum praktisch, dafür aber umso mehr diskursiv beackert sei. Bestehende Verbindungen seien „diskursive Kooperationen in institutionalisierten Bündnissen, die dazu dienen, gemeinsame Interessen und/ oder Forderungen gegenüber dem Gesetzgeber zu vertreten“ (Petschow et al. 2019b: 4). Vielversprechende Potenziale für „gemeinsame Zukunftsstrategien und Kooperationen“ sieht die Gruppe im Bereich Mobilität, Nachhaltiger Konsum sowie Wohnen (Petschow et al. 2019b: 4). Das Feld „Biodiversität, Naturschutz, Ökologie, Artenvielfalt“ haben sie auch in ihre Analyse einbezogen (Petschow et al. 2019b: 14).

Den ganzen Zwischenbericht durchzieht eine weitgehend unangemessene Berücksichtigung des Politikfeldes Naturschutz. So ziehen die Autoren aus ihrer Feststellung, dass Naturschutz nicht zu den Konfliktfeldern zählt, keine weiteren Schlüsse. Ein solcher Rückschluss ließe sich aber durchaus auf einer operationalen Ebene ziehen, denn anders als bei traditionellen Konfliktpartnern des Naturschutzes im Bereich weiterer Landnutzergruppierungen liegt hier möglicherweise *auch aus strategischen Gründen* ein Feld, in dem Kooperation zwischen den Feldern Soziales sowie (Umwelt- bzw.) Naturschutz ‚eingeübt‘ und darauf aufbauend Vertrauen für eine weitere Zusammenarbeit ‚erarbeitet‘ werden könnte.

Bezogen auf die Stadt könnte man auf die Wohlfahrtswirkungen der Stadtnatur fokussieren, auf dem Lande böten sich vielfältige Ansätze im Bereich der Präventionsarbeit (Soziale Arbeit), wiederum Wohlfahrtswirkungen (Erholungsangebote in Naturparken und Nationalparken) bis zur Zusammenarbeit mit dem Verbandsnaturschutz (Pflegemaßnahmen von Streuobstwiesen in Kooperation mit der Empowermentarbeit in der Sozialen Arbeit, etc.) an. Hier

Erwachsenen bedeutet die Fokussierung auf intergenerationelle Gerechtigkeit, dass sie die bestehende soziale Gerechtigkeit zu akzeptieren hätten.

ließe sich auf der rationalen Ebene mit dem beiderseitigen Interesse gut argumentieren.

5 Sonderwettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“

Programmatisches Ziel des 2017 im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2011-2020 gestarteten Sonderwettbewerbs „Soziale Natur – Natur für alle“ ist es, „vorbildliche Projekte an der Schnittstelle von Natur und sozialen Fragen“ auszuzeichnen. Es galt, solche Projekte zu prämieren, die Chancen aufzeigen, „die Natur und biologische Vielfalt für den sozialen Zusammenhalt bieten“.[16] Der Sonderwettbewerb wurde kurzfristig, und vor allem pragmatisch aufgelegt, um eine Aussage der Naturschutz-Offensive 2020, dass Teilhabe an der Natur „auch [als] eine Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ zu verstehen sei (BMUB 2015: 26), einer Operationalisierung näher zu führen. Dieses Programm bzw. dessen Aufruf zur Beteiligung boten die Gelegenheit, einige grundsätzliche Fragen zum sozialen Zusammenhalt aufzuwerfen.

„Sozialer Zusammenhalt“ stellt ein mehrdimensionales normatives Konzept dar (vgl. hierzu Petschow et al. 2019a: 17; Arant et al. 2017). Einerseits kann es darauf zielen, dass die Bürger*innen sich untereinander Vertrauen schenken und die Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen akzeptieren (vgl. Berger und Eser in diesem Band). In diesem Sinne kann der oben zitierte Satz so interpretiert werden, dass (zukünftige) Projekte darauf zielen könnten, bewusst Schichten- bzw. Milieugrenzen zu überwinden. Andererseits kann das Konzept des ‚sozialen Zusammenhalts‘ aber auch so verstanden werden, dass es auf das konkrete Erleben von Gerechtigkeit und auf eine Stärkung des Vertrauens in staatliche und gesellschaftliche Institutionen setzt. Schließlich kann „sozialer Zusammenhalt“ auch auf eine Gemeinwohlorientierung in dem Sinne abzielen, dass sich ein höheres Maß an gesellschaftlicher Solidarität und an Bereitschaft, grundlegende soziale Regeln zu akzeptieren, ausprägt.

In einem Flyer zum Sonderwettbewerb wurde ‚sozialer Zusammenhalt‘ näher spezifiziert: „Vielfältige Natur ist auch Raum für Begegnung, Erholung und Erlebnis.“ Mit der UN-Dekade solle auch der „Blick auf die Chancen [gelenkt werden], die Natur für den sozialen Zusammenhalt bietet.“ Zudem hieß es: „Natur bringt Menschen zusammen und bietet viele Möglichkeiten für mehr offenes Miteinander. Dabei werden soziale Grenzen und Hindernisse überwunden“ (Geschäftsstelle UN-Dekade Biologische Vielfalt 2017).

Natur, konkret vielfältige Natur kann offensichtlich, wie im Flyer angedeutet, unterschiedliche Funktionen im Kontext „sozialer Zusammenhalt“ einnehmen. Einerseits kann sie ‚Raum‘ (für Begegnung, Erholung und Erlebnis) bieten, und damit stellt sie gleichsam die Kulisse dar, andererseits kann sie als ‚Akteurin‘ verstanden werden, denn sie „bietet Chancen für den sozialen Zusammenhalt“ bzw. sie „bringt Menschen zusammen und bietet viele Möglichkeiten für mehr offenes Miteinander“.

Zu fragen ist, ob sich aus den jeweiligen Zuordnungen ein grundlegender Zielkonflikt ergeben könnte. Die Wohlfahrtswirkungen der Natur bieten aus Sicht der Sozialen Arbeit ein Mittel zum Empowerment, d. h. sie werden zur Stärkung des *Individuums* genutzt. Aus der Sicht des Naturschutzes, jedenfalls dann, wenn er sich davon eine Steigerung des sozialen Zusammenhaltes erhofft, sollen diese hingegen auf ein *Kollektiv*, nämlich die Gesellschaft, zielen. Hieraus kann sich bei der Konzipierung zukünftiger Konzepte und Projekte durchaus ein Zielkonflikt ergeben.

„Sozialer Zusammenhalt“ ist als normatives Konzept vornehmlich schichten- bzw. milieuübergreifend orientiert. Damit zukünftige Projekte, die diesem Ziel dienen sollen, erfolgreich

[16] https://www.undekade-biologischevielfalt.de/soziale-natur/sonderwettbewerb-soziale-natur/

verlaufen, müsste man allerdings über mehr Grundlagenwissen darüber verfügen, welche Naturverständnisse und -bedürfnisse in den einzelnen Schichten bzw. Milieus vorherrschen, und man müsste über konkrete Erfahrungen im Umgang mit diesen Menschen verfügen. Für die Angehörigen der Mittel- und Oberschicht bzw. den in diesen Schichten zu verortenden Milieus liegen solche Informationen vor. Bisher fehlt es aber im Naturschutz an ausreichendem Wissen und vor allem an Kontakt-Erfahrungen mit von der ‚alten' und ‚neuen' Sozialen Frage betroffenen sozialökonomisch benachteiligten Menschen. Durch das F+E-Vorhaben „Perspektivwechsel" liegt jetzt zwar Wissen über die Naturpraktiken, -vorstellungen und -bedürfnisse vor (vgl. Frohn und Ziemek in diesem Band), doch an ausreichender praktischer Erfahrung fehlt es weiterhin. Es liegen also zwar erste Erkenntnisse darüber vor, wo Hebel *in der Theorie* ansetzen könnten, diese Menschen zu einem Miteinander mit Angehörigen anderer Schichten bzw. Milieus in der Natur zu motivieren. Es fehlt aber weiterhin an belastbaren praktischen Erfahrungen im Naturschutz. Doch gerade hier steht, wie Expert*innengespräche zeigen, zu befürchten, dass man bei Akteur*innen in den beiden Bereichen Naturschutz und Soziales auf nicht geringe Hürden stoßen wird, die im Mentalen und/ oder Habituellen begründet sind.

6 Habituelle Hürden zwischen Naturschutz und Sozialer Arbeit

Den „sozialen Zusammenhalt" stärken zu wollen, zielt insbesondere auf die Überwindung ökonomisch bedingter Hürden. Nun ist aber seit langem, spätestens seit den grundlegenden Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu bekannt, dass das Kapital, über das Menschen verfügen, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sozialen und kulturellen Komponenten besteht (Bourdieu 1972). Eine in diesem Kontext zu überwindende Hürde dürfte sich nach Bourdieu aus dem inkorporierten Kapital, d. h. dem Habitus ergeben, der in der Regel mit sozialer Distinktion einhergeht.

Unabhängig davon, ob Natur in Projekten die Rolle des ‚Akteurs' oder als ‚Kulisse' einnimmt, ist bekannt, dass die Wohlfahrtswirkungen der Natur sehr unterschiedlich kulturell und sozial rezipiert werden. Als Stichworte sei hier bezogen auf Kultur auf eine Bandbreite hingewiesen, die von „Ist schön grün hier!" bis – im Sinne eines analytischen Blicks auf Natur – zur Wahrnehmung als devastierte oder artenreiche Landschaft reicht. Auch im Hinblick auf die soziale Komponente des Kapitals ist von einer großen Spannbreite auszugehen, die von einem extrem individuellen (Kontemplation)[17] bis zu einem nur in Gesellschaft erlebbaren[18] Naturgenuss reicht.

Dass Fragen nach der Bedeutung des Habitus' nicht nur als akademische l'art pour l'art-Überlegungen zu verstehen sind, sondern dass diese praktische Auswirkungen haben, sei beispielhaft an einem der Preisträger des Sonderwettbewerbs dargelegt.[19] An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Berücksichtigung oder eben Nichtberücksichtigung kultureller und sozialer Kapitalkomponenten als entscheidende Variablen für das Gelingen oder das Scheitern von Projekten wirken können, zumindest für solche Projekte, die auf eine bewusste Kooperation zwischen Naturschutz und Sozialer Arbeit angelegt sind.

Konkret handelt es sich bei dem Projekt um eine suchtpräventive wildnispädagogische

[17] D. h. das angestrebte Ziel des sozialen Zusammenhalts ist hier gar nicht erreichbar.

[18] Hier dürften wiederum kulturelle Komponenten eine Rolle spielen. Migrant*innen insbesondere aus dem mediterranen Raum sind hier sicherlich eher durch das nicht nur in Italien geteilte Prinzip „in compagnia" vorsozialisiert.

[19] Aus Datenschutzgründen werden die handelnden Akteurinnen und Akteure hier nicht genannt. Im Folgenden ist von Akteuren aus der Sozialen Arbeit bzw. eines Natur- und Umweltschutzverbandes die Rede.

Maßnahme, die die Projektbeteiligten in einem stadtnahen naturnahen Wald für Familien in prekären Lebenslagen ausrichten. Die Maßnahme fand bzw. findet im Kontext des Wald-Naturschutzprojektes statt, das das Ziel verfolgt, den Anspruch ‚Natur Natur sein lassen' und damit Wildnis den Menschen näher zu bringen. Die Betreuung dieses Naturschutzprojektes erfolgt durch einen Natur- und Umweltschutzverband. Ziel der suchtpräventiven Arbeit der Akteure aus der Sozialen Arbeit ist es, den Urwald u. a. als „gesundheitsfördernde Quelle für Wohlbefinden, Achtsamkeit, Ruhe, Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit" zu nutzen und durch das konkrete Leben im Urwald und durch das Erleben dieses Urwaldes „unterschiedlichste individuelle und soziale Kompetenzen" zu fördern.

Aus der im Kontext des Projektes erschienenen, von den Akteuren der Sozialen Arbeit verfassten umfangreichen Publikation ist nicht ersichtlich, dass die Maßnahme das Ziel anstrebt, den ‚sozialen Zusammenhalt' zu fördern. Die Maßnahme will einen Beitrag zur Lösung der ‚neuen' Sozialen Frage leisten. Hinweis auf eine Kooperation mit einer Natur- und Umweltgruppe lassen sich im Fließtext nicht finden. Erst in der Danksagung am Ende des Bandes zeigt sich, dass das Projekt auf einer Zusammenarbeit mit einem Natur- und Umweltschutzverband basiert, in dessen Schutzobjekt die Präventionsarbeit stattfindet.

Bei einem Besuch vor Ort ließ sich dann die Wirkung der oben genannten sozialen und kulturellen Kapitalkomponenten ergründen. Damit die Akteure der Sozialen Gruppe die vom dem Natur- und Umweltschutzverband unterhaltene Infrastruktur (Wildniscamp) nutzen konnten, mussten diese dem Verband erst einmal formal beitreten. Es gelang auch, die Angebote der Sozialen Arbeit im Veranstaltungsverzeichnis des Verbandes zu platzieren – jedoch ohne dass der Natur- und Umweltschutzverband dieses konkrete Angebot der Sozialen Arbeit näher bewarb. Rein formal betrachtet gelang es also, (im einen Teil nur mehr oder minder freiwillig) Grenzen zwischen den Bereichen Soziale Arbeit und Naturschutz zu überwinden.

In der konkreten Praxis der Zusammenarbeit zeigte sich aber die Wirkung der sozialen und kulturellen Kapitalkomponenten. Real kam ein gemeinsames, von beiden Partnern betriebenes Projekt nicht zustande. Beide Gruppierungen boten unabhängig voneinander Wildniscamps an, die Akteure der Sozialen Arbeit nutzten lediglich die Infrastruktur des Natur- und Umweltschutzverbandes.

Bezogen auf die soziale Dimension zeigt sich, dass sehr unterschiedliche Zielgruppen angesprochen bzw. betreut werden. Während die Akteure der Sozialen Arbeit Angebote für sozial prekär lebende Familien unterbreiten, zielt der Natur- und Umweltschutzverband auf ein (z. T. „ökonomisch gut betuchtes") bürgerliches Publikum. Die Vorbereitungen auf die konkreten Angebote gestalteten sich für die Akteure der Sozialen Arbeit äußerst schwierig, denn der Natur- und Umweltschutzverband hielt vorher Absprachen immer wieder nicht ein. Auf die Frage, ob die Akteur*innen der Sozialen Arbeit nicht eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Natur- und Umweltschutzverband gesucht hätten, entgegnete man, dass man dies zwar versucht habe, dass sich aber Verbandmitglieder ihnen gegenüber als nicht offen gezeigt hätten. Dies deutet auf einen sozial distinktiven Habitus bei den Natur- und Umweltschutzakteuren hin. Zudem bieten freiberufliche Umweltbildner über den Verband eigene wildnispädagogische Kurse an. Hier vermuteten die Akteure der Sozialen Arbeit Konkurrenzen. Offenbar nimmt keine der beiden Akteursgruppen wahr, dass sie beide unter dem Strich hier ein positives, allerdings nicht dem ‚sozialen Zusammenhalt' dienendes Ergebnis erzielen. Die jeweils andere Gruppe würde mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Angehörige der jeweils anderen Schichten nicht erreichen. Das positive Ergebnis liegt also in einem additiven, nicht aber integrativen Effekt, denn in der Summe wird das Camp zu unterschiedlichen Zeiten von sozial sehr unterschiedlichen Gruppenangehörigen im Sinne der Wildnispädagogik

genutzt.

Unter der sozialen Komponente ist auch zu berücksichtigen, dass das Wildniscamp und das mit staatlichen Geldern geförderte Waldinformationszentrum nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen sind. Auf das Drängen der Akteure der Sozialen Arbeit, doch gemeinsam die Forderung nach der Verlängerung einer bestehenden, ca. zwei Kilometer vor dem Waldinformationszentrum endenden Buslinie zu erheben, um so dessen Anbindung zu gewährleisten, reagierte der Natur- und Umweltschutzverband NABU nicht. Ob diese Nichtreaktion auf kulturellen Distinktionsüberlegungen (auf dass es im Urwald nicht durch einen per ÖPNV möglichen ‚Massenbesuch' kommen könnte) beruht, kann zwar begründet vermutet[20], aber nicht belegt werden.

Die kulturelle Dimension zeigt sich darin, dass beide Seiten der Natur eine unterschiedliche Rolle in ihrer Arbeit zubilligen. Für die Akteure der Sozialen Arbeit ist sie Instrument, Mittel zum Zweck, um das erstrebte Ziel ihrer Sozialen Arbeit zu erreichen, Natur als „gesundheitsfördernde Quelle für Wohlbefinden, Achtsamkeit, Ruhe, Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit" zu nutzen. Idealtypisch orientiert man sich hier an einem affirmativen Konzept. Aus Sicht des Natur- und Umweltschutzverbandes ist die Natur dagegen Selbstzweck und/ oder Ort der Naturerkenntnis (im Sinne der Vermittlung von Artenwissen, d. h. ein stark kognitives Konzept) und des Naturerlebens (hier stärker kontemplativ).

7 Zuordnung ausgezeichneter Projekte nach sozialer Homogenität bzw. Heterogenität

Vor dem Hintergrund des gerade Dargelegten wurden deshalb die über die Newsletters 142 bis 150 der Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt recherchierbaren 49 Projekte im Folgenden daraufhin analysiert, ob sie

- sozial homogene oder heterogene Gruppen adressieren, mit welchen Mitteln bzw. Instrumenten das angestrebte Ziel des „sozialen Zusammenhalts" erreicht werden kann,
- inwieweit soziale und kulturelle Vorprägungen potenziell Teilnehmender in die Konzeptionsentwicklung eingeflossen sind.

Dabei wurden Schlüsselbegriffe identifiziert und vier Kategorien hinsichtlich der Anbieter zur Unterscheidung zugeordnet:

1 = Tandem aus Sozial- und Umwelt-/ Naturschutzbereich

2 = Sozialbereich

3 = Umwelt- und Naturschutzbereich

4 = divers.

Die Auswertung der 49 Projekte zeigt, dass nur zwölf durch Naturschutzorganisationen (davon zwei von Spitzenverbänden von Großschutzgebieten wie dem Verband Deutscher Naturparke [VDN] oder Europarc) verantwortet werden (Kategorie 3). Genauso viele Projekte bieten Träger der Wohlfahrtspflege an (Kategorie 2). Nahezu die Hälfte der Anbieter ist der Kategorie 4 zuzuordnen; dahinter verbergen sich vor allem Kindergärten und Schulen.

Nur vier der Projekte werden in Kooperation von Trägern der Wohlfahrtspflege und

[20] Damit stünde er in einer historischen Kontinuität. Hier stünde dann auch das kontemplative gegen das gemeinschaftlich ausgerichtete Ideal des Naturerlebens.

Gruppierungen aus dem Naturschutz angeboten (Kategorie 1). Eines davon bewegt sich dabei allerdings im Rahmen dessen, was gemeinhin mit der traditionellen Umweltbildung konnotiert wird.

Neben der Zielrichtung Empowerment – wesentlich im Bereich der Sozialen Arbeit – fällt die Häufigkeit von Projekten mit der Ausrichtung auf Inklusion (14) und Interkultur (8) auf. Diese sind allerdings alle schichtenübergreifend ausgelegt. Aus einem Experteninterview mit einem Natur- und Umweltschutzverbandsvertreter ist bekannt, dass man hier bewusst auf diejenigen Menschen mit einem Migrationshintergrund fokussiert wird, die über hohe Bildungsabschlüsse bzw. über eine akademische Ausbildung verfügen, d. h. solche Projekte dürften sich kaum an Menschen richten, die, zusätzlich zu ihrem Migrationshintergrund, auch in sozioökonomisch prekären Situationen leben.

In einigen Projekten werden die Ziele Inklusion bzw. Interkultur und intergenerationeller Austausch bewusst kombiniert.

Auffallend ist ein hoher Anteil von Projekten, in denen Gartenarbeit im Mittelpunkt steht. Signifikant ist auch, dass eine große Anzahl sich an Kinder und Jugendliche richtet.

Die Berücksichtigung des soziokulturellen Hintergrundes ist nur bei zehn Projekten erkennbar.

Auf rein prekär lebende Menschen (auf der Basis Zielgruppe oder prekäre Stadtteile) adressieren nur sieben Projekte.

Daraus ergibt sich, dass bestimmte *sozial* benachteiligte Gruppen bereits durch eine größere Zahl von Projekten (bezogen auf Interkultur und Inklusion) angesprochen werden. Dagegen bleibt der Anteil an Projekten, die sich explizit an *sozialökonomisch* benachteiligte Menschen richten, noch sehr überschaubar. Zudem wird deutlich, dass die Projekte bestehende habituelle Prägungen kaum berücksichtigen. Hier besteht also Nachholbedarf.

8 Auswertungen von individuellen oder im Kontext von themenspezifischen Tagungen, Workshops etc. geführte Expert*innengespräche

Im Zeitraum Januar 2019 bis März 2020 fanden insgesamt 20 individuelle sowie eine Vielzahl von am Rande von themenspezifischen Tagungen oder Workshops geführten Expert*innengespräche zum Komplex Naturschutz und Soziale Frage statt. Sie dienten dem Ziel, Erfahrungsberichte über vergangene oder bestehende Kooperationen zu sammeln, interne Strukturen hinsichtlich Nachhaltigkeit zu eruieren sowie generelle Einschätzungen hinsichtlich der Chancen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit in Erfahrung zu bringen. Die Gespräche wirkten in der Summe hinsichtlich der Frage, wie sich eine gemeinsame Zusammenarbeit gestalten ließe, ernüchternd. Die Gründe für diesen Befund liegen in Organisationsstrukturen, in der Funktion, sich als Interessenverband zu verstehen und zu wirken, in einem immer wieder anzutreffenden ‚Prinzip Zufall' sowie im Mentalen/ Habituellen. Diese vier Komplexe stellen Hürden dar, denen man sich bei der Anbahnung von Kooperationen bewusst sein sollte. Hier gilt es, nach Möglichkeiten zu suchen, sie zu überspringen.

Hürde: Organisationsstrukturen – Versäulung, unzureichender horizontaler und vertikaler Informationsfluss

Die Strukturen bei den meisten Geschäftsstellen großer Verbände sind wie im öffentlichen Dienst vom Zuständigkeitsprinzip geprägt. Wegen der hier anzutreffenden ‚Versäulung' findet kaum ein horizontaler Informationsaustausch zwischen den einzelnen Säulen statt. Dies zeigt sich bei den hinsichtlich der Personalausstattung viel größeren Wohlfahrtsverbänden allerdings entschieden stärker als bei den Naturschutzverbänden. Bei ersteren hat man als

jemand, der im Bereich Kitas oder Jugendarbeit tätig ist, in der Regel kaum Kenntnis über das Geschehen und die Entwicklungen in anderen Arbeitsfeldern wie Altenpflege, Stadtteilarbeit etc. Auf der horizontalen Ebene bieten hier verbandsinterne (Fortbildungs-)Akademien zwar partiell Möglichkeiten, übergreifende Themen zu platzieren, die dann allerdings wiederum nicht systematisch in die Breite der jeweiligen Säulen diffundieren. In der Regel handelt es sich bei den Angeboten der Akademien – nach Selbstzuschreibungen – ganz überwiegend um solche, die der säulenspezifischen Fortbildung dienen. Dennoch böten die Verbandsakademien eine Möglichkeit, Themen zu Natur(schutz) und Nachhaltigkeit zumindest am Rande im Programm zu platzieren.

Der Informationsfluss ist aber auch in der Vertikalen kaum ausgeprägt. Bitten an die (insbesondere großen Wohlfahrts-)Verbände, Best-Practice-Beispiele aus ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zu benennen, rufen zumeist Achselzucken hervor. Der Rat lautet dann, auf der Landes-, Bezirks-, Landeskirchen-, Diözesanebene etc. der jeweiligen Wohlfahrtsverbände nachzufragen, dort habe man wahrscheinlich einen besseren Überblick über die Aktivitäten vor Ort. Diese Erfahrungen bestätigen die Forschenden des UBA-Projektes nachdrücklich.

Ein weiteres Strukturproblem bei etlichen Wohlfahrtsverbänden liegt in deren Doppelcharakter als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb einerseits und ehrenamtlich tätigem Mitgliederverband andererseits. Die bisherigen Aussagen beziehen sich in der Regel auf den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Dies trifft aber auch auf die bei den Dachverbänden für den Part Mitgliederverband im Wesentlichen Zuständigen zu.

Der vertikale Informationsfluss funktioniert im Vergleich bei den Naturschutzverbänden entschieden besser.

Auf der Bundesebene bestand 2019 eine nicht formalisierte Kooperation zwischen einen großen Natur- und Umweltschutzverband sowie einem Verband der freien Wohlfahrtspflege. Diese kam aber weniger aufgrund systematischer oder strategischer Überlegungen zustande, sondern beruht auf einem Gespräch, das die jeweiligen Verbandsspitzen – beide kennen sich aus bundeslandspezifischen Arbeitszusammenhängen und gehören dem einem Fernsehrat an – am Rande einer Sitzung nach dem Motto führten: ‚Wir müssten einmal etwas Gemeinsames zustande bringen.'

Die ersten gemeinsamen Aktivitäten entstanden im Kontext des Bundesfreiwilligendienstes. Hier unterbreiteten beide gemeinsame Bildungsangebote. Über die Zusammenarbeit gelang es dem Natur- und Umweltschutzverband mittelbar, dass das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung in das Curriculum des Bundesfreiwilligendienstes einging.[21] Als dann im Kontext der ‚Flüchtlingskrise' 2015 die DBU ein Sonderprogramm auflegte, zählte die Bundesgeschäftsstelle des Natur- und Umweltschutzverbandes zu den Fördernehmern. Sie schrieb verbandsintern einen Wettbewerb für Einzelprojekte aus, um die sich nur solche örtliche Gruppen bewerben konnten, die im Tandem mit örtlichen Gruppen des Wohlfahrtsverbandes Projekte durchzuführen gewillt waren. Eines der Projekte wurde im Kontext der Bonner Gespräche 2016 vorgestellt (Frohn & Wichert 2018).

Zuständigkeitsfrage: Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit als integriertes Konzept ist strukturell per se eigentlich mit einer Versäulungsstruktur nicht kompatibel, da es sich um ein klassisches Querschnittsthema handelt. Insofern war die Verantwortung für die Kooperation zwischen dem Natur- und Umweltschutzverband

[21] Dieses Curriculum betrifft vor allem den Schulungsblock, den Bufdis zu Beginn ihrer Tätigkeit durchlaufen.

und dem Wohlfahrtsverband bei der Stabsstelle der Bundesgeschäftsstelle des Natur- und Umweltschutzverbandes zunächst ideal platziert. Der dortige Mitarbeiter verfügt einerseits über politisches Gespür und andererseits über eine intrinsische Motivation. Seit dieser aber die Leitung einer anderen Abteilung übernahm, liegt der Verantwortungsbereich formal brach.

Bei dem Wohlfahrtsverband als dem Konterpart ist die Verantwortlichkeit nicht bei einer Stabsstelle sondern in einer eigenständigen Abteilung angesiedelt – mit der Folge, dass wegen der Versäulung eine breitere Wirkung – zumindest von außen – nicht feststellbar ist. Insofern wirkt es so, als werde Nachhaltigkeit nicht als Querschnittsthema und somit als integrierter Bestandteil der Arbeit, sondern als ein Add-On verstanden.

Hürde: Primat der (Partial-)Interessenvertretung

Die Verbände der beiden Bereiche verstehen sich traditionell zuvörderst als Vertreter von Partialinteressen. Sie erheben im Wissen um später stattfindende Aushandlungs- und Abwägungsprozesse deshalb zunächst Maximalforderungen. Deshalb ergeben sich die vom UBA-Projekt aufgezeigten Konflikte auf dem Feld Klimapolitik (EEG, Wärmedämmung von Gebäuden, Kohleausstieg etc.) oder des technischen Umweltschutzes aus der Eigenlogik der Partialinteressenvertretung zwangsläufig. (Einseitige) Vertretung von Partialinteressen in den Bereichen Ökologie und Soziales und der integrative Ansatz der Nachhaltigkeit werden deshalb so lange in einem Spannungszustand verharren, solange Grundsatzbekenntnisse zum Prinzip der Nachhaltigkeit nur Lippenbekenntnisse bleiben.

Nun hat es hier in den letzten Jahren aber durchaus Bewegungen gegeben. Verbände suchen das Gespräch, partiell kooperieren sie auch. Doch die Idee des beiderseitigen Interesses, die eine Begegnung auf Augenhöhe und die einen beiderseitigen Benefit impliziert, erweist sich im Zweifelsfalle als brüchig. Dies sei anhand zweier Beispiele angedeutet. Wohlfahrts- und Naturschutzverbände kooperieren im Kontext des Bundesfreiwilligendienstes (s.o.). Einen sich aus exzellenten Kontakten zum Bundesfinanzministerium ergebenden Informationsvorsprung hinsichtlich geplanter steuerlicher Veränderungen im Kontext der Bundesfreiwilligendienst(Bufdi)-Arbeit gaben die Wohlfahrtsverbände aber an die Naturschutzverbände nicht weiter.

Ein zweites Beispiel verdeutlicht noch stärker, dass die Partialinteressenvertretung weiterhin prioritär ist. Auf dem politischen Willen der Verbandsspitzen aufbauend, entwickelten die Geschäftsstellen immer wieder einmal einreichungsfähige Förderanträge für Kooperationsprojekte. Etliche wurden aber letztlich mit dem Argument erst gar nicht bei einem Förderer eingereicht, dass man mit diesen Anträgen eigenen Projektvorhaben aus dem jeweiligen Kernbereich Konkurrenz mache und die Wahrscheinlichkeit zu deren Bewilligung dadurch reduziere. Vor dem Hintergrund von Erfahrungen in der Verbändeförderung, nur für eine bestimmte Anzahl von Anträgen eine Bewilligung zu erhalten, folgt eine solche Haltung dann einer inneren Verbandslogik. Sie zeigt aber auch, dass es entweder am politischen Willen in den Verbandsspitzen zu einer im Sinne der Nachhaltigkeit notwendigen Kooperationsbereitschaft fehlt, oder, dass bei einer vorzunehmenden internen Priorisierung mentale (und habituelle) Hürden wirken.

Krisenzeiten bieten Chancen – auch zu einer im Sinne des Anliegens stärkerer Kooperationen des Sozial- und Naturschutzbereichs. Im Kontext der Debatten um ein Wachstums- und Konjunkturpaket im Kontext der Corona-Pandemie legten ein Natur- und Umweltschutzverband und ein Wohlfahrtsverband am 1. Juni 2020 einen „Investitions- und Maßnahmenplan“ für ein „sozial-ökologisches Konjunkturpaket“ vor. Auf der Symbolebene ist diese Form der Kooperation zunächst sehr bemerkenswert. Analysiert man das umfangreiche Papier aber,

dann zeigt sich allerdings zweierlei:

Die Motivation für die Vorlage des gemeinsamen Papieres liegt zum einen offenbar darin, gemeinsam eine Abwehrfront insbesondere gegenüber Forderungen der Verkehrslobby (Kaufprämie auch für Nicht-E-Autos, Einstieg des Staates als Anteilseigner bei der Lufthansa) zu bilden. Es handelt sich also primär um eine Abwehrfront in einem Verteilungskampf, die Kräfte bündelt. Der Forderungskatalog folgt zum zweiten bis auf eine bemerkenswerte Ausnahme dem Prinzip, bisherige Forderungen der beiden Verbände in einem additiven Verfahren aufzulisten, d. h. eine inhaltliche Verknüpfung der Positionen beider Bereiche, die durchaus möglich wäre,[22] ist nicht erkennbar. Offensichtliche Zielkonflikte hinsichtlich der unterschiedlichen Forderungen, die die Forschenden des UBA-Projektes klar herausgearbeitet haben, sind den beiden Verbänden offensichtlich bewusst und werden dadurch gelöst, dass die Gräben mit der Forderung nach direkten staatlichen Transfergeldern ‚zugeschüttet' werden sollen.[23] Angesichts des nur additiven und nicht integrativen Ansatzes und des ‚Zukleisterns' von Zielkonflikten mit der Forderung nach staatlichen Geldern bleibt Skepsis angesagt, ob sich in den wohl spätestens 2022 einsetzenden Phasen von ‚Sparrunden' in den öffentlichen Haushalten die Kooperation als tragfähig und beständig erweisen wird – dann nämlich, wenn im wieder einsetzenden Verteilungskampf um die geringeren finanziellen öffentlichen Ressourcen die zwei Absätze zuvor aufgezeigten Konflikte wieder aufbrechen werden, jedenfalls dann, wenn bis dahin kein integratives Kooperationskonzept vorliegt.

Zu den bemerkenswerten Passagen, die integrative Ansätze erkennen lassen, gehört das Kapitel „Gutes Wohnen für alle". Hier werden hinsichtlich der unverkennbaren Konfliktlinien, die sich aus den sozialpolitischen Strategien der wohnungsbaupolitischen Innenverdichtung und der klimafreundlichen Gebäudesanierung ergeben, Vorschläge aus dem Kontext der Debatten um doppelte Innenverdichtung und aus dem Masterplan Stadtnatur aufgegriffen (vgl. hierzu Kühnau et al. 2016). Während beim Natur- und Umweltschutzverband sonst Klimaargumente eindeutig die Argumentation dominieren, rekurriert dieser Teil explizit auf Naturschutzbelange einerseits und die „positiven Auswirkungen auf die Gesundheitsvorsorge" andererseits. Bemerkenswert ist andererseits aber wieder, dass zwar auf Gesundheit rekurriert wird, nicht aber auf die Möglichkeiten zur Naturerfahrung und der sich daraus ergebenden Steigerung der Lebensqualität.

Hürde: Prinzip Zufall

Verbandsstrukturen, auf die ein Konzept des beiderseitigen Interesses systematisch aufbauen könnte, liegen (noch) nicht vor. Dennoch existieren einige Kooperationsprojekte. Doch worauf fußen diese? Unabhängig davon, ob man Gespräche mit Vertreter* innen der Verbandsgeschäftsstellen, Verantwortlichen bei Projekten, Akteur*innen der Umweltbildung, Wissenschaftler*innen etc. führt, ein Prinzip zeigt sich hinsichtlich der Analyse immer wieder: das Prinzip Zufall.

Es sind im Naturschutz Einzelpersönlichkeiten, die über eine sehr große intrinsische

[22] Dargelegt sei dies am Beispiel der geforderten Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Hier wird mit dem Hinweis auf eine „Stärkung der effektiven Nachfrage", d. h. mit einen auf Kurzfristigkeit angelegtem Argument, pauschal eine Erhöhung der Regelsätze um 100 Euro befristet bis zum 1. Januar 2021 gefordert. Die Chance, hier eine Debatte um die Zusammensetzung der zugrundeliegenden Warenkörbe zu führen, wird verschenkt. Stattdessen, so heißt es im Kontext der Forderungen, an der EEG-Umlage festzuhalten, die klimagerechte Gebäudesanierung zu intensivieren oder eine Tierschutzabgabe einzuführen bzw. dass eine klimafreundliche Agrarumstrukturierung erfolgen soll, sollen die unweigerlich höher anfallenden Ausgaben dadurch aufgefangen werden, indem direkte staatliche Transfergelder an „arme Menschen" erfolgen sollen.

[23] Beispiele hierfür bietet die Anmerkung zuvor.

Motivation gegenüber dem Sozialen verfügen, die dann eigeninitiativ Projekte entwickeln. Für den Sozialbereich gilt dies umgekehrt, hier liegen sehr große intrinsische Motivationen hinsichtlich von Naturerleben und -erfahrungen (bis hin zu ‚Wildnis') vor.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Einzelpersönlichkeiten sich dadurch auszeichnen, dass sie bei ihren Vorgesetzten über ein großes Ansehen und Standing verfügen. Ihre jeweiligen Leitungen gewähren ihnen für ihre Initiativen, Projekte in der und um die Natur durchzuführen, Freiräume, ja Spielräume – gleichsam als Belobigung für die andere geleistete herausragende Arbeit. Allerdings unter einer entscheidenden Bedingung: Sie dürfen für den jeweiligen Verband keine Kosten verursachen.

Auf dem ‚Prinzip Zufall' lässt sich allerdings keine zukunftsgewandte Strategie aufbauen. Die Ansätze zur Kooperation müssten jedoch in den Strukturen verankert sein. Dort ist das Versäulungsprinzip aber weiterhin absolut dominant. Querschnittsaufgaben werden immer noch als ein Add-On aufgefasst.

Eine Strategie, die an der Spitze der Verbandslandschaft ansetzt, erscheint aus zwei Gründen wenig erfolgversprechend. Zum einen, und darin ist der Analyse der Forschenden des UBA-Projektes zuzustimmen (s.o.), bewegt sich die bestehende Kooperation ganz überwiegend auf der diskursiven Ebene. Die hier geführten Diskurse kommen über ein hohes Abstraktionsniveau nicht hinaus, so dass bisher keine Breitenwirkungen erzielende Narrative entstehen konnten (Beispiel „Just Transition").

Hürde: Mentale und habituelle Unterschiede

Seit ca. 130 Jahren treten zwei soziale Bewegungen für die Lösung der Sozialen und der Naturfrage ein. Die Naturschutzbewegung und die sich um die Lösung der Sozialen Frage kümmernden Organisationen entwickelten sich jeweils unabhängig voneinander und in dieser Zeit prägten sich jeweils spezifische Mentalitäten und ein jeweiliger (in der Regel mit Distinktion einhergehender) Habitus aus.

Beide soziale Bewegungen gehen Probleme in der jeweiligen Jetztzeit an und treten dafür ein, Strukturen, die mitursächlich für die Soziale und die Naturfrage sind, zu verändern. Hinsichtlich des Zielkonflikts zeigt sich auf der nationalen Ebene ein ähnliches Dilemma, das auf der internationalen Ebene bereits seit längerem bekannt ist. Wie auf der internationalen Ebene – hier vertreten von den Staaten der sogenannten Dritten Welt – geht das im Sozialbereich angestrebte Ziel, die Strukturen zu ändern, mit einem Mehr an Zivilisation, Konsum, Energieverbrauch, Verkehr etc. einher. Dies firmiert in internationalen Diskursen unter dem Begriff der ‚nachholenden Entwicklung'. Daraus würde aber bezogen auf die nationale Ebene folgen, dass sich der bisher noch kleine ökologische Fußabdruck sozialökonomisch benachteiligter Menschen zwangsläufig vergrößern würde. Ein solches Verlangen nach nachholender Entwicklung wird man aus Gründen der Gerechtigkeit weder auf der internationalen noch der nationalen Ebene prinzipiell ablehnen können. Dies steht aber den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes entgegen, die gesamtgesellschaftlich auf ein Weniger an Zivilisation, Konsum etc. setzen und damit auf die Reduzierung ökologischer Fußabdrücke. Nimmt man beide Ziele ernst, sind damit zwangsläufig Fragen der Verteilungsgerechtigkeit aufgeworfen, die sich aber nur mit unangenehmen Folgen für Angehörige ‚mittlerer' und ‚höherer' Schichten lösen ließen.

Die Zielkonflikte lassen sich in akademischen Diskursen sicherlich austragen. Im Kontext der Debatten um die ‚große', um die sozial-ökologische Transformation[24] geschieht dies auch

[24] https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf

bereits seit ein paar Jahren. Diese akademischen Diskurse werden zwar in der Wissenschaft und von einigen hochrangigen Politikbereichen und Spezialisten in den Verbandszentralen wahrgenommen bzw. diese bringen sich auch in diese Debatten ein. Doch selbst auf der Ebene der Verbandsspitzen schlagen alte Mentalitätsmuster mit voller Wucht bei konkreten Anlässen immer noch durch, wie der von den Forschenden des UBA-Projektes aufgezeigte Konflikt zwischen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit (s.o.) zeigt.

Es entsteht nach den Interviews der Eindruck, dass unterhalb der jeweiligen Führungsebenen – außer bei denjenigen, die für Fragen der Nachhaltigkeit zuständig sind – in den Verbänden, insbesondere aber vor Ort immer noch das Muster vorherrscht, wonach die jeweils andere Seite eigene Zielbemühungen potenziell nicht unterstützt, ja konterkariert.

Diese festverankerten Mentalitäten hindern Akteure daran, Chancen der Zusammenarbeit zu erkennen – selbst dann, wenn sie als (freiberufliche) Umweltbildner über eine Kooperation ihre eigene wirtschaftliche Lage stabilisieren bzw. verbessern könnten. Dies sei am Beispiel einer im Frühjahr 2019 ausgerichteten Tagung einer Natur- und Umweltschutzakademie illustriert, die dem Erfahrungsaustausch von ca. 80 Wald- bzw. Wildnispädagog*innen diente. Sie erfuhren dort, dass einige Krankenkassen, darunter die AOK Nordwest, das Präventionsprogramm „‚natürlich erleben' – Ein gesundes Schulprojekt" aufgelegt habe. Dieses zielt darauf, über einen viertägigen Outdoor-Unterricht bei Schülern der 7. und 8. Klassen das soziale Miteinander, den Zusammenhalt in der Klasse und einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt zu fördern.[25] Zuvor hatten sich die Tagungsteilnehmer*innen ausführlich über die Erfolge ihrer waldpädagogischen Arbeit insbesondere mit Kindern und Jugendlichen ausgetauscht. Diese seien in ihrer Persönlichkeitsentwicklung ein großes Stück weitergekommen. Zugleich beklagten sie als ganz überwiegend freiberuflich Tätige ihre finanzielle Malaise. Weitüberwiegend müssten sie ihr Einkommen über Kleinaufträge (Kindergeburtstage, mühselige Integration ihrer Angebote in die Programme freier Träger etc.) generieren.

Trotz dieses Hintergrundes erwiesen sich die Waldpädagog*innen hinsichtlich des Hinweises auf die Suchtpräventionsprogramme der Krankenkassen zu einem Transfer nicht in der Lage. Informiert über gut gefüllte Präventionstöpfe der Krankenkassen und deren Wunsch nach Tandemlösungen zwischen der Sozialen Arbeit und der Naturerlebnispädagogik, fehlte es ausnahmslos allen an Phantasie, darin eine Chance zu erkennen, ihre (bestehenden) Angebote in solche Tandemlösungen einzubringen. In ihrem Denken waren sie so einseitig auf die Biodiversitätsproblematik ausgerichtet, dass sie ihre eigenen Erfahrungsberichte nicht in einen Kontext zur Selbstwirksamkeitswahrnehmung, Empowermentarbeit etc. zu stellen vermochten. Sie mussten geradezu penetrant dahin gelenkt werden, stärker marktorientiert, d. h. nachfrageausgerichtet zu denken. Dazu sei es notwendig, die Waldpädagog*innen ihre eigenen Fähigkeiten einem Perspektivwechsel unterziehen und ihre Produkte terminologisch potenziellen Auftraggebern gegenüber anzupassen. Die Krankenkassen würden nicht auf Schlüsselbegriffe wie Bewusstsein für biologische Vielfalt reagieren, wohl aber darauf, dass sie mit ihren Angeboten auch einen Achtsamkeitsansatz verfolgten und dass ihre Arbeit zeige, dass die Schüler*innen Selbstwirksamkeitserfahrungen machten, denn gerade bildungsschwächere Schüler*innen blühten durch die Waldpädagogik in der Regel auf und entwickelten für Lehrer*innen, aber auch für ihre Mitschüler*innen bis dahin ungewohnte Aktivitäten.

Es lassen sich zusammenfassend vier Hürden benennen, die es auf dem Weg zu einer stärkeren Beachtung von sozialen Aspekten bzw. den Bedürfnissen sozialökonomisch

[25] https://www.aok.de/pk/nordwest/inhalt/schulprojekt-natuerlich-erleben/

benachteiligter Menschen durch den Naturschutz sowie zu einer Zusammenarbeit des Naturschutzes mit der Sozialen Arbeit zu überwinden gilt: Mentalität/ Habitus, das Prinzip Zufall, der Primat der Interessenvertretung sowie Organisationsstrukturen.

9 Literatur

Arant, R.; Dragolov, G. u. Boehnke, K. (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Messen was uns verbindet. Bertelsmann-Stiftung. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf

Berger, L. & Frohn, H.-W. (2021): Historie und Aktualität der Beziehungen zwischen Naturfragen und Sozialen Fragen. Ein Plädoyer für ein stärkeres Engagement des Naturschutzes in sozialpolitischen Debatten. – in: Natur und Landschaft [im Erscheinen]

Berger, L. & Mues, A. W. (Hrsg.) (2019): Soziale Dimensionen von Natur- und Umweltschutz. Ergebnisse einer DACH-Studie. BfN-Skripten 535. Bonn.

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Bonn.

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2019): Masterplan Stadtnatur. Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt. Bonn.

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit): Natur' schutz-Offensive 2020. Für biologische Vielfalt! Bonn. URL: https://www.bmu.de/naturschutz-offensive-2020/

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016: URL: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/730844/3d30c6c2875a9a08d364620ab7916af6/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuauflage-2016-download-bpa-data.pdf?download=1

BMUB (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2017): Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Bonn.

Bourdieu, P. (1991): Die feinen Unterschiede. 4. Aufl. Frankfurt/M.

Bude, H. (2004): Das Phänomen der Exklusion. Der Widerstreit zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und soziologischer Rekonstruktion. – In: Mittelweg 36 (4): 3–15.

Bude, H. (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München.

Frohn, H.-W. & Wichert, F. (Hrsg.) (2018): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?! – BfN-Skripten 514 – Bonn.

Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Brennecke, J. S.; Diemer, S.; Koch, E. & Ziemek, H.-P. (2020): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. – BfN-Skripten 559 – Bonn.

Geschäftsstelle UN-Dekade Biologische Vielfalt (Hrsg.) (2017): Soziale Natur – Natur für alle. Das Sonderthema der UN-Dekade Biologische Vielfalt. Hürth (Flyer).

Geschäftsstelle UN-Dekade Biologische Vielfalt (Hrsg.) (2018): Soziale Natur – Natur für alle. Impulse. Stimmen. Projekte. Hürth.

Hradil, S. (2015): Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. – In: BANK, J. (Hrsg.): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft. Bonn (BpB Schriftenreihe 1576): 10-29.

Kühnau, C.; Böhme, C.; Bunzel, A.; Böhm, J. & Reinke, M. (2016): Von der Theorie zur Umsetzung: Stadtnatur und doppelte Innenentwicklung. Empirische Ergebnisse einer

Befragung deutscher Großstädte und Handlungsempfehlungen. – In: Natur und Landschaft 91 (7): 329 – 335.

Petschow, U.; Sharp, H.; Ried, C. & Benninghofen, C. (2018): Protokoll zur zweiten Beiratssitzung am 1.10.2018: 8. Das Protokoll liegt dem Autor als PDF-Datei vor.

Petschow, U.; Riousset, P.; Sharp, H.; Jacob, K.; Guske, A.-L.; Schipperges, M. & Arlt, H.-J. (2019a). Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme. Zwischenbericht. Unveröffentlichtes Manuskript Berlin (FKZ 3717 11 104 0)

Petschow, U.; Sharp, H.; Jacob, K.; Guske, A.-L.; Schipperges, M. & Arlt, H.-J. (o.J./2019b): Politik, Verbände und Transformationsprozesse. Thesen zu Struktur und Strategie neuer nachhaltigkeitspolitischer Allianzen. O.O. Das Thesenpapier liegt dem Autor als PDF-Dokument vor.

Petschow, U.; Riousset, P.; Sharp, H.; Jacob, K.; Guske, A.-L., Schipperges, M. & Arlt, H.-J. (2019c): Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme. Dessau (UBA-Texte 143/2019) URL: verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-12-02_texte_143-2019_buendnispartner_kooperationsstrategien_hypothesen.pdf

Sharp, H.; Petschow, U.; Arlt, H.-J.; Jacob, K.; Kalt, G. & Schipperges, M. (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. URL: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation

C. Handlungserfordernisse

Perspektiven einer gelingenden Zusammenarbeit für die Zusammenarbeit von Akteur*innen des Naturschutzes und des Sozialbereichs

Hans-Werner Frohn

Im vorigen Kapitel zur „Kritischen Analyse bestehender Voraussetzungen und Potenziale“ werden vier Hürden benannt, die es auf dem Weg zu einer stärkeren Beachtung von sozialen Aspekten bzw. den Bedürfnissen sozialökonomisch benachteiligter Menschen durch den Naturschutz sowie zu einer Zusammenarbeit des Naturschutzes mit der Sozialen Arbeit zu überwinden gilt: Mentalität/ Habitus, das Prinzip Zufall, der Primat der Interessenvertretung sowie Organisationsstrukturen. Hürden stellen zwar Hindernisse dar, aber solche, die man bekanntlich, wenn man sich durch ein intensives Training vorbereitet, überspringen kann. Besonders intensiver Vorbereitung bedarf es, wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, gleich um einen ganzen Hürdenlauf handelt. Im Folgenden werden strategische Überlegungen angestellt, wie man Akteur*innen aus dem Naturschutz- und Sozialbereich durch ein ‚Training‘ auf einen solchen Hürdenlauf bzw. das konkrete Überspringen von Hürden vorbereiten und sie zu einer Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse und Nutzen motivieren könnte.

Einen zeitlichen Welt- oder Olympiarekord wird man bei diesem Hürdenlauf kurzfristig sicherlich nicht aufstellen können. Ein „übergreifendes Narrativ“ zur Konkretisierung von Nachhaltigkeit, das auch als begründende Herleitung für Kooperationen zwischen dem Sozial- und (Umwelt-) Naturschutzbereich dienen könnte, existiert nicht (Petschow et al. 2019: 9). Damit fehlt eine Basis, auf der aufgebaut werden könnte. Zudem ist die *eine* Lösung zum Abbau bzw. zum Überspringen der im vorigen Kapitel zur Analyse aufgezeigten Hürden nicht in Sicht.

1. Empfohlen wird bezogen auf die Bearbeitung des Themenkomplexes Naturschutz und Soziale Frage bzw. Anbahnung und Verstetigung von Kooperationen der beiden Arbeitsfelder ein *iterativer* und *mehrdimensionaler Weg*, der je nach Zwischenstand neu justiert werden müsste,

d. h. die Trainingsmethoden müssten unter Umständen nach Zwischenerkenntnissen neu angepasst werden. Vorgeschlagen wird als *Voraussetzung* für weitere Trainingseinheiten zunächst

2. eine *grundlegende Änderung in der Kommunikation* der Naturschützer*innen über und mit sozialökonomisch benachteiligten Menschen.

Hierbei spielen Narrative und Frames die zentrale Rolle.

3. Erst ein *grundlegend verändertes Narrativ* wird es ermöglichen, die größte und wirkungsmächtigste, d. h. die mentale, habituelle und damit wahrnehmungsverursachte Hürde zu überspringen, die sich aus dem bisherigen Narrativ der Naturferne der sozialökonomisch benachteiligten Menschen ergibt.

4. Um ein neues Narrativ zu platzieren und um ihm Glaubwürdigkeit zu verschaffen, sollte die zu entwickelnde neue Erzählung auf geänderten Forschungs- und Erfahrungserkenntnissen aufbauen. Um breiteres Erfahrungswissen zu generieren, sollten mit Hochdruck Tandemprojekte initiiert werden. Das neue Erfahrungswissen sollte auf allen zur Verfügung stehenden Kommunikationskanälen kommuniziert werden.

Nach diesen grundsätzlichen strategischen Positionierungen werden im Folgenden konkrete Schritte zur Operationalisierung vorgeschlagen.

Die weitere Entwicklung eines Strategievorschlags fußt auf den folgenden Prämissen:

1. Die Ergebnisse des F+E-Vorhabens „Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen“ (Frohn et al. 2020; vgl. Frohn und Ziemek in diesem Band), zeigen bei sozialökonomisch benachteiligten Menschen sehr wohl konkrete Praktiken des alltäglichen Naturerlebens und Bedürfnisse nach Naturerleben auf.
2. Erfahrungswerte von wenigen bisher vorliegenden Best-Practice-Beispielen (vgl. Frohn und Wichert 2018) stützen die Ergebnisse des F+E-Vorhabens.
3. Das Narrativ von der Naturferne sozialökonomisch benachteiligter Menschen war schon historisch nicht faktenbelastbar.
4. Der These, dass die Prägekraft des Narrativs von der Naturferne die Wahrnehmung von alltäglichen Naturpraktiken, vor allem aber auch von Naturerfahrungen und -bedürfnissen sozialökonomisch benachteiligter Menschen dazu führt, dass die Wahrnehmung dieser Zielgruppe durch Akteur*innen sowohl im Naturschutz als auch in der Sozialen Arbeit so stark beeinträchtigt ist, dass sie wegen von ihnen erwarteter Erfolglosigkeit keine Veranlassung sehen, Naturerlebnis-Konzepte oder -Projekte für diese Personengruppe zu entwickeln und anzubieten. Deshalb werden sie auch keine Überlegungen für Tandemprojekte anstellen.

1 Das Narrativ von der Naturferne bildungsferner und/ oder sozialökonomisch benachteiligter Menschen

Das im Kontext dieser strategischen Überlegungen absolut zentrale Narrativ der Naturferne sozialökonomisch Benachteiligter beherrscht den Naturschutz seit seinen Anfängen (Frohn 2009). Die niedrigen Werte beim Gesellschaftsindikator „Bewusstsein für biologische Vielfalt“, die im Rahmen der Naturbewusstseinsstudien seit über zehn Jahren für die (Sinus-)Milieus im unteren Drittel der Gesellschaft (‚Prekäre‘, ‚Hedonisten‘ und ‚Traditionelle‘) erhoben werden, scheinen für die Jetztzeit geradezu den quantitativen empirischen Beleg für das Narrativ und dessen Wahrheitsgehalt im Sinne der Widerspiegelung der Realität zu liefern. Aber auch in der Sozialen Arbeit ist das Narrativ der Naturferne der eigenen Klientel – zumindest indirekt – sehr geläufig. Debattenschlagworte lauten dort auf „Verhäuslichung“ und „Verinselung“ (Berger & Frohn 2021).

Im Kontext der Vor- und Nachbereitung der „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes“ 2019 zu „Neue Gentechniken und Naturschutz – eine Verhältnisbestimmung“ (Schell et al. 2019) kam es immer wieder insbesondere mit einigen Naturwissenschaftler*innen zu Kontroversen über die ‚Richtigkeit‘ bzw. ‚Unrichtigkeit‘ von Narrativen. Deshalb wird im Folgenden zunächst der Begriff des Narrativs, dessen Verankerung und Stellung in Diskursen und der damit einhergehenden Bedeutung von Frames und Metaphern grundsätzlich erörtert. Sodann wird das bestehende Narrativ von der Naturferne problematisiert und es werden Vorschlage zu einem – faktenbasierten – neuen Narrativ unterbreitet sowie Wege zu dessen Implementierung in Diskurse aufgezeigt.

1.1 Narrative, Frames, Metaphern – Definitionsannäherungen

Der Begriff des Narrativs ist seit mehr als einem Jahrzehnt in vieler Munde, allerdings liegt

keine disziplinenübergreifend-konsensuale Definition vor.[26] In diesen strategischen Überlegungen wird im Folgenden in Fortentwicklung von Definitionen aus den Kommunikations-, Sozial- und Geschichtswissenschaften sowie aus der professionellen Politikberatung ein

> *Narrativ als eine sinn- und identitätsstiftende[27] Erzählung verstanden, die Einfluss auf die Art und Weise hat, wie Angehörige der Gesellschaft bzw. Teile von ihr – hier: des Naturschutzes und der Sozialen Arbeit – ihre Umwelt wahrnehmen. Bestimmend für ein Narrativ ist weniger dessen (überprüfbarer) Wahrheitsgehalt, d. h. ob sie Realität widerspiegeln[28], sondern eine gemeinsam geteilte Vorstellung davon, wie es um diese Realität/ Umwelt bestellt ist[29]*.

In Narrativen spiegelt sich also die Realität nicht 1:1 im Sinne überprüfbarer Fakten wider, die Erzählungen schaffen aber indirekt faktisch wiederum insofern Realitäten, als sie Wahrnehmungen auf die Realität wiedergeben: Sie können damit – bezogen auf intendierte Veränderungen – zum Handeln motivieren oder aber den Grund dafür abgeben, von einem Handeln abzusehen.

Narrative gesellschaftlicher Teilgruppen prägen aber auch über diese hinaus die Wahrnehmung anderer Teilgruppen auf Problemlagen. Insofern stellen Narrative eine „sprachlich elaborierte Form sozialen Verhandelns" dar (Koschorke 2017: 350; vgl. auch Turowsky & Mikfeld 2013: 44). Hierbei kommt – naheliegend – der Sprache eine zentrale Rolle zu. In Fortentwicklung des politikberatenden Ansatzes von Turowski & Mikfeld (2013: 14) lässt sich formulieren*: Wer das Medium der narrativen Sprache (und wie noch zu zeigen sein wird der Frames und der Metaphern) beherrscht, bestimmt die Bedingungen, unter denen eine (teil)gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt wird.* Bezogen auf die Weiternutzung des Narrativs von der Naturferne sozialökonomisch benachteiligter Menschen durch den Naturschutz heißt dies, dass man dadurch maßgeblich mit dazu beitrüge, die Wahrnehmung der Akteur*innen der Sozialen Arbeit auf ihre Klientel als naturfern zu perpetuieren.[30] Ähnliches gilt auch für andere Gesellschaftsbereiche bzw. die Politik.[31]

Besondere Relevanz erfahren Narrative indirekt durch den neueren Ansatz des *Framings*, der ursprünglich in den Kognitionswissenschaften entwickelt wurde und der wiederum auf Erkenntnissen der Neurowissenschaften aufbaut. Die Kommunikationswissenschaftler*innen

---

[26] Vgl. u. a. Koschorke 2017; Müller-Funk 2002; Hofmann et al. 2014. Einer der Ausgangspunkte für die Bedeutung von Narrativen ist die bereits in den 1980er-Jahren vom US-Kommunikationswissenschaftler Walter Fisher getätigte Aussage, wonach Menschen auf ihre Umwelt und auf sich selbst weniger durch reine Beobachtung und rationale Erwägung als durch das Erzählen glaubhafter Geschichten reagieren: „Human beings are inherently storytellers." (zit. nach Koschorke 2017: 9f.). Aus der Politikberatung ist bekannt, dass politische und soziale Konflikte „entlang von narrativen Feldlinien choreographiert" werden; Koschorke 2017: 20.

[27] Darauf fokussiert insbesondere Müller-Funk 2008: 29: Danach sind Narrative „zentral für die Darstellung von Identität, […] [und] die kollektive Befindlichkeit von Gruppen" sind. Vgl. auch Turowski & Mikfeld 2013: 13.

[28] Koschorke 2017: 335 verweist darauf, dass „Glaubwürdigkeit, nicht Objektivität […] das entscheidende Erfolgskriterium" von Narrativen sei. Als sinnfälliges Beispiel sei hier auf das immer noch in öffentlichen Debatten hegemoniale Narrativ des ‚ökologischen Gleichgewichts' verwiesen, das nicht mehr dem Stand der ökologischen Wissenschaft entspricht.

[29] Vgl. hierzu Llanque 2014: 8, wonach es sich bei Narrativen um „verfestigte und ständig reproduzierte, dadurch erst stabilisierte Interpretationen der Wirklichkeit" handelt.

[30] Dieses Naturschutznarrativ fällt dort auf ‚fruchtbaren Boden', weil es mit eigenen Narrativen (Tendenz zur ‚Verhäuslichung' und ‚Verinselung' der eigenen Klientel) kompatibel ist. Ihm wird folglich Glaubwürdigkeit zugebilligt.

[31] Letztlich zeigt sich dies auch in den Naturbewusstseinsstudien, die dieses Narrativ weitertragen.

George Lakoff bzw. Elisabeth Wehling[32] vertreten die Auffassung, man müsse sich – aufgrund neurowissenschaftlicher Erkenntnisse – von der Vorstellung verabschieden, dass vernunftgesteuerte Entscheidungen allein auf der Basis von Fakten, die objektiv gegeneinander abgewogen werden könnten, getroffen werden könnten. Vielmehr komme jenseits der Fakten in Abwäge- und Entscheidungsprozessen den durch Sprache im Gehirn aktivierten Frames eine zentrale Rolle zu. Frames kontextualisieren, bewerten sowie interpretieren Fakten und nehmen deshalb „überwiegend unbewusst […] immensen Einfluss" auf unser Denken und Handeln (Wehling 2016: 52). In der Literatur werden Frames auch mit „assoziativen Netzwerken" bzw. „kognitiven Schemata" (Baringhorst 2004: 77) oder als sinngebende und Bewertungen auslösende „Deutungsmuster" umschrieben (Dahinden 2006: 14; vgl. hierzu auch Turowski & Mikfeld 2013: 65).

Gerade für abstrakte Ideen, die sowohl den Naturschutz als auch die Soziale Arbeit maßgeblich mitleiten, sind wiederum ‚Übersetzungsangebote' wichtig: Metaphern. Aus den Kultur- und Kommunikationswissenschaften ist hinlänglich bekannt, dass gerade rhetorische Figuren einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, abstrakte Ideen – wie beispielsweise (soziale) Gerechtigkeit – plastisch bzw. anschaulich kommunizieren zu können. Sie ‚übersetzen' diese in passende Bilder oder Szenen. Aus den Neurowissenschaften weiß man, dass je häufiger Metaphern sprachlich im Gehirn aktiviert werden, sich diese umso stärker verfestigen, um dann aufgrund der Frequenzeffekte in anderen Situationen leicht und verständlich zur Verfügung stehen und unbewusst abgerufen werden. Dieser Prozess wird auch als Hebbian Learning bezeichnet (Wehling 2016: 68). Dieses Phänomen berücksichtigend betont die Kognitionswissenschaft die herausragende Rolle des „Metaphoric Mappings", d. h. so verankerte Metaphern strukturieren unbewusst und automatisch das tägliche Denken der Menschen (Wehling 2016: 68f.; Rinderspacher 2020 17ff.; Tukowski & Mikfeld 2013: 18; Baringhorst 2004: 79).

Für die weitere Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes ist noch von Relevanz, dass es strategisch kontraproduktiv ist, in Debatten nicht geteilte Positionen zu kritisieren oder zu negieren. Bei den Debattenteilnehmer*innen führt dies nur dazu, dass diese das zu negierende oder problematisierende Frame erst recht aktivieren und neuronal verstärken (Wehling 2016: 52, 57). Damit, so Wehling (2016: 52), habe man in Debatten – neuronal – „in der Regel schon verloren". Diese Empfehlung entspricht letztlich einer Binsenweisheit der professionellen Politikberatung – sie belegt diese allerdings neu mit Hinweis auf die Neurowissenschaft.

1.2 Die ‚große Meistererzählung' der Naturentfremdung sowie assoziative Netzwerke (Frames) zu den Narrativbestandteilen „bildungsfern" und „naturfern"

Im Folgenden werden vor dem Hintergrund des gerade hinsichtlich der Frames und Metaphern Aufgezeigten zwei zentrale Elemente des Narrativs von der Naturferne problematisiert.

Naturentfremdung

Zu den ‚großen Meistererzählungen' seit dem 19. Jahrhundert zählt diejenige, dass die Entfaltung der Moderne die Menschen grundlegend von der Natur entfremdet habe. Darüber

[32] Vgl. hierzu die populäre und deshalb gut lesbare Publikation Wehling (2016), die auch über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wird. Bei aller Skepsis hinsichtlich einiger vertretener der – so Rezensenten – doch tendenziell einseitig ausgesuchten Auswahl von illustrierenden Beispielen zum Beleg der Ergebnisse weist die Arbeit jedoch eine hohe Plausibilität auf. Beim Rezipieren lagen Analogien zum Naturschutz immer wieder auf der Hand.

hinaus fächert(e) sich dieses Narrativ in jeweils spezifische ‚Meistererzählungen' einzelner Ideologien oder identitätsstiftende Erzählungen gesellschaftlicher Teilgruppen auf. Als Schlagworte sei hier nur auf die spezifische, stark auf Arbeiterkreise fokussierende des Marxismus, aber auch auf die der Reformbewegung um das Jahr 1900 verwiesen. Auch der Naturschutz hat – wiederum als Teil der bürgerlichen Reformbewegung – seine eigene spezifische ‚Meistererzählung' von der Naturentfremdung entwickelt, die hier insbesondere mit zivilisationskritischen und starken kulturpessimistischen Vorstellungen vermengt wurde. Letztlich hat dieses Narrativ bzw. haben dessen spezifische Teilausprägungen bis heute nichts an ihrer Prägekraft verloren und sie werden stetig perpetuiert (vgl. u. a. Müller-Funk 2009: 25).

Dabei gab es schon historisch Entwicklungen, die die Glaubwürdigkeit und damit das Kernelement der Wirkungsmächtigkeit des Narrativs zumindest hätten ankratzen, wenn nicht sogar in Frage stellen können. Neben der in der Literatur schon häufig zitierten flammenden Erwiderung Karl Liebknechts im preußischen Landtag hinsichtlich der Ressentiments bürgerlicher Naturschützer gegenüber dem Verhalten städtischer Arbeiterkreise in stadtnaher Natur aus dem Jahre 1912 (u. a. Schmoll 2004; Frohn 2009), die faktisch einherging mit einer Kritik am Naturentfremdungstheorem des Marxismus, war dies in Deutschland die 1905 erfolgte Selbstorganisation von Arbeiter*innen im „Touristenverein ‚Die Naturfreunde'", die Anlass hätte geben können, die Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Gegen das Narrativ bekundeten damals schon eine Vielzahl von Angehörigen unterbürgerlicher Schichten damit eigene Bedürfnisse nach Natur, deren Erleben ihnen bürgerliche Kreise absprachen (Frohn 2009).

Dies wirft die weiter unten noch zu erörternde Frage auf, ob das Narrativ einer generellen Naturentfremdung nicht vielmehr für einen ganz spezifischen, kulturell definierten Umgang mit Natur und/oder kulturell gewünschten bzw. unerwünschten Aufenthalten in Natur und Landschaft steht.

„bildungsfern = naturfern"

Die beiden Attribute bildungsfern und naturfern aktivieren zwei Frames, d. h. assoziative Netzwerke, die sich angesichts des strategischen Ziels, Kooperationen mit dem Sozialbereich zu initiieren, als kontraproduktiv erweisen.

Das Attribut bildungsfern mobilisiert im Kontext der Gleichsetzung mit naturfern Assoziationen, wonach Naturerleben, Naturerfahrung, Naturkenntnis etc. nur über Bildung vermittelt als möglich angesehen werden. Abgesehen davon, dass dies auf der Ebene der Fakten familiär oder andersgeartet sozial tradiertes Erfahrungswissen über Natur ausschließen würde, führt diese Gleichsetzung auch zu assoziativen Netzwerken, die die Wahrnehmung des Naturschutzes derart beschränken würde, dass wichtige Traditionslinien, Aktivitätsfelder, ja gesetzlich kodifizierte Ziele des Naturschutzes (BNatSchG § 1 Abs. 1,3) vollkommen ausgeblendet sind: ästhetische, emotionale und andere nicht primär kognitiv vermittelte Naturzugänge bzw. Motive, für den Schutz der Natur einzutreten.

Die Gleichung erhöht also den Frequenzeffekt (s.o.) hinsichtlich eines assoziativen Netzwerkes, wonach Naturschutz angewandte Biologie/ Ökologie sei. Gepaart mit der nicht nur in der Naturschutzbildung gebräuchlichen Floskel „Nur was man kennt, kann man auch schützen!" untermauert es diese durch die biologische Hegemonie im Naturschutz bestimmte Außenwahrnehmung des Naturschutzes. Damit wird zudem das Image des Naturschutzes als ein (bildungs-)bürgerlich dominiertes Anliegen unterstrichen und dieses weckt wiederum – bezogen auf die potenziellen Kooperationspartner aus dem Sozialbereich einerseits und die Zielgruppe der sozialökonomisch benachteiligten Menschen andererseits – Erinnerungen an Erfahrungen bürgerlicher Distinktionshandlungen, bei Letzteren oft im Sinne alltäglich

erlebter sozialer Ausgrenzungen. Mit anderen Worten: Die Frames bieten die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen dafür, zur Bereitschaft zu motivieren, sich auf Naturschutz und dessen Akteur*innen einzulassen und mit ihm zusammenzuarbeiten.

Untermauert wird dieser Eindruck noch durch eine im Naturschutz verbreitete Ikonografie, die vornehmlich auf Arten und Artenkenntnisse adressiert. Diese Ikonografie erweist sich zwar bezogen auf die Zielklientel innerhalb des Naturschutzes als erfolgreich, weil sie die hier herrschenden biologisch dominierten Sehgewohnheiten anspricht. Aber in der Außenwirkung unterstützt sie die oben genannte Verengung der Wahrnehmung des Naturschutzes, seiner Anliegen und eines Aktionsfeldes, wodurch diese im Sinne der Frames frequentiert und damit weiter verankert wird. Dies meint konkret, das gerne bei Titelbildern von Publikationen biologischer Literatur, aber auch in Naturschutzschriften verwendete Motiv von Landschaftsaufnahmen, in die Abbildungen einzelner Arten montiert sind. Diese sollen zwar auf die biologische Vielfalt verweisen, erreichen aber den oben dargelegten Effekt der Verfestigung des assoziierten Netzwerkes.

Die Wiederholung der Gleichung unterstützt aber auch ähnliche Narrative im Bereich der Sozialen Arbeit. Wie fest diese auch dort verankert sind, zeigen nicht nur die Erfahrungen im Kontext des F+E-Vorhabens „Perspektivwechsel“. In Anbahnungsgesprächen charakterisierten vom Team kontaktierte Sozialarbeiter*innen bzw. -pädagog*innen ungefragt ihre Klientel als naturfern. Diese Erfahrungen schlagen sich auch in der Literatur der Sozialen Arbeit nieder. So meint beispielsweise der in Marburg in der Familienarbeit tätige M. Vollmar in einem Erfahrungsbericht über Naturerlebnisangebote für sozialökonomisch benachteiligte Familien in seinem Theorieteil bei diesen „eine tiefer verankerte naturdistanzierende Überzeugung bzw. Habitusformation“ feststellen zu können, um dann in „[u]npassende[r] Kleidung und Schuhen“ den Beleg „für eine tieferliegende Unvertrautheit und Naturdistanz“ sehen zu können. Dass dafür auch eine viel näherliegende Erklärung, nämlich unzureichende finanzielle Ressourcen zum Ankauf besser geeigneterer Utensilien, eine Ursache darstellen könnten, bleibt unerörtert. Die Prägekraft des Narrativs ist so wirksam, dass der Autor, wie seine Darstellung zeigt, nicht bemerkt, dass seine Schilderungen über die konkreten Naturerfahrungen, die diese Familien machten, deren Reaktionen auf dieses Naturerleben, und die Tatsache, dass seine Angebote extrem stark nachgefragt waren und sich einer positiven inhaltlichen Resonanz erfreuten, im Widerspruch zu dem Narrativ von der Naturferne stehen (Vollmar 2018).

Es zeigt sich in der Summe, dass sowohl historisch als auch aktuell durch die Ergebnisse der qualitativ-empirischen Studie „Perspektivwechsel“ und den Erfahrungen mit Best-Practice-Beispielen sehr begründete Zweifel daran bestehen, dass die Aussage, wonach sozialökonomisch benachteiligte und bildungsferne Menschen sich durch eine Naturferne auszeichnen, zumindest in der Pauschalität nicht der Realität entspricht. Da gegen diese genannten Befunde eingewandt werden kann, dass die Studie „Perspektivwechsel“ nicht die gesamte Bandbreite der das Narrativ charakterisierenden Gesellschaftsgruppe umfasst,[33] erscheint es ratsam, die Befunde quantitativ-empirisch noch näher zu analysieren. Daraus folgt Empfehlung 5:

[33] Die Studie erfasst, wie sie darlegt, aus der Gesamtgruppe solche Menschen, die sich auf eine wie auch immer geartete Weise um eine Verbesserung ihrer Situation kümmern (Besuch von Tafeln, Beratungsangeboten, Fortbildungen, Selbsthilfegruppen; aber auch Eltern, deren Kinder Kita oder Schulen aufsuchen). Teilgruppen, die diese Aktivitäten unterlassen – klischeehaft gesprochen solche, die ihre Wohnung nicht verlassen und nur Medien konsumieren – erfasst sie nicht.

5. Die Befunde der Studie „Perspektivwechsel“ sowie die Einzelbefunde aus den Best Practice-Beispielen sollten in einer der nächsten Naturbewusstseinsstudien oder besser noch durch eine repräsentative Spezialumfrage quantitativ ergänzt werden.

Auch wenn noch keine quantitativen Daten vorliegen, sollte schon jetzt aufgrund der Frame- und Metapher-basierten Problematisierung des Narrativs Empfehlung 6 gefolgt werden:

6. Das Narrativ, wonach sozialökonomisch benachteiligte und bildungsferne Menschen sich durch eine große Naturferne auszeichnen, sollte, auch wegen der negativen Folgen des Frequenzeffektes, nicht mehr aktiv kommuniziert werden. Es gilt, ein neues, faktenbasiertes Narrativ zu konzipieren.

Wie aber soll ein solches neues Narrativ konzipiert und wie kommuniziert werden? Anders als bei der doch sehr abstrakten Idee der Nachhaltigkeit, zu der es immer noch nicht gelungen ist, ein „übergreifendes Narrativ“ zu entwickeln und zu etablieren, was man sich konkret darunter vorzustellen hat (Petschow et al. 2019: 9), erscheint dies hinsichtlich des geringeren Abstraktionsgehalts im vorliegenden Fall konzeptionell leichter lösbar. Ein neues Narrativ sollte unbedingt und primär vernunft- und faktenbasiert sein. Dennoch sei hinsichtlich der beiden Schritte Konzipierung und Etablierung noch einmal Folgendes in Erinnerung gerufen: Aus der Kognitionswissenschaft ist bekannt, dass die Negation oder Problematisierung anderer Narrative oder Positionierungen nur dazu führt, dass sich diese über den Frequenzeffekt nur noch weiter verfestigen. Zu bedenken ist ferner, dass bestehende Narrative ein großes Beharrungsvermögen zeigen und dass ein neues Narrativ sich gegen diese Beharrungskräfte durchsetzen muss.

2 Ein neues Narrativ

7. Ein neues Narrativ sollte einerseits die Ergebnisse des Projektes „Perspektivwechsel“, wonach Natur für sozialökonomisch benachteiligte Menschen einen Kompensationsort für alltägliche soziale Ausgrenzungen darstellt, aufgreifen, und diese andererseits mit dem Konzept Martha C. Nussbaums von der Beziehung von Gerechtigkeit und dem guten Leben kombinieren.

Für Nussbaum zählt „die Fähigkeit, in Verbundenheit mit Tieren, Pflanzen und der ganzen Natur zu leben und sie pfleglich zu behandeln“, zu den Grundfähigkeiten des Menschen und zu den unabdingbaren Voraussetzungen gelingenden Lebens (Nussbaum 1998: 201). Mit anderen, nämlich ihren eigenen Worten teilen viele der Teilnehmer*innen an der Studie „Perspektivwechsel“ diese Position – und sie erhoben in ihren spezifischen Formulierungen Forderungen, dass ihnen mehr Stadtnatur in Wohnungsnähe zur Verfügung stehen müsse, damit überhaupt die Voraussetzungen erfüllt sind, dass ihnen ein solch gelingendes, gutes Leben ermöglicht wird. Die – nicht nur philosophische – Metapher vom gelingenden oder guten Leben ist also kompatibel mit den Bedürfnissen in Kreisen sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Sie ist auch andockbar an Naturschutzdiskurse. So nutzen der BUND bzw. die BUNDjugend im Gefolge der von ihnen mitverantworteten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“ (Brot für die Welt et al. 2008) in den letzten Jahren verstärkt die Metapher vom „guten Leben“ in ihrer

Kommunikation.[34] Auch der NABU bzw. die NAJU bedienen sich zunehmend dieser Redewendung.[35]

Die Studie Perspektivwechsel hat aber im Kontext des gelingenden Lebens noch ein weiteres assoziatives Netzwerk zu Tage gefördert: Freiheit. Für Teilnehmer*innen stellt Natur explizit oder implizit einen Ort erfahrener und gelebter Freiheit dar. Obwohl das Rekurrieren auf einen Bestandteil der ‚großen Meistererzählung' der aufgeklärten Moderne von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" in Kombination mit sozialökonomisch benachteiligten Menschen großes Potenzial für den allgemeinen politischen Diskurs um Natur und Naturschutz bietet, wird hinsichtlich der Entwicklung eines neuen Narrativs, das sich auf die Situation sozialökonomisch Benachteiligter bezieht, dennoch davon abgeraten, den Frame ‚Freiheit' zu aktivieren.

Es wird deshalb davon abgeraten, weil ‚Freiheit' hier für zwei – sozial fundierte – nicht kompatible Vorstellungen des Mensch-Natur-Verhältnisses steht. Das bürgerliche Narrativ „Natur bedeutet Freiheit", das im Kern auch dem des Naturschutzes entspricht, basiert idealtypisch auf der Gegenüberstellung von Natur und Kultur, wobei Kultur sowohl historisch als auch aktuell wiederum vornehmlich für Technik und Zivilisation steht (Kirchhoff 2019: 43f.; Schmoll 2004: 14ff.).[36] Dem Soziologen Hartmut Rosa zufolge ist Natur „zu einer – oder vielleicht sogar zu der – zentralen Resonanzsphäre der Moderne" geworden (Rosa 2016: 455f.). Der Aufenthalt in der Natur bedeutet demnach ‚Freiheit' vor allem von Zivilisation, Natur ist folglich vornehmlich ein Kompensationsort von zivilisatorischen Zwängen, von technischem Einfluss.

Ein ganz anderes Verständnis von ‚Freiheit' leitet dagegen offenbar, wie die Ergebnisse der Studie „Perspektivwechsel" zeigen, sozialökonomische Benachteiligte. In den internen Beratungsgesprächen bzw. in den projektbegleitenden Arbeitsgruppen des Projektes „Perspektivwechsel" verwies der Soziologe Heinz Bude darauf, dass Natur in den im Rahmen der Studie erfassten unterbürgerlichen Kreisen ein ganz anderer Kompensationsort sei: Natur ist hier der Ort, an dem sie sich ‚frei' von im Alltag immer wieder erlebten sozialen Ausgrenzungen fühlen (Frohn et al. 2020: 129).

Dennoch sollte hinsichtlich eines adressatengerichteten Narrativs auf den Begriff ‚Freiheit' und die damit verbundene Aktivierung des entsprechenden Frames aus zwei Gründen verzichtet werden. Zum einem bietet der Hinweis auf alltägliche soziale Ausgrenzung die sofortige und unmittelbare Anbindung an eigene Erfahrungen der Betroffenen und wiederum an die Erfahrungen der Akteur*innen der Sozialen Arbeit, von denen ihre Klienten immer wieder berichten. Dies ist deshalb als prioritär anzusehen. Hier wäre eine absolute Fokussierung auf diesen zentralen Aspekt sinnvoll. Zum anderen sind auf dem strategischen Weg zur Kooperationsanbahnung die Akteur*innen im Bereich der Sozialen Arbeit die ersten

---

[34] U. a. „Gutes Leben für alle! Eine Einführung in die Suffizienz; https://www.bund.net/bund-tipps/detail-tipps/tip/gutes-leben-fuer-alle-eine-einfuehrung-in-die-suffizienz/. „Gutes Leben ohne Bauen"; https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/gutes-leben-ohne-bauen/?wc=21750. Auch der gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband aufgelegte Investitions- und Maßnahmenplan im Kontext des Corona-Konjunkturpakets argumentiert mit der Ermöglichung des „guten Lebens für allen Menschen" (Punkt 3: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Klima/doc/BUND_DerParitaetische_AnforderungenKonjunkturpaket.pdf

[35] U. a. https://www.klima-allianz.de/ueber-uns/unsere-mitglieder/mitglied/naju-naturschutzjugend-im-nabu/;

[36] Nimmt man die kulturpessimistische Linie hinzu, so bezieht sich diese allerdings auch auf den Bereich des Sozialen. Dass diese idealtypische Gegenüberstellung Natur versus Zivilisation in Randbereichen ins Wanken gerät, zeigt sich allerdings im Kontext der aktuellen Debatten um die Möglichkeiten der neuen Gentechnologien.

Ansprechpartner*innen. Da diese überwiegend selbst aus dem bürgerlichen Milieu stammen, ist begründet zu vermuten, dass der Begriff ‚Freiheit' in Zusammenhang mit Natur Assoziationen zu einem Mensch-Natur-Verhältnis im Sinne von Natur versus Zivilisationen auslöst. Dies erweist sich allerdings als nicht zielführend.

Aus alledem folgt die Empfehlung zu einem neuen Narrativ, das in etwa so lauten könnte:

8. Sozialökonomisch benachteiligte Menschen schätzen Natur als einen Kompensationsort von alltäglicher sozialer Ausgrenzung. Für sozialökonomisch benachteiligte Menschen stellen Natur und Naturerleben deshalb auch einen integralen Bestandteil eines gelingenden und guten Lebens dar.

2.1 Auf dem Weg zur Etablierung eines neuen Narrativs

Eine (Zauber-)Formel oder ein Masterplan zur Etablierung eines neuen Narrativs existieren nicht. Dazu sind die jeweiligen politischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Entstehungszusammenhänge zu unterschiedlich. In der Literatur wird als gelungenes Beispiel für eine aktiv gesteuerte Etablierung eines Narrativs häufig auf das John F. Kennedy-Narrativ vom Wettlauf zum Mond aus dem Jahre 1962 verwiesen. Kennedy reagierte mit dieser bewusst platzierten Erzählung auf zwei Problemlagen, vor die sich die USA in ihrer Außen- und Innenpolitik gestellt sahen. Außenpolitisch stellte das durch das Narrativ formulierte Ziel eine Reaktion auf zwei Krisen im weltweiten Systemwettkampf (‚Kalter Krieg') dar: auf den sogenannten Sputnik-Schock 1957 und die Kuba-Krise, d. h. die 1962 versuchte Stationierung sowjetischer Atomraketen auf der mittelamerikanischen Insel im ‚Vorhof' der USA. Innenpolitisch galt es, auf eine grassierende Unzufriedenheit, die angesichts der zahlreichen Opfer des Vietnam-Kriegs und der ‚Rassen'unruhen nicht nur im Süden der USA herrschte, eine Antwort zu geben: Das Narrativ und dessen Umsetzung sollte die tief gespaltene Nation durch ein gemeinsames Ziel wieder einen.

Die wissenschaftliche Literatur zu Narrativen thematisiert zwar die Entstehung und Etablierung neuer Erzählungen, die in Konkurrenz zu bestehenden treten und diese ablösen können, die Frage nach dem ‚Wie geschieht dies?' lässt sie aber unbeantwortet. Empirische Befunde hierzu liegen nicht vor. Dagegen finden sich in der sogenannten Motivationsliteratur Hinweise darauf, wie sich erfolgreich neue Narrative etablieren lassen. Dies bezieht sich zwar auf Individuen, ließe sich aber bei aller gebotenen Vorsicht auch auf Kollektive übertragen. Danach sind folgende Faktoren hinsichtlich einer Narrativkonzipierung und Etablierung relevant (Keese 2018: 98):

- ein zu benennendes Problem
- der Mut, dieses Problem zu erkennen
- der Willen, es zu lösen
- die Kraft, ein Ziel zu beschreiben sowie
- die Verpflichtung, es zu erfüllen.

Bezogen auf das in diesem Band angestrebte Ziel, Kooperationen zwischen der Sozialen Arbeit und dem Naturschutz zu initiieren und zu etablieren, hieße dies:

- Es ist als Problem anzuerkennen, dass das bestehende Narrativ von der Naturferne sozialökonomisch benachteiligter Menschen den Blick auf die sehr wohl bestehenden Naturpraktiken und Bedürfnisse nach Naturerleben in dieser Personengruppe seit den Anfängen des Naturschutzes bis heute verstellt hat.

- Die Nicht- bzw. Kaum-Berücksichtigung dieser Personengruppe durch den Naturschutz ist als ein relevantes politisches und gesellschaftliches Problem anzusehen.
- Das bestehende Narrativ soll durch neu zu machende Erfahrungen, die durch zu initiierende Best-Practice-Beispiele generiert werden können, konterkariert und damit dessen Glaubwürdigkeit unterminiert werden.
- Damit sollen sie u.a. das Ziel haben, Kooperationen zwischen Sozialer Arbeit und dem Naturschutz anzubahnen und zu etablieren.
- Eine entsprechende Selbstverpflichtung sollte bei den verschiedenen Akteur*innen vorausgesetzt werden.

Die Etablierung eines neuen Narrativs wird sowohl im Naturschutz als auch in der Sozialen Arbeit nicht nur einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, dieser Etablierungsversuch wird auch auf große Widerstände stoßen.[37] Zwei Gründe sind hierbei von Relevanz. Zum einen verfügen bestehende Narrative erfahrungsgemäß über ein hohes Beharrungsvermögen. Des Weiteren sind hinsichtlich der Akzeptanz von Narrativen weniger die Fakten denn die intersubjektive Glaubwürdigkeit einer solchen Erzählung das entscheidende Erfolgskriterium (Koschorke 2017: 335). Auf dem Weg zur Erreichung dieser Glaubwürdigkeit für das neue Narrativ müssen aber erst noch mentale und habituelle Hürden genommen werden (s.o.).

2.2 Beharrungsvermögen und Gleichzeitigkeit des ‚alten' und ‚neuen' Narrativs

Welche Beharrungskräfte Narrative auch gegenüber offenkundig seit längerem im Widerspruch zu seinen Inhalten stehenden Fakten bzw. Erkenntnissen, aber auch alltäglichen Erfahrungen besitzen, sei hier nur kurz an einem allgemeinen sowie einem weiteren Beispiel, das enge Schnittmengen zum Arbeitsfeld Naturschutz besitzt, illustriert.

Eine der großen Meistererzählungen der USA ist die des Melting Pots. Danach wanderten seit den Pilgrim Fathers [!] zwar wellenartig immer wieder neue Menschen in die USA ein, die ihre eigenen, tief verankerten kulturellen und sozialen Traditionen und Werte mitgebracht hätten, diese seien aber wie in einem Schmelztiegel zu einer neuen, die verschiedenen Traditionen und Werte vereinenden neuen nationalen Kultur zusammengeschmolzen. Dieses Narrativ verkannte und verkennt offensichtliche Tatsachen, wie beispielsweise, dass z. B. bestimmte kontinentale Einwanderungsgruppen nicht freiwillig in das Land kamen und dass eingewanderte nationale Gruppen sich in den USA regional und sogar innerhalb der Städte und Gemeinden lange Zeit weiterhin räumlich, sozial und kulturell segregierten, es steht zudem zumindest seit den Anfängen der Civil Right Movements in den 1950er/ 1960er-Jahren in einem offenen Kontrast zur soziokulturellen und politischen Realität in den USA. Dennoch zählt der Melting Pot selbst heute noch zu den weiterverbreiteten und breit akzeptierten Narrativen der USA (Koschorke 2017: 259).

Für Naturschützer*innen sicherlich sofort nachvollziehbar ist der Hinweis auf das Narrativ des auf statische Naturverhältnisse rekurrierenden ‚ökologischen Gleichgewichts'.

Im Kontext des Narrativs von der Naturferne ist davon auszugehen, dass angesichts spezifischer Problemlagen im Naturschutz von einem besonders großen Beharrungsvermögen

[37] Koschorke 2017: 254 sieht im Kontext der Auseinandersetzung mit ‚alten' Narrativen ein „Trägheitsgesetz" wirken. Die alten kollektiven Erzählungen ließen sich noch in „immensen Datensätzen" wiederfinden und seien mit diesen verknüpft.

ausgegangen werden kann. Dafür sprechen gleich mehrere Gründe.

Zum einen konnte sich das Narrativ der Naturferne nur etablieren, weil es historisch auf sozialen und kulturellen Distinktionshandlungen, d. h. Abgrenzungen, der bürgerlichen Trägerschichten des Naturschutzes gegenüber Angehörigen unterbürgerlicher Schichten beruht. Diese kulturellen Distanzierungen – idealtypisch kontemplatorisch-individuelles versus sozial erfahrenes Naturerleben – sind immer noch besonders wirkungsmächtig. In der Entstehungsphase beruhte das Narrativ noch auf konkreten sozialen Erfahrungen, ja Konflikten. Es besaß offensichtlich eine so große Binnenakzeptanz im Naturschutz und war zudem kompatibel mit der ‚großen Meistererzählung' der Moderne von der generellen Naturentfremdung, dass es eine so große Glaubwürdigkeit gewann und sich deshalb verselbständigte, so dass schließlich eine tatsächliche Entfremdung eintrat: Es ergaben sich – wiederum idealtypisch – keine Berührungspunkte mehr zwischen – bürgerlichen – Naturschützer*innen und sozialökonomisch benachteiligten Menschen.

Über mehrere Jahrzehnte wurden so gut wie keine Naturerlebensangebote für diese Zielgruppe entwickelt. Diese Passivhaltung folgt(e) wegen der Wirkungsmächtigkeit des Narrativs einer inneren Logik: Der Arbeitsaufwand hätte angesichts der erwarteten Resonanz in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag gestanden. Von Ausnahmen, die Einzelpersonen initiierten, abgesehen, bedurfte es des Umwegs über das internationale Parkett (Rio de Janeiro 1992), bis die Debatten um Naturschutz und sozialökonomisch benachteiligte Menschen im deutschen Naturschutz ankamen. Trotz der intensiven Diskussionen um Nachhaltigkeit und ‚Große Transformation' wird man aber weiterhin davon ausgehen müssen, dass das Narrativ von der Naturferne Akteur*innen im Naturschutz *nicht* dazu motivieren wird, eigene Aktivitäten auf diesem Feld zu entwickeln.

Zum zweiten konnte sich dieses Narrativ auch deshalb fest etablieren, weil die Erwartungen vieler Akteur*innen, wie sozialökonomisch benachteiligte Menschen ihrer Auffassung nach Natur erleben sollten, immer noch viel zu stark von den eigenen, kulturell geprägten Naturerlebnisvorstellungen der Naturschutzakteur*innen geprägt sind, die aber zumeist nicht mit denen der Zielgruppe kompatibel sind.

Auf im Laufe der Datenerhebung zur Studie „Perspektivwechsel" sich ergebende Zwischenergebnisse zu den Praktiken und Orten des alltäglichen Naturerlebens, den von den Teilnehmer*innen gegebenen Schilderungen der Art und Weise ihres Naturerlebens und ihren Bedürfnissen nach Natur, die wir Naturschutzakteur*innen, insbesondere solchen in der Umwelt- und Naturschutzbildung, vorlegten, reagierten etliche mit der abschätzig gemeinten Bemerkung: ‚Das ist ja nur Grün'. Dieser Befund ähnelt einer vom Freiraumsoziologen Tessin (2008) bei Gartendenkmalpfleger*innen und Landschaftsarchitekt*innen gemachten Erfahrung. Danach erwarten diese, dass Besucher*innen historischer Gartenanlagen in der Lage sein müssten, die den Konzeptionen der Anlagen zugrundeliegenden kulturellen Codes zu dechiffrieren, zu goutieren und damit ihre Arbeit hinsichtlich der Pflege der Anlagen wertzuschätzen. Nähmen Besucher*innen diese Anlagen allerdings als ‚nur grün' wahr, neigten viele dieser Fachleute dazu, ein solches Verhalten als „‚uneigentlich' abzuqualifizieren" (Tessin 2011: 159–163).

Bezogen auf den Naturschutz geht die Bewertung ‚nur Grün' mit der impliziten Erwartung einher, dass sozialökonomisch benachteiligte Menschen städtische Natur und deren Biodiversität so wahrzunehmen und zu schätzen hätten wie ‚Naturschützer*innen', also vor allem kognitiv. Pointiert formuliert hieße dies: Wenn diese Menschen während ihrer Aufenthalte in der Stadtnatur nicht in der Lage oder nicht willens sind, die jeweilige Biodiversität der unterschiedlichen Grün- und Freiflächen wahrzunehmen oder Arten in Fauna und Flora nicht näher unterschieden, dann würden sie ‚Natur' eigentlich auch nicht wirklich erleben und

schätzen.

Nun werden die gleichen Räume und Objekte bekanntlich unterschiedlich wahrgenommen – sowohl hinsichtlich dessen, was der Einzelne sieht, als auch hinsichtlich der Wirkung, die das Gesehene auf den Einzelnen ausübt (Tessin 2011: 116). Hinzu kommt aber auch ein unterschiedliches kulturelles Kapital – im Sinne Pierre Bourdieus (Kühne 2013: 256f.). Naturschutzakteur*innen sind hinsichtlich der städtischen Biodiversität mit einem überreichen kulturellen Kapital ausgestattet, wohingegen sozialökonomisch benachteiligte Menschen zwar über ein sehr unterschiedlich geprägtes, tendenziell aber über weniger kulturelles Kapital im Bereich Naturschutz und biologische Vielfalt verfügen. Wenn aber die Erwartungshaltung im Naturschutz diejenige ist, bei sozial benachteiligten Menschen auf ein ähnlich hohes kulturelles Kapital zu stoßen, dann verstellt eine solche Erwartungshaltung die Wahrnehmung entscheidend und führt zu letztlich selbst erzeugtem Frust. Damit fehlt auch jegliche Motivation, weitere Angebote zu entwickeln.

9. Insbesondere in der Umwelt- und Naturschutzbildung (BANU, ANU etc.) sollten Debatten um die Erwartungshaltung von Naturakteur*innen gegenüber Angehörigen gesellschaftlicher Milieus oder sozialer Gruppen hinsichtlich Naturvorstellungen, Naturerlebnissen etc. initiiert werden. Die Debatten sollten einen Beitrag dazu leisten, den Milieus und Gruppen angemessene Erwartungshaltungen zu entwickeln, um so potenziellen Frusterfahrungen vorzubauen. Ziel der Arbeit nicht nur mit sozialökonomisch benachteiligten Menschen sollte es nicht sein, aus ihnen – gleichsam mit missionarischer Absicht – aktive Naturschützer*innen zu machen. Vielmehr sollte Naturschutz als gesellschaftliche Vereinbarung seine Arbeit auch als eine gesellschaftliche ‚Bringpflicht' gegenüber dieser Zielgruppe verstehen: Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sollten auch Naturschützer*innen durch ihre Arbeit dazu beitragen, Angehörigen der Zielgruppe Formen des Naturerlebens im Sinne eines guten und gelingenden Lebens zu ermöglichen.

Drittens zeigt sich zudem deutlich, dass das Narrativ historisch und aktuell auf Fremdzuweisungen seitens der Naturschützer*innen beruht, die der Selbstwahrnehmung der sozialökonomisch benachteiligten Menschen nicht entsprechen.

Daraus ergeben sich grundsätzliche Fragen an Naturschutzakteur*innen generell und an in der Naturschutzbildung Tätige im Besonderen, die sich wiederum nicht nur hinsichtlich der Erwartungshaltung gegenüber ‚Nichtnaturschützer*innen' stellen: Liegt eine – in der Wahrnehmung von Naturschutzakteur*innen goutierte – Naturerfahrung, ein Naturerlebnis nur dann vor, wenn man mehr als ‚nur Grün' wahrnimmt? Kann jemand nur dann als Naturschützer*in gelten, wenn er bzw. sie über ein umfangreiches Arten- oder ökologisches Wissen verfügt? Gilt eine Naturaneignung nur dann als akzeptabel, wenn sie den im Naturschutz verbreiteten kulturell geprägten Formen der Aneignung entspricht?

Vorgeschlagen wird angesichts des zu erwartenden Beharrungsvermögens des Narrativs von der Naturferne ein Bündel von Ansätzen, die *indirekt* – also nicht im Sinne einer Problematisierung und des damit einhergehenden Frequenzeffekts (s.o.) – im Verlauf der Zeitachse nachhaltig Skepsis an der Glaubwürdigkeit des bestehenden Narrativs wecken.

Um das neue Narrativ zu platzieren und um ihm Glaubwürdigkeit zu verschaffen, sollten die neuen Erzählungen auf geänderten Erkenntnissen aufbauen. Im konkreten Fall bietet es sich an, das Mittel des Perspektivwechsels, das der vorgeschlagenen neuen Erzählung zugrunde liegt, penetrant einzusetzen.

10. Der Fremdzuschreibung von der Naturferne sollte hartnäckig die neue Erzählung, die auf der Eigensicht der sozialökonomisch benachteiligten Menschen hinsichtlich ihrer alltäglichen Naturpraktiken, ihren Naturvorstellungen und -bedürfnissen beruht, entgegengesetzt werden. Zu diesem Zwecke sollten auf allen vorhandenen Kommunikationskanälen stetig die Erfahrungen aus den Best-Practice-Beispielen und den Ergebnissen der Studie „Perspektivwechsel“ verbreitet werden.

Unverkennbar besteht aber in breiten Kreisen immer noch eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Ergebnissen qualitativ-empirischer Studien und Best-Practice-basierten Erfahrungsberichten. Ihnen wird gerne mangelnde Repräsentativität vorgeworfen.

11. Um die Skepsis gegenüber Ergebnissen qualitativer Studien zu reduzieren, sollten deren Ergebnisse auch in den Themenkatalog repräsentativer Umfragen eingehen.

Repräsentative Befragungen wie die Naturbewusstseinsstudien nutzen – zumeist aus innerwissenschaftlichen Gründen – Items, die einem elaborierten Code entsprechen. Die Ergebnisse der Studie „Perspektivwechsel“ verdeutlichen allerdings, dass die Eigenbeschreibungen bzw. -bezeichnungen sozialökonomisch benachteiligter Menschen hinsichtlich ihrer Naturpraktiken, Naturvorstellungen und Naturbedürfnisse diesem Code nicht entsprechen. Es steht deshalb bei Befragungen, die auf elaborierten Codes aufbauen, zu befürchten, dass der Kerngehalt der Fragen nicht erfasst und damit nicht verstanden wird. Zwar gelingt es bei diesen großen Befragungen mit hohem Aufwand die notwendige Anzahl von Interviewten aus den einzelnen Milieus zu gewinnen, es kann aber ein Selbstselektions-Bias gerade bei Angehörigen aus den Milieus im unteren Drittel der Gesellschaftsschichtung nicht ausgeschlossen werden.[38] Zwar erreichen Studien wie die Naturbewusstseinsstudien aufgrund des hohen Befragungsaufwands ein Optimum hinsichtlich der gewählten Methode, mit Anke Blöbaum (2020: 132) ist aber zu fragen, ob nicht andere, den Zielgruppen angemessenere Wege hinsichtlich der Fragestellungen zielführender sind. Deshalb wird empfohlen:

12. Da die Fragen eines solchen Schwerpunktes aber dem generellen elaborierten Code der Naturbewusstseinsstudie entsprechen würden, ist Skepsis angezeigt, ob so formulierte Items angesichts eines davon erheblich abweichenden Codes in der Zielgruppe von der Zielklientel verstanden würden. Angemessener erschiene es, ähnlich wie bei Jugendlichen, für die eine eigene Jugend-Naturbewusstseinsstudie durchgeführt wird, eine der Zielgruppe angepasste Spezialstudie mit einem eigens für die Zielpersonen entwickelten Fragenkatalog durchzuführen.

2.3 Corona-Pandemie als ein Gelegenheitsfenster zur Etablierung eines neuen Narrativs nutzen

Nachdem bisher vornehmlich auf strukturelle Probleme zur Etablierung eines neuen Narrativs verwiesen wurde, sei nun aber auf ein Gelegenheitsfenster hingewiesen. Nach Turowski & Mikfeld (2013: 64) ergeben sich in Krisensituationen neue Handlungsspielräume für die Entstehung und Etablierung neuer Narrative, die nun genutzt werden sollten.

Zu den Corona-Narrativen wird sicherlich die Erzählung gehören, wonach gerade in den Zeiten der verschärften Kontaktbeschränkungen für Stadtbewohner*innen, insbesondere wiederum für Familien, die in sozialökonomisch benachteiligten Stadtteilen auf geringer Wohnfläche mit mehreren Personen leben, die wohnungsnahe Natur einen zentralen Kompensationsort für durchlittene Einschränkungen darstellte. Dieses wohl breit geteilte Grundgefühl

[38] Blöbaum 2020: 132 mit Verweis auf Rentzsch & Schütz 2009: 258ff.

lässt sich argumentativ noch dadurch untermauern, dass zur Zeit des ersten Lockdowns eine medial sehr breit kommunizierte Studie zur Frequentierung stadtnaher Wälder durchgeführt wurde, die beispielsweise für den Bonner Kottenforst einen Anstieg von Waldbesucher*innen um 140 % nachweisen konnte.[39]

13. Krisensituationen erleichtern es erfahrungsgemäß ungemein, neue Narrative zu etablieren. Die durch das COVID-19-Virus ausgelöste fundamentale Krise ermöglicht es, gleichsam im Windschatten von im Entstehen begriffenen Corona-Erzählungen, wonach Stadtbewohner*innen, vor allem aber auch solche aus sozialökonomisch benachteiligten Stadtteilen vermehrt Natur als Kompensationsort für erlittenes Social Distancing aufsuchten und nutzten, dem neuen Narrativ Schubkraft zu geben. Die Corona-Erzählungen verleihen dem neuen Narrativ sofort besondere Glaubwürdigkeit.

Dass sich in Krisenzeiten Chancen für produktive mentale Disruptionen öffnen, darauf wurde im vorigen Kapitel hinsichtlich des vom BUND und dem Paritätischen Gesamtverband vorgelegten „Investitions- und Maßnahmenplans“ für ein „sozial-ökologisches Konjunkturpaket“ hingewiesen. Sollte sich diese Zusammenarbeit intensivieren lassen, dann böte das neue Narrativ Chancen, verstärkt sowohl die sozialen als auch die Naturschutz-Anliegen integrativ anzugehen.

3 Anbahnung und Entwicklung von Best Practice-Tandemprojekten

Die Glaubwürdigkeit des neuen Narrativs lässt sich am besten dadurch steigern, dass sich das Erfahrungswissen um die auch bei sozialökonomisch benachteiligten Menschen bestehende Naturaffinität und deren Bedürfnis nach Naturerleben stärker verbreitet.

14. Breiteres Erfahrungswissen um die auch bei sozialökonomisch benachteiligten Menschen bestehende Naturaffinität und deren Bedürfnis nach Naturerleben ließe sich am besten durch Best-Practice-Projekte generieren.

Viel wäre gewonnen, wenn sich dieses Erfahrungswissen auf beide Bereiche erstreckt.

15. In Analogie zum Motto „Nur was man kennt, kann man auch schützen“ lässt sich auch formulieren „Wenn man die andere Akteursgruppe erst einmal kennengelernt hat, lässt sich besser mit ihr kooperieren“. Deshalb sollten Tandem-Projekte zwischen Organisationen aus dem Sozial- und Naturschutzbereich vermehrt initiiert werden.

Zu initiierende Tandemprojekte werden sich allerdings kaum (oder nicht) im Rahmen des bestehenden Förderdesigns realisieren.

16. Besteht der politische Wille, solche Tandemprojekte zu initiieren, wird man angesichts der bestehenden finanziellen Situationen der Wohlfahrts- und Naturschutzvereine bzw. -verbände vor Ort nicht umhinkommen, alsbald eine *neue Förderlinie für Tandemprojekte*, ins Leben zu rufen.

Unmut hat allerdings im Sozialbereich eine Förderpraxis hervorgerufen, die man dort

[39] https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/mehr-waldbesuche-waehrend-corona-100.html; https://www.wald-und-holz.nrw.de/aktuelle-meldungen/faktor-24-corona-laesst-menschen-in-den-wald-stroemen). Allerdings mehren sich aus Naturschutzkreisen wiederum die Klagen darüber, dass die Frequentierung von Schutzgebieten extrem angestiegen sei und dass die Besucher*innen sich unangemessen verhalten hätten. Die kulturelle Prägung verstellt in dieser Sichtweise wieder den Blick auf die Chancen, die in diesem Phänomen liegen und pointiert stattdessen auf die damit einhergehenden unverkennbaren Probleme.

bestenfalls als instinktlos in der Regel aber als distinktiv wahrgenommen hat: die Förderung von Umwelt- und Naturschutzbildungseinrichtungen, die zwar in schöner und artenreicher Natur gelegen sind, die aber mit dem ÖPNV nicht erreichbar sind. Die unterbreiteten Angebote könnten schon allein wegen der für sie fehlenden Erreichbarkeit nicht genutzt werden.

17. Ein Kriterium bei Prüfung der Förderfähigkeit von Umwelt- und Naturschutzbildungseinrichtungen sollte zukünftig sein, dass diese nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes sondern auch um dem Ziel der „Natur für alle!“ zu dienen, unbedingt mit dem ÖPNV erreichbar sein müssen.

4 Änderungen in der Organisationsstruktur

Im vorigen Kapitel wurde herausgearbeitet, dass die Zuordnung für Nachhaltigkeitsfragen zu den jeweiligen Verwaltungssäulen strukturell einem integrativen Denken und Arbeiten entgegensteht.

18. Die formale organisatorische Verortung für Nachhaltigkeitsfragen und damit für Kooperationen zwischen dem Natur- und Umweltbereich einerseits und dem Sozialwesen andererseits sollte aus den im Sozial- und Naturschutzbereich üblichen Verwaltungssäulen ausgegliedert und als Querschnittsaufgabe verortet werden. Sinnvoll erscheint es, solche Zuständigkeiten auf der Stabsebene anzusiedeln.

Eine solche Umstrukturierung bliebe aber, wie sich aus Wirtschaftsunternehmen zeigt, auch dann nur ein Akt der Symbolpolitik, solange nicht eindeutige Erklärungen und vor allem aktive Unterstützungen durch die Hausspitzen erfolgen.[40]

5 Vorschläge für konkrete Projekte bzw. Maßnahmen

Zur Unterstützung der mittel- und langfristig ausgerichteten Strategievorschläge erscheint es sinnvoll, konkrete Projekte oder Maßnahmen in nächster Zukunft in Angriff zu nehmen. Diese zielen einerseits darauf, die Kenntnisse über die im vorigen Kapitel aufgezeigten Hürden zu vertiefen, um darauf aufbauend, Lösungswege zum Überspringen ebendieser zu entwickeln. Andererseits sollten Schritte unternommen werden, die dazu beitragen, dass das Erfahrungswissen um die Sinnhaftigkeit des Kooperationsansatzes im Sinne eines beiderseitigen Interesses bald steigt – auch um damit die Glaubwürdigkeit des neuen Narrativs zu steigern und um damit einen Beitrag zu dessen Etablierung zu leisten.

5.1 Zeitproblematik zwischen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit

Der im Kontext der Corona-Pandemie entwickelte „Investitions- und Maßnahmenplan“ für ein „sozial-ökologisches Konjunkturpaket“, den der BUND zusammen mit dem Paritätischen Gesamtverband im Juni 2020 vorgelegt hat, lässt implizit Konflikte erkennen, die sich zwischen den beiden Bereichen aus der unterschiedlichen primären Orientierung an der inter- bzw. intragenerationellen Gerechtigkeit ergeben. Diese Konfliktlinien werden in dem Programm mit der Forderung nach staatlichen Transfergeldern ‚zugekleistert‘. Die schuldenfinanzierte ‚Lösung‘ wird aber auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene die ‚Waage‘ zu Ungunsten der intergenerationellen Gerechtigkeit senken, da die junge Generation bzw. zukünftige

[40] Sharp et al. 2020: 7 unterstützen dies, fordern zudem ein grundsätzliches Umsteuern nicht nur bei den Strukturen sondern auch bei Denk- und Handlungsroutinen. Dies erscheint zwar notwendig, hilft aber kurz- und mittelfristig wenig, denn es wird sicherlich lange dauern, bis diese Forderung umgesetzt ist. Sie plädieren zudem dafür, Kooperationen durch finanzielle Förderung zu unterstützen; Sharp et al. 2020: 42

Generationen diese Schulden werden tilgen müssen. Insofern löste der Forderungskatalog die Spannung zwischen beiden Zielen nicht auf.[41]

19. Will man zukünftig Zielkonflikte, die sich in der Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Naturschutzbereich aufgrund des Spannungsverhältnis zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit ergeben werden, nicht nur mit Formelkompromissen ‚zukleistern', erscheint es ratsam, sich im Rahmen eines F+E-Vorhabens aus umweltethischer und/ oder sozialwissenschaftlich-politologischer Perspektive mit dem Spannungsverhältnis der beiden Gerechtigkeitskriterien auseinanderzusetzen und Ansätze zu entwickeln, wie diese Hürde hinsichtlich angestrebter Kooperationen angesichts der unterschiedlichen Zielorientierung überwunden werden kann.

5.2 Forschungsvorhaben zur näheren Bestimmung der mentalen und habituellen Hürden in beiden Bereichen

Im Bereich der Umweltbildung sind bisher nur ganz rudimentär Angebote nachweisbar, die sich explizit an sozialökonomisch benachteiligte Menschen wenden. Die hier gemachten Erfahrungen lehren, so die Selbsteinschätzung im Umweltbildungsbereich, dass es sich bei diesen Menschen um „schwierige Kunden" handele (Kappauf 2012). Als ‚schwierig' erweisen sie sich allerdings nur deshalb, weil die Angebote methodisch nicht an die Zielgruppe angepasst sind und habituelle Gräben zwischen den Anbietern und Nachfragenden liegen.

Es herrschen zudem offenbar bei Akteur*innen beider Bereiche Einschätzungen von sozialökonomisch benachteiligten Menschen und ihren Naturerfahrungen und -bedürfnissen, die dem Narrativ der Naturferne sozialökonomisch benachteiligter Menschen folgen.

20. Im Rahmen einer qualitativen Studie sollten die in beiden Akteursgruppen vorherrschenden Images von sozialökonomisch benachteiligten Menschen analysiert werden, zugleich bestehende Vorstellungen zu Schnittmengen im Sinne eines beiderseitigen Interesses eruiert und Interessenpotenziale zu einer möglichen Zusammenarbeit ergründet werden. Darüber hinaus sollten auch Fremdbilder von der jeweils anderen Akteursgruppe eruiert und analysiert werden, um auf diesen Ergebnissen aufbauend Vorschläge zur Senkung bzw. im Idealfall Überwindung habitueller Disktinktionshürden entwickeln zu können.

Kurzum, es erscheint sinnvoll, nach dem Grundlagenwissen zu den Naturpraktiken sozialökonomisch benachteiligter Menschen auch ein solches zu den bestehenden Mentalitäten und Habitusformen in den beiden Akteursgruppen zu generieren. Darauf aufbauend ließen sich Konzepte und auch notwendige neuen Methoden für eine kooperativ angelegte „aufsuchende Natur(schutz)arbeit" in prekären Stadtteilen entwickeln.

Die bisherige Methodik in der Umweltbildung hat sich allerdings als ungeeignet erwiesen, die Zielgruppe der sozialökonomisch benachteiligten Menschen adäquat anzusprechen.

21. Da sich das bestehende Methodenset im Bereich der Umweltbildung als ungeeignet erweist, die Zielgruppe der sozialökonomisch benachteiligten Menschen adäquat anzusprechen, gilt es, neue Methoden zu entwickeln und zu erproben.

[41] Vgl. hierzu zum Zeitproblem (mit Schwerpunkt auf die Klimadebatte) Rinderspacher 2020.

5.3 Bottom up statt Top down: Anbahnungs- und Erprobungsprojekte

Die eigenen Gespräche (vgl. voriges Kapitel), aber auch die Analyse des IÖW ergaben, dass zwischen den Bundesverbandszentralen und regionalen bzw. lokalen Organisationstrukturen (insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden[42]) der Informationsfluss, aber auch die Einflussnahme von ‚unten nach oben' nur rudimentär vorhanden ist. Ein Top-down-Ansatz zur Veränderung der Strukturen, aber auch der mentalen und habituellen Unterschiede erscheint deshalb wenig erfolgversprechend. Eventuell gefundene Formelkompromisse bzw. Erklärungen blieben ohne Folgen. Hier geht diese Analyse mit der des IÖW d'accord. Eine Mitarbeiterin des BMU wies Ende 2019 den Autor daraufhin, dass gegen den auch von ihr bestätigten Trend in den Wohlfahrtsverbänden der sehr heterogen strukturierte Paritätische Gesamtverband in Sachen Nachhaltigkeit aufgrund des ‚Drucks von unten' sich neuerdings hinsichtlich einer Kooperationswilligkeit offener zeige. Der gemeinsame Forderungskatalog, den dieser in Kooperation mit dem BUND im Kontext der Debatten um ein Corona-Konjunkturpaket vorlegte, zeigt hier erste konkrete Wirkungen.

Auch wenn mit dem gemeinsamen Forderungskatalog von BUND und Paritätischem Gesamtverband auf der Symbolebene ein Durchbruch gelang, bleibt aufgrund eines fehlenden integrativen Ansatzes Skepsis angesagt, ob diese Zusammenarbeit auch in Zeiten von mit harten Bandagen ausgefochtenen Verteilungskämpfen Bestand haben wird.

In Analogie zum Motto „Nur was man kennt, kann man auch schützen" ließe sich auch formulieren, „Wenn man die andere Akteursgruppe erst einmal kennengelernt hat, lässt sich besser mit ihr kooperieren". Darüber hinaus könnten positive Erfahrungen in der Kooperation, die dann in den jeweiligen Akteurskreisen breit publik gemacht würden, andere dazu zu motivieren, ebenfalls die Kooperation zu suchen.

Will man nicht darauf hoffen, dass sich Best Practice-Projekte nach dem Prinzip Zufall schon irgendwie von selbst ergeben, liegt es nahe, gezielt Kooperationsprojekte anzubahnen. Man wird die potenziellen Akteure aber angesichts der beschriebenen mentalen und habituellen Hürden, wie das Beispiel der Waldpädagog*innen aus NRW zeigt, aber auch angesichts der Tatsache, dass sowohl in der Umweltbildung als auch in der Sozialen Arbeit personell am Limit gearbeitet wird, nicht auf rein argumentative Weise (beiderseitiges Interesse) per Aufruf oder einem wie auch immer gearteten Appell zu einer Zusammenarbeit motivieren können. Dazu bedarf es hartnäckiger Überzeugungsarbeit und im Verlauf von Projekten persönlicher Begleitung, um die Akteure auch bei sich mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund mentaler und habitueller Hürden ergebenden Schwierigkeiten zusammenzuhalten, damit der Prozess des sich Kennenlernens bzw. des sich aneinander Gewöhnens nicht abbricht. Die gesammelten Erfahrungen (und eventuellen Lösungsansätze bei auftretenden Problemen) sollten dann in einen Leitfaden für Kooperationsprojekte einfließen.

Die Erfahrungen aus dem F+E-Vorhaben „Perspektivwechsel" zeigen, dass beispielsweise für das Problemfeld Insektensterben bzw. Schutz von Insekten (und damit mittelbar auch Erhaltung der Biodiversität) sowohl Akteure der Sozialen Arbeit als auch sozialökonomisch benachteiligte Menschen dies jeweils als ein relevantes Problem betrachten.

[42] Überdeutlich zeigt sich dies im aktuellen AWO-Skandal in Hessen (Frankfurt/Wiesbaden), wo ein totales Aufsichtsversagen vorliegt.

22. Auch zur Erprobung neu entwickelter Methoden sollte ein Anbahnungsprojekt für Tandemmaßnahmen initiiert und durchgeführt werden. Thematisch bietet sich ein Projekt im Kontext des Insektenrückgangs an. Hier liegt ein Themenfeld vor, das bei allen drei Adressaten im Kontext einer „aufsuchenden Natur (schutz)arbeit“ auf Interesse stößt: bei den Akteuren in den Bereichen der Sozialen Arbeit und des Naturschutzes, aber auch und vor allem bei den sozialökonomisch benachteiligten Menschen selbst.

In diesen Tandemprojekten werden sich anfänglich die Wirkungen der beschriebenen mentalen und habituellen Hürden zwischen beiden Personengruppen zeigen.

23. Zu initiierende Tandemprojekte sollten aber unbedingt *nicht nur* fachlich eng begleitet werden. Darüber hinaus sollte angesichts der aufgezeigten mentalen und habituellen Hürden die Möglichkeit zur Mediation bestehen, um so sicherzustellen, dass bereits die ersten Projekte den Charakter von motivierenden und nachahmenswerten *Best-Practice-Beispielen* entwickeln.

6 Literatur

Baringhorst, S. (2004): Strategic Framing – Deutungsstrategien zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung, in: Kreyher, V. J. (Hrsg.), Handbuch Politisches Marketing, Baden-Baden.

Berger, L. & Frohn, H.-W. (2021): Historie und Aktualität der Beziehungen zwischen Naturfragen und Sozialen Fragen. Ein Plädoyer für ein stärkeres Engagement des Naturschutzes in sozialpolitischen Debatten. – in: Natur und Landschaft (im Erscheinen]

Blöbaum, A. (2020): Naturbedürfnisse sozioökonomisch benachteiligter Menschen – Perspektivwechsel gelungen? Eine Reflexion aus umweltpsychologischer Sicht. – In: Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Brennecke, J. S.; Diemer, S.; Koch, E. & Ziemek, H.-P. (2020): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. – BfN-Skripten 559. Bonn: 132-137.

Bourdieu, P. (1991): Die feinen Unterschiede. 4. Aufl. Frankfurt/ M.

Brot für die Welt; Evangelischer Entwicklungsdienst & Bund für Umwelt und Naturschutz (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt/ M.

Dahinden, U. (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz.

Frohn, H.-W. (2009): Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und die Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. – In: Frohn, H.-W.; Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.): „Wenn sich alle in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. Bonn: 39 – 124.

Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Brennecke, J. S.; Diemer, S.; Koch, E. & Ziemek, H.-P. (2020): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. – BfN-Skripten 559. Bonn.

Frohn, H.-W. & Wichert, F. (Hrsg.) (2018): Naturschutz: natürlich sozial, interkulturell und inkludierend?! – BfN-Skripten 514 – Bonn

Hofmann, W.; Renner, J. & Teich, K. (Hrsg.) (2014): Narrative Formen der Politik. Wiesbaden.

KAPPAUF, T. (2012): Erfolgsbedingungen milieuspezifischer Umweltbildung für bildungsferne Schichten. – In: Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit & biologische Vielfalt. Stadtnatur und ihre soziale Dimension in Umweltbildung und Stadtentwicklung. Radolfzell: 32f.

Keese, C. (2018): Disrupt Yourself. Vom Abenteuer, sich in der digitalen Welt neu erfinden zu müssen. München.

Kirchhoff, T. (2019): „Natürlichkeit“ – Bedeutungen und Bewertungen. – In: Schell, C.; Engelhard, M.; Frohn, H.-W. & Berger, L. (Hrsg.): Neue Gentechniken und Naturschutz – eine Verhältnisbestimmung. – BfN-Skripten 546 – Bonn: 43–65.

Koschorke, A. (2017): Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie. 4. Aufl. Frankfurt/M..

Kühne, O. (2013): Macht und Landschaft: Annäherung an die Konstruktion von Experten und Laien. – In: Leibenath, M.; Heiland, S.; Kilper, H. & Tzschachel, S. (Hrsg.): Wie werden

Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften. Bielefeld: 237–271.

Llanque, M. (2014): Metapher, Metanarrative und Verbindlichkeitsnarrationen: Narrative in der Politischen Theorie. – In: Hofmann, W.; Renner, J. & Teich, K. (Hrsg.): Narrative Formen der Politik. Wiesbaden:7-30.

Müller-Funk, W. (2007): Die Kultur und ihre Narrative. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden.

Nussbaum, M. C. (1998): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt/ M.

Petschow, U.; Riousset, P.; Sharp, H.; Jacob, K.; Guske, A.-L.; Schipperges, M. & Arlt, H.-J. (2019). Identifizierung neuer gesellschaftspolitischer Bündnispartner und Kooperationsstrategien für Umweltpolitik: Hypothesen zum Verhältnis von Umwelt- und Sozialpolitik – eine erste Bestandsaufnahme. Zwischenbericht. Unveröffentlichtes Manuskript Berlin (FKZ 3717 11 104 0)

Rentzsch, K. & Schütz, A. (2009): Psychologische Diagnostik: Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Stuttgart.

Rinderspacher, J. P. (2020): „Beeilt euch!“ Zeitprobleme im sozial-ökologischen Transformationsprozess. München.

Rosa, H. (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. 3. Aufl. Berlin.

Schell, C.; Engelhard, M.; Frohn, H.-W. & Berger, L. (Hrsg.): Neue Gentechniken und Naturschutz – eine Verhältnisbestimmung. – BfN-Skripten 546 – Bonn.

Schmoll, F. (2004): Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich. Frankfurt/M.

Sharp, H.; Petschow, U.; Arlt, H.-J.; Jacob, K.; Kalt, G. & Schipperges, M. (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. URL: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation

Tessin, W. (2008): Ästhetik des Angenehmen. Städtische Freiräume zwischen professioneller Ästhetik und Laiengeschmack. Wiesbaden.

Tessin, W. (2011): Freiraum und Verhalten. Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden.

Turowski, J. & Mikfeld, B. (2013): Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse. Berlin. URL: https://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2013/10/DD_Werkbericht_3.pdf

Vollmar, M. (2018): Familienbildung in der Natur. Ein Projekt mit sozial benachteiligten Familien. – In: erleben und lernen 3&4 (Themenheft Natur wahrnehmen – erfahren – erleben): 35 – 38.

Wehling, E. (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln.

Das Soziale im Naturschutz: Kooperation und Kommunikation

Uta Eser und Lars Berger

Die Beiträge im vorliegenden Band bieten eine Gesamtschau und Reflexion der Aktivitäten, die im Bundesamt für Naturschutz im Arbeitsschwerpunkt „Naturschutz und Soziale Fragen“ durchgeführt wurden und werden.

- Der erste Teil (A) dient der **theoretischen Fundierung** der Verbindung von Naturschutz und sozialen Fragen. Er präsentiert und diskutiert mit dem wissenschaftlichen Ansatz der Sozialen Ökologie und dem politischen Ziel einer globalen nachhaltigen Entwicklung Konzepte, die einer integrierten Betrachtung von Natur und Gesellschaft zugrunde gelegt werden können.
- Im Zentrum des zweiten Teils (B) steht die **Analyse bestehender Kooperationen** zwischen Naturschutz und sozialer Arbeit im Hinblick auf deren Verstetigung und strategische Weiterentwicklung. Er umfasst die Ergebnisse des BfN-Dialogforums ‚Naturschutz und soziale Fragen‘ im Oktober 2020, zwei Berichte von Forschungsvorhaben zum Aufbau neuer Allianzen zwischen Umwelt-/ Naturschutz und dem Sozialbereich, und die Darstellung einschlägiger Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2011-2020 und des Bundesprogramms Biologische Vielfalt. Eine Analyse der Voraussetzungen und Potentiale praktischer Kooperationen beschließt das Kapitel.
- Im dritten Teil (C) werden **Perspektiven einer gelingenden Zusammenarbeit** entworfen, die neben der strategischen Etablierung eines neuen Narrativs auch auf die Initiierung weiterer Tandem-Projekte, auf erforderliche Änderungen in den Organisationsstrukturen der jeweiligen Verbände und auf weiteren Forschungsbedarf eingehen.

Zum Abschluss soll nun der Blick über die konkreten Kooperationen hinaus auf den weiteren Horizont der Verbindung von Naturschutz und Sozialem gerichtet werden. Die folgenden Absätze fassen zentrale Befunde zu den Zielen, den möglichen beiderseitigen Gewinnen und den strukturellen und kulturellen Hindernissen praktischer Kooperationen zusammen und ordnen sie vor dem Hintergrund der im ersten Kapitel dargestellten konzeptionellen Grundlagen auf einer politisch-strategischen Ebene ein.

In der hier dokumentierten Auseinandersetzung mit der Bedeutung sozialer Fragen für den Naturschutz tritt eine bemerkenswerte Doppeldeutigkeit zutage: Die Verbindung zwischen beiden Bereichen wird zum einen **analytisch-deskriptiv** vorausgesetzt („Naturschutz und soziale Fragen hängen zusammen“), zum anderen aber auch **normativ** gefordert („Naturschutz soll sich mit sozialen Fragen befassen“). Beide Verständnisse sind richtig und wichtig, verdienen aber in ihrer Differenz eine eigenständige Betrachtung. Der deskriptive Zugang folgt aus einer systemtheoretischen Perspektive, der zufolge ökologische und soziale Fragen zwar zu unterscheiden, aber nicht zu trennen sind. Gemäß einem solchen sozial-ökologischen Verständnis haben wir es bei ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘ nicht mit zwei getrennten Praxisfeldern zu tun, die man durch Kooperation aktiv verbinden müsste, sondern mit zwei Bereichen, die ohnehin, ob man will oder nicht, miteinander untrennbar verbunden sind. Unter dieser Voraussetzung bedeutet der normative Appell, Naturschutz und soziale Arbeit besser als bislang miteinander zu verbinden, nicht nur, Kooperationen zwischen zwei bislang unverbundenen Praxisfeldern herzustellen, sondern auch, die grundsätzlich vorhandene Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Fragen zu reflektieren und sie bewusst praktisch zum beiderseitigen Wohl zu gestalten. Um diese Aspekte zu unterscheiden und ihnen beiden gerecht zu werden, geht es im Folgenden um drei Fragen:

- Wie können **Kooperationen** zwischen Naturschutz und sozialer Arbeit initiiert, mit beiderseitigem Gewinn durchgeführt und institutionell konsolidiert werden?

- Wie kann **Kommunikation** die angestrebte Verbindung von Natur und sozialen Fragen unterstützen?
- Welche Rolle spielen Kooperation und Kommunikation zwischen Naturschutz und Sozialbereich für das übergeordnete Ziel, **Naturschutzpolitik sozial einzubetten**?

Kooperationen zwischen Naturschutz und sozialer Arbeit

Unter dem Titel „Soziale Natur – Natur für alle“ und im Rahmen des „Bundesprogramms Biologische Vielfalt“ wird in diesem Band eine Fülle praktischer Kooperationen präsentiert, die den Schutz von Natur mit sozialen, pädagogischen oder therapeutischen Zielen verbinden. Die Anzahl und Unterschiedlichkeit der Projekte belegt eindrücklich, dass eine Zusammenarbeit der beiden Bereiche im beiderseitigen Interesse sein kann. Grüne Oasen in der Stadt sind nicht nur wertvolle Refugien für Tiere und Pflanzen, sondern auch Naturerlebnisorte für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Sportvereine erreichen und verbinden breite Bevölkerungsschichten und können sie zugleich für Naturerleben und Naturschutz sensibilisieren. Gemeinschaftsgärten oder Bauernhöfe können Lernorte nicht nur für ökologische und wirtschaftliche Zusammenhänge, sondern auch für das soziale und interkulturelle Miteinander sein. In all diesen Fällen stellen sich Naturschutz und soziale Arbeit gegenseitig attraktive und effektive Mittel zur Erreichung der je eigenen Ziele zur Verfügung. Zurecht wird daher bei der Anbahnung von Kooperationen zwischen Naturschutz- und Sozialakteur*innen das beiderseitige Interesse betont.

Dass solche Kooperationen Vorteile bei der je eigenen Zielerreichung bieten können, liegt jedoch nicht immer so offenkundig auf der Hand wie bei den o.g. Projekten. Das zeigt sich schon daran, dass man keine eigene Kommunikationskampagne bräuchte, wenn es offensichtlich wäre, dass Naturschutz und soziale Fragen voneinander profitieren. Vielmehr ist gerade die Tatsache, dass Naturschutz *nolens volens* immer Auswirkungen auf soziale Fragen hat, und dass diese durchaus auch negativ sein können, Anlass, diese Auswirkungen zu reflektieren und sie kooperativ zu adressieren. In der Wechselwirkung von Naturschutz und sozialen Frage gibt es nicht nur Win-win-Situationen, sondern auch Konflikte. Diese springen auf dem Land sehr viel mehr ins Auge als in der Stadt. Ob es um Infrastrukturvorhaben oder um Landnutzung geht: Nicht selten kollidieren hier Naturschutz und soziale Fragen. Aus der Perspektive einer abgehängten Landbevölkerung gilt „*Naturschutz als Luxusproblem*“ (O-Ton Teilnehmer*in), und aus der Sicht von Menschen, die mit existentiellen Sorgen zu kämpfen haben, „bleibt Naturschutz ein Anliegen des akademisch geprägten Bildungsbürgertums“ (O-Ton Teilnehmer*in des Dialogforums). Insofern sind Kooperationen zwischen dem Naturschutz und sozialen Akteuren auch und gerade dann, wenn die beiderseitigen Vorteile nicht auf Anhieb erkennbar sind, überaus wichtig.

Kommunikation über die Rolle des Sozialen im Naturschutz

In der Kommunikation über die Rolle des Sozialen im Naturschutz bedarf es eines grundlegenden systemischen Verständnisses: Beide Bereiche sind nicht voneinander zu trennen, sondern bedingen einander. Naturschutz kann ohne die Berücksichtigung sozialer Fragen auf Dauer nicht erfolgreich sein, und soziale Arbeit kann ohne die Bewahrung der Natur und die Ermöglichung von Naturbeziehungen das Wohlergehen von Menschen nicht umfassend fördern.

Neue Narrative können wichtige Bausteine für die Kommunikation über diesen Zusammenhang darstellen. Dabei ist auf eine Wortwahl zu achten, die geeignet ist, die Entgegensetzung von „wir“ und „die anderen“ zu überwinden. Das alte Narrativ „Prekäre interessieren sich nicht für Natur“ lediglich zu ersetzen durch „Prekäre interessieren sich sehr wohl für Natur!“ geht daher nicht weit genug. Jede Kommunikation, die bestimmte Menschen aufgrund ihrer

sozialen, ökonomischen, kulturellen oder gesundheitlichen Situation als „besondere“ Gruppe markiert, auf deren Bedürfnisse „der Naturschutz“ eingehen müsse, läuft Gefahr, genau die Kluft zu vertiefen, die sie zu überbrücken sucht. Statt Aussagen über „prekäre“, „sozialökonomisch Benachteiligte“ oder „Menschen mit Behinderungen“ zu machen, wäre eine inklusive Kommunikation angemessener und vermutlich auch eher geeignet, Kooperationen auf Augenhöhe zu initiieren. Nicht nur „für Prekäre“, sondern „für alle Menschen“ stellen Natur und Naturerleben wichtige Elemente eines guten Lebens dar. Vorhandene Vorarbeiten zur Rolle der Ethik in der Naturschutzkommunikation (Eser et al. 2011, Eser 2016) bieten mit den Stichworten „Glück“, „gutes Leben“, „Naturverbundenheit“ und „Gerechtigkeit“ durchaus Anknüpfungspunkte für die Kommunikation über das Soziale im Naturschutz.

Naturschutzpolitik sozial einbetten

Welche Rolle praktische Kooperationen auf lokaler Ebene für eine bessere Verbindung des Naturschutzes mit sozialen Fragen spielen, ist eine Frage, die auch schon Gegenstand des BfN-Expertengesprächs ‚Naturschutz und soziale Gerechtigkeit‘ war (Eser 2017). Dort hatte in der Schlussrunde Claudia Hornberg, seinerzeit Vorsitzende des SRU[43] und ausgewiesene Expertin für Fragen der Umweltgerechtigkeit, entschieden dafür plädiert, den Arbeitsschwerpunkt des BfN noch stärker auf der übergeordneten konzeptionellen Ebene anzusiedeln, und sich „mit Strategien, Instrumenten und Prozessen einer gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Modernisierung zu befassen“. Der Fokus auf bestimmte „benachteiligte“ Gruppen sei zwar auf der konkreten lokalen Ebene wichtig, könne aber auf einer übergeordneten konzeptionellen Ebene als „grüne Sozialarbeit“ missverstanden werden. Weitere Mitwirkende wie Roland Zieschank, Marion Mehring und Martina Schäfer hatten dieses Votum bekräftigt und betont, wie wichtig es sei, die Verbindung des Naturschutzes mit sozialen Fragen stärker im Sinne einer Politikintegration zu denken.

Diese Politikintegration kann ihren Ausgangspunkt durchaus in Kooperationen zwischen Naturschutz und sozialer Arbeit haben. Sie darf sich jedoch nicht auf die Arbeit mit marginalisierten Gruppen beschränken. Eine konsequente(re) Naturschutzpolitik, etwa in den Bereichen Bauen, Verkehr und Landwirtschaft, hätte Folgen, die bei weitem nicht nur Angehörige vermeintlicher „Randgruppen“ betreffen, sondern auch die Angehörigen der „Mehrheitsgesellschaft“. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen daher bei der Ausgestaltung von Naturschutzpolitiken von Anfang an mitgedacht und berücksichtigt werden. Damit dies gelingen kann, ist die Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem Sozialbereich unabdingbar (z. B. in der Frage nach der erforderlichen Höhe von Regelsätzen oder von Kosten der Unterkunft). Die Ziele dieser Zusammenarbeit sind dann allerdings nicht individuell (sozial)pädagogisch, sondern gesellschaftlich politisch bestimmt. Ein solches Verständnis weitet die Perspektive des Sozialen im Naturschutz auch auf soziale Dynamiken wie das Stadt-Land Verhältnis oder soziale Friktionen aufgrund einer zunehmend populistischen Debattenkultur aus.

Naturschutz und soziale Fragen verbinden: Was tun?

Aus dem Gesagten ergeben sich für die erfolgreiche Anerkennung des Sozialen im Naturschutz folgende Handlungserfordernisse:

- In Zusammenarbeit zwischen dem Sozial- und Naturschutzbereich gemeinsame „übergreifenden Narrative“ entwickeln, die Kooperationen begründen und attraktiv machen.
- Darauf aufbauend verstärkt Kooperationsprojekte initiieren, diese qualifiziert begleiten

[43] Sachvertsändigenrat für Umweltfragen

und auswerten.

- Gemeinsam mit naturschutzaffinen Akteuren aus dem Sozialbereich Ansätze entwickeln, die helfen können, die konstatierten Hürden für die Zusammenarbeit wie unterschiedlichen Mentalitäten, zufällige Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten, eindimensional priorisierte Interessenvertretung oder hinderliche Organisationsstrukturen zu überwinden.
- Weitere Forschung zur Bedeutung des Sozialen im Naturschutz fördern, wie z.B. Analyse der Konfliktpotentiale zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit, sozialer und globaler Gerechtigkeit oder individuellen Rechten und Gemeinwohlbelangen.
- Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit und Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation gemeinsam mit Akteuren aus dem Sozialbereich auf eine stärkere Politikintegration drängen. Das bedeutet: Naturschutzpolitische Maßnahmen auf ihre Sozialverträglichkeit und sozialpolitische Maßnahmen auf ihre Naturverträglichkeit prüfen und unter Einbindung beiderseitiger Expertise entsprechend modifizieren.

Die Weiterentwicklung der Nationalen Biodiversitätsstrategie „Post 2020“ sollte für diese Handlungserfordernisse genutzt werden.

Autorinnen und Autoren

Katja Beisheim ist seit Anfang 2019 wissenschaftliche Referentin in der Abteilung „Leben, Natur, Vielfalt“ beim DLR Projektträger. Seit 2011 ist die Abteilung vom BfN als Programmbüro mit dem fachlichen und administrativen Management des Bundesprogramms Biologische Vielfalt beauftragt. Ihre Arbeit umfasst vorrangig die fachliche Beratung von Antragstellenden, die fachliche Begutachtung von Projektskizzen und -anträgen sowie die kontinuierliche Betreuung laufender Projekte.

Nach ihrem Studium der Landschaftsökologie in Münster (B.Sc.) setze sich Katja Beisheim in ihrem internationalen Masterstudium „Global Change: Ecosystem Science and Policy“ (M.Sc.), das sie in Dublin und Gießen absolviert, intensiv mit den Herausforderungen des Globalen Wandels an den Schnittstellen von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auseinander. Durch ihre anschließende Mitarbeit in der Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt beim nova-Institut in Hürth erlangte sie eine umfassende Übersicht über die lokalen bis bundesweiten Aktivitäten und Netzwerke im Themenfeld Biologische Vielfalt in Deutschland.

Lars Berger wurde als Institutionenökonom an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert. Vor dem Hintergrund extremer Umweltverschmutzung setzte er sich in seiner Forschung mit den Wechselwirkungen von sozialen und ökologischen Systemen auseinander. Als zentralen Mechanismus analysierte er hierbei die soziale Konstruktion individuellen menschlichen Verhaltens.

Seit 2016 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Grundsatzangelegenheiten des BfN an gesellschaftlichen Fragen des Naturschutzes. Hierbei befasst er sich mit sozialen Fragen, wie Gerechtigkeit oder gesellschaftlichem Zusammenhalt, aber auch Faktoren individuellen Verhaltens, wie Suffizienz-Motivationen oder dem Nudging. Darüber hinaus widmet er sich aktuellen Diskursen zu Themen wie Natur(schutz)verständnisse, Bioökonomie oder sozialen Friktionen im Kontext zeitgemäßen Naturschutzes.

Annette Doerpinghaus leitet seit Mitte 2012 die Stabstelle „Stratgische Steuerung, Forschungskoordination und Unterstützung der Amtsleitung“ im Bundesamt für Naturschutz, in der die Fördertitel des BfN koordiniert werden. Vorher leitete sie das Fachgebiet Monitoring.

In Ihrer Promotion über die Ökologie der Quellen, Sümpfe und Moore in der Eifel an der Agrarwissenschaftlichen Fakultät Bonn hat sie die Aspekte Schutz und Nutzung in den Fokus gerückt. Besondere Relevanz hatte für sie die Umsetzung von Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der BioStation Euskirchen in engem Austausch mit den Land- und Forstwirt*innen. Die Vereinbarkeit der Belange des Naturschutzes mit den Bedürfnissen der Menschen ist einer ihrer Arbeitsschwerpunkte. Sie hat 1994 an der Universität Bonn im Fach Biologie mit dem Schwerpunkt „Umwelt und Naturschutz“ Ihr Diplom abgelegt.

Uta Eser ist als Expertin für praxisnahe Umweltethik freiberuflich in Forschung, Bildung und Beratung tätig. Die gelernte Biologin befasst sich aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven mit theoretischen Grundlagen des Naturschutzes. Stationen ihres Werdegangs waren das *Internationale Zentrum für Ethik in den Wissenschaften* der Universität Tübingen, das *Institut für Wissenschafts- und Technikforschung* der Universität Bielefeld, das *History and Philosophy of Biology*-Programm der UC Davis/ Kalifornien und die *Hochschule für Wirtschaft und Umwelt* in Nürtingen. Ihre Arbeitsgebiete sind Umweltethik und Umweltkommunikation, Ethik der Biodiversität und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das Dialogforum ‚Naturschutz und soziale Fragen‘ hat sie im Auftrag des BfN konzipiert, organisiert und dokumentiert.

Hans-Werner Frohn studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Bonn, Köln und Siegen. Seit 1998 ist er wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Naturschutzgeschichte in Königswinter. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Fragen der Akzeptanzgewinnung für Naturschutzmaßnahmen (u. a. Großschutzgebiete), Naturschutz und Demokratie, Naturschutz und Rechtsextremismus sowie historische und aktuelle sozialpolitische Ansätze im Naturschutz. Von 2016 bis 2019 leitete er zusammen mit Prof. Dr. Hans-Peter Ziemek (Universität Gießen) das F+E-Vorhaben „Perspektivwechsel: Die Bedeutung der biologischen Vielfalt für urbane sozialökonomisch benachteiligte Milieus und deren Lebensqualität – historische Analyse, Zustandsbeschreibung und Empfehlungen für zukünftige naturschutzpolitische Ansätze“.

Klaus Jacob ist als Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin im Forschungszentrum für Umweltpolitik tätig. Er leitet eine Arbeitsgruppe**,** die zu Fragen der Politikfolgenabschätzung, der Evidenzbasierung von Politik, zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategien, ökologischer Modernisierung sowie zu Innovations- und Markteffekten arbeitet. Ein Forschungsfokus ist die Frage nach dem Verhältnis von (Umwelt-)politik und Nachhaltigkeitstransformationen. Die Projekte der Gruppe umfassen sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Politikberatung für Auftraggeber auf der nationalen und internationalen Ebene. Er ist Mitglied des Verwaltungsrats der Europäischen Umweltagentur und er war einer der Hauptautoren des Umweltberichts an die Vereinten Nationen (GEO-6). Die Liste seiner Publikationen ist unter https://www.researchgate.net/profile/Klaus-Jacob/research abrufbar.

Arno Todt ist Diplom-Biologe und Gründungsgesellschafter des nova-Instituts (1995). Den Schwerpunkt seiner Arbeit bilden die fachspezifische Kommunikation biologischer Vielfalt und deren Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei erstrecken sich seine Arbeiten auf die Weiterentwicklung von Handlungsfeldern und den Aufbau von Netzwerken an den Schnittstellen von Erhaltung und naturverträglicher Nutzung biologischer Vielfalt.

In leitender Funktion im Arbeitsbereich Biologische Vielfalt und nachhaltige Regionalentwicklung führt Arno Todt seit Ende 2014 die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt. Er unterstützte von 2009 bis 2019 BfN/ BMU konzeptionell und organisatorisch bei der Umsetzung der NBS. Aus seiner Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im BfN von 2001 bis 2003 verfügt er über einschlägiges Wissen in den gesellschaftspolitischen Dimensionen des Naturschutzes ebenso wie in naturschutzfachlichen Fragen.

Hans-Peter Ziemek studierte Biologie an der JLU Gießen bis zum Diplom. In seiner anschließenden Promotion beschäftigte er sich mit einem limnobotanisch-umweltgeschichtlichen Thema. Anschließend arbeitete er zehn Jahre als Sachbereichsleiter Umweltbildung im Naturschutz-Zentrum Hessen (heute Naturschutz Akademie Hessen). 2005 erhielter einen Ruf auf eine Professur für Biologie und ihre Didaktik an der TU Dortmund. Seit 2008 ist er Professor für Biologiedidaktik an der JLU Gießen. Er vertritt das Themenfeld „Wissenschaftskommunikation und Fachvermittlung“ an der JLU im Ausbildungsgang Biologie. Forschungsgebiete: Geschichte des Naturschutzes im Wattenmeer und Naturschutzkommunikation, Amphibienschutz und dessen Vermittlung, Naturschutz und Soziales.